



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Der Volkstribun von Ottakring“: Entstehung und Entwicklung
der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im sechzehnten
Wiener Gemeindebezirk, erzählt und analysiert anhand der
Lebensgeschichte Franz Schuhmeiers

verfasst von / submitted by

Philip Schuh

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2020 / Vienna, 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 190 456 313

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UF Geographie und Wirtschaftskunde UF
Geschichte, Sozialkunde, Politische Bildung

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Dr. Oliver Rathkolb

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
Einleitung.....	6
Ziel, Fragestellung und Untersuchungszeitraum.....	7
Methode.....	9
1. Schuhmeiers Jugend und politische Anfänge	11
1.1 Kindheit und Jugend Franz Schuhmeiers	11
1.2 Gesellschaftlicher Wandel im 19. Jahrhundert: die Industrialisierung Europas	14
1.3 Vom Weinbauerdorf zum Arbeiterbezirk: Industrialisierung in Ottakring.....	15
1.3.1 Alt-Ottakring.....	16
1.3.2 Neulerchenfeld.....	17
1.3.3 Neu-Ottakring.....	20
1.3.4 Fabriksgründungen und Betriebsansiedlungen: Neu-Ottakring blüht auf.....	20
1.3.5 Die Eingemeindung der Vorstädte	22
1.3.6 Die Eingemeindung der Vororte.....	23
1.4 Schuhmeister bei Goppold & Schmiedl.....	26
1.5 Repression und Richtungsstreit: die Arbeiterbewegung vor dem Eintritt Schuhmeiers	28
1.5.1 Das Revolutionsjahr 1848.....	28
1.5.2 Staatsgrundgesetz 1867: das Proletariat organisiert sich	31
1.5.3 Das Arbeiterelend in Ottakring vor 1890	32
1.5.4 Die Auflösung der ersten Arbeiter-Vereinigungen.....	36
1.5.6 Radikale und Gemäßigte: der sozialdemokratische „Bruderkrieg“	37
2. Agitation und erste politische Ämter	41
2.1 Schuhmeiers Eintritt ins politische Geschehen: der Neulerchenfelder Rauchklub „Lassalle“	41
2.2 Die Geburtsstunde der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich: Hainfeld 1888/89	44
2.2.1 Schuhmeiers Abwesenheit am Einigungsparteitag	44
2.2.2 Das Grundsatzprogramm der österreichischen Sozialdemokratie.....	45
2.3 Das Vereinswesen: der Arbeiterbildungsverein „Apollo“	49
2.3.2 Vereinssitze	50
2.3.3 „Wissen ist Macht“: Bildung als Eckpfeiler der Wiener Sozialdemokratie.....	53
2.3.4 Vereinsgründungen in Ottakring.....	56
2.4 Das Versammlungswesen: Der Redner Franz Schuhmeister	59
2.4.1 Die erste Maifeier 1890.....	59

2.4.2 Der Versammlungsredner Schuhmeier	65
2.5 Das Pressewesen: die Gründung der „Volkstribüne“	67
2.5.1 Journalistische Anfänge.....	67
2.5.2 Der „Fanatiker der Parteinheit“ stürzt Hanser und Heimann	67
2.5.3 Die Gründung der „Volkstribüne“	69
2.5.4 „Der Arbeit eine Wehr“: die Ziele der „Volkstribüne“	70
2.5.6 Das Thema Bildung in der „Volkstribüne“	72
2.5.7 Landagitator durch die „Sozialistische Bauernstube“	73
2.5.8 Schuhmeiers Broschüre „In elfter Stunde“	74
2.5.9 Konfiskationen und Anklagen gegen die „Volkstribüne“	75
2.5.10 „Der Volkstribun von Ottakring“	78
2.6 Die Wiener Organisationsstruktur.....	79
2.6.1 Das Sektionssystem	81
2.6 Schuhmeier als Obmann der Arbeiter-Krankenkasse	82
2.7 Schuhmeier als Parteisekretär.....	84
3. Der Wahlrechtskampf der 1890er Jahre.....	85
3.1 Das „Wahlrecht“	85
3.2 Die Wahlrechtsbewegung nimmt an Fahrt auf	86
3.3 „Wer zahlt, schafft an“	89
3.4 Die gescheiterte Reformvorlage Taaffes	90
3.5 Die Debatte um einen Generalstreik.....	92
3.6 Der Aufstieg zweier Massenbewegungen	94
3.6.1 Die Christlichsoziale Partei	94
3.6.2 Der Antisemitismus Karl Luegers.....	95
3.6.3 Sozialdemokratie und Antisemitismus	96
3.6.4 Jüdische Einwanderung nach Wien und Ottakring	100
3.6.5 Ottakring: Zentrum tschechischer Zuwanderung	102
3.7 Die Reichsratswahl 1897	105
3.7.1 Die Schaffung einer fünften Kurie	105
3.7.2 Schuhmeier gegen Mittermayer: der Wahlkampf 1897	108
3.7.3 Wahlergebnis 1897: ein Rückschlag für die Wiener Sozialdemokratie	110
4. Schuhmeier im Gemeinde- und Reichsrat	112
4.1 Die Schaffung eines vierten Wahlkörpers	112
4.2 Der Wahlkampf des Jahres 1900	114
4.3 Die Gemeinderatswahl 1900	115
4.4 Der Gemeinderat Franz Schuhmeier	117

4.4.1 Das ambivalente Verhältnis zwischen Schuhmeier und Lueger.....	117
4.4.2 Schuhmeiers inhaltliche Arbeit im Gemeinderat	120
4.4.3 Schuhmeiers Kommunalisierungsprogramm	122
4.4.4 Die Causa Neumayer	123
4.5 Die Reichratswahl 1901	125
4.6 Der Reichratsabgeordnete Franz Schuhmeier	128
4.6.1 Schuhmeiers inhaltliche Arbeit im Abgeordnetenhaus.....	130
4.6.2 Die Absetzung des Verteidigungsministers Latscher	136
5. Schuhmeier im Wahlrechtskampf des Jahres 1905	138
5.1 Schuhmeiers Wahlrechtsagitation im Reichsrat	138
5.2 Zugeständnisse in Ungarn und russische Revolution	140
5.3 Die Demonstration am 28. November 1905	142
5.4 Die Reichratswahl 1907	144
6. Schuhmeier am Höhepunkt seiner politischen Karriere	146
6.1 Der Bau des Ottakringer Arbeiterheims	146
6.1.2 Konflikt und Streik auf der Baustelle	147
6.1.3 „Den Freunden zu Nutz, den Feinden zu Trutz“: Schuhmeiers Eröffnungsrede	148
6.1.4 „Ein architektonisches Kunststück ersten Ranges“	150
6.1.5 Die Eröffnung der ersten Kinderbibliothek 1911	150
6.2 Das Ottakringer Volksheim.....	152
6.3 Schuhmeier beerbt Lueger in der Leopoldstadt.....	153
6.3.1 Schuhmeiers Tätigkeit im niederösterreichischen Landtag	155
6.4 Das Arbeiterelend in Ottakring um 1910	157
6.4.1 Die Zelluloidkatastrophe in Ottakring	159
6.4.2 Niedrige Löhne, steigende Preise.....	160
6.5 Die Teuerungsunruhen am 17. September 1911	164
6.5.1 Eskalation in Ottakring	165
6.6 Die Reichratswahl 1911.....	168
6.7 Die Gemeinderatswahl 1912	170
6.8 Das Attentat auf Schuhmeier	171
Conclusio.....	175
Die Sozialdemokratie in der Krise.....	182
Literatur- und Quellenverzeichnis	185
Zusammenfassung	199

Vorwort

Bereits einige Wochen vor dem offiziellen Beginn meiner Recherchearbeiten für die vorliegende Diplomarbeit, beschäftigte ich mich mit der Frage, welches Thema ich für eine wissenschaftliche Untersuchung in Angriff nehmen sollte. Da ich vermeiden wollte, dass sich das Thema während des Recherche- oder Schreibprozesses als zu eintönig herausstellen, oder ein zu geringes Angebot an zugänglichem Quellenmaterial bereithalten sollte, nahm ich mir für die Themenauswahl ausführlich Zeit.

Rückblickend betrachte ich nun in der glücklichen Lage, feststellen zu können, dass sich dieser äußerst gründlich gestaltete Prozess zur Themenfindung gelohnt hat.

Nachdem ich mich bereits in meiner Schulzeit mit der Geschichte meines Geburts- und Heimatbezirkes Ottakring auseinandergesetzt habe, ist die anfängliche Neugierde mit der Verknüpfung zwischen Bezirksgeschichte und historischer Entwicklung der Wiener Arbeiterbewegung in einem unerwartet hohem Maße angestiegen.

Dieser Umstand resultierte wohl nicht zuletzt aufgrund der besorgniserregenden Entwicklung und der aktuell herrschenden womöglich größten Krise der österreichischen Sozialdemokratie, 130 Jahre nach ihrer Gründung in Hainfeld und über hundert Jahre nach der Entstehung des "Roten Wiens".

Denn besonders in Krisenzeiten kann sich der Blick auf erfolgreichere Zeiten lohnen, indem man versucht, ganz im Sinne des Ausspruchs "aus der Geschichte lernen", Rückschlüsse für Gegenwart und Zukunft zu ziehen.

Diesem Umstand, kombiniert mit einer unerwartet hohen Fülle nützlicher Literatur und Primärquellen, ist es wohl unter anderem geschuldet, dass der Umfang der vorliegenden Diplomarbeit weit größer ausgefallen ist, als dies zu Beginn geplant war.

Ich hoffe dennoch, dass ich für weitere Interessierte einen guten und nicht zu langatmigen Überblick über diese spannende zeitgeschichtliche Phase der Wiener Stadtgeschichte und insbesondere über das historische Anfangsstadium der sozialdemokratischen Wiener Arbeiterbewegung liefern konnte.

Bedanken möchte ich mich bei meinem Betreuungslehrer Dr. Oliver Rathkolb und meiner Familie, die mich nicht nur während des Schreibprozesses, sondern auch während meiner

gesamten Studienzeit bedingungslos unterstützt hat. Auch meiner Freundin Eva möchte ich an dieser Stelle besonderen Dank aussprechen, da sie mir während dem Schreiben ein hohes Maß an Geduld entgegengebracht und mir in schwierigen Phasen mit Rat zur Seite gestanden hat.

Philip Schuh, Jänner 2020

Einleitung

„Franz Schuhmeier! Du warst nicht *unser* Vertrauensmann allein, und du warst auch nicht bloß unser *Vertrauensmann*, sondern du warst unser Vater, unser Freund. Wo es Leid gegeben hat in einer Familie, da ist sie zu dir gekommen, und du hast mit deinem goldenen Herzen Kindern geholfen. Und jetzt, lieber Freund, sollen wir Abschied nehmen, wir, die wir uns Ottakring ohne dich gar nicht vorstellen können, wo jeder Stein, jedes Blättchen von Schuhmeier spricht – in dem Bezirke, wo jedes Kind den Namen Schuhmeier kennt und liebt. Wir sollen nun Abschied nehmen, wie wir treue Freundschaft zu dir durch fünfundzwanzig Jahre gehalten haben!“¹

Der sozialdemokratische Abgeordnete und nunmehrige Obmann der Bezirksorganisation Ottakring, Albert Sever, eröffnete mit seiner emotionalen Rede die Trauerfeier des wenige Tage zuvor erschossenen Arbeiterführers Franz Schuhmeier am 16. Februar 1913. Schauplatz des Begräbnisses war zunächst das Ottakringer Arbeiterheim in der Kreitnergasse – jenem Heim, in dem Schuhmeier mit seinen charakteristischen feurigen und temperamentvollen Reden die Massen der Arbeiter begeistert hatte. Nun hatte sich die sonst so aufgeladene Stimmung von Arbeiterversammlungen in eine triste und verzweifelte Schockstarre verwandelt.

Die Beteiligung und Anteilnahme, welche dem anschließenden Trauerzug quer durch den 16. Wiener Gemeindebezirk beiwohnte, sprach, ob der Bekanntheit und Popularität

¹ Das Neue Wiener Tagblatt, 17. Februar 1913: 7.

Schuhmeiers, Bände. Die vielen unterschiedlichen Zeitungsberichte, welche das Begräbnis unter großer Aufmerksamkeit verfolgten und darüber berichteten, schrieben von Teilnehmerzahlen von 250.000 bis 500.000 Menschen. Nicht nur die gesamte Arbeiterschaft Ottakrings, sondern von überall aus Wien und der Monarchie waren Vertreter aus Politik, Diplomatie und Militär gekommen, um Schuhmeier die letzte Ehre zu erweisen.² Neben seinen nächsten Familienangehörigen, allen voran seiner Mutter Therese und seiner Ehefrau Cäcilie, waren auch hochrangige Vertreter der Wiener Sozialdemokratie, wie Viktor Adler, Karl Seitz, Leopold Winarsky oder Ludwig Bretschneider anwesend.³

Der gewaltige Trauerzug folgte dem Sargwagen vom urbanen, dichtbebauten Neu-Ottakring, der Kopp- und der Hasnerstraße, über den zum Bersten vollen Lerchenfelder Gürtel zur Thaliastraße, an deren Verlauf schwarze Fahnen hingen und deren Fenster voll besetzt oder mit Schuhmeier-Bildern geschmückt waren.⁴

Räumliches Ziel des Trauerzuges war der im bereits peripheren Alt-Ottakring, am Fuße des Wilhelminenbergs und am Rand des Wienerwals gelegene Ottakringer Friedhof.

Schuhmeiers Grab befand und befindet sich direkt gegenüber der Ruhestätte jener Arbeiter, die während den Teuerungsunruhen 1911 ihr Leben verloren hatten, und bei deren Begräbnis er noch die Trauerrede gehalten hatte. An diesem 16. Februar 1913 jedoch, war es Schuhmeier selbst, von dem sich die führenden Sozialdemokraten aus Wien und den Kronländern der Monarchie verabschieden mussten.

Mit dieser „pompösen Todesinszenierung“⁵, wurde im Westen Wiens jenem Mann die letzte Ehre erwiesen, der in den letzten zwei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg zu den bekanntesten und populärsten, nicht aber zu den unumstrittensten Sozialdemokraten der Hauptstadt gezählt hatte.

Ziel, Fragestellung und Untersuchungszeitraum

Mit der Umbenennung des Habsburgplatzes in „Schuhmeierplatz“ im Jahr 1919, wurden seine Verdienste im Proletarierbezirk Ottakring zum Ausdruck gebracht. Die ausführliche Darstellung eben jener Leistungen des „Volkstribuns von Ottakring“ ist das Ziel der

² vgl. Die Neue Zeitung, 17. Februar 1913: 2.

³ vgl. Neue Freie Presse, 17. Februar 1913: 6.

⁴ vgl. Neue Freie Presse, 17. Februar 1913: 1.

⁵ Maderthaner 2000: 178.

vorliegenden Diplomarbeit. 131 Jahre nach der Geburt der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich und mehr als hundert Jahre nach der Entstehung des „Roten Wiens“, soll der Anfang und die weitere Entwicklung der Wiener Arbeiterbewegung am Beispiel Ottakrings beleuchtet, und die Frage geklärt werden, welchen Beitrag Franz Schuhmeier bei der kontinuierlichen Etablierung dieser neuen politischen Kraft jener Zeit, sowohl auf Bezirks-, als auch auf Reichsebene, geleistet hat.

Die vorliegende Arbeit ist demzufolge in drei miteinander verbundenen Themenblöcken gegliedert.

In einer ersten Ebene geht es um die Bedingungen, Probleme und Ziele der im Anfangsstadium befindlichen österreichischen und Wiener Arbeiterbewegung.

In weiterer Folge wird die Entwicklung der Sozialdemokratie in der Monarchie auf Bezirksebene heruntergebrochen, und der Fokus speziell auf Ottakring und dessen Bevölkerung gerichtet. Da die Entwicklungen in Ottakring stark in Ereignisse in Europa und dem Habsburgerstaat eingebunden sind, wird dabei der Blick auf den größeren Rahmen nicht vernachlässigt.

Schließlich wird in einer dritten Ebene Bezug auf den Hauptprotagonisten Schuhmeier gelegt, und dessen politisches Handeln in den Kontext der Entwicklungen in Wien und Ottakring gesetzt. Parallel zu Schuhmeiers biographischen Stationen wird ein Überblick über die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Ottakringer Proletariats gewährleistet und die schrittweise Emanzipation der Arbeiterklasse dargestellt.

Aufgrund der Verknüpfung zwischen sozioökonomischen Rahmenbedingungen mit der Biographie Schuhmeiers ergibt sich der Untersuchungszeitraum praktisch von selbst.

Begonnen wird mit der Geburt Schuhmeiers in den 1860er Jahren, als die Industrialisierung allmählich immer größere Veränderungen in der Arbeits- und Lebenswelt großer Bevölkerungsschichten zutage brachte, und eine Voraussetzung für die ersten Gründungen von Arbeiterorganisationen in Wien schuf.

Während jener Zeitrahmen lediglich einen punktuellen Überblick von Schuhmeiers Jugend, den Auswirkungen der Industrialisierung auf die Gemeinde Ottakring und den ersten Formationen eines organisierten Wiener Proletariats bietet, erfährt Schuhmeiers politisches Handeln in Wien, und hier insbesondere in Ottakring, ab den frühen 1890er Jahren einen größeren Fokus.

Das Jahr 1913 eignet sich als Abschluss des Untersuchungszeitraums neben Schuhmeiers

plötzlichem Tod auch deshalb, da sich mit dem nahenden Ausbruch des Ersten Weltkriegs eine historische Zäsur ereignet, die nicht nur die Sozialdemokratie, sondern die ganze europäische Gesellschaft in eine schwere Krise stürzt.

Methode

Das methodische Vorgehen basiert auf der Analyse einer entsprechenden Fachliteratur und Quellenauswertung, wobei für die Aufarbeitung der Themenfelder Primär-, als auch Sekundärquellen untersucht und gegenübergestellt werden. Quellen aus nahezu jedem Jahrzehnt vom Ende des Untersuchungszeitraums bis zur Gegenwart wurden berücksichtigt, auch um die einzelnen Forschungsstände aus den jeweiligen zeitlichen Kontexten betrachten zu können.

Mithilfe der verwendeten Quellen werden die Themenblöcke Sozialdemokratie, Ottakring und Schuhmeier miteinander in Beziehung gebracht. Für jeden der drei Blöcke wurden bestimmte Autoren und Werke als Grundlage herangezogen.

Im Themenfeld der österreichischen und Wiener Sozialdemokratie wird insbesondere Wolfgang Maderthaner als wichtiger Historiker herangezogen. Als Leiter des Vereins für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung und des Österreichischen Staatsarchivs lieferte er mit seinen in der vorliegenden Arbeit zitierten Werken wichtige Grundlagen zum besseren Nachvollziehen einiger wesentlicher, die österreichische Sozialdemokratie betreffende Informationen. Während sich die von ihm herausgegebenen Werke „Sozialdemokratie und Habsburgerstaat“ (1988) und „Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie“ (1996) auf die allgemeinen Rahmenbedingungen und Strukturen zur Anfangszeit der Partei konzentrieren, thematisiert „Anarchie in der Vorstadt“ (2000) unter anderem die von Maderthaner bezeichnete Phase der Transgression, deren politische Veränderungen insbesondere die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den westlichen Vororten Wiens beeinflussten, weshalb letzteres Werk als eine der wichtigsten Literaturquellen herangezogen wird.

Auch die Bezirksgeschichte Ottakrings wurde bereits umfassend und in zahlreichen Büchern, welche allesamt in dieser Arbeit als Referenz herangezogen werden, untersucht. Neben Primärquellen, wie „Die Geschichte der Gemeinde Ottakring“ (1892) von Karl Schneider, werden insbesondere Informationen den Werken „Ottakring. Eine Heimatkunde des 16. Wiener Gemeindebezirkes“ (1924) von der Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in

Ottakring, „Studien zur Sozialgeschichte von Ottakring und Hernals“ (1955) von Felix Czeike und Walter Lugsch, „Von der Schmelz auf den Gallitzinberg“ (1969) von Karl Ziak, „Auf Ottakrings Spuren“ (1999) von Alfred Schiemer, sowie den Werken von Christine Klusacek und Kurt Stimmer „Ottakring: vom Brunnenmarkt zum Liebhartstal“ (1983) und „Ottakring: Zwischen gestern und morgen“ (2005), entnommen.

Als Grundlage für die Untersuchung Franz Schuhmeiers werden vor allem zwei bereits verfasste Biographien herangezogen. Erstens „Franz Schuhmeier“ von Helga Schmidt und Felix Czeike (1964) und zweitens „Der Schuhmeier“ von Robert Ascher (1933). Speziell Aussagen in „Der Schuhmeier“ von Robert Ascher sind jedoch mit Vorsicht zu genießen, da es sich bei dem Autor ebenfalls um einen Ottakringer Funktionären der sozialdemokratischen Partei gehandelt hatte, der Schuhmeier „über alles verehrt“⁶ hatte, und man daher von biographischen Verzerrungen ausgehen muss. Aus diesem Grund wurde Aschers Werk mit der Dissertation „Im Spannungsfeld von Klio und Kalliope – Der Schuhmeier-Roman von Robert Ascher“ (2008) von Harald Dionys Gröller bereits einer umfassenden Kritik unterzogen, in der sich herausstellte, dass es sich bei Aschers Werk um ein kurzfristig benötigtes Auftragswerk der Sozialdemokratischen Partei handelt, welches angesichts des bedrohten „Roten Wien“ in den 1930er Jahren eine „Heldenreihe“ sozialdemokratischer Arbeiterführer herausgeben wollte.⁷ Gröller filterte in seiner Dissertation referentialisierbare und nicht referentialisierbare Informationen Aschers auseinander. In der vorliegenden Diplomarbeit wurden ausschließlich jene Informationen Aschers herangezogen, welche von Gröller als authentisch belegt werden konnten. Da Schuhmeiers Nachlass durch die Ereignisse des Jahres 1934 verloren gingen, Teile desselben Robert Ascher im Jahr 1933 jedoch noch zu Verfügung standen⁸, wird Aschers Werk in einigen Passagen der vorliegenden Arbeit als wichtige Quelle herangezogen.

Zwei weitere Texte, die als Quelle verwendet werden, bilden die Dissertation „Franz Schuhmeier (1864-1913): Ein Beitrag zur Publizistik der österreichischen Arbeiterbewegung“ (1979) von Ingeborg Bauer, in der vor allem Schuhmeiers Beiträge als Journalist und Herausgeber der „Volkstribüne“ thematisiert wurden, sowie das Buch „Wer ist würdig? Franz Schuhmeiers und August Aichhorns Bemühungen um die Freimaurerei“ (2014), in

⁶ Gröller 2008: 31.

⁷ vgl. Gröller 2008: 245.

⁸ vgl. Gröller 2008: 104.

welchem zahlreiche Briefe von und über Schuhmeier enthalten sind. Die Briefe stammen aus den Jahren um 1899, als sich Schuhmeier für die Freimaurerloge „Socrates“ beworben hatte. Sie wurden von Norbert Knittler im Moskauer Militärsonderarchiv gesichtet, woraufhin ihm die Erlaubnis erteilt wurde, die Dokumente zu veröffentlichen.⁹

Weitere Primärquellen, welche in der vorliegenden Arbeit verwendet werden, sind Statistische Jahrbücher, Broschüren und niedergeschriebene Reden Schuhmeiers, journalistische Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ und Schuhmeiers „Volkstribüne“ sowie Gemeinderats-, Reichsrats- und Parteitagsprotokolle.

Wie man anhand der bisher genannten Bibliographie und der im Laufe der Arbeit vorkommenden Quellen erkennen kann, sind die drei Themenblöcke, mit denen in dieser Arbeit gearbeitet wird, bereits gut untersucht. In der vorliegenden Arbeit werden nun diese drei Blöcke – Wiener Arbeiterbewegung, Bezirksgeschichte Ottakring und Biographie Franz Schuhmeiers – vereint, um einen möglichst vollständigen Überblick darüber zu erhalten, welchen Einfluss Schuhmeier auf die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Wien und auf das Ottakringer Proletariat hatte.

1. Schuhmeiers Jugend und politische Anfänge

1.1 Kindheit und Jugend Franz Schuhmeiers

Am 11. Oktober 1864 erblickte Franz Schuhmeier in Mariahilf das Licht der Welt. Auch wenn dieser Bezirk in jener Zeit zu den eher wohlhabenderen Gegenden Wiens gehörte, in dem vor allem Bürgertum, Geschäftsleute und Gewerbetreibende wohnten, war hinsichtlich der sozialen und wirtschaftlichen Situation in Schuhmeiers Elternhaus das Gegenteil der Fall.¹⁰

⁹ vgl. Knittler 2014: 5.

¹⁰ vgl. Schmidt/Czeike 1964: 11.

Schuhmeiers Vater Eduard war ein über weite Strecken arbeitsloser und alkoholkranker Bandmachergeselle, sodass der Verdienst seiner Mutter Therese, die als Hausmeisterin und Wäscherin arbeitete, die einzige Einkommensquelle der Familie darstellte. Dass dem kleinen Schuhmeier noch drei weitere Brüder und Schwestern, und damit dem ohnehin schon limitierten Platz in der kleinen Wohnung in der Hirschengasse, weitere Haushaltsteilnehmer folgten, milderte die triste wirtschaftliche Situation der Schuhmeiers keineswegs. Als Therese Schuhmeier keinen Ausweg mehr sah, fühlte sie sich gezwungen, ihren ältesten Sohn Franz mit sechs Jahren in die Obhut von Tante und Onkel zu geben. Diese wohnten in Matzleindsdorf, wo Schuhmeier ab Herbst 1871 die Volksschule besuchte und dort, trotz schwerer Hausarbeit, die er ebenfalls bereits in frühen Kindheitsjahren zu verrichten hatte, schnell „Prämiant“ wurde.¹¹ Mit dem Abschluss der Volksschule – seine Klasse bestand aus 92 Kindern¹² – war seine schulische Ausbildung auch schon wieder beendet. 1877 sprach sein Lehrer über ihn in hohen Tönen und empfahl Schuhmeiers Erziehungsberechtigten, er solle sich dem Lehrberuf zuwenden. Schuhmeier war diesem Vorschlag nicht abgeneigt, doch wurde daraus nichts – seine Eltern konnten sich eine solche Ausbildung nicht leisten. Seine streng gläubige Tante hätte das Geld zwar zur Verfügung stellen können, doch hätte sie es ihm nur dann gegeben, wenn er eine Ausbildung zum Priester gemacht hätte, was Schuhmeier ablehnte.¹³

Zwei emotionale Schicksalsschläge musste Schuhmeier erleben, als im gleichen Jahr sein Vater und dreizehnjähriger Bruder Hans starben. So wie viele andere Kinder zu jener Zeit mussten sie mit körperlich schwerer Arbeit einen Beitrag für das Familieneinkommen leisten. Franz und Hans Schuhmeier versorgten die Kundschaft ihrer Mutter mit Kübeln voller Wasser, als Hans eines Tages das Gleichgewicht verlor und folgeschwer stürzte:

„Hansl hatte eines Tages seine Butte nur halb voll gefüllt, wie’s Mamerl dem Franzl erzählte, und trug diese in den dritten Stock. Durch die fortwährend schaukelnde Bewegung des Wassers in der halbleeren Butte bekam der Bub plötzlich das Uebergewicht und stürzte rücklings über die Stiege hinunter. Trotz sofortiger Ueberführung in das Spital, starb der

¹¹ vgl. Arbeiter-Zeitung, 16. Februar 1913: 4

¹² vgl. Burghauser/Schuhmeier 1926: 12.

¹³ vgl. Schmidt/Czeike 1964: 12.

Hansl nach acht Tagen, zum großen Schmerz seiner Eltern und Geschwister, an den Folgen einer Gehirnerschütterung“¹⁴

Nachdem sich Schuhmeier keine weitere Schulausbildung leisten konnte, ging er in die Lehre. Zunächst beim Ziseleur Großkopf in der Neubaugasse. Mit dieser Arbeit war der kluge und neugierige Schuhmeier jedoch unzufrieden, da er lediglich für Hilfstätigkeiten herangezogen wurde. Zusätzlich erlitt er, laut Ascher als Folge einer Schlägerei mit dem zweiten dort arbeitenden Lehrling¹⁵, eine Augenverletzung, womit die Hoffnung, Ziseleur zu werden, der Vergangenheit angehörte. Mit großer Mühe fand er in der Buchbinderei Adolf Muth eine Stelle als Hilfsarbeiter, die er jedoch nur temporär ausfüllen durfte, da er als Ersatz für einen erkrankten Mitarbeiter angestellt worden war. Um einer drohenden Arbeitslosigkeit zu entgehen, ging er 1880, wie es damals nicht unüblich war¹⁶, auf die „Walz“ zu seiner in Schlesien lebenden Großmutter, wo er zwei Jahre verbrachte.

Anhand dieses kurzen Abrisses aus Schuhmeiers Kindheit und Jugend lassen sich mögliche Erklärungen für seine spätere politische Zukunft herleiten. Die schlechte soziale und ökonomische Situation, in welche er hineingeboren wurde, verhinderte eine weitere schulische Ausbildung. Diese hätte er nur bekommen, wenn er eine klerikale berufliche Richtung eingeschlagen hätte. Zusätzlich wurde sein schon seit Kindheitstagen vorhandener großer Bildungseifer darin gestört, dass er bei seinem Onkel, der als Fiaker arbeitete, mithelfen, Mist wegräumen und Pferde pflegen musste. Wenn man mit Schuhmeiers Kindheit und Jugend vertraut ist, wundert es wohl nicht, wenn seine politischen Schwerpunkte später insbesondere Bildung und Antiklerikalismus darstellten.

Arbeiterkindern sollte Bildung nicht verwehrt bleiben, da er in ihr den einzigen Weg sah, der sozialen und ökonomischen Falle ihrer proletarischen Herkunft zu entkommen. Mit Bildung in enger Verbindung stand auch Schuhmeiers Kampf gegen Kinderarbeit – wohl unter anderem veranlasst durch den frühen Tod seines Bruders während der Arbeit, als auch aufgrund der Tatsache, dass sich Kinder lieber mit dem Erwerb von Wissen als mit körperlich anstrengender Arbeit beschäftigen sollten.

¹⁴ Burghauser/Schuhmeier 1926: 16.

¹⁵ vgl. Ascher 1933: 123.

¹⁶ vgl. Magaziner 1975: 44.

1.2 Gesellschaftlicher Wandel im 19. Jahrhundert: die Industrialisierung Europas

Schuhmeier wurde in die wirtschaftlich und gesellschaftlich dynamische Epoche der Industrialisierung hineingeboren – jenem „entscheidenden Ereignis der europäischen Geschichte im 19. Jahrhundert“¹⁷, in dem im Laufe des Jahrhunderts in weiten Teilen Europas neue Gesellschafts- und Produktionssysteme eine kapitalistische, gewinn- und profitorientierte Industriegesellschaft schafften.¹⁸

Beginnend im England der 1780er Jahre¹⁹, beschleunigte sich der Prozess der Industrialisierung und schwappte, mit regionalen und zeitlichen Unterschieden, auf Kontinentaleuropa über. Kennzeichen hierfür war etwa ein sektoraler Wandel, also der Übergang von einer Agrar- in eine Industriegesellschaft. Nachdem die vorindustrielle Zeit von einer Bevölkerung geprägt war, die zu größten Teilen im primären, landwirtschaftlichen Sektor beschäftigt war, drängten nun immer mehr Arbeitskräfte in den sekundären, weiterverarbeitenden Sektor, der als gewerblicher oder industrieller Sektor bezeichnet wird.²⁰ Während die Bevölkerungen insgesamt rasch wuchsen, wurden durch diesen Prozess auch viele Arbeitskräfte aus dem landwirtschaftlichen Sektor freigesetzt²¹, was eine Landflucht und Urbanisierung zur Folge hatte.²²

Weiters ist die Industrialisierung durch eine Häufung an technischen Neuerungen und Innovationen seit der Mitte des 18. Jahrhunderts gekennzeichnet. Diese hatte zur Folge, dass durch technologischen Wandel Maschinen entstanden, welche zunehmend zum Ersatz menschlicher Arbeitskraft herangezogen wurden.²³ Neben dem technologischen Wandel ging mit dem nun langfristig anhaltenden Wirtschaftswachstum ein drittes Kennzeichen der Industrialisierung einher.²⁴

Mit dem Aufkommen zahlreicher Fabriken konnte mehr, schneller und billiger produziert werden. Mit ihnen wurden Produktionsabläufe stark organisiert²⁵, Herstellungsprozesse

¹⁷ Pierenkemper 1996: 9.

¹⁸ vgl. Eigner 2011: 104.

¹⁹ vgl. Matis 1988: 12.

²⁰ vgl. Nonn 2014: 36.

²¹ vgl. Nonn 2014: 48.

²² vgl. Eigner 2011: 108.

²³ vgl. Nonn 2014: 37 ff.

²⁴ vgl. Eigner 2011: 106.

²⁵ vgl. Nonn 2014: 49.

zentralisiert und die innerbetrieblichen Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiter, der nun nicht mehr über die Produktionsmittel verfügte und selbst auf den Status eines Produktionsfaktors reduziert wurde, stark hierarchisiert.²⁶

Die so entstehende Lohnarbeit bildete ein weiteres Merkmal für die Industriegesellschaft: durch das enorme Bevölkerungswachstum, welches unter anderem auf einen Rückgang der Mortalität zurückzuführen ist²⁷, sowie durch die Freisetzung der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft, kam es zur einer Ausweitung des Arbeitskräfteangebots. Die menschliche Arbeit wurde mehr und mehr zu einer Ware.²⁸

In diesem Abschnitt sollten mit der Industrialisierung die Rahmenbedingungen jener Zeit beschrieben werden, in welcher Franz Schuhmeier aufwuchs. Diese Kennzeichen und Entwicklungen der europäischen Industrialisierung sollen nun auf Ottakringer Bezirksebene heruntergebrochen werden. Aus der nun folgenden Darstellung soll hervorgehen, wie sich der Wandel von dem ehemals ländlich strukturierten Weinbauerndorf Ottakring zu einem städtischen Arbeiterbezirk vollzog.

1.3 Vom Weinbauerndorf zum Arbeiterbezirk: Industrialisierung in Ottakring

In West- und Mitteleuropa setzte die Industrialisierung in unterschiedlichen Regionen zu verschiedenen Zeitpunkten im Laufe des 19. Jahrhunderts ein.²⁹ In Wien kam sie nach einer stagnierenden Phase verstärkt ab den 1850er Jahren in Schwung.³⁰

Um nachvollziehen zu können, wie sich in Ottakring die Industrialisierung vollzogen, und wie sich der damalige Ort zu einem Arbeiterbezirk entwickelt hat, ist es notwendig, Vorgeschichte und historische Rahmenbedingungen Ottakrings zu beleuchten.

²⁶ vgl. Eigner 2011: 109.

²⁷ vgl. Ehmer 2011: 141.

²⁸ vgl. Eigner 2011: 109.

²⁹ vgl. Nonn 2014: 46.

³⁰ vgl. Klenner/Pellar 1987: 62.

1.3.1 Alt-Ottakring

Die Haupt- und Residenzstadt der Monarchie bestand bis in die 1850er Jahre lediglich aus dem heutigen ersten Bezirk, der von der Stadtmauer, dem heutigen Verlauf der Ringstraße, gesäumt wurde. Zwischen Stadtmauer und dem 1704 errichteten Linienwall,³¹ welcher auf dem Gebiet der heutigen Gürtelstraße stand und ursprünglich gegen antihabsburgische Aufstandsbewegungen in Ungarn militärischen Schutz bieten sollte³², befanden sich die Vorstädte, welche heute die Innenbezirke bilden. Außerhalb des Linienwalls lagen die Vororte, die heutigen Außenbezirke. Auch Ottakring war einer dieser Vororte. Bis 1848 herrschte mit dem Stift Klosterneuburg die Grundherrschaft über Ottakring. 1848 brachte aber die Befreiung: als Folge der Revolution kam es 1849 zur Unterzeichnung des provisorischen Gemeindegesetzes und am 6. August 1850 zur Konstituierung der autonomen Gemeinde Ottakring.³³

Das Dorf Ottakring, das um 800 in der Gegend des heutigen Friedhofs gegründet worden, und seit diesem Zeitpunkt mit wenigen Unterbrechungen stetig gewachsen war,³⁴ galt seit jeher als Weinbauerndorf. Zwar wurde auch Ackerbau und Obstbau, vorwiegend für den Eigenbedarf, betrieben, doch bildete der Verkauf von Wein stets die Einnahmequelle schlechthin.³⁵ Wein stellte seit jeher die Grundlage für Wohlstand dar – nicht zuletzt aus diesem Grund wurde Hauern Schutz gewährt, indem sie durch staatliche Mittel gefördert wurden.³⁶ Die Abhängigkeit vom Weinanbau bot natürlich einige Risiken – manche waren mit kriegerischen Auseinandersetzungen, wie etwa den Türkenbelagerungen verbunden, manche durch natürliche oder klimatische Bedingungen, wie Hagelschlag oder Heuschreckenplagen.³⁷ Andere Risiken wiederum entstanden durch das regelmäßige Heimsuchen der Pestepidemie, vor allem im 16. und 17. Jahrhundert, durch die es zu einem großen Mangel an Arbeitskräften für Pflege und Betreuung der Weinkulturen und in weiterer Folge zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch gekommen war.³⁸ Nicht zuletzt das Auftauchen der Reblaus, die 1860 nach Europa eingeschleppt worden, und 1870 nach

³¹ vgl. Klusacek/Stimmer 1983: 33.

³² vgl. Ziak 1979: 27

³³ vgl. Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 160.

³⁴ vgl. Schneider 1892: 33.

³⁵ vgl. Schiemer 1999: 26.

³⁶ vgl. Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 102.

³⁷ vgl. Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 103.

³⁸ vgl. Schiemer 1999: 43.

Österreich gekommen war,³⁹ stellten Gefahrpotentiale für den Weinanbau dar. All diese Risiken konnten jedoch von den Ottakringer Weinbauern mithilfe verschiedener, den Risiken angepasster Maßnahmen stets abgewehrt werden – doch der Industrialisierung, welche nun auf sie zusteuerte, konnten sie nichts mehr entgegensetzen.

1.3.2 Neulerchenfeld

Gänzlich anders gestaltete sich die wirtschaftliche Situation im Nachbardorf und heutigen nicht mehr wegzudenkenden Ottakringer Bezirksteil Neulerchenfeld. Neulerchenfeld befand sich direkt angrenzend den Linienwall. Bei der Gründung 1702 – das erste Haus Neulerchenfelds, das „Grundsteinhaus“, entstand in der heutigen Grundsteingasse⁴⁰ – erhoffte man sich aufgrund der traumatischen Erfahrungen der zweiten Türkenbelagerung Schutz der sich in der Nähe befindlichen Stadt Wien. Tatsächlich brauchte der Linienwall zu keiner Zeit seines Bestehens militärischen Zwecken zu dienen. Vielmehr erfüllte er wirtschaftliche Funktionen. So wurden sogenannte „Linienämter“⁴¹ errichtet, an denen die Verzehrssteuer eingehoben wurde. Auf diese Weise konnten Steuern auf alle Waren erhoben werden, die nach Wien oder in die Vorstädte geliefert wurden.⁴² Als Folge der Verzehrssteuer verteuerte sich das Leben in den Vorstädten, vor allem der einkommensschwachen Bevölkerung, weshalb sich viele ärmere Familien gezwungen sahen, aus den Grenzen des Linienwalls heraus und in die Vororte hineinzuziehen.⁴³ Dieser Umstand führte zu einer weiteren wirtschaftlichen Funktion des Linienwalls, welcher insbesondere der Neulerchenfelder Bevölkerung zugutekam. Ähnlich wie es beim „großen Bruder“ Ottakring der Fall war, spielte auch hier der Wein eine große Rolle – doch spezialisierte man sich hier weniger am Anbau, als dem Ausschank von Wein. Die Neulerchenfelder erkannten, dass sich viele Reisende kurz vor dem Eintritt in die Stadt bei der Mautstelle, dem „Lerchenfelder Tor“ beziehungsweise der „Lerchenfelderlinie“,⁴⁴ in den günstigeren Vororten bei Gastwirten stärken wollten.⁴⁵ Die Wirte in den Vororten konnten

³⁹ vgl. Schneider 1892: 640.

⁴⁰ vgl. Schneider 1892: 640.

⁴¹ Klusacek/Stimmer 1983: 34.

⁴² vgl. Klusacek/Stimmer 1983: 34.

⁴³ vgl. Schiemer 1999: 78.

⁴⁴ Ziak 1979: 28.

⁴⁵ vgl. Schiemer 1999: 46.

dabei ihre Produkte und Waren billiger anbieten als ihre Konkurrenten innerhalb des Linienwalls.⁴⁶ Die Verzehrungssteuer und die günstige Lage Neulerchenfelds wirkten sich demnach wirtschaftlich positiv für den Ort aus.⁴⁷ Die billigeren Preise lockten zahlreiche Fuhrwerker, Händler, oder Städter, die außerhalb der Linienwälle Ausflüge machen wollten, in die zahlreich entstehenden Neulerchenfelder Wirtshäuser.

Aus diesem Umstand heraus ist es nicht verwunderlich, dass sich in Neulerchenfeld, dem „Größten Wirtshaus des Heiligen Römischen Reiches“⁴⁸, wie es bald genannt wurde, beim Linienwall, vor allem im Bereich der heutigen Grundstein- und Brunnengasse, ein buntes, ausgelassenes Treiben entlang der zahlreichen Wirtshäuser entwickelte. Vergnügungsstätten wie der „Apollo-Saal“⁴⁹, oder Gasthäuser wie „Zu den sechs Krügen“ und „Zum weißen Schwan“⁵⁰, machten Neulerchenfeld zum beliebten Hotspot von Freizeitaktivitäten, wo getrunken, musiziert und getanzt wurde. Während im „Apollo-Saal“ große, elegante Bälle, Faschings- und Sommerfeste sowie Konzerte abgehalten wurden, war der „Weiße Schwan“ insbesondere für seine Raucherlaubnis, als auch für seine berühmten Tierhetzen beliebt, von wo auch der Ausdruck „eine Hetz machen“ stammt.⁵¹ Neben den zahlreichen Wirtshäusern gab es auch eine kleinere Version des Wurstelpraters mit Schießbuden und Ringelspielen, sodass an der Lerchenfelder Linie an schönen Sommertagen ein Trubel wie in sonst keinem anderen Vorort herrschte.⁵² Mit der Schenke „zum Kühfuß“, wo Neulerchenfelder Zeugmachergehilfen am Ende des 18. Jahrhundert gewerkschaftliche Proteste organisiert hatten⁵³, und vor allem der „Zur Bretze“, beziehungsweise später aufgrund zahlreicher sozialdemokratischer Veranstaltungen⁵⁴ „Zur Roten Bretze“⁵⁵, stellten manche Lokale nicht nur Unterhaltungsstätten dar, sondern wurden auch als Sitz für politische Versammlungen genutzt.⁵⁶

Das Gasthaus „zum goldenen Luchsen“, das 1704 gegründet wurde und somit eines der ältesten Gasthäuser Neulerchenfelds darstellte, wurde parallel zur Bautätigkeit der

⁴⁶ vgl. Klusacek/Stimmer 1983: 36.

⁴⁷ vgl. Klusacek/Stimmer 1983: 34.

⁴⁸ Ziak 1979: 44.

⁴⁹ vgl. Ziak 1969: 24.

⁵⁰ vgl. Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 229f.

⁵¹ vgl. Schiemer 1999: 61.

⁵² vgl. Klusacek/Stimmer 1983: 60.

⁵³ vgl. Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 232.

⁵⁴ Stimmer 1988: 295.

⁵⁵ vgl. Ziak 1969: 23.

⁵⁶ vgl. Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 250.

Gemeinde regelmäßig vergrößert. Sowohl das Gasthaus als auch der dazugehörige Galerisaal „zum goldenen Luchsen“ stellten sowohl eine von Volkssängergesellschaften oft aufgesuchte Vergnügungsstätte⁵⁷, als auch wichtige Versammlungsorte der sich formierenden sozialdemokratischen Arbeiterbewegung dar, was noch im Laufe dieser Arbeit verdeutlicht werden wird.

Von 1856 bis 1870 gab es in Neulerchenfeld sogar ein Theater, das Thalia-Theater, nach dem die heutige Thaliastraße benannt ist. Berühmtheit erlangte es seinerzeit vor allem durch die Wiener Uraufführung von Richard Wagners „Tannhäuser“, mit dem Wagner der Durchbruch in Wien gelungen war.⁵⁸ Der Richard-Wagner-Platz, auf dem heute das Ottakringer Amtshaus steht, erinnert an dieses Ereignis.

Änderte sich im alten Dorf Ottakring mit seiner bäuerlich-dörflichen Struktur nur wenig, stellte das benachbarte Neulerchenfeld ein lebendiges, städtisches Viertel dar. Auch die soziale Zusammensetzung der ansässigen Bevölkerung konnte unterschiedlicher nicht sein: der konservativen, an traditionellen Werten orientierte Ottakringer Bevölkerung standen zumeist kleine Handwerker oder Arbeiter aus den Manufakturen der westlichen Vorstädte Wiens⁵⁹, kleine Gewerbetreibende und Gastwirte in Neulerchenfeld gegenüber. Manche Arbeiter Neulerchenfelds waren etwa in den Textilbetrieben des heutigen siebten Bezirks beschäftigt, bevorzugten aber Neulerchenfeld als Wohngebiet, da sie hier billiger lebten als in der Nähe ihres Arbeitsplatzes.⁶⁰ Die Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring verglich die soziale Zusammensetzung Neulerchenfelds und Ottakrings auf folgende Weise: „Während in Ottakring der Weinbauerstand vorherrschte und nackensteifes Bauerntum zäh an ererbten Sitten und Gebräuchen hing, trug Neulerchenfeld die Züge einer Kleinbürgersiedlung mit proletarischem Einschlag“. ⁶¹ Hier wohnte und kaufte die „einfache Bevölkerung“ billiger ein als innerhalb des Linienwalls, wo der städtische „Einfuhraufschlag“ die Preise erhöhte.⁶² Die Neulerchenfelder verfügten über ein weitgehend moderneres Weltbild und hofften auf Aufschwung in Gastronomie und Handel durch die Nähe zur Stadt Wien.⁶³

⁵⁷ vgl. Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 253.

⁵⁸ vgl. Karl Ziak 1969: 51.

⁵⁹ vgl. Ziak 1979: 51.

⁶⁰ vgl. Klusacek/Stimmer 1983: 38.

⁶¹ Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 110.

⁶² vgl. Ziak 1979: 51.

⁶³ vgl. Schiemer 1999: 48.

1.3.3 Neu-Ottakring

Am 11. Mai 1835 ereignete sich in Ottakring eine schwere Katastrophe. Im Bereich der heutigen Pfarre Alt-Ottakring, brach ein Großbrand aus. Die Wiener Zeitung berichtete: „Am 11. d. M. gegen 10 Uhr Vormittags, brach in dem, eine halbe Stunde von der Hernalser Linie entfernten, am Fuße des Gallitzin-Berges gelegenen Dorfs Ottakring Feuer aus, das bei scharf wehendem Nordwinde und fast gänzlichem Wassermangel schnell um sich griff und binnen drei Stunden den größten Teil dieses ansehnlichen Ortes in Asche legte“.⁶⁴

Die Folgen des Brands waren zwar katastrophal, jedoch konnten die größten zu befürchtenden Schäden durch die bereits bestehende freiwillige Feuerwehr verhindert werden.⁶⁵ Auch mithilfe eines regen Spendenzuflusses vonseiten der Zivilbevölkerung und der Politik – so hatte etwa Erzherzog Karl, der Ottakring schätzte, 400 Gulden zur Verfügung gestellt⁶⁶ – startete das Dorf einen Wiederaufbau. Dieser entwickelte sich zu einer großen Bautätigkeit und gipfelte in einem bis dahin im Dorf nicht gekannten Bauboom. Es waren vor allem Fabriken und Betriebe, die sich im Gebiet zwischen Alt-Ottakring und Neulerchenfeld ansiedelten.⁶⁷ Das neue, bald dichtbebaute Gebiet erhielt den Namen „Neu-Ottakring“.

Dieser neue Bezirksteil wurde, ähnlich wie es in Neulerchenfeld der Fall war, von der allmählich einsetzenden Industrialisierung geprägt, was sich einerseits am großen Wachstum der Bevölkerung Ottakrings – von 1.400 Einwohner vor dem Brand (1832) auf 6.400 nach dem Brand (1847)⁶⁸ – als auch an den vielfachen Betriebsansiedlungen und Fabriksgründungen erkennen lässt.

1.3.4 Fabriksgründungen und Betriebsansiedlungen: Neu-Ottakring blüht auf

Während Alt-Ottakring seinem Charakter als verschlafenes Bauerndorf treu blieb und es innerhalb der Gemeindegrenzen des bereits städtischen und dicht verbauten Neulerchenfelds bald kein freies Bauland mehr gab⁶⁹, kam es in Neu-Ottakring durch einige Betriebsansiedlungen zu einem großen Aufschwung. Nachdem es vor der Brandkatastrophe mit der Spinnerei Schifferstein, der Zündholzfabrik Josef Siegl und der Metall- und

⁶⁴ Wiener Zeitung, 13. Mai 1835: 3.

⁶⁵ vgl. Klusacek/Stimmer 2005: 73.

⁶⁶ vgl. Schiemer 1999: 72.

⁶⁷ vgl. Schiemer 1999: 75.

⁶⁸ vgl. Klusacek/Stimmer 2005: 77.

⁶⁹ vgl. Klusacek/Stimmer 1983: 44.

Bronzewarenfabrik Josef Grüllemeyer gerade erst drei Fabriken auf dem Ottakringer Gemeindegebiet gab, kamen nun eine Reihe weiterer Betriebe hinzu.⁷⁰

Im Jahr 1837 wurde auf der Riede Paniken die Ottakringer Brauerei erbaut. Zu diesem Zeitpunkt erfuhr die Bierproduktion in Wien einen großen Aufschwung – einer Stadt, in der bis zu diesem Zeitpunkt mehr zum Wein als zum Bier gegriffen wurde.⁷¹ Die Ottakringer Brauerei wurde 1850 von der Familie Kuffner übernommen. Ignaz Kuffner übte als Brauereibesitzer, Gemeinderat, Bürgermeister (1869 bis 1882) und großzügiger Wohltäter großen Einfluss auf die Gemeinde Ottakring aus⁷², wofür ihm die Gemeinde mit der Verleihung des Ehrenbürgerrechtes Dank aussprach.⁷³ Die Geschwister Kuffner reihten sich nahtlos in die Fußstapfen ihres 1882 verstorbenen Vaters ein, indem sie etwa mit großen Spendenbeträgen den Bau einer Kommunal-Kinderbewahranstalt in Ottakring unterstützten, mit dem sie ein „immerwährendes Denkmal echter Menschenliebe“⁷⁴ hinterließen. Der Bruder der Geschwister, Moriz Edler von Kuffner, ließ außerdem die bekannte Kuffner'sche Sternwarte errichten, die seit 1886 nicht nur mit ihren beiden hochragenden Kuppeln das Ottakringer Landschaftsbild prägt⁷⁵, sondern auch einen wichtigen Beitrag zum Nutzen der Wissenschaft jener Zeit leistete.⁷⁶

Insbesondere in den 1850er und 1860er Jahren lassen sich eine Reihe weiterer Fabriksgründungen feststellen, wie etwa die Gewehrfabriken Schlager und Sederl, die Farbenfabrik Nejedly, die Wachseleinwandfabriken G. A. Krause und Thomas Fesser, die Kerzenfabrik Georg Hartl, die Bimssteinfabrik Rosa Amberger, die Pressgarmfabrik Eduard Roth, die chemische Fabrik Johann Haindl oder zwei Spodiumfabriken.⁷⁷ Insbesondere die Spodiumfabriken und die chemische Fabriken mussten aufgrund ihres Gestanks, der bei der Erzeugung der Knochenasche entstand, außerhalb dichter Wohngegenden untergebracht werden.⁷⁸

Neben weiteren Fabriken, wie der Maschinenfabrik „Vulkan“, der Nähmaschinen-, Schreibmaschinen- und Fahrräder-Erzeugung A. Greger oder der Fabrik von Werner &

⁷⁰ vgl. Klusacek/Stimmer 1983: 53.

⁷¹ vgl. Klusacek/Stimmer 1983: 53.

⁷² vgl. Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 169.

⁷³ vgl. Schneider 1892: 540.

⁷⁴ Schneider 1892: 644.

⁷⁵ vgl. Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 172.

⁷⁶ Schneider 1892: 675.

⁷⁷ vgl. Klusacek/Stimmer 1983: 54.

⁷⁸ vgl. Ziak 1969: 70.

Pfleiderer, die allesamt in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg entstanden, wurden etwa mit den „Österreichischen Industrierwerken Warchalowski, Eissler & Co. AG“ oder der Firma „Meinl“ Unternehmen gegründet, die weit über die Grenzen Wiens bekannt wurden.⁷⁹ Auch fotochemische Fabriken entstanden in Ottakring, darunter etwa die Firma „Herlango“, welche bald weltweit für die Erzeugung von photographischen Papieren und Platten und schließlich auch von Fotoapparaten bekannt werden sollte.⁸⁰ Zu den bedeutendsten Fabriken gehörte die Tabakfabrik, die auf dem heutigen Standort der HTL Ottakring in der Thaliastraße, auf einem Areal von 20.000 Quadratmetern Zigarren, Zigaretten und Rauchtabak herstellte und 1.200 Menschen, 90 Prozent davon Frauen, beschäftigte.⁸¹ Im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde es aufgrund dieser Fabriksgründungen in Neu-Ottakring immer wahrscheinlicher eine Arbeit zu finden.⁸² Da das hohe Maß an Industrie ein entsprechend großes Arbeiterpersonal benötigte⁸³, wurden auch neue Wohnhäuser für die Arbeiterschaft errichtet, wodurch Ottakring ab den 1850er Jahren immer stärker den Charakter einer Industriestadt annahm.⁸⁴ Dieser Trend setzte sich bis zum Ende des 19. Jahrhunderts fort, als sich Ottakring mit seinem bereits dicht verbauten Bereich (mit Ausnahme des Wienerwaldes) zum wichtigsten Industriegebiet Wiens entwickelte.⁸⁵

1.3.5 Die Eingemeindung der Vorstädte

Der wichtigste Punkt der 1850 von Kaiser Franz Josef unterzeichneten „Provisorischen Gemeindeordnung“ war jener der Stadterweiterung. Sie bildete die Grundlage für die Eingemeindung von 34 Vorstädten zwischen Stadtmauer und Linienwall. Zunächst hätten auch die Vororte einverleibt werden sollen, doch stieß dieser Plan auf Ablehnung der Vororte und wurde somit vorerst verworfen⁸⁶, während die Vorstädte jedoch einverleibt

⁷⁹ vgl. Klusacek/Stimmer 2005: 113.

⁸⁰ vgl. Ziak 1969: 71.

⁸¹ vgl. Ziak 1969: 72.

⁸² vgl. Ziak 1969: 60. Einen umfassenden Überblick über die Ottakringer Industrie liefert „Ottakring und Umgebung sowie seine Bewohner in Wort & Bild“ von Walter Graudenz (1904) auf den Seiten 15 bis 33 sowie „Ottakring. Ein Heimatbuch des 16. Wiener Gemeindebezirkes“, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring (1924) auf den Seiten 381 bis 409.

⁸³ vgl. Graudenz 1904: 15.

⁸⁴ vgl. Klusacek/Stimmer 1983: 63.

⁸⁵ vgl. Klusacek/Stimmer 1983: 70.

⁸⁶ vgl. Klusacek/Stimmer 1983: 74.

wurden. Wien bestand nun aus acht Bezirken, wobei 1861 Wieden und Margareten geteilt wurden und die Zahl der Wiener Gemeindebezirke auf neun anwuchs.⁸⁷ Die alten Befestigungsanlagen wurden abgebrochen, und an deren Stelle entstand die Ringstraße, welche 1865 feierlich eröffnet wurde.⁸⁸ Die Errichtungen der berühmten Großbauten und Palais entlang der Ringstraße prägten die folgende als „Gründerzeit“ bezeichnete Phase, welche durch einen ununterbrochenen Wirtschaftsaufschwung durch die Gründung zahlreicher neuer Banken, Kapitalgesellschaften und Spekulationen gekennzeichnet war.⁸⁹ Durch das rasante Bevölkerungswachstum Wiens – im Jahr 1869 waren es 855.438 und 1890 1,377.271 Einwohner⁹⁰ – und die zunehmende Industrialisierung, war ein Ausbau des Verkehrsnetzes notwendig geworden, dessen öffentliche Verkehrsmittel nicht nur Freizeiteinrichtungen und Ausflugsorte außerhalb der Linienwälle ansteuern, sondern auch Arbeiter zu deren Arbeitsplätzen bringen sollten. Denn durch die Stadterweiterung vergrößerten sich die Entfernungen von Wohnort und Arbeitsplatz, vor allem ab dem Zeitpunkt, als vielfach Industriebetriebe und Fabriken an die Außenbezirke der Stadt angesiedelt wurden.⁹¹

1.3.6 Die Eingemeindung der Vororte

1873 entstand aus jenen Teilen des vierten und fünften Bezirks, die den Linienwall überragten, der zehnte Bezirk Favoriten. Dieser Umstand regte die Diskussion um die Eingemeindung der Vororte erneut an. Ein Machtwort des Kaisers beendete die Diskussion. Am 19. Dezember 1890 wurde vom niederösterreichischen Landtag (Wien gehörte noch zu Niederösterreich und wurde erst 1920 zu einem eigenen Bundesland) die Eingemeindung der Vororte beschlossen.⁹² Die Einverleibung samt Übergabe der Verwaltung der ehemaligen Gemeinden an die Stadtverwaltung des nunmehrigen Groß-Wien erfolgte am 1. Jänner 1892. Wien bestand nun aus 19 Gemeindebezirken, die Verzehrungssteuergrenze am Linienwall wurde auf alle bisherigen 43 Vororte ausgedehnt.⁹³ Die Wiener Stadtbevölkerung wuchs

⁸⁷ vgl. Sachslehner 2016: 200.

⁸⁸ vgl. Sachslehner 2016: 207.

⁸⁹ vgl. Sachslehner 2016: 216.

⁹⁰ vgl. Magistrats-Abteilung XXI für Statistik 1916: 45.

⁹¹ vgl. Sachslehner 2016: 214.

⁹² vgl. Klusacek/Stimmer 1983: 76.

⁹³ vgl. Sachslehner 2016: 233.

damit weiter: 1900 war sie auf 1,674.957 Menschen angewachsen.⁹⁴ Bis 1910 sollte sie die Zwei-Millionen-Grenze übertreffen.⁹⁵

Ottakring und Neulerchenfeld hatten sich beide zunächst gegen die Eingemeindung gewehrt, zu groß war die Abneigung vor allem der Ottakringer Bauern gegen die „alles aufzehrende Großstadt“⁹⁶. Einerseits wollte man die vor noch nicht allzu langer Zeit erworbene Gemeindeautonomie nicht aufgeben⁹⁷, andererseits lehnte man den Plan, die Gemeinden Ottakring und Neulerchenfeld zusammenzulegen, strikt ab, denn seit jeher bestand große Rivalität zwischen den beiden Orten. Man hatte sich stets einen Wettstreit um kommunalpolitische Prestigeobjekte geliefert, wie Straßenbeleuchtung, Wasserversorgung, Kanalisierung, Grenzregulierung, Marktwesen, der Friedhofsfrage oder der freiwilligen Feuerwehr.⁹⁸ Zudem kamen bei dieser Rivalität erneut die Gegensätze der sozialen Beschaffenheit beider Gemeinden zum Ausdruck: die berüchtigten kriminellen Verhältnisse rund um die Neulerchenfelder Grundsteingasse, wo Prostitution, Raufhandel und Messerstechereien an der Tagesordnung standen⁹⁹, war den konservativen Ottakringern ein Dorn im Auge.¹⁰⁰ Die Entscheidung über die Eingemeindung oblag natürlich höheren Gewalten als der kommunalen Gemeindevertretungen, und so wurden Ottakring und Neulerchenfeld zusammengelegt – gemeinsam bildeten sie den neuen 16. Bezirk. Benannt wurde der neue Bezirk nach dem älteren und größeren Teil „Ottakring“, zum ersten Bezirksvorsteher wurde im Gegenzug der vormalige Neulerchenfelder Bürgermeister Robert Ulrich.¹⁰¹

Nicht nur die Wiener Bevölkerung wuchs durch die Eingemeindung der Vororte in enormem Tempo, sondern auch jene in Neulerchenfeld und Ottakring. Hatte Neulerchenfeld im Jahr 1850 noch 6.218 Einwohner, betrug die Einwohnerzahl im Jahr 1869 10.093, wobei 4.579 davon Arbeiter waren.¹⁰² Infolge der Entstehung des neuen Bezirksteils hatte Ottakring sogar ein noch höheres Bevölkerungswachstum zu verzeichnen: im Jahr 1850 betrug die Einwohnerzahl 7.246 und schnellte bis 1869 auf 21.256, wobei bereits zu dieser Zeit 9.274

⁹⁴ vgl. Magistrats-Abteilung XXI für Statistik 1903: 33.

⁹⁵ vgl. Magistrats-Abteilung XXI für Statistik 1916: 45.

⁹⁶ Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 174.

⁹⁷ vgl. Klusacek/Stimmer 2005: 88.

⁹⁸ vgl. Schneider 1892: 391ff.

⁹⁹ vgl. Klusacek/Stimmer 1983: 63.

¹⁰⁰ vgl. Schiemer 1999: 60.

¹⁰¹ vgl. Klusacek, Stimmer 2005: 91.

¹⁰² vgl. Schiemer 1999: 88f.

Arbeiter angesiedelt waren.¹⁰³ Kurz vor der Eingemeindung und der Zusammenlegung der beiden Orte (1890), hatte Ottakring 61.817, und Neulerchenfeld 45.044 Einwohner¹⁰⁴, wodurch der neugebildete 16. Bezirk zum Zeitpunkt seiner Eingemeindung 106.861 Einwohner zählte¹⁰⁵, und zu diesem Zeitpunkt nach der Leopoldstadt (158.374) und der Landstraße (110.279) den dritteinwohnerstärksten Bezirk Wiens darstellte. Die Einwohnerzahl zu diesem Zeitpunkt entsprach ungefähr jener des heutigen Ottakring – heute beträgt die Einwohnerzahl des 16. Bezirks 104.323 Einwohner.¹⁰⁶ Bis zum Jahr 1910 sollte der Bezirk seinen historischen Höchststand von 177.687 Menschen erreichen.¹⁰⁷ Die Industrialisierung hat in der sozialen Zusammensetzung der Ottakringer Bevölkerung deutliche Spuren hinterlassen: von den 148.652 Einwohnern¹⁰⁸, und 75.787 Berufstätigen im Jahr 1900 waren 19.342 selbstständig. Diese waren zumeist kleine Geschäftsleute, Marktstandler oder Handwerker. Von den restlichen 56.445 gehörten 52.963 dem Arbeiterstand an, 44.888 davon waren in der Industrie beschäftigt, die meisten im eigenen Bezirk.¹⁰⁹ Während also der Anteil an Angestellten und Beamten gering war, konnte man bei Ottakring von einem „Arbeiterbezirk“ sprechen.

Ottakring hatte somit in nur wenigen Jahrzehnten den Wandel von einem ländlich geprägten Weinbauerndorf zu einem Großstadtbezirk vollzogen.

Mit dem sektoralen Wandel, dem raschen Bevölkerungswachstum, dem Prozess der Urbanisierung, einem rasanten Wirtschaftswachstum und einem technologischen Wandel, der insbesondere in den Fabriken zum Ausdruck gebracht wurde, lassen sich zahlreiche Kennzeichen der europäischen Industrialisierung auch in Wien beziehungsweise in Ottakring feststellen.

Diese Hintergrundinformationen wurden bewusst erwähnt, da sie einerseits die Erklärungsansätze für jene Ursachen bieten, warum sich gerade in Ottakring so viele Arbeiter ansiedelten, und andererseits, da sich durch jene beschriebenen industriellen Entwicklungen, die Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Vielzahl an Arbeitern drastisch verschlechterten. Die dadurch hervorgerufene Unzufriedenheit innerhalb der Arbeiterklasse

¹⁰³ vgl. Schiemer 1999: 88.

¹⁰⁴ vgl. Schiemer 1999: 88.

¹⁰⁵ vgl. Sedlacek et al 1895: 30.

¹⁰⁶ vgl. Magistrat der Stadt Wien 2017: 60.

¹⁰⁷ vgl. Magistrats-Abteilung XXI für Statistik 1916: 45.

¹⁰⁸ vgl. Magistrats-Abteilung XXI für Statistik 1904:130.

¹⁰⁹ vgl. Klusacek/Stimmer 2005: 115.

rief in weiterer Folge Bestrebungen eines politischen und gewerkschaftlichen Zusammenschlusses hervor und bereiteten den Boden für die künftige sozialdemokratische Arbeiterbewegung.

1.4 Schuhmeier bei Goppold & Schmiedl

Im Jahr 1882 kehrte Schuhmeier als 18-Jähriger Mann von seiner Auslandsreise zurück nach Wien. Der Aufenthalt in Schlesien und Mähren hatte ihn „viel reifer“ gemacht, und durch Gespräche mit Menschen, die das Schicksal seiner Familie teilten, wollte er den Ursachen nach dem weit verbreiteten Arbeiterelend nachgehen. In Wagstadt war in Schuhmeier „das erste Gefühl zum Sozialismus unbewußt wach“¹¹⁰ geworden.

Seine Familie in Wien steckte zur Zeit der Rückkehr in einer noch misslicheren Lage als zuvor. Sie war in die Pouthongasse übersiedelt, da sie ihren Posten als Hausbesorger in der Hirschengasse verloren hatte. Zusätzlich war der Vater Schuhmeiers nun endgültig dem Alkoholismus verfallen und arbeitsunfähig geworden¹¹¹, ehe er noch im Jahr von Schuhmeiers Rückkehr verstarb.¹¹² Da die Geschwister Schuhmeiers noch bei den Eltern wohnten, zog Schuhmeier zur Familie Wagner in Margareten, die ihm auch eine Arbeitsstelle vermittelte. Schuhmeier begann bei der Buntpapierfabrik Goppold & Schmiedl in Mariahilf zu arbeiten. Hier verdiente er einen für damalige Verhältnisse guten Wochenlohn von sieben Gulden.¹¹³ Wesentlicher für seine persönliche Zukunft war jedoch die Tatsache, dass er an diesem Arbeitsplatz erste Bekanntschaften schloss, die bereits besser mit dem Sozialismus vertraut waren. In Gesprächen und Diskussionen mit diesen Kollegen konnte er endlich sein bereits umfangreiches Bücherwissen, das er sich freiwillig im Lauf seiner Jugend durch Selbststudium angeeignet hatte, nutzen. Schon als Kind war er ein „Büchernarr“, das Lesen und Zeichnen seine Leidenschaft gewesen.¹¹⁴

¹¹⁰ Burghauser/Schuhmeier 1926: 15.

¹¹¹ vgl. Schimdt/Czeike 1964: 12.

¹¹² Burghauser/Schuhmeier 1926: 16.

¹¹³ vgl. Burghauser/Schuhmeier 1926: 12.

¹¹⁴ vgl. Ascher 1933: 107f.

In seinem Lebenslauf, den er anlässlich seiner Bewerbung für die Freimaurerloge „Socrates“ im Jahr 1899 verfasste, widmete er seinem jahrelangen Selbststudium einige Zeilen:

„Tagsüber war ich bei den verschiedensten Maschinen, um fleißig zu schaffen. Am Abend setzte ich mich aber hin, um für mich allein zu arbeiten. Meine Stube wurde mir zum Vortragssaal, und der Vortragende wurde der Autor des Buches, welches ich gerade las. Und um mein Wissen zu erweitern, habe ich sehr viel gelesen, natürlich auch manches Unnützes. So hatte ich, z.B. mit 17 Jahren schon, die damals vorherrschende so genannte Volksliteratur, eine Unmasse an Romanen, hinter mir. Da ich in der Literatur zunächst keine Richtung hatte und keine suchte, las ich eben alles, was zu haben war. Es führte mich kein Mensch, und so kam ich erst mit 18 Jahren auf die Klassiker. Von ihnen oder über sie kam ich zur – Philosophie. Es dauerte Jahre, bis ich mich mit Kant, Fichte, Schopenhauer, etc. abfand, da mir die Vorschulen fehlten. Aber ich kam durch diese Werke durch – zur Naturwissenschaft. Darwin, Buchner, und v. A. gaben mit ebenfalls viel zum Denken. Endlich kam ich auf die sozialdemokratische Literatur, und in ihr blieb ich stecken. Sie war die Lektüre, nach der mein Herz begehrte. Schon 1883 war ich Sozialdemokrat“.¹¹⁵

Nun konnte er zum ersten Mal jene Ideen verbreiten, die er sich in schlaflosen Nächten erarbeitet hatte – insbesondere seine zwei Steckenpferde, die Abneigung gegen Klerikalismus sowie gegen Militarismus wurden nun deutlich.¹¹⁶

Insbesondere zwei für Schuhmeier schicksalhafte Begegnungen fanden in der Buntpapierfabrik, in der er schließlich neun Jahre arbeiten sollte, statt. Einerseits lernte er dort seine spätere Frau Cäcilie Ditz kennen, die er 1886 heiraten sollte. Mit ihr bekam er sieben Kinder, von denen lediglich drei die Kindheit überlebten.

Eine für die zukünftige Entwicklung der Arbeiterbewegung wesentliche Begegnung stellt jene mit Schuhmeiers Kollegen Albert Sever dar. Zuvor war Sever ein Fleischhauerlehrling in Ottakring gewesen – einem nicht sehr geachteten Gewerbe des „Pepihackers“, wie ein Pferdefleischhauer im Volksmund genannt wurde¹¹⁷ – ehe er 1887 in die Farbenmischerei der Buntpapierfabrik eintrat und ein treuer Freund und Weggefährte Schuhmeiers wurde. In Severs Autobiographie, die im Jahr 1956 publiziert wurde und dessen Skizzen die Grundlage

¹¹⁵ Knittler 2014: 143f.

¹¹⁶ vgl. Brügel 1923: 82.

¹¹⁷ vgl. Magaziner 1975: 68.

für viele Erzählungen Robert Aschers darstellten¹¹⁸, erzählt er von der Anfangszeit ihrer Freundschaft:

„Erst in einigen Tagen sind wir uns nähergekommen. Ich hatte in der Krawatte eine Nadel aus Zelluloid in Wappenform, mit einer Faust in der Mitte, getragen. Es war ein Erbstück meines verstorbenen Bruders. Eines Tages bemerkte sie mein neuer Freund Franz und fragte mich, ob ich weiß, was die Nadel bedeutete. Ich habe sie von meinem Bruder Eugen bekommen, erklärte ich. Franz klärte mich auf, daß dies die Nadel der Anarchisten sei. Nun kamen wir zum erstenmal über den Sozialismus zu sprechen. Dieser mein erster Freund im Betriebe war Franz Schuhmeier. Es ist daraus eine Blutsfreundschaft geworden“.¹¹⁹

Es handelte sich wohl um keinen großen Zufall, dass Sever zu jener Zeit ein Wappen der Anarchisten trug. In den 1870er Jahren befand sich die bereits bestehende Arbeiterbewegung in einer schwierigen Phase. Einerseits musste man die Bewegung in halber Illegalität organisieren, andererseits, war sie intern tiefgespalten. Ein gemäßigter und ein radikaler Flügel waren sich über jene Frage uneins, mit welchen Mitteln man die angestrebten Ziele erreichen könnte. Diesem Richtungsstreit waren zahlreichen Kämpfe einer Arbeiterbewegung vorausgegangen, die in Wien im Jahr 1848 ihren Anfang genommen hatte.

1.5 Repression und Richtungsstreit: die Arbeiterbewegung vor dem Eintritt Schuhmeiers

1.5.1 Das Revolutionsjahr 1848

Während die Ursprünge des Sozialismus uralt sind, die Idee der brüderlichen Solidarität, welche Ausbeutung und Unterdrückung aufheben soll, bereits in der antiken und feudalen Gesellschaft vorhanden war¹²⁰, so lässt sich die Entstehung der Wiener Arbeiterbewegung insbesondere in die Phase 1848 bis 1889 einordnen.¹²¹

¹¹⁸ vgl. Gröller 2008: 45.

¹¹⁹ Sever 1956: 9f.

¹²⁰ vgl. Stimmer 1988: 40.

¹²¹ vgl. Stimmer 1988: 11f.

Nachdem sich im Vormärz (1815-1848) in einigen Teilen der Monarchie, vor allem im Wiener Becken, und in einzelnen Gebieten Steiermarks, Vorarlbergs, Böhmens, Mährens und Schlesiens sowie in Linz industrielle Zentren gebildet hatten¹²², kam es zu einem Wandel der Sozialstruktur. Die Ausbreitung des Fabriksystems, welches eine höhere Anzahl an Arbeitskräften benötigte, sowie der Ausbau der Eisenbahn, welche die Menschen mobiler machte, schuf Voraussetzungen für die Entstehung einer sozialen Bewegung – denn die Herausbildung der Lohnarbeit verschlechterte die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterfamilien zunehmend.¹²³ Auch aufgrund der unverhältnismäßig hohen Mietzinspreise der in schlechten Zuständen befindlichen Wohnungen, mussten möglichst viele Familienmitglieder einer bezahlten Arbeit nachgehen, um das finanzielle Existenzminimum zu erreichen.¹²⁴

Missernten, Hunger- und Wirtschaftskrisen, besonders aber der „Hungerwinter 1847/48“, verschärften das vorherrschende Elend und gaben dem sozialen Protest Zulauf. Politischen Charakter bekam die Arbeiterbewegung mit der Revolution 1848, bei der sich die Arbeiter der Wiener Vororte mit Studenten und Bürgertum zusammenschlossen¹²⁵, und für die Verbesserung ihrer sozialen Situation und für das Ende ihrer politischen Rechtlosigkeit protestierten.¹²⁶ Im März griffen die Kämpfe auf die Vorstädte und Vororte über, wo Arbeiter Maschinen in Fabriken attackierten, da sie ihnen die Schuld für deren missliche Lage und große Arbeitslosigkeit zusprachen.¹²⁷ Fünfhaus war ein Hauptschauplatz der „Maschinenstürme“, die sich jedoch auch Richtung Ottakring verlagerten, wo die Angreifer die Ottakringer Brauerei angreifen wollten. Dieses Unterfangen wurde jedoch von den Brauereiarbeitern mit der Unterstützung eines Teils der Bezirksbevölkerung erfolgreich unterbunden.¹²⁸ Nach den „Barrikadentagen“ im Mai 1848 kam es im Juni in Wien zur Gründung des „Ersten allgemeinen Arbeiter-Vereins“, welcher eine staatsbürgerliche

¹²² vgl. Klenner/Pellar 1987: 48.

¹²³ vgl. Sandner 2013: 6.

¹²⁴ vgl. Klenner/Pellar 1987: 52.

¹²⁵ vgl. Judson 1998: 9.

¹²⁶ vgl. Klenner/Pellar 1987: 53.

¹²⁷ vgl. Sachslehner 2016: 192. Jahrzehnte später sollte die Arbeiterbewegung die Angriffe auf die Maschinen als Fehler deuten: „Die Arbeiter von damals erkannten ihren wahren Feind noch nicht. Sie dachten noch nicht daran, daß die Maschinen nur Unheil stiften, weil sie in den Händen der Kapitalisten sind, und erhofften eine Linderung ihres Elends, wenn die Wiederherstellung der alten Produktionsverhältnisse gelinge“ (Danneberg 1919: 133 f).

¹²⁸ vgl. Klusacek/Stimmer 2005: 83.

Gleichberechtigung der Arbeiter durch soziale und bildungspolitische Aktivitäten forderte.¹²⁹

Nach einem zunächst für die Träger der Aufstände erfolgreichen Revolutionsverlauf, wurde diese am 31. Oktober 1848 unter der Führung von Alfred Fürst von Windisch-Grätz niedergeschlagen.¹³⁰ Ottakring und Neulerchenfeld hatten zuvor erbitterten, letztlich aber erfolglosen Widerstand gegen die kaiserlichen Truppen geleistet. Es folgte die Thronbesteigung Kaiser Franz Josefs und der Beginn der neoabsolutistischen Ära im Habsburgerstaat.

Der Liberalismus, der mit der Eingrenzung der absoluten Monarchie, der Auflösung adliger Privilegien und der Absetzung der kirchlichen Macht¹³¹ einige Gemeinsamkeiten zum politischen Programm des Sozialismus aufwies, musste vorerst eine schmerzliche Niederlage hinnehmen. Die Arbeiterschaft hatte das Bürgertum im Kampf um eine Verfassung unterstützt, doch forderte sie auch soziale Reformen, was schließlich Gegensätze der bis dato verbündeten revolutionären Parteien hervorrief.¹³² Trotz der Niederlage wurden nicht alle Errungenschaften der Revolution zunichte gemacht – so wurde etwa die Grundlage für das „Provisorische Gemeindegesetz“ geschaffen, das erstmals die Rolle der Gemeinde als kleinste autonome Verwaltungseinheit definierte.¹³³

Zwei Jahrzehnte lang war es der noch jungen und politisch unerfahrenen Lohnarbeiterschaft aufgrund staatlicher Repression nicht möglich, sich zu organisieren. Auch fehlte es in der Arbeiterschaft, im Gegensatz zum gebildeten Bürgertum, an Sprechern, welche die Anliegen der Arbeiter klar formulieren konnten.¹³⁴ Karl Marx etwa, der sich während der Revolution zeitweise in Wien aufhielt und mit seinem „Kommunistischen Manifest“ die internationale Arbeiterschaft zum gemeinsamen Kampf gegen die menschliche Ausbeutung aufrief, hatte zu jener Zeit noch kaum Anhänger.¹³⁵

In Ottakring wurde 1862 versucht, einen Arbeiterbildungsverein zu gründen, was im September desselben Jahres von den Behörden abgelehnt wurde.¹³⁶

¹²⁹ vgl. Sandner 2013: 7.

¹³⁰ vgl. Sandner 2013: 7.

¹³¹ vgl. Nonn 2014: 131.

¹³² vgl. Klenner/Pellar 1987: 53.

¹³³ vgl. Sachslehner 2016: 199.

¹³⁴ vgl. Klenner/Pellar 1987: 56.

¹³⁵ vgl. Klenner/Pellar 1987: 57.

¹³⁶ vgl. Schiemer 1999: 104.

1.5.2 Staatsgrundgesetz 1867: das Proletariat organisiert sich

Bis 1867 hatte die Arbeiterbewegung daher keinerlei politische Bedeutung. Das Blatt wendete sich schließlich mit der militärischen Niederlage Österreichs im Krieg gegen Preußen 1866, und dem im Jahr darauf folgenden Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn. Mit der Gründung der Doppelmonarchie mit einer nunmehrigen konstitutionellen österreichischen Reichshälfte, ging das Staatsgrundgesetz 1867 einher, dessen Artikel 12 ein Vereins- und Versammlungsrecht enthielt. Dieses war ursprünglich an das Bürgertum gerichtet, wurde jedoch von der politisch bisher isolierten Arbeiterschaft umgehend ausgenutzt¹³⁷, indem man am 12. Dezember desselben Jahres den „Ersten Allgemeinen Wiener-Arbeiter-Bildungsverein“ in der Gumpendorferstraße (also nur wenige Minuten von Schuhmeiers Elternhaus entfernt) gründete, der sich an den Grundsätzen des 1864 verstorbenen Ferdinand Lassalle orientierte¹³⁸, und bald Mittelpunkt der Bewegung wurde.¹³⁹

Ferdinand Lassalles Grundsatz war es, die „Entrechteten zu den eigentlichen Trägern des „(Kultur)Fortschrittes“¹⁴⁰ zu machen. Dieses Recht wäre den Arbeitern durch den „Durchbruch zum kapitalistischen Zeitalter“¹⁴¹ verwehrt geblieben. Die Aussagen Lassalles hatten in der ersten Phase eine Aufbruchsstimmung in der Wiener Arbeiterbewegung ausgelöst.¹⁴² Lassalle und seine „Staatshilfe“, die den Vertretern der „Selbsthilfe“ gegenüberstanden, strebten eine Reform der ganzen Gesellschaft an, die durch das Eingreifen des Staates zugunsten der Arbeiter ermöglicht werden sollte.¹⁴³ Sie verlangten staatliche Unterstützung von Produktivgenossenschaften und verfolgten das Ziel, mit der Erlangung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts Einfluss im Staat zu gewinnen. Den Vertretern der „Selbsthilfe“ gingen die Mittel, welche die lassalleanische „Staatshilfe“ anwenden wollte, nämlich sich politisch durch Vereine und Genossenschaften zu betätigen, nicht weit genug.¹⁴⁴

¹³⁷ vgl. Sandner 2013: 7.

¹³⁸ vgl. Ehmer 1984: 14.

¹³⁹ vgl. Bauer 1979: 35.

¹⁴⁰ Horak 1984: 284.

¹⁴¹ Hautmann/Kropf 1976: 48.

¹⁴² vgl. Deutsch 1908: 34f.

¹⁴³ vgl. Bauer 1979: 34.

¹⁴⁴ vgl. Bauer 1979: 35.

Am 10. Mai 1868 wurde mit dem „Manifest an das arbeitende Volk in Österreich“ ein erster Schritt zu einem sozialdemokratischen Programm getan.¹⁴⁵ Dieses Programm formulierte die wesentlichen Grundgedanken des Lassalleanismus¹⁴⁶: unbeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht, Koalitions-, Presse- und Religionsfreiheit, ein allgemeines, direktes Wahlrecht für alle Vertretungskörper, die Abschaffung aller stehenden Heere sowie die Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung.¹⁴⁷

Dass die damalige Arbeiterbewegung jedoch noch über kein ausreichendes Selbstbewusstsein verfügte, lässt sich unter anderem daran erkennen, dass es noch einen Streit zwischen jenen Kräften gab, die die Arbeiterbewegung als Teil einer vom Bürgertum beherrschten fortschrittlichen Bewegung sehen wollten, und jenen, die ein selbstständiges Auftreten der Arbeiterklasse befürworteten.¹⁴⁸ Dennoch richtete der Verein in den Bezirken und Vororten Wiens Ortsgruppen ein, wobei die erste dieser Ortsgruppen in Ottakring entstand: am 11. Jänner 1868 wurde in der Gansterergasse 5 ein „Lesezimmer“ geschaffen.¹⁴⁹ Als Tagungsort konnte man die Brauerei nutzen, womit der Brauereibesitzer Ignaz Kuffner seinem Ruf als ungewöhnlicher Fabrikant abermals gerecht wurde.¹⁵⁰ Am 6. Jänner 1868 gründete der Wiener Arbeiterbildungsverein auch eine Arbeiterkranken-, Invaliden- und Unterstützungskasse, die bald 1.000 Mitglieder hatte¹⁵¹ und den künftigen Zwangskassen als Vorbild diente.¹⁵²

1.5.3 Das Arbeiterelend in Ottakring vor 1890

Die Lage des Proletariats in Ottakring und Neulerchenfeld war eine der schlechtesten in Wien. Hier waren 1869 vor allem Weißnäher und Handarbeiterinnen (1.085 Hilfsarbeiter), Drechsler (888 Hilfsarbeiter), Schuhmacher (489 Hilfsarbeiter), Schlosser (473 Hilfsarbeiter) und Weiß- und Kunstwäscher (407 Hilfsarbeiter) zahlenmäßig am häufigsten vertreten.¹⁵³ Diese Massenberufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten den fließenden

¹⁴⁵ vgl. Horak 1984: 291.

¹⁴⁶ vgl. Horak 1984: 295.

¹⁴⁷ vgl. Berchtold 1967: 111f.

¹⁴⁸ vgl. Magaziner 1975: 49.

¹⁴⁹ vgl. Stimmer 1988: 299.

¹⁵⁰ vgl. Schiemer 1999: 104.

¹⁵¹ vgl. Czeike/Lugsch 1955: 23.

¹⁵² vgl. Klenner 1951: 57.

¹⁵³ vgl. Schimmer 1874: 149ff.

Übergang von kleinen Handwerksbetrieben zu großen Unternehmen durch Heimarbeit und Fabriken vollzogen. Mit Kleidungs- und Schuhmachern waren in Ottakring und Neulerchenfeld die zwei größten städtischen Berufsgruppen des 19. Jahrhunderts vertreten.¹⁵⁴

Mit der Ermöglichung von künstlichem Licht, und der damit einhergehenden Verlängerung des Arbeitstages, waren die Arbeiter einer strengen Disziplinierung unterworfen.¹⁵⁵ Über einen Bericht der Handelskammer 1870, der von Czeike und Lugsch zitiert wird, erfahren wir mehr über die tägliche und wöchentliche Arbeitszeit der Arbeiter jener Zeit in Ottakring. So ist davon die Rede, dass in den Maschinenfabriken mindestens 10,5 Stunden, meistens jedoch 11 bis 12 Stunden am Tag gearbeitet wurde.¹⁵⁶ Noch schlechtere Bedingungen hinsichtlich der Arbeitszeit hatten Industriearbeiter in den Eisen- und Stahlwerken, wo die Arbeit um fünf Uhr in der Früh begann, und um 19 Uhr endete, die reine Arbeitszeit, mit Pausen eingerechnet, somit 12 Stunden betrug – Tagelöhner, die mit Abstand am schwersten ausgebeutet wurden, hatten oftmals eine effektive Arbeitszeit von 14 Stunden.¹⁵⁷ Die Drechsler hatten eine Arbeitszeit von 13 bis 14 Stunden¹⁵⁸, Schlosser arbeiteten durchschnittlich 12 Stunden täglich.¹⁵⁹

Die Lage der Brauereiarbeiter und der Weber galt als am schlechtesten. Zwar bekamen Erstere eigene Speiseanstalten mit guter und billiger Kost, und hierfür auch Brenn- und Beleuchtungsmaterial kostenlos zur Verfügung gestellt¹⁶⁰, jedoch spricht Schiemer von den Bemühungen der Brauereiarbeiter um eine Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf maximal zwölf Stunden, die Abschaffung körperlicher Züchtigung und der sogenannten Himmelbetten, welche von mehreren Gesellen geteilt werden mussten.¹⁶¹ Tatsächlich betrug ihre Arbeitszeit im Sommer bis zu 18, ansonsten zwischen 12 und 15 Stunden.¹⁶² Die Weber zählten zu jenen Berufsgruppen, die sozial das tiefste Niveau hielten, da sie die ersten

¹⁵⁴ vgl. Ehmer 1984: 4.

¹⁵⁵ vgl. Eigner 2011: 109.

¹⁵⁶ vgl. Handelskammer 1870: 6, zitiert in: Czeike/Lugsch 1955: 17.

¹⁵⁷ vgl. Handelskammer 1870: 17, zitiert in: Czeike/Lugsch 1955: 17f.

¹⁵⁸ vgl. Handelskammer 1870: 174ff, zitiert in: Czeike/Lugsch 1955: 20.

¹⁵⁹ vgl. Handelskammer 1870: 26f, zitiert in: Czeike/Lugsch 1955: 18.

¹⁶⁰ vgl. Czeike/Lugsch 1955: 15.

¹⁶¹ vgl. Schiemer 1999: 104.

¹⁶² vgl. Handelskammer 1870: 81ff, zitiert in: Czeike/Lugsch 1955: 18.

Manufakturarbeiter gewesen waren, die mit der Einführung der Maschinen ihre bis dahin geschätzte Stellung eingebüßt hatten.¹⁶³

Diesen Arbeitszeitverhältnissen standen äußerst geringe Löhne gegenüber. Besonders bei jenen in Ottakring und Neulerchenfeld vertretenen Berufsgruppen ließ sich beobachten, dass es trotz der Erwerbstätigkeit aller Familienmitglieder nicht immer möglich war, die dringendsten Grundbedürfnisse zu stillen.¹⁶⁴ Der ständige Nachschub ungelernter Arbeitskräfte vom ländlichen Raum führten zu einem Überangebot an Arbeitskräften und zu einem Rückgang der Reallöhne¹⁶⁵, da die Lohnhöhe durch den „freien Arbeitsvertrag“ vom Arbeitskräfteangebot bestimmt war.¹⁶⁶ Auch aus diesem Grund nahm die Industrie im Interesse des Profits eine industrielle Reservearmee an Arbeitslosen und ungelernten Arbeitskräften in Kauf.¹⁶⁷

Durch den zunehmenden Maschineneinsatz, wurden hoch qualifizierte Arbeitskräfte durch ungelernte Arbeiter verdrängt, sodass nicht nur Gesellen, sondern auch viele kleine Meister ihre Existenzgrundlage verloren.¹⁶⁸

Auch kam es im Zuge dessen zu einem erhöhten Einsatz von Frauenarbeit¹⁶⁹: da Frauen für gleiche Arbeit wesentlich schlechter bezahlt wurden als Männer, verfolgten Arbeitgeber die Strategie, mit der Einstellung möglichst vieler Frauen und Kinder, die Löhne der Männer zu drücken, was ein erhebliches soziales Problem jener Zeit darstellte. Denn der zunehmende Einsatz von Frauen und Kindern brachte nicht nur Auswirkungen auf die Löhne, sondern auch eine Arbeitszeitsteigerung mit sich – so mussten etwa 12- bis 16-Jährige zwölf Stunden am Tag arbeiten.¹⁷⁰

Besonders hoch war der Anteil arbeitender Frauen in Ottakring: hier waren im Jahr 1900 allein in der Bekleidungsindustrie von 14.441 Arbeitern 5.779 Frauen.¹⁷¹ Männliche Arbeiter leisteten gegen den verstärkten Einsatz von Frauen und Kindern Widerstand: bereits 1792

¹⁶³ vgl. Czeike/Lugsch 1955: 18.

¹⁶⁴ vgl. Czeike/Lugsch 1955: 21.

¹⁶⁵ vgl. Eigner 2011: 110.

¹⁶⁶ vgl. Klenner/Pellar 1987: 45.

¹⁶⁷ vgl. Klenner/Pellar 1987: 49.

¹⁶⁸ vgl. Klenner/Pellar 1987: 43.

¹⁶⁹ vgl. Meißl 1984: 50.

¹⁷⁰ vgl. Bauer 1923: 507.

¹⁷¹ vgl. Klusacek/Stimmer 2005: 115.

hatten Wiener Zeugmachergesellen protestiert und Kaiser Franz II. eine Bittschrift übergeben, welche unter anderem die Einschränkung der Frauenarbeit beinhaltet hatte.¹⁷²

Während Arbeiter, die einer Beschäftigung in einer Fabrik oder einem Betrieb nachgehen konnten, und daher zumindest über ein geringes Einkommen verfügten, war dies bei einer hohen Anzahl an Arbeitslosen nicht der Fall. Staatliche Arbeitslosenunterstützungen gab es nicht, und so waren Arbeiter auf sich selbst oder auf deren Familienangehörige angewiesen und der Produktion schutzlos ausgeliefert.¹⁷³

Lange Arbeitszeiten, schlechte Bezahlung, und hohe Arbeitslosigkeit führten zu einer Verelendung weiter Bevölkerungskreise, zum Pauperismus.¹⁷⁴

Dieser lässt sich insbesondere an den miserablen Wohnverhältnissen in den Wiener Vororten widerspiegeln: das bereits geschilderte große Städtewachstum im 19. Jahrhundert führte zu schlechten Wohnbedingungen, welche sich nicht nur auf die Bereiche Wohnen und Lebensqualität, sondern auch auf Gesundheit und Lebenserwartung der Arbeiter auswirkten und die soziale Frage nochmals verschärften.¹⁷⁵ Während die großen Seuchen der Jahrhunderte, Pest, Cholera oder Masern, alle Menschen gleich betraf, stellte die Lungentuberkulose eine Klassenkrankheit dar. Sie verbreitete sich innerhalb der unteren sozialen Schichten, wo Menschen zusammengepfercht lebten, durch extreme Arbeitsbelastungen sowie gesundheitsschädlichen Arbeitsplätzen geschwächt waren, mit keinerlei Versorgung bei Krankheit oder Unfall rechnen konnten, wenig verdienten und sich schlecht ernährten.¹⁷⁶ Insbesondere die Arbeiterklasse war durch eine hohe Kindersterblichkeit und einer geringen Lebenserwartung gekennzeichnet.¹⁷⁷

Die soziale Not der Lohnarbeiter, welche von der Willkür ihrer Arbeitgeber abhängigen waren¹⁷⁸, herrschte natürlich nicht nur in Ottakring und Neulerchenfeld, sondern war auch in anderen Bezirken und Vororten Wiens allgegenwärtig – da aber speziell in Ottakring und

¹⁷² vgl. Klenner/Pellar 1987: 39.

¹⁷³ vgl. Bauer 1979: 35.

¹⁷⁴ vgl. Eigner 2011: 110.

¹⁷⁵ vgl. Eigner 2011: 111.

¹⁷⁶ vgl. Flanner 1984: 25.

¹⁷⁷ vgl. Flanner 1984: 26.

¹⁷⁸ vgl. Klenner/Pellar 1987: 41.

Neulerchenfeld der Anteil der Arbeiter verhältnismäßig hoch war, wirkten sich hier die dargestellten sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen besonders schwerwiegend aus.¹⁷⁹

1.5.4 Die Auflösung der ersten Arbeiter-Vereinigen

Angesichts der geschilderten Lebens- und Arbeitsumstände ist es nicht verwunderlich, dass die Arbeiterschaft jede Gelegenheit wahrnahm, um gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung aufzutreten und Verbesserungen herbeizuführen. Nachdem die Arbeiterschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch zu jung war, um sich der Existenz einer gemeinsamen Klasse bewusst zu sein, steigerte die Tatsache, dass eine große Anzahl an Arbeitern in einer Fabrik zusammengefasst waren und sie ähnlichen Tätigkeiten nachgehen mussten, ihr Zusammengehörigkeitsgefühl, womit auch das Bewusstsein gefördert wurde, dass sie mit vergleichbaren Problemen zu kämpfen hatten.¹⁸⁰ Die Aufbruchsstimmung, die mit dem Staatsgrundgesetz 1867 innerhalb der Arbeiterschaft einherging, wird auch von Karl Renner in seinem Buch „An der Wende zweier Zeiten“ angesprochen: „Nach dem verlorenen Krieg 1866 regt sich ein freier Geist, Arbeiterversammlungen finden statt, die Fabrikarbeiter der Vororte rühren sich, sie fordern das Recht, sich gewerkschaftlich organisieren zu können“.¹⁸¹ Diese Euphorie war jedoch nur von kurzer Dauer. Die autoritäre Monarchie hatte wenig Interesse, dass sich ihre Arbeiter in Organisationen zusammenschließen und ungestört Erfahrungs- und Meinungsaustausch betreiben konnten. Da sich Regierung und Bürgertum jedoch vorerst abwartend gegenüber der sich formierenden Arbeiterbewegung verhielten, kam es am 13. Dezember 1869 zu einer Arbeiter-Demonstration mit 20.000 Teilnehmern am Paradeplatz vor dem Parlament, und damit die erste organisierte Großkundgebung der Wiener Arbeiterbewegung.¹⁸² Die Führer der Demonstration, unter ihnen Heinrich Oberwinder und Andreas Scheu, wurden verhaftet und wegen Hochverrats angeklagt. Die meisten Arbeiterbildungsvereine und gewerkschaftliche Fachvereine wurden aufgelöst¹⁸³, was eine „gärende Stimmung“¹⁸⁴ bei den Beteiligten auslöste. Das Verbot von Vereinen war gesetzlich legitimiert, da das

¹⁷⁹ vgl. Czeike/Lugsch 1955: 28.

¹⁸⁰ vgl. Klenner/Pellar 1987: 49.

¹⁸¹ Renner 1946: 244.

¹⁸² vgl. Hautmann/Kropf 1974: 60.

¹⁸³ vgl. Hautmann/Kropf 1974: 60f.

¹⁸⁴ Czeike/Lugsch 1955: 25.

Vereins- und Versammlungsgesetz von 1867 vage formuliert war und genügend offenen Spielraum für Interpretationen offen ließ, sodass die Polizei willkürlich Vereine verbieten oder Versammlungen auflösen konnte, wenn sie sie als staatsgefährdend einstufte.¹⁸⁵ Dennoch war sich die Obrigkeit bewusst, dass eine neue politische Kraft auf der Bildfläche erschienen war¹⁸⁶, die das Potenzial hatte, die zahlenmäßig große Masse der Arbeiter hinter sich zu vereinigen. Neben repressiven polizeilichen Maßnahmen versuchte man daher, dieser aufstrebenden Bewegung mithilfe sozialpolitischer Zugeständnisse in Gestalt der Einführung einer Gewerbeinspektion oder der Erlaubnis zur Gründung von Unterstützungsvereinen¹⁸⁷ entgegenzukommen und die Gründung einer Arbeiterpartei als nicht notwendig erscheinen zu lassen.¹⁸⁸

1.5.6 Radikale und Gemäßigte: der sozialdemokratische „Bruderkrieg“

Dieses vermeintliche Entgegenkommen änderte nichts an dem Umstand, dass der Arbeiterbewegung durch polizeiliche Repression und dem Beobachten von Veranstaltungen durch einen anwesenden Polizeiverantwortlichen, Steine in den Weg gelegt wurden und diese ihre Organisation in „halber Illegalität“¹⁸⁹, fortführen musste. Die Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring bemerkte: „Zu allen Zeiten wurden Versammlungen von Arbeitern mit Argusaugen angesehen, der Polizeigeist des alten Österreich witterte dahinter immer Auflehnung gegen die Staatsgrundgesetze, Empörung und Anarchie“.¹⁹⁰

Während Schuhmeiers Kindheit und Jugend, sowie zu Beginn seines beruflichen Einstiegs und politischen Wirkens in der Fabrik Goppold & Schmiedl, war die sozialdemokratische Arbeiterschaft tief gespalten in einen gemäßigten und radikalen Flügel. Dieser Richtungsstreit zog sich von den 1870er Jahren bis zum Hainfelder Parteitag 1888/89. Beide Lager verfolgten dasselbe Ziel: die Beseitigung des Kapitalismus und die Etablierung des Sozialismus in der Gesellschaft.¹⁹¹ Über die Mittel, welche zur Erreichung dieses Ziels angewandt werden sollten, war man sich uneins. Während die Radikalen einen

¹⁸⁵ vgl. Maderthaner/Müller 1996: 42.

¹⁸⁶ vgl. Schiemer 1999: 105.

¹⁸⁷ vgl. Hahn 1988: 24.

¹⁸⁸ vgl. Magaziner 1975: 88.

¹⁸⁹ Klusacek/Stimmer 2005: 127.

¹⁹⁰ Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 189.

¹⁹¹ vgl. Bauer 1979: 37f.

revolutionären Aufstand anstrebten, wollten die Gemäßigten auf friedliche Weise und mittels sozialer Reformen Verbesserungen erzielen.¹⁹²

Roman Horak¹⁹³ unterteilt den Richtungsstreit in zwei Phasen: die erste „explizit lassalleanische“ Phase von 1867 bis 1870, und die zweite, welche die 1870er über andauerte, und in der man von dieser expliziten lassalleanisch orientierten Prägung abwich. Tatsächlich entwickelte sich innerhalb der Arbeiterbewegung eine Gruppe mit anarchistischer, radikaler Gesinnung, die mittels „individuellem Terror“¹⁹⁴ versuchte, ihre Interessen durchzusetzen. Ihnen gingen die Methoden der Gemäßigten nicht weit genug. Die Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring beschrieb die Radikalen als „skrupellose Fanatiker aus den Reihen der Arbeiterschaft und nicht zuletzt Umstürzler, deren Ideen mit dem Freiheitsgedanken der besonnenen Arbeiter im Widersprüche standen“ und „schädigend auf die Bestrebungen der nach Zusammenarbeit dürstenden Arbeiter“¹⁹⁵ wirkten. Die staatlichen Behörden verstanden es zudem prächtig, den Richtungsstreit zu schüren und „restriktiv“ auszunutzen.¹⁹⁶

Die Wut der Arbeiter wurde noch weiter vorangetrieben, als, in Verbindung mit dem Börsenspekulationen rund um den Bauboom der Ringstraße und dem Scheitern der Wiener Weltausstellung 1873, eine Rezession einsetzte, welche den ökonomischen Aufschwung der Gründerzeit beendete, und die Stadt Wien in Zahlungsschwierigkeiten versetzte.¹⁹⁷ Jene, die ohnehin schon am wenigsten hatten, traf diese Wirtschaftskrise am stärksten. Wut und Resignation unter den Arbeitern machte sich breit: in Wien verloren mit einem Schlag 35.000 Arbeiter ihren Arbeitsplatz, 15.000 mussten die Stadt verlassen – Entwicklungen, die entscheidend zur Radikalisierung beitrugen.¹⁹⁸

Ein Vorfall am 4. Dezember 1881 im Gasthaus „Zum grünen Tor“ in der Neulerchenfelder Straße 17 steht bezeichnend für die damalige Stimmungslage. In jenem Gasthaus wurde eine Arbeiterversammlung abgehalten, welche vom Polizeikommissär Franz Kadlec überwacht wurde. Als die Versammlungsteilnehmer begannen Arbeiterlieder anzustimmen, die laut Kadlec' Einschätzung in die Kategorie „aufrührerisch“ einzuordnen waren, erklärte er die

¹⁹² vgl. Hautmann/Kropf 1974: 76f.

¹⁹³ vgl. 1984: 282.

¹⁹⁴ Schiemer 1999: 106.

¹⁹⁵ Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 128.

¹⁹⁶ vgl. Pepper 1988: 83.

¹⁹⁷ vgl. Sachslehner 2016: 220.

¹⁹⁸ vgl. Stimmer 1988: 14.

Versammlung für aufgelöst. Die anwesenden Arbeiter wollten sich dies jedoch nicht gefallen lassen, bewarfen Kadlec mit Bierkrügen und verprügelten ihn. Nachdem Kadlec Verstärkung geholt hatte, kam es zu etlichen Verhaftungen, zwei als „Rudelführer“ bezeichnete Arbeiter wurden zu zwei Jahren schweren Kerkers verurteilt.¹⁹⁹

Es kam in Wien zu mehreren Attentaten, welche zwei tote Polizeibeamte zur Folge hatten. Die Täter wurden hingerichtet.²⁰⁰ Dieser von Teilen der Arbeiterschaft praktizierte Anarchismus wurde mit der Verhängung des Ausnahmezustands über Wien, Floridsdorf, Korneuburg und Wiener Neustadt am 30. Jänner 1884 sanktioniert. Durch die Ausnahmeregelungen konnten Vertrauensmänner verfolgt oder ausgewiesen, Zeitungen und Versammlungen verboten, und Vereine aufgelöst werden.²⁰¹

Für die Wiener Arbeiterbewegung, die ihren politischen Aktionismus bis zu diesem Zeitpunkt ohnehin unter strenger Bewachung und in einer Grauzone zwischen Legalität und Illegalität betreiben musste und zudem intern tief zerstritten und gespalten war, stellte der Ausnahmezustand einen weiteren großen Rückschlag dar.²⁰²

Otto Bauer schrieb dazu: „Die Arbeiter hatten keine Organisation, kein Wahlrecht, keine Presse. Der Ausnahmezustand war über Wien verhängt. Holzingers Bluturteile rächten jedes freimütige Wort. Wer seine Arbeiterbrüder zur Vereinigung aufrief, ward in Ketten in den Kerker geführt. Die breite Masse war eingeschüchtert; stumm und stumpf trug sie das Joch der Willkür. Und das kleine Häuflein derer, die sich Sozialisten nannten, war gespalten und zerrissen. Die einen, die „Radikalen“, setzten ihre ganze Hoffnung auf Bombe und Dolch, den anderen, den „Gemäßigten“, verflüchtigte sich der Sozialismus zu bloßer Sozialreform. Was die Polizeigewalt vom Sozialismus noch übrig gelassen hatte, zerstörte der Bruderkrieg zwischen den Sozialisten. Die Lage schien hoffnungslos“.²⁰³

In dieser für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung schwierigen Zeit wurde Schuhmeier Vertrauensmann der Partei.²⁰⁴ Er hatte bei seinem Arbeitsplatz Goppold & Schmiedl, wo er sich inzwischen zum Magazineur hochgearbeitet und mittlerweile einen guten

¹⁹⁹ vgl. Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 189f.

²⁰⁰ vgl. Klusacek/Stimmer 2005: 125.

²⁰¹ vgl. Hautmann/Kropf 1974: 77.

²⁰² vgl. Hahn 1988: 23.

²⁰³ Lanzer 1968: 39. Laut der Quellensammlung stammt der Text von Otto Bauer. Im originalen Artikel, der in der „Arbeiter-Zeitung“ am 15.11.1918 auf Seite 1 erschien, wird keine Autorennamen genannt.

²⁰⁴ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 13.

Wochengehalt von dreizehn Gulden verdiente²⁰⁵, zunehmend Einfluss gewonnen, indem er sich selbst mit Büchern weitergebildet und jenes angeeignete Wissen stets an seine Kollegen weitergegeben hatte oder ihnen in Zusammenkünften in der Gumpendorfer Bierhalle aus den Büchern vorgelesen, ihnen auf diese Weise Wissen vermittelt hatte: „Immer wieder hat er Freunde und Feinde durch sein Wissen in Erstaunen gesetzt“. ²⁰⁶

Sever, der dem gemäßigten Lager zugeordnet werden kann und im Richtungsstreit ein „aufrechter Sozialdemokrat“²⁰⁷ wurde, erzählt von den fünfzehn Minuten dauernden Pausen, die den Arbeitern in der Buntpapierfabrik gewährt wurden:

„Diese Viertelstunden waren unsere Schule. In diesem Betriebe waren Sozialisten, Radikale und Gemäßigte, Anarchisten, Christlichsoziale und Parteilose. Da gab es immer einen Meinungskampf. Es zeigte sich, daß mein Freund Franz der Gescheitere war. Er widerlegte klar und deutlich die phantasierenden Radikalen und Anarchisten, frotzelte die Christlichsozialen, die alles durch Gott erreichen wollten, und zeigte auf, daß die Arbeiterschaft nur auf gesetzlichem Wege lohn- und sozialpolitische Errungenschaften erzielen kann, wenn sie geschlossen den Kampf gegen den Kapitalismus führe“. ²⁰⁸

Unter dem Einfluss Albert Severs und Franz Bretschneiders, der bei der Zeitung „Gleichheit“ angestellt war, nahm Schuhmeier zunehmend „reformistische Positionen“²⁰⁹ ein. Die Zeitung „Gleichheit“ war 1886 von Viktor Adler gegründet worden und nahm im Richtungsstreit eine vermittelnde Rolle ein, wodurch sie das Vertrauen beider Seiten gewinnen konnte. ²¹⁰

Mit dem Eintreten Viktor Adlers auf die politische Bühne wurde der Richtungsstreit innerhalb der Arbeiterbewegung vorerst beendet. Seiner Ansicht nach, hatte die Sozialdemokratie durch den Konflikt den Kontakt zu den Arbeitern einerseits, und Effizienz im Kampf gegen die Staatsgewalt andererseits verloren. ²¹¹ Adler gelang es, die zerstrittene Arbeiterbewegung zu einigen. Die Vorarbeit hierfür hatte er mit der „Gleichheit“ geleistet. Nachdem es in den 1880er Jahren aufgrund von Mangel eines effektiven Organisationsapparates, durch individuelle Aktionen, Alleingängen und Konkurrenzdenken, durch staatliche Repression und dem Richtungsstreit zu einem Zusammenbruch der „alten

²⁰⁵ vgl. Bauer 1979: 84.

²⁰⁶ Wagner 1933: 6.

²⁰⁷ Magaziner 1975: 68.

²⁰⁸ Sever 1956: 10.

²⁰⁹ Maderthaner 2000: 194.

²¹⁰ vgl. Bauer 1979: 38.

²¹¹ vgl. Ardelt 1994: 15.

Arbeiterbewegung“ gekommen war²¹², konnte nun mit dem Hainfelder Einigungsparteitag 1888/89 ein Neuanfang eingeleitet werden. Über die Inhalte des auf dem Hainfelder Parteitag beschlossenen Parteiprogramms, sowie die Ursachen für das dortige Fehlen Schuhmeiers, der eigentlich als Delegierter Ottakring und Neulerchenfeld vertreten hätte sollen, soll etwas später thematisiert werden.

2. Agitation und erste politische Ämter

2.1 Schuhmeiers Eintritt ins politische Geschehen: der Neulerchenfelder Rauchklub „Lassalle“

Da es während dem Ausnahmezustand ab 1884 nahezu unmöglich war, auf legaler Basis Versammlungen und Treffen durchzuführen, sahen sich die Führungspersonen der Wiener Arbeiterbewegung gezwungen, ihre Organisation verdeckt weiterzuführen. Eine Idee, wie dies gelingen sollte, war bald geschaffen: man gründete sogenannte Rauchklubs. Hier sollten sich Arbeiter unter jenem Vorwand zusammenfinden, in vermeintlich freizeitlicher Aktivität gemeinsam diverse Tabakwaren zu konsumieren. Da unpolitische Vereine weiterhin erlaubt waren, wurde dieser Vorwand genutzt, um von den Behörden getarnt und somit unbemerkt weiterhin Versammlungen abzuhalten, und über die politische Strategie und Taktik zu debattieren.²¹³

Angesichts der hohen Zahl an in und um Neulerchenfeld wohnhaften Arbeitern ist es wenig verwunderlich, dass im Jahr 1886 auch hier ein solcher Rauchklub – der Rauchklub „Lassalle“ – gegründet wurde.²¹⁴

²¹² vgl. Maderthaner 1988: 26.

²¹³ vgl. Klusacek/Stimmer 2005: 127.

²¹⁴ vgl. Ascher 1933: 188 bzw. Schmidt/Czeike 1964: 33.

Über den Sitz des Neulerchenfelder Rauchklubs erhalten wir je nach Quelle unterschiedliche Informationen, was mit der notwendigen Geheimhaltung des Klubs begründet werden könnte. Im quantitativen Vergleich der Quellen lässt sich aber doch eine deutliche Mehrheit derer feststellen, die den ersten Hauptsitz des Rauchklubs im Neulerchenfelder Gasthaus „Zum weißen Engel“ in der Grundsteingasse 15 (damals Gärtnergasse) sehen.²¹⁵

Möglicherweise könnte hinsichtlich des Sitzes des Rauchklubs auch die Umsiedlung desselben für Verwirrung gesorgt haben. Da die Grundsteingasse mit ihren zahlreichen Gasthäusern einer „Vergnügungsavenue“²¹⁶ glich, wo Prostitution, Raufereien und Messerstechereien gang und gäbe waren, wurde diese von der Polizei streng bewacht. Daher beschlossen die Mitglieder des Rauchklubs in ein anderes Lokal umzusiedeln, nämlich in das Extrazimmer eines weiter abseits gelegenen Gasthauses in der Brunnengasse 12.²¹⁷ Sämtliche Quellen hegen wiederum keine Zweifel, wenn es um das wohl wichtigste Mitglied des Neulerchenfelder Rauchklubs geht. Franz Schuhmeier hatte in seiner Funktion als Vertrauensmann zunächst in der Buntpapierfabrik politisiert, ehe er die Agitation an einen außerbetrieblichen Ort verlagerte, um Störungen oder unliebsamen Zuhörern auszuweichen und etwaige Sympathisanten dazuzugewinnen.²¹⁸ Da die Schaffung eines legalen politischen Vereins aufgrund der vorherrschenden Ausnahmebestimmungen nicht möglich war, gründete er den Rauchklub und wurde bald dessen Obmann.

Zur besseren Geheimhaltung erhielten alle der siebzehn Klubmitglieder den Decknamen eines berühmten Mannes. Über Schuhmeiers Decknamen existieren keine einheitlichen Informationen. Laut Ascher²¹⁹ und Schmidt und Czeike²²⁰ nannte er sich Lassalle, laut Ludwig Wagner, der 1933 einen Artikel anlässlich Schuhmeiers 20. Todestag im „Kuckuck“ schrieb, nannte er sich „Shakespeare“.²²¹

Einmal pro Woche wurde nun ein Zimmer gemietet. Um dieses authentisch aussehen zu lassen, wurden neben einem Klubtisch auch Pfeifenständer aufgestellt und jedes Klubmitglied erhielt eine Pfeife. Bei den Klubabenden kamen Vertrauensmänner aus den Betrieben zusammen, um Flugblätter zu verteilen, Bericht über die Stimmung in

²¹⁵ vgl. u.a. Klusacek/Stimmer 2005: 126 bzw. Wimmer 1996: 91 bzw. Czeike/Lugsch 1955: 69.

²¹⁶ Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 190.

²¹⁷ vgl. Czeike/Lugsch 1955: 69.

²¹⁸ vgl. Schmidt/Czeike 1964: 46.

²¹⁹ vgl. 1933: 189.

²²⁰ vgl. 1964: 46.

²²¹ vgl. Wagner 1933: 5f.

Arbeiterkreisen zu erteilen²²² und über weiteres politisches Vorgehen sowie über für die Arbeiterbewegung relevante Themenbereiche wie Sozialismus, Wahlrecht oder Arbeiterschutz zu diskutieren. Schuhmeier, der sein Selbststudium durch Bücher fortgeführt hatte, interessierte sich weiterhin für Religion, weshalb auch diese Thematik, insbesondere die Trennung zwischen Kirche und Schule diskutiert wurde.²²³ Auch die angestrebte Einigung zwischen Gemäßigten und Radikalen, wurde thematisiert. Schuhmeier, der die Sitzungen möglichst interessant und für die Teilnehmer verständlich zu gestalten versuchte, nahm in diesen Debatten eine Mittelstellung ein.²²⁴

Trotz ihrer Vorsicht weckten sie die Neugierde der Polizei. Laut Ascher wären an jedem Klubabend auch Geheimpolizisten im betroffenen Wirtshaus anwesend, die der Versammlung große Aufmerksamkeit entgegenbrachten, doch „sobald die Raucher erfuhren, daß man sich für sie lebhaft interessierte, brachen sie die Diskussion ab und schimpften über die Tabakregie, die einen solchen Matschker von Tabak für sündteures Geld liefere“.²²⁵

Zwei Jahre lang konnte der Rauchklub „Lassalle“ bestehen. Nachdem die Polizei Informationen über politische Aktivitäten erhalten hatte²²⁶, umstellte sie das Lokal in der Brunnengasse und verhaftete alle siebzehn Teilnehmer. Schuhmeier und seine Gefolgsleute wurden dem Landesgericht überstellt und kamen sieben Wochen in Untersuchungshaft. Zur Vorsicht wurden sämtliche Rauchklubs Wiens von der Polizei für aufgelöst erklärt. Am Ende der Untersuchungshaft kam es zur Verhandlung, in der die sechzehn „einfachen“ Mitglieder des Klubs freigesprochen, Schuhmeier als Obmann jedoch aufgrund einer Übertretung des Vereins- und Versammlungsverbotes zu 24 Stunden Arrest verurteilt wurde:

²²² vgl. Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 190.

²²³ vgl. Schmidt/Czeike 1964: 33.

²²⁴ vgl. Schmidt/Czeike 1964: 46.

²²⁵ Ascher 1933: 189.

²²⁶ Auch hier widersprechen sich die Quellen teilweise. Während Czeike/Lugsch (vgl. 1955: 69) lediglich eine „Denunziation“ erwähnen, werden Ascher (vgl. 1933: 191), Ziak (vgl. 1969: 97), Klusacek/Stimmer (vgl. 2005: 127) und die Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring (vgl. 1924: 190) konkreter, indem sie vom Verrat eines Tischlermeisters sprechen, der in den Rauchklub eingeführt worden war. Dieser soll der Polizei Namen und Adressen der Teilnehmer übergeben haben (vgl. Ascher 1933: 191). Schiemer (vgl. 1999: 107) behauptet, ein Spitzel hätte sich in den Klub eingeschlichen und die Versammlung auffliegen lassen. Albert Sever (vgl. 1956: 11) erwähnte Verrat, vielleicht aus Unwissenheit, mit keinem Wort und schilderte die Razzia noch einmal anders: „Die Herren kamen zu früh. Es waren nur sieben Mitglieder da, von uns Jungen gar keiner. Leider wurde bei einem Genossen die Mitgliederliste gefunden und sonntags darauf wurden die restlichen 17 Mitglieder durch die Polizei geholt.“

„Nach sieben Wochen Untersuchungshaft entließ man „Schuhmeier und Komplizen“ aus dem Landesgericht, weil beim besten Willen der maßgebenden und übelwollenden Personen kein anarchistischer Tendenzprozeß aus der Sache zu machen war“.²²⁷

Es war dies die erste Haft Schuhmeiers, doch sollte sie nicht seine letzte gewesen sein: bis zum Jahr 1901 wurde er 25 Mal angeklagt, davon dreizehn Mal freigesprochen, und zwölf Mal verurteilt.²²⁸

Während mehrere Festgenommene aufgrund der Untersuchungshaft ihren Arbeitsplatz verloren, hielt Schuhmeiers Freund Sever ihren Chef in der Buntpapierfabrik hin, und erklärte Schuhmeiers Abwesenheit damit, dass er seine schwer kranke in Böhmen lebende Großmutter unterstützen müsse.²²⁹

2.2 Die Geburtsstunde der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich: Hainfeld 1888/89

2.2.1 Schuhmeiers Abwesenheit am Einigungsparteitag

Während Schuhmeier im Gefängnis seine Strafe abbüßte, fand mit dem Einigungsparteitag im niederösterreichischen Hainfeld vom 30.12.1888 bis 1.1.1889 die Geburtsstunde der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich statt.

Ursprünglich hätte Schuhmeier als Delegierter von Ottakring und Neulerchenfeld am Parteitag teilnehmen sollen.²³⁰ Schuhmeier wurde für diese Aufgabe wohl nicht zufällig ausgesucht. Während dem Richtungsstreit zwischen Radikalen und Gemäßigten war er zum überzeugten Vertreter einer strikten Parteieinheit geworden²³¹, was auch Albert Sever mit seinen niedergeschriebenen Erinnerungen bestätigt:

„Es gab sehr oft harte Auseinandersetzungen. Radikale oder unabhängige Sozialisten und Anarchisten waren für ein gewaltsames Stürzen der damaligen Wirtschaftsordnung. Da zog

²²⁷ Arbeiter-Zeitung, 12. Februar 1913: 2.

²²⁸ vgl. Waschsalon o.J.

²²⁹ Sever 1956: 11.

²³⁰ vgl. Schmidt/Czeike 1964: 14.

²³¹ vgl. Maderthaner/Musner 2000: 194.

Franz aus seiner Tasche eine Nummer der damals neuerschienenen „Arbeiterzeitung“, die von dem zum Sozialismus gekommenen Dr. Victor Adler herausgegeben wurde. Sofort beruhigten sich die Gemüter, wenn Schuhmeier einen Artikel vorlas, in dem Adler klar und deutlich darstellte, daß die Arbeiterschaft nur Erfolge erzielen könne, wenn sie einig den Kampf führe. Dadurch, daß sich die Arbeiterschaft gegenseitig zerfleische und beschimpfe, helfe sie nur dem Kapitalismus, der die Arbeiterschaft leichter ausbeuten könne, wenn sie uneinig sei, keine Organisationen habe, jeder sich selbst helfen wolle und dabei rücksichtslos aus dem Betrieb hinausgeworfen würde“.²³²

Nun konnte Schuhmeier aufgrund seiner Haftstrafe nicht am Einigungsparteitag teilnehmen²³³. Laut Ascher hatte er sich dafür eifrig vorbereitet, „weil er zu verschiedenen Punkten der Tagesordnung das Wort ergreifen wollte“.²³⁴ Trotz des für ihn enttäuschenden Umstandes, nicht am „Tag der Einigung“ teilnehmen zu können, war ihm das dort beschlossene Programm „zur Lebensaufgabe geworden, in der er ganz aufging“.²³⁵ Tatsächlich herrschten einige Parallelen zwischen dem Programm der nunmehrigen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und den politischen Ansichten Schuhmeiers – jenem Arbeiter, der sein ganzes berufliches Leben damit verbringen sollte, die in Hainfeld erarbeiteten Inhalte zu verbreiten.

2.2.2 Das Grundsatzprogramm der österreichischen Sozialdemokratie

Mitten in der Phase der Spaltung gelang es Viktor Adler Gemäßigte und Radikale zusammenzurufen, und mit ihnen eine für die österreichische Sozialdemokratie allgemein gültige Prinzipienerklärung aufzustellen:

„Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmerng“.²³⁶

²³² Sever 1956: 10.

²³³ vgl. Magaziner 1975: 66.

²³⁴ Ascher 1933: 191.

²³⁵ Ascher 1933: 214.

²³⁶ Parteitagprotokoll 1892: III.

Für die Ursachen der schlechten Lage der Arbeiterschaft wurde die vorherrschende allgemeine Gesellschaftsform verantwortlich gemacht, in welcher die Produktionsmittel in den Händen des Großkapitals lagen. Die Produktionsmittel jedoch sollten in den Allgemeinbesitz verlagert werden, um die Ausbeutung des Proletariats zu beenden:

„Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzender monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Capitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet. Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er also politisch den Classenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten“²³⁷

Die Marxistische Mehrwerttheorie, wonach der Arbeiter lediglich den Bruchteil seines von ihm produzierten Wertes in Form von Lohn zurückerhält, und somit dem Kapitalisten zu mehr und mehr Reichtum verhilft²³⁸, ist dementsprechend in der Prinzipienerklärung von Hainfeld verankert, wodurch sie als eine „Kurzfassung des Kommunistischen Manifests aus dem Jahr 1848“²³⁹ betrachtet werden kann. Einen wesentlichen Unterschied zum Modell von Marx und Engels stellt das Mittel dar, auf welche Weise die bestehende Ordnung umgestürzt und das Proletariat die Macht übernehmen sollte: anstatt einer Revolution, setzte die nun neu gegründete österreichische Partei in den ersten Jahren ihres Bestehens auf eine „legalistische Taktik“ in Form einer „absoluten Gesetzlichkeit“²⁴⁰:

„Das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der socialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mitteln bedienen wird“.²⁴¹

²³⁷ Parteitagprotokoll 1892: III.

²³⁸ vgl. Komlosy 2011: 247f bzw. Danneberg 1919: 135.

²³⁹ Bauer 1979: 42.

²⁴⁰ Maderthaner 1988: 27.

²⁴¹ Parteitagprotokoll 1892: IV.

Aus diesem Teil der Hainfelder Prinzipienerklärung lässt sich herauslesen, dass die Arbeiterbewegung bis zu jenem Zeitpunkt gereift war und an Naivität verloren hatte, da noch nicht die Erringung der politischen Macht, sondern zunächst die „Konstituierung des Proletariats als politisch bewusste Klasse“²⁴² im Vordergrund der Bestrebungen stand. Indem man sich vom Anarchismus, also der gewaltsamen Machtergreifung, distanzierte, und das Hainfelder Programm „reformistisch“ gestaltete²⁴³, erhoffte man sich, die Hürden, welche dem Proletariat den Zugang zur politischen Bühne verwehrten, beseitigen zu können. Mit der Aufhebung der Ausnahmeverordnungen und Repressionsbefugnisse, der Lockerung der Handhabe der Behörden, welche gesetzliche Bestimmungen willkürlich interpretieren konnten, und mit dem Pochen auf Vereins-, Presse- und Versammlungsfreiheit hoffte man, einen Rahmen für die zukünftige politische Arbeit leisten zu können.²⁴⁴ Diese Voraussetzungen mussten geschaffen werden, denn trotz der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei herrschte ja immer noch der Ausnahmezustand und die damit verbundenen restriktiven Gesetze hinsichtlich des Umgangs mit oppositionellen politischen Kräften. Aus diesem Grund nahm man auf die Behörden Rücksicht²⁴⁵ und konstituierte keine Satzungen oder Statuten. Auch wurde vorerst keine Parteileitung installiert.²⁴⁶ Aufgrund der zu jener Zeit vorherrschenden eher losen Organisationszusammenhänge, konnte man streng genommen also noch nicht von einer „Partei“ im eigentlichen Sinn als vielmehr von einer „informellen Gesinnungsgemeinschaft“²⁴⁷ sprechen, dessen Basis von nichtpolitischen Vereinen gebildet wurde, und dessen Führung vorerst in der von Victor Adler herausgegebenen „Arbeiter-Zeitung“ lag.²⁴⁸

Die Prinzipienerklärung und die allgemeinen Grundsätze, wie etwa die Forderung nach freier Meinungsäußerung, nach einem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht, nach einer angemessenen Arbeiterschutzgesetzgebung, einer Trennung von Kirche und Staat oder der Beendigung der Ausbeutung²⁴⁹, bildeten nun den programmatischen Überbau der

²⁴² Ardelt 1994: 11.

²⁴³ vgl. Ardelt 1994: 58.

²⁴⁴ vgl. Ardelt 1994: 16.

²⁴⁵ vgl. Sandner 2013: 14.

²⁴⁶ vgl. Müller/Maderthaner 1996: 33.

²⁴⁷ Maderthaner 1988: 30.

²⁴⁸ vgl. Sandner 2013: 14.

²⁴⁹ vgl. Parteitagsprotokoll 1892: IV.

Arbeiterbewegung.

Nun mussten jene erarbeiteten sozialistischen Ideen auch verbreitet und an die Masse der Arbeiterschaft weitergegeben werden. Dies war vor allem die Aufgabe, jener Agitatoren, Redner und Journalisten, welche die Fähigkeit besaßen, die sozialdemokratischen Inhalte den weitgehend ungebildeten Massen der Arbeiterschaft zu vermitteln. Von essentieller Bedeutung war es für die Vertreter der Arbeiterbewegung, dass diese Leute aus den eigenen Reihen der Arbeiterschaft stammten:

„Der Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des arbeitenden Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich notwendigen Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das klassenbewußte und als politische Partei organisierte Proletariat sein“.²⁵⁰

Auch Viktor Adler selbst, der immerhin als jüdischer Arzt nicht dem herkömmlichen Bild eines Arbeiters aus der Vorstadt entsprach, vertrat die strikte Ansicht, dass sich die Arbeiterschaft selbst emporheben müsse. Dies geht insbesondere aus einem Gespräch zwischen Adler und dem noch jungen Karl Renner hervor, der Adlers Aussagen in seiner Autobiographie niederschrieb:

„Jener Akademiker, der sich herabzulassen meint, indem er sich der Bewegung als ihr Führer anbietet, schafft nur Unheil. Unsere Rolle als die studierter Leute ist, die führenden Köpfe aus der Arbeiterschaft herauszuholen und für ihr schweres Amt auszubilden. Auch in ihrer Leitung muss die Arbeiterbewegung der Hauptsache nach von den Arbeitern selbst getragen sein (...) Werfen Sie sich ganz auf Ihr Studium, ohne jemals die Verbindung mit der Bewegung zu verlieren, erringen Sie eine bürgerliche Stellung und halten Sie sich bereit, bis die Bewegung Sie ruft. Je mehr Sie können, umso mehr wird diese Sie brauchen, umso eher wird diese Sie rufen“.²⁵¹

Einer, der aus den eigenen Reihen stammte, und sich bis hierhin aus eigener Kraft emporgearbeitet hatte, war Franz Schuhmeier. Er verstand es zudem außerordentlich, in der Sprache der Arbeiter, die sozialistischen Ideen in verständlicher und volkstümlicher Weise wiederzugeben. Er verfügte über ein rhetorisches und journalistisches Talent, das er durch sein jahrelanges Bücherstudium weiter gefördert hatte. In der Zeit nach Hainfeld entwickelte

²⁵⁰ Parteitageprotokoll 1892: IV.

²⁵¹ Renner 1946: 267.

sich Schuhmeier in Wien, und hier vor allem in Ottakring und Neulerchenfeld, zu einem zentralen Agitator der Hainfelder Grundsätze. Wie in den folgenden Kapiteln ersichtlich werden wird, erreichte er mittels aller drei großen Kommunikationsmöglichkeiten, welche der Sozialdemokratie zur Verfügung standen – Vereins-, Versammlungs- und Pressewesen – eine große Masse an potentiellen Mitstreitern im Kampf für die Emanzipation des Proletariats.

2.3 Das Vereinswesen: der Arbeiterbildungsverein „Apollo“

Schuhmeier ließ sich von der Schließung des Rauchklubs „Lassalle“ und seiner Verurteilung nicht verunsichern, sondern blieb weiterhin die „Seele des Ottakringer Organisationslebens“.²⁵² Während seiner siebenwöchigen Haft, reifte in ihm der Plan einer weiteren Organisationsgründung: „Diese sieben Wochen Feuertaufe (....), müssen die Arbeiterschaft emporbringen. Ich habe Zeit gehabt, nachzudenken, wie man Organisationen gründet“, wird er von Czeike und Schmidt²⁵³ sowie von Ascher²⁵⁴ zitiert. Nachdem er entlassen wurde, gründete er gemeinsam mit Albert Sever einen weiteren Rauchklub in Neulerchenfeld. Unter dem Eindruck des Hainfelder Parteitags wurden vonseiten der Behörden die Ausnahmeregelungen nicht mehr so streng gehandhabt wie zuvor und aufgrund der legalistischen Taktik der Partei 1891 endgültig abgeschafft.²⁵⁵ Voraussetzung für die Gründung des Rauchklubs war die Ankündigung, keinen politischen Absichten zu folgen, sondern lediglich eine Organisation auf die Beine zu stellen, welche ausschließlich dem Bildungsbestreben der Wiener Arbeiter diene: „Es wurde bei der Polizei ein Statut zur Gründung eines Bildungsvereines Apollo in sechs Exemplaren vorgelegt. Der Zweck des Vereines galt der Bildung der Arbeiterschaft, mit Ausschluß der Religion und Politik. Nach langem Warten und vielen Änderungen wurde das Statut genehmigt“.²⁵⁶ Politische

²⁵² Czeike/Lugsch 1955: 71.

²⁵³ vgl. 1964: 47.

²⁵⁴ vgl. 1933: 196.

²⁵⁵ vgl. Brügel 1923: 159f.

²⁵⁶ Sever 1956: 11f.

Namensgebungen wären in dieser Hinsicht wohl kontraproduktiv gewesen, weshalb sich die Vereinigung nun nicht mehr nach Lassalle benannte, sondern, angelehnt an den griechischen Gott des Lichts, mit „Apollo“ auf einen unpolitischen Namen zurückgriff.²⁵⁷

2.3.2 Vereinssitze

Schuhmeier und Sever gründeten den Rauchklub „Apollo“ im Rittersaal der „Roten Bretze“ in der Grundsteingasse 25. Der Rauchklub erfuhr jedoch so viel Interesse, dass es zu einem Umdenken kam. Nachdem binnen weniger Wochen der Rauchklub bereits 1.300 Mitglieder zählte und weiter anwuchs²⁵⁸, wurde er kurzerhand in einen Arbeiterbildungsverein umgewandelt. Schuhmeier, der die von den Behörden schlussendlich genehmigten Satzungen des Vereins verfasst hatte und angesichts seiner zurückliegenden Haftstrafe zunächst im Hintergrund blieb, wurde zum Schriftführer gewählt und übernahm die Einschreibesektion, während der Eisenmöbelhersteller Strangfeld zum Obmann, und der Metaldreher Söllner als dessen Stellvertreter gewählt wurden.²⁵⁹

Mit dem massiven Zuspruch musste auch das Vereinslokal geändert werden. Nachdem am 7. August 1889 im Saal des „Goldenen Luchsen“ in der Neulerchenfelder Hauptstraße 43 die konstituierende Versammlung des Bildungsvereins stattgefunden hatte, fand er seinen Sitz ab 21. September 1889 im Gasthaus „zum Schwarzen Adler“ an der Ecke Neulerchenfelder Straße und Gürtel.²⁶⁰ In den Vereins- und Versammlungs-Anzeigen der „Arbeiter-Zeitung“ wurde im April 1890 angekündigt, dass der Verein ein weiteres Mal, nämlich in Bauers Gasthaus in die Grundsteingasse 9 übersiedeln sollte.²⁶¹ Auch das Gasthaus „Zum weißen Engel“ wurde als Vereinslokal genutzt.²⁶²

Einer zentralen Doppelfunktion kam den vom „Apollo“ abgehaltenen Tanzkursen zu. Auf der einen Seite brachten sie Geld herein und finanzierten durch die Beiträge der Tänzer, die nicht automatisch Mitglieder vom Bildungsverein „Apollo“ waren, einen Großteil der für die Tätigkeiten im Verein anfallenden Ausgaben. Auf der anderen Seite wurde bei den Tanzkursen mit Außenstehenden Kontakt aufgenommen und agitiert, sodass einige von

²⁵⁷ vgl. Schiemer 1999: 107.

²⁵⁸ Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 191.

²⁵⁹ vgl. Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 191

²⁶⁰ Arbeiter-Zeitung, 27. September 1889: 12.

²⁶¹ Arbeiter-Zeitung, 4. April 1890: 12.

²⁶² vgl. Maderthaner/Musner 2000: 194.

ihnen aktive Mitglieder des Vereins wurden.²⁶³ Schuhmeier stellte als einziges Mitglied der Einschreibesektion in der Mobilisierung neuer Mitglieder einen zentralen Akteur dar:

„Die Einschreibesektion, bestehend aus dem Genossen Franz Schuhmeier, saß jeden Abend im Privatlokal hinter dem für diesen Zweck errichteten Holzverschlag. Es kamen sehr unterschiedliche neue Mitglieder. Solche, die mittun wollten, immer neue Mitglieder zu gewinnen, solche, die es drängte, ihr mangelhaftes Wissen zu erweitern, und sehr viele solche, die nur der Tanzerei wegen kamen. Gerade auf die hatte es die Einschreibesektion abgesehen. Die nahm er in die Kost. Den einen machte er ernste Vorhalte, die anderen fing er sich mit seinen Spaßzetteln, bis sie zutraulich wurden. Die ließ er in den Sozialismus hineintanzen. Mit allen, die kamen und gingen, war der hinter seinem Käfig in Fühlung und wurde so der bekannteste und beliebteste Funktionär vom „Apollo“.“²⁶⁴

Mit der Funktion der Einschreibesektion stand Schuhmeier mit den neuen Mitgliedern in Kontakt und stand so „an der Wiege der Ottakringer Arbeiterorganisation“.²⁶⁵ Im Jahr 1890 übernahm Schuhmeier zudem die Unterrichtssektion und schließlich die Obmannschaft, welche er bis 1893 innehatte. Zusätzlich wurde er von „Apollo“ zum „Unterrichtsverband der Arbeiterbildungs- und Fachvereine Wiens“ delegiert, welcher den Grundstein für die „rasch expandierende Erwachsenen- und Volksbildung“ legte²⁶⁶, und dessen Gründung auf Schuhmeiers Antrag mit einer Spende des „Apollo“ von fünfzehn Gulden für unterstützt wurde.²⁶⁷

Der erste Vortrag im neu konstituierten Arbeiterbildungsverein thematisierte „Einiges aus der römischen Geschichte“²⁶⁸, was von Schuhmeier initiiert worden war.²⁶⁹

Den Mitgliedern, die einen monatlichen Beitrag von 20 Kreuzern zu zahlen hatten²⁷⁰, wurde ein breites Bildungsangebot zur Verfügung gestellt. Neben Elementarunterricht mit Lesen, Schreiben und Rechnen, wurde auch Geschichte und Tanz gelehrt.²⁷¹ Im Laufe der Zeit kamen weitere Kurse dazu: Stilistik, Grammatik, Orthographie und Logik aber auch

²⁶³ vgl. Ascher 1933: 198.

²⁶⁴ Ascher 1933: 197.

²⁶⁵ Danneberg, in: Arbeiter-Zeitung, 16. Februar 1913: 2.

²⁶⁶ vgl. Stimmer 1988: 16.

²⁶⁷ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 47.

²⁶⁸ vgl. Arbeiter-Zeitung, 9. August 1889: 8.

²⁶⁹ vgl. Czeike, Schmidt 1964: 48.

²⁷⁰ vgl. Arbeiter-Zeitung, 28. November 1889: 8.

²⁷¹ vgl. Arbeiter-Zeitung, 18. Oktober 1889: 10.

Besichtigungen der Anstalt für menschliche Anatomie in der Währinger Straße²⁷² sowie Vorträge, die von unterschiedlichen Genossen wie Hanser, Heimann, Ellenbogen und später auch Schuhmeier über für Arbeiter relevante Themenbereiche gehalten wurden, standen auf dem Programm. Insbesondere im ethnisch vielfältigen Ottakring, das neben Favoriten der Bezirk mit dem höchsten Anteil an tschechischsprachiger Bevölkerung war²⁷³, erhielt der im Verein angebotene Deutschkurs für Tschechen, sowie ein Tschechischkurs für Deutschsprachige²⁷⁴ einen besonderen Stellenwert. 1890 wählte die Generalversammlung des Vereins Schuhmeier in den Vereinsausschuss. Das Bildungsangebot wurde durch die Unterrichte Rhetorik, Französisch und Stenographie erweitert²⁷⁵, wobei Letzterer von Schuhmeier selbst unentgeltlich gehalten wurde.²⁷⁶ Ab Oktober 1890 wurden auch Unterrichte für die Bereiche Physik, Chemie²⁷⁷ und Buchhaltung²⁷⁸ angeboten. Die Mitgliederzahl wuchs weiter an. Ende 1891 hatte man bereits 2.300 Mitglieder²⁷⁹, woraufhin man in das Privatlokal in die Gaullachergasse übersiedelte, um mehr Platz zu schaffen und der „Wirtshausatmosphäre“ zu entkommen.²⁸⁰ Wie aus einem Zitat aus dem „Heimatsbuch des 16. Wiener Gemeindebezirkes“ ersichtlich wird, hatte Schuhmeier inzwischen eine große Zahl an privatem Bücherbestand angesammelt:

„Schuhmeier war mein Tischnachbar. Wir plauderten über Volksschriftsteller aus vergangenen Tagen, ihre gesellschaftliche Stellung und ihren Nachruhm. Ich war über Schuhmeier Kenntnisse überrascht und warf die Frage auf, woher er bei seiner überreichen politischen Tätigkeit die Zeit nähme, in die schöngeistigen Gebiete einzudringen. Schuhmeier schmunzelte und bemerkte dann sichtlich zufrieden, nicht ohne Anflug gelinden Stolzes: „Für das man lebt und stirbt, find´t man immer Zeit. Meine Schwäche sind nun einmal die Bücher und mein´ Bibliothek ist auch mein Stolz. Besuchen´S mich einmal und schauen´S Ihnen die Sachen an, Sie werden da allerlei Kuriositäten entdecken. Einen stattlichen Platz nehmen in

²⁷² vgl. Arbeiter-Zeitung, 28. November 1889: 8.

²⁷³ vgl. Wimmer 1996: 93.

²⁷⁴ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 48.

²⁷⁵ Arbeiter-Zeitung, 14. Februar 1890: 9.

²⁷⁶ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 48.

²⁷⁷ vgl. Arbeiter-Zeitung, 19. September 1890: 10.

²⁷⁸ vgl. Arbeiter-Zeitung, 31. Oktober 1890: 9.

²⁷⁹ vgl. Maderthaner/Musner 2000: 194.

²⁸⁰ vgl. Ziak 1969: 98.

meiner Bibliothek die theologischen Schriften ein und kirchengeschichtliche Werke besitze ich eine Unzahl. Darüber sitze ich oft bis tief in die Nacht hinein“.²⁸¹

Schließlich spendete Schuhmeier dem Verein „Apollo“ einige Bücher aus seiner Privatsammlung und legte damit den Grundstein für die eigene Vereinsbibliothek, die im neuen Privatlokal samt Lesezimmer eingerichtet wurde. Vorrangig handelte es sich hierbei um philosophische, naturwissenschaftliche und sozialpolitische Schriften.²⁸² Neben Büchern, die von Schuhmeier in nahezu jeder Sitzung bestellt wurden, wurden den Mitgliedern auch Zeitungen zur Verfügung gestellt, um über tagespolitische Geschehnisse informiert zu sein.

2.3.3 „Wissen ist Macht“: Bildung als Eckpfeiler der Wiener Sozialdemokratie

Bereits die Darstellung der Gründungsversammlung des „Apollo“ im „zum Goldenen Luchsen“, bei der 200 Teilnehmer anwesend waren, gibt Auskunft über die inhaltliche Schwerpunktsetzung der Vereinstätigkeit:

„Die folgenden Redner, die Genossen Hanser, Prochaska u.A. besprachen sämtlich die Arbeiterfrage. Die schlechte Lage des Proletariats wurde angeführt, aus welcher man sich durch festes Aneinanderschließen emporarbeiten müsse. Nur durch Bildung und Wissen könne der Arbeiter seine Emanzipation herbeiführen, seinen Antheil an den politischen Rechten erlangen. Gerade die neuartigen Produktionsmittel, welche wesentlich zur drückenden Lage des Proletariats beitragen, müßten endlich auch die Umwälzung herbeiführen, doch müsse diese langsam von Schritt zu Schritt erfolgen. Die wertvollste Errungenschaft, das wichtigste Kampfesmittel der Arbeiter, könne nur die Bildung sein. Weiter führten die Redner aus, daß die Arbeiter heute ihre Frage nicht als bloße Magenfrage behandelt wissen wollten. Sie verlangen auch ihren Antheil am politischen Leben“.²⁸³

Die thematischen Schwerpunkte spiegeln somit die Grundsätze von Hainfeld sowie die Lehren von Marx, Engels und Lassalles, welche nun von den Arbeiterführern in den neu geschaffenen Bildungsvereinen an das Proletariat weitergegeben werden sollten²⁸⁴, wider. Im fünften Grundsatz der Hainfelder Prinzipienerklärung wird „der obligatorische,

²⁸¹ Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 192.

²⁸² vgl. Ascher 1933: 201.

²⁸³ Arbeiter-Zeitung, 9. August 1889: 7.

²⁸⁴ vgl. Bauer 1979: 67

unentgeltliche und confessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämtlicher höheren Lehranstalten“²⁸⁵ sowie die Trennung von Kirche und Staat und die Erklärung von Religion als Privatsache gefordert.²⁸⁶

Für Lassalle war das Ziel eine „Alliance der Wissenschaft und der Arbeiter, dieser beiden entgegengesetzten Pole der Gesellschaft, die wenn sie sich umarmen, alle Kulturhindernisse in ihren ehernen Armen erdrücken werden“.²⁸⁷

Vorrangiges Ziel des Arbeiterbildungsvereins „Apollo“ war es, Arbeitern Bildung zu ermöglichen. Erst mit einem gebildeten Proletariat könne ein sozialer Aufstieg erreicht und der Kampf um politische Gleichberechtigung gewonnen werden.²⁸⁸

Der vom englischen Philosophen Francis Bacon stammende Ausspruch „Knowledge is power“, mit „Wissen ist Macht“ von Wilhelm Liebknecht ins Deutsche übersetzt, wurde auch von der Wiener Arbeiterschaft in Anspruch genommen, da man davon ausging, dass nur Menschen mit einem Mindestmaß an Allgemeinbildung in der sozialen Hierarchie aufsteigen und am politischen Leben teilnehmen konnten. Denn nur durch Bildung würde auf die schlechte soziale und wirtschaftliche Lage aufmerksam gemacht, und damit verbundene Anliegen klar und deutlich formuliert werden können.²⁸⁹

Insbesondere für Menschen aus der Arbeiterklasse mussten daher vor allem außerschulische Bildungsinstitutionen geschaffen werden, da die allgemeine Schulbildung, die in Österreich ab 1774 herrschte, den Arbeiterkindern zumeist lediglich die grundlegende Schulbildung ermöglichte, aber, wie auch anhand von Schuhmeiers Jugendzeit deutlich wird, nicht darüber hinausging.

Unter diesen Umständen kamen für die Arbeiter neben Bildungsvereinen auch den für sie zugänglichen Bibliotheken eine große Bedeutung zu. In Ottakring wurde in der Zeit der Aufbruchsstimmung in den 1890er Jahren das erste gut organisierte Büchereiwesen geschaffen.²⁹⁰ Einen Hinweis auf diesen Umstand gibt etwa das Handbuch für Arbeiterbibliothekare, das 1914 von der Zentralstelle für das Bildungswesen der deutschen Sozialdemokratie in Österreich herausgegeben wurde, die Arbeiterbücherei als

²⁸⁵ Parteitagsprotokoll 1892: IV.

²⁸⁶ vgl. Parteitagsprotokoll 1892: IV.

²⁸⁷ Zentralstelle für das Bildungswesen der deutschen Sozialdemokratie in Österreich 1914: 29.

²⁸⁸ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 15.

²⁸⁹ vgl. Sandner 2013: 10.

²⁹⁰ vgl. Schiemer 1999: 125.

„Klassenkampfmittel“ ansieht²⁹¹ und Ottakring als „Beispiel guter Bibliotheksordnung“ anführt.²⁹²

Seit 1867 nutzte die Arbeiterschaft die Möglichkeit von Arbeiterbildungsvereinen in zunehmendem Maße, wenngleich sie durch das Koalitionsverbot von weitgehenden Kommunikationsbeschränkungen erfasst wurden²⁹³, und somit zumindest an der Oberfläche „unpolitisch“ arbeiten mussten.

Mit der von Viktor Adler verfolgten „Revolutionierung der Gehirne“ sollte den Arbeitern durch unterschiedliche Vereine und Organisationen einerseits Zugang zu modernen Wissenschaften, zur Literatur und zu Grundsätzen der Aufklärung ermöglicht werden, andererseits sollen die breiten Massen emotional an die Bewegung gebunden²⁹⁴, und das Bewusstsein gefördert werden, einer gemeinsamen „Klasse“ anzugehören.²⁹⁵

Gefördert durch den Impuls des Hainfelder Parteitags und einer guten Konjunkturlage zu Beginn der 1890er Jahre, entstanden in Wien ab dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts zahlreiche Bildungsvereine: Nachdem 1889 in Wien 32 Bildungsvereine existierten²⁹⁶, waren es im Jahr 1900 bereits 232²⁹⁷ und im Jahr 1911 371 Bildungsvereine.²⁹⁸

Dass die Richtung stimmte, bestätigte Schuhmeier am Parteitag 1897:

„Parteigenossen! Wir waren am ersten Tage des Parteitages in der angenehmen Lage, konstatieren zu können, daß die sozialdemokratische Armee auch im letzten Jahre angewachsen ist, und es tritt an uns die heilige Pflicht heran, diese Armee zu formiren, sie in Bataillone und Kompagnien einzutheilen. Dies kann nur durch die Organisation geschehen (...) Die Partei hat in den letzten Jahren jeder Strömung Rechnung getragen; wir haben uns in politische, gewerkschaftliche und Bildungsvereine organisirt“.²⁹⁹

Wien entwickelte sich somit zum „Zentrum der Wissenschaftspopularisierung“.³⁰⁰ Zumindest in den industriellen Zentren war es der Bewegung gelungen, in der ersten Hälfte der 1890er Jahre gegen den Widerstand der Behörden Lokalorganisationen aufzubauen, wenngleich auf

²⁹¹ vgl. Zentralstelle für das Bildungswesen der deutschen Sozialdemokratie in Österreich 1914: 29.

²⁹² vgl. Zentralstelle für das Bildungswesen der deutschen Sozialdemokratie in Österreich 1914: 18

²⁹³ vgl. Ardelt 1994: 26.

²⁹⁴ vgl. Maderthaner 1996: 28.

²⁹⁵ vgl. Maderthaner 1996: 34.

²⁹⁶ vgl. Sedlacek et al 1895: 604.

²⁹⁷ vgl. Sedlacek et al 1902: 800.

²⁹⁸ vgl. Magistrats-Abteilung XXI für Statistik 1913: 800.

²⁹⁹ Parteitagprotokoll 1897: 111.

³⁰⁰ Sandner 2013: 10.

den Parteitage und Bezirkskonferenzen über den desolaten Zustand vieler Lokalorganisationen geklagt wurde, da diese unter den Kommunikationsbeschränkungen, aber auch unter organisatorischen Defiziten und eines Mangels an Vertrauenspersonen und Agitatoren zu leiden hatten.³⁰¹

2.3.4 Vereinsgründungen in Ottakring

Im Zuge des raschen Aufschwungs der Arbeiterbewegung nach Hainfeld³⁰² kam es auf Ottakringer Boden zu weiteren Vereinsgründungen, deren Ziele mit jenen des „Apollo“ im Einklang standen.

So wurde, unter anderem von Karl Renner, am 16. September 1895 im Gasthaus „Zum goldenen Luchsen“ der Arbeiter-Touristenverein „Naturfreunde“ gegründet,³⁰³ der sich schließlich auf viele europäische Staaten, aber auch in den USA, Südafrika oder Australien ausbreiten sollte, und dessen populärwissenschaftliches Organ („Der Naturfreund“) „in gemeinverständlicher Weise dem Arbeiter nicht nur Interesse für den Sport, sondern naturwissenschaftliches Interesse einflößte und zur geistigen Hebung und seelischen Erhebung von Millionen von Arbeitern der Welt beigetragen hat“.³⁰⁴

Im selben Neulerchenfelder Gasthaus wurde am 29. Juni 1890 der Arbeiterinnen-Bildungsverein ins Leben gerufen. Dieser gilt als Vorläufer der sozialistischen Frauenorganisation³⁰⁵, welche bekannte Arbeiterführerinnen wie Adelheid Popp oder die Ottakringerin Anna Boschek hervorbrachte.³⁰⁶

Im Extrazimmer des Wirtshauses „Zur Roten Bretzen“ gründeten am 30. April 1899 Vertreter von elf Radfahrervereinen den „Verband der Radfahrervereine Österreichs“, dessen Vereinsname 1926 auf „Arbeiter-Radfahrer-Bund-Österreichs“ (ARBÖ) umgeändert wurde³⁰⁷ und heute zeitgemäß als „Auto-, Motor- und Radfahrerbund Österreichs“ bekannt ist.³⁰⁸

Einer dieser Radfahrervereine war der Arbeiterradfahrverein „Biene“, welcher von Schuhmeier mitbegründet wurde. Aus ihm entwickelte sich der „Erste niederösterreichische

³⁰¹ vgl. Maderthaner 1996: 41.

³⁰² vgl. Stimmer 1988: 16.

³⁰³ vgl. Schiemer 1999: 125.

³⁰⁴ Renner 1946: 284.

³⁰⁵ vgl. Pepper 1988: 84.

³⁰⁶ vgl. Magaziner 1975: 164.

³⁰⁷ vgl. Stimmer 1988: 295.

³⁰⁸ vgl. Schiemer 1999: 125.

Arbeiterradfahrerverein“. Wie viele andere Arbeiter-Organisationen zu jener Zeit, sollte dieser Verein nicht nur der persönlichen und individuellen Befriedigung, sondern auch der politischen Agitation dienen. Dem Radfahrerverein lag die Idee zugrunde, dass durch Radausflüge aufs Land nicht nur die städtische, sondern auch die ländliche Bevölkerung vom Sozialismus überzeugt werden sollte, da nur mithilfe der urbanen Bevölkerung die grundlegende Änderung im Staatsgefüge nicht gelingen könne.³⁰⁹ Doch man stellte sich dieses Unterfangen zu einfach vor, denn „wenn sie ein zweitesmal irgend wohin kamen, kannte man sie schon und nicht selten mußten sie auf tausenden Rädern flüchten“. ³¹⁰ Als zu groß erwies sich Einfluss und Widerstand der katholischen Kirche im ländlichen Raum, da, wie Schuhmeier am Parteitag 1896 feststellte, „die Arbeit, die wir in einer mehrstündigen Versammlung zu leisten versuchen, durch die Predigt am Sonntag zunichte gemacht“ werden könne.³¹¹

Dass in Ottakring und Neulerchenfeld das Vereinswesen eine wichtige Rolle im Alltagsleben spielte, zeigte die hohe Dichte an Vereinen, welche hier im Laufe des 19. Jahrhundert ins Leben gerufen wurden. So nahmen etwa zahlreiche Wohltätigkeitsvereine, die das Elend im Bezirk zu mildern versuchten, wie etwa die „Ottakringer Liedertafel“ unter dem Fabrikanten Josef Grüllemeyer, dem „Neulerchenfelder Männergesangsverein“ oder dem „Orchesterverein Ottakring“, aber auch touristische Vereine, wie der Ottakringer Verschönerungsverein, der sich unter anderem für den Bau der Jubiläumswarte 1899 auf dem höchsten Punkt des Ottakringer Waldgebietes verantwortlich zeichnete, bedeutende Rollen im Ottakringer Vereinswesen ein.³¹²

Neben dem zunehmenden Organisationsgrad verfolgten die Vereine auch individuelle Bestrebungen. Die Stenographenvereinigungen etwa verfolgten das Ziel einer beruflichen Weiterbildung und einer materiellen Besserstellung, gingen aber auch der Notwendigkeit nach, für die Organisationen erforderliche Protokollanten auszubilden.³¹³

Sportvereinigungen, wie die Turn- und Athletenvereine, oder aber auch der „Erste Wiener Arbeiter Fußball-Club“, der ab 1897 auf dem Schmelzer Exerzierplatz spielte, sollten einen Beitrag zur gesamten Arbeiterkultur leisten, indem die Freizeitgestaltung für geistige und

³⁰⁹ vgl. Schmidt/Czeike 1964: 50.

³¹⁰ Ascher 1933: 203.

³¹¹ Parteitagsprotokoll 1896: 156.

³¹² vgl. Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 278f.

³¹³ vgl. Pepper 1988: 86.

körperliche Fitness und dem Erlangen eines ausgeprägten Verantwortungsgefühls genutzt werden sollte.³¹⁴

Nicht in Ottakring, sondern an der Universität Wien gründete sich der „Österreichische Studentenverein“, der sich zunehmend an sozialdemokratischen Prinzipien orientierte. Nach dessen Auflösung schlossen sich einige ehemalige Mitglieder zusammen und konstituierten den „Lese- und Diskutierklub Veritas“, der sich bald zu einem Mittelpunkt der proletarischen Bildungsbestrebungen entwickelte. Neben einigen namhaften Persönlichkeiten wie Viktor Adler, Julius Popp oder Engelbert Pernerstorfer, war auch Schuhmeier Mitglied des Studentenklubs, in welchem er eine weitere Möglichkeit fand, einerseits die sozialdemokratische Anhängerschaft mit intellektuellen und akademischen Kreisen zu vergrößern, und andererseits seine eigene Bildung und sein eigenes Wissen zu erweitern.³¹⁵ Dass sich auch jugendliche Arbeiter zu sozialdemokratischen Organisationen zusammenschließen konnten, bewies der Ottakringer „Jugendbund“, der sich am 4. November 1894 mit dem Hernalser Verein „Bücherskorpion“ zusammenschloss und mit ihm gemeinsam den „Verein jugendlicher Arbeiter“, die Vorgängerorganisation der „Sozialistischen Jugend Österreichs“, bildete.³¹⁶

Auch wenn sämtliche zu jener Zeit bestehenden Vereine angaben, unpolitisch tätig zu sein, so wurde dies aus Vorsicht vor den Behörden lediglich vorgegeben, und unter der Fassade sehr wohl politisiert und agitiert. Schuhmeier nahm in Ottakring und Neulerchenfeld eine entscheidende Rolle ein. Der von ihm mitgegründete und ab 1890 geführte Arbeiterbildungsverein „Apollo“ sollte schließlich den Grundstein für die sozialdemokratische Organisation Ottakring legen³¹⁷, womit er die Voraussetzungen für die spätere rote Hochburg Ottakring geschaffen hatte.³¹⁸ In den zahlreichen Nachrufen, die im Februar 1913 nach Schuhmeiers Tod gedruckt wurden, brachte vor allem die tschechische Wiener Parteizeitung „Dělnické listy“ Schuhmeiers Wirken in Ottakring auf den Punkt: „Wenn der sechzehnte Bezirk heute zu den roten Festungen gehört, war ER es, der dort die rote Fahne aufpflanzte“.³¹⁹

³¹⁴ vgl. Pepper 1988: 89.

³¹⁵ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 51f.

³¹⁶ vgl. Stimmer 1988: 17 bzw. Das Rote Wien.at: Verein jugendlicher Arbeiter.

³¹⁷ vgl. Klusacek/Stimmer 1983: 116 bzw. Das rote Wien.at: Franz Schuhmeier.

³¹⁸ vgl. Ascher 1933: 196 bzw. Bauer 1979: 86.

³¹⁹ Dělnické listy, 12. Februar 1913, zitiert in: Arbeiter-Zeitung, 13. Februar 1913: 7.

2.4 Das Versammlungswesen: Der Redner Franz Schuhmeier

Neben dem Vereins- stellte auch das damit zusammenhängende Versammlungswesen eine wesentliche Komponente in der sozialdemokratischen Organisation seit den 1890er Jahren dar.

Bei der Gründungsversammlung des Arbeiterbildungsvereins „Apollo“ meldete sich Schuhmeier während einer Debatte zu Wort und hielt seine erste richtige Rede. Er zitierte dabei einen Satz des deutschen Sozialisten Jacoby, welcher die große Bedeutung von Arbeitervereinen manifestieren sollte: „Die Gründung des kleinsten Arbeitervereines ist für die Geschichte der Menschheit wichtiger als die größte Schlacht“. Anschließend rief er seinen Zuhörern den Appell zu, „die Arbeiter müssen sechs Tage fronden und sollen darum den siebenten Tag für sich selber gut nützen!“³²⁰

Schuhmeiers Anfänge als Redner fielen in eine Zeit, in der die Wiener Arbeiterbewegung angesichts der zahlreichen Vereinsgründungen, aber auch im Zuge der ersten Maifeier 1890, massiv an Stärke und Selbstbewusstsein zugenommen hatte.

2.4.1 Die erste Maifeier 1890

Mit dem Ziel, den Arbeitern Europas das Bewusstsein ihrer internationalen Solidarität zu stärken und die „Arbeiterbewegung überall auf die gleichen, theoretischen Grundlagen zu stellen“³²¹, wurde im Juli 1889 der Internationale Sozialistenkongress in Paris veranstaltet. Alle ökonomischen Kampfmittel und -ziele der jeweiligen Arbeiterbewegungen sollten vereinheitlicht werden. Viktor Adler als österreichischer Delegierter, erstattete auf dem Kongress Bericht über die Lage der österreichischen Sozialdemokratie: zwar herrsche nun innerhalb der eigenen Reihen eine „vortreffliche Organisation“ und „voller Friede“, jedoch leide man immer noch unter der rigorosen Gesetzeslage, die gegen die Sozialdemokraten angewendet und jegliche Agitation massiv erschweren würde. Eine Arbeiterschutzgesetzgebung (wie das Krankenversicherungs- und Unfallversicherungsgesetz 1888 beziehungsweise 1889 als erste sozialpolitische Maßnahmen) existiere „nur auf dem

³²⁰ Czeike/Schmidt 1964: 47.

³²¹ Arbeiter-Zeitung, 26. Juli 1889: 1.

Papier“³²², und der in Österreich vorherrschende Despotismus, würde „gemildert durch Schlamperei“. ³²³

Um der herrschenden Wirtschaftsordnung geschlossen entgegenzutreten, einigte man sich gegen Ende des Kongresses auf eine Resolution, welche eine wirksame Arbeiterschutz-Gesetzgebung verlangte. Darunter fiel unter anderem die Forderung nach einem achtstündigen Maximalarbeitstag für alle Arbeiter, einem Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren, ein Verbot der Nachtarbeit, einem Ausschluss der Frauenarbeit „in allen dem weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben“, einem Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Unter-18Jährigen, einem Verbot gesundheitsschädlicher Arbeitsmethoden und die Einführung staatlich besoldeter Inspektoren. ³²⁴

Um den Forderungen entsprechend Ausdruck zu verleihen, war die Entscheidung getroffen worden, am Ersten Mai weltweit die Arbeit ruhen zu lassen. Der 1. Mai war in Anlehnung auf eine ähnliche Manifestation gewählt worden, die am gleichen Datum 1888 in Saint Louis in den Vereinigten Staaten von der „American Federation of Labor“ durchgeführt worden war. ³²⁵

In der Vertrauensmännersitzung der österreichischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei wurde im Herbst 1889 beschlossen, am 1. Mai 1890 nicht nur die Arbeit niederzulegen, sondern auch in allen Industriebezirken Volksversammlungen unter freiem Himmel und in anderen Orten Vereinsversammlungen durchzuführen. Vorrangigste Ziele sollten dabei die Erlangung des Achtsturentags sowie die Hebung des proletarischen Solidaritäts-Bewusstseins sein. ³²⁶

Hatte Schuhmeier bereits einige Funktionen im Verein „Apollo“ inne, so weitete er in dieser Zeit (1890) seinen Tätigkeitsbereich aus und wurde Redner zahlreicher Versammlungen und Debatten.

Am 16. Februar 1890 fand in Wagners Gasthaus in der Ottakringer Hauptstraße 136 eine öffentliche Vereinsversammlung anlässlich der bevorstehenden Ersten Maifeier statt. Auf der Tagesordnung standen „Die Lohnfrage mit Einschluß des 8stündigen Arbeitstages“ sowie „Zweck und Nutzen der Vereine“. ³²⁷ In der Rubrik der „Arbeiter-Zeitung“ „Vereine und

³²² Arbeiter-Zeitung, 26. Juli 1889: 3.

³²³ Bebel, in: Der Kampf, Jg. 5, Heft 10, 1. Juli 1912, zitiert in: Lanzer 1968: 44.

³²⁴ vgl. Arbeiter-Zeitung, 26. Juli 1889: 3.

³²⁵ vgl. Klenner/Pellar 1987: 119.

³²⁶ vgl. Klenner/Pellar 1987: 121.

³²⁷ Arbeiter-Zeitung, 14. Februar 1890: 12.

Versammlungen“ wurde über Schuhmeiers erste Rede in einer öffentlichen Versammlung berichtet: „Genosse Schuhmeier weist auf die Urheberin der Idee der Verkürzung der Arbeitszeit, auf die Sozialdemokratie hin und fordert die Versammlung auf, den 1. Mai ruhig und würdevoll zu feiern, um den Behörden und den übrigen Gesellschaftsklassen zu zeigen, daß wir eine Partei der Ordnung sind. (*Bravo!*)“.³²⁸

In Schuhmeiers zweiter Versamlungsrede, die am 20. April 1890 in Rudolfsheim stattfand und „Die Lage der Arbeiter und deren Bestrebungen“, „Verkürzung der Arbeitszeit“ und „Zweck und Nutzen der Vereine“³²⁹ zum Thema machte, verwies Schuhmeier auf die geistige, materielle und politische Not der Arbeiterschaft und erhob abermals die Forderung nach einem Achtstundentag, die dem Arbeiter neue Bildungsmöglichkeiten bieten sollte.³³⁰

Das Thema der Arbeitszeitverkürzung stellte von nun an einen wesentlichen Teil von Schuhmeiers Ansprachen dar, wie bei einer Rede am 29. März 1891 beim „Mandl“ in Hernals: „Wir wollen lernen, darum halten wir fest an der Forderung nach der Verkürzung der Arbeitszeit“.³³¹ Schließlich war die Arbeitszeitverkürzung mit der Arbeiterbildung, Schuhmeiers Hauptanliegen, eng verknüpft. Die Arbeiter sahen sich in dieser Hinsicht benachteiligt, da sie ihren Bildungsbestrebungen erst in den Abendstunden und geschwächt von einem langen und harten Arbeitstag nachgehen konnten. Dieser Bildungseifer war jedoch notwendig, um dem Grundsatz des sozialdemokratischen Programms, nämlich der Befreiung „aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmern“ nachkommen zu können. Der Sozialdemokrat Robert Danneberg wies in seiner „gemeinverständlichen Erläuterung“ des sozialdemokratischen Programms auf die Verknüpfung zwischen Bildungsbestreben und Arbeitszeitverkürzung hin: „Es versteht sich zunächst von selbst, daß der Arbeiter seinen ganzen Lebenstag durch nichts ist außer Arbeitskraft, daß daher alle seine disponible Zeit von Natur und Rechts wegen Arbeitszeit ist. Zeit zu menschlicher Bildung, zu geistiger Entwicklung, zur Erfüllung sozialer Funktionen, zu geselligem Verkehr, zum freien Spiel der physischen und geistigen Lebenskräfte, selbst die Feierzeit des Sonntags – reiner Firlefanz!“³³²

³²⁸ Arbeiter-Zeitung, 28. März 1890: 9.

³²⁹ Arbeiter-Zeitung, 14. Februar 1890: 12.

³³⁰ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 49.

³³¹ Danneberg in: Arbeiter-Zeitung, 16. Februar 1913: 2.

³³² Danneberg 1919: 42.

Durch die vom Pariser Kongress erarbeitete Resolution und durch den Beschluss der österreichischen Arbeiterpartei, am 1. Mai zu streiken und Volksversammlungen abhalten zu wollen, wurden die österreichischen Behörden hellhörig. Zunächst wurde ihnen der Befehl erteilt, alle Arbeitervereine, Arbeiterführer und Agitatoren verstärkt zu überwachen und bei einem tatsächlichen Zustandekommen einer Demonstration am 1. Mai rigoros einzuschreiten. Als sie jedoch von der großen Begeisterung der Arbeiter und der bereits zahlenmäßig mächtig angewachsenen Bewegung Wind bekamen, beschlossen sie, ihre Taktik zu ändern und von großen Gegenmaßnahmen abzusehen – zu groß wäre die Blamage für die Obrigkeit im Falle eines Versagens am 1. Mai gewesen.³³³ Dennoch wurde am 1. Mai zur Sicherheit ein großes Militäraufgebot in der Innenstadt aufgestellt.

Am Vorabend des 1. Mai durfte Schuhmeier im vollen Hernalser „Gschwandner“ direkt nach Viktor Adler eine Rede halten.³³⁴ Während das Proletariat dem Feiertag der Arbeit mit großer Zuversicht und Entschlossenheit entgegenfieberte, herrschte beim Bürgertum Besorgnis. Die Atmosphäre in Wien wurde von der großbürgerlich-liberal orientierten „Neuen Freien Presse“ als durchaus angespannt dargestellt: „Die Soldaten sind in Bereitschaft, die Thore der Häuser werden geschlossen, in den Wohnungen wird Proviant vorbereitet wie vor einer Belagerung, die Geschäfte sind verödet, Frauen und Kinder wagen sich nicht auf die Gasse, auf allen Gemüthern lastet der Druck einer schweren Sorge. Das ist die Physiognomie unserer Stadt am Festtage der Arbeiter.“³³⁵

Am Vormittag des 1. Mai 1890 fanden in Wien insgesamt 60 Versammlungen statt, von denen manche von mehr als 3.000 Menschen besucht wurden.³³⁶ In Neulerchenfeld fand die Versammlung im Galeriestaal des „Goldenen Luchsen“ statt – der einzige Tagesordnungspunkt: „Der achtstündige Maximalarbeitstag“.³³⁷ Rudolf Hanser und Schuhmeier sprachen zu den Arbeitern, während Adolf Heimann eine Maifestschrift herausgab, von denen rund 100.000 Exemplare verteilt wurden.³³⁸

Am Nachmittag bildeten sich mächtige Marschkolonnen mit über 100.000 Beteiligten aus den Vororten und Vorstädten Wiens, wobei der Zug aus Ottakring und Neulerchenfeld die

³³³ vgl. Klenner/Pellar 1987: 121f.

³³⁴ Ascher 1933: 210.

³³⁵ Neue Freie Presse, 1. Mai 1890: 1.

³³⁶ vgl. Klenner/Pellar 1987: 123.

³³⁷ Arbeiter-Zeitung, 25. April 1890: 16.

³³⁸ vgl. Ascher 1933: 212.

größte Zahl an Beteiligten stellte.³³⁹ Räumliches Ziel der Kolonnen war der Wiener Prater, wo eine Großkundgebung abgehalten wurde.

Mit Viktor Adler konnte der Kopf der Arbeiterbewegung am 1. Mai nicht teilnehmen, da er an diesem Tag im Gefängnis saß.³⁴⁰ Er hatte sich an einem Hungerstreik der Tramwaybediensteten beteiligt und war daraufhin vom Holzinger Ausnahmegericht zu vier Monaten Arrest verurteilt worden. Einer weiteren Theorie hinsichtlich der Inhaftierung Adlers, liegt eine potentielle taktische Überlegung der Behörden zugrunde, wonach mit der Abwesenheit Adlers die Massen der Arbeiter „kopflös“³⁴¹ und somit unorganisiert sein sollten.

Schließlich war es Schuhmeiers Kollege Ludwig Bretschneider, der für diesen Tag, und in weiterer Folge für alle jährlich stattfindenden Maifeiern, die organisatorische Führung übernahm: er entwarf einen Aufmarschplan und organisierte einen Ordnerdienst aus verlässlichen Genossen, welche den Massen Anweisungen geben sollten.³⁴² Diesem Ordnerdienst, und auch der Bereitschaft der Polizei, welche die Verantwortung für die Sicherheit in der Demonstration gänzlich den Arbeitern selbst überlassen hatte, war es zu verdanken, dass der gesamte Tag diszipliniert und friedlich ablief. Sowohl das große Militäraufgebot als auch die vom Bürgertum gehegten Sorgen erwiesen sich als nicht notwendig³⁴³, was auch die „Neue Freie Presse“ in ihrer am nächsten Tag erscheinenden Ausgabe anerkennen musste:

„Der mit ängstlicher Spannung erwartete Feiertag der Arbeiter ist nun vorüber, und er hat die Unglücksprophezeiung der Pessimisten glänzend widerlegt. Es gibt in diesem Augenblicke nur Eine Stimme darüber: Die Arbeiterschaft hat sich musterhaft benommen, und wir wüßten Leute genug, die mit einem gewissen Hochmuth auf das Proletariat hinabschauen und doch von diesen Männern der Arbeit lernen könnten, wie man eine politische Demonstration mit Würde, Anstand und Achtung vor dem Gesetze vollführt. Keine Gewaltthat, keine Ruhestörung, nicht die geringste der befürchteten Ausschreitungen ist in Wien vorgekommen“.³⁴⁴

³³⁹ vgl. Klusacek/Stimmer 2005: 130.

³⁴⁰ vgl. Stimmer 1988: 17.

³⁴¹ Magaziner 1975: 41.

³⁴² vgl. Magaziner 1975: 42.

³⁴³ vgl. Klenner/Pellar 1987: 123.

³⁴⁴ Neue Freie Presse, 2. Mai 1890: 1.

Im sozialdemokratischen Organ, der „Arbeiter-Zeitung“, zeigte man sich, wenig überraschend, ob des an diesem Tag erreichten Erfolges, euphorisch. So lobte Friedrich Engels in einem Artikel insbesondere die Wiener Arbeiterbewegung:

„Die Maifeier des Proletariats war epochemachend nicht nur durch ihre Allgemeinheit, die sie zur ersten internationalen That der kämpfenden Arbeiterklasse machte. Sie hat auch dazu gedient, höchst erfreuliche Fortschritte in den einzelnen Ländern zu konstatiren. Feind und Freund sind einig darüber, daß auf dem ganzen Festland Österreich, und in Österreich Wien, den Festtag des Proletariats am glänzendsten und würdigsten begangen, und die österreichische, voran die Wiener Arbeiterschaft sich damit eine ganz andere Stellung in der Bewegung erobert hat“.³⁴⁵

Der Streik wurde in allen österreichischen Industrieorten lückenlos durchgeführt.³⁴⁶ Nachdem die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich erst im Jahr zuvor in halber Illegalität gegründet worden war, setzte sie mit ihrem ersten öffentlichen Auftreten am 1. Mai 1890 ein kräftiges Ausrufezeichen. Spätestens jetzt blieb der Obrigkeit und dem Bürgertum nichts anderes mehr übrig, als die Existenz einer neuen politischen Kraft anzuerkennen.³⁴⁷ Über die enorme Bedeutung der Maifeier, welche sich von 1890 an jährlich wiederholen sollte, schrieb Schuhmeier in seiner 1891 gegründeten Zeitung, die „Volkstribüne“:

„Die rege Agitation, die sie entfaltet, erzeugt fortwährend Unruhe. Hier und dort, alle Wochen, alle Tage, in allen Bezirken, unter allen Arbeitszweigen große und immer größer werdende Versammlungen, ein furchtbares, wie die Fama, mit jedem näherrückenden Schritt immer größer werdendes Gespenst (...) Die Maifeier ist eine kostbare Errungenschaft der österreichischen Arbeiterschaft, sie ist nicht nur die Verkünderin, sondern auch die Verbreiterin einer besseren Zukunft.“³⁴⁸

So erfolgreich sich der Ablauf dieser Machtdemonstration gestaltete, so wenig änderte sich hinsichtlich der in der Pariser Resolution geforderten Ziele. Zwar zeigten einige Arbeitgeber nun etwas mehr Verständnis für die Forderung nach einem Achtstundentag³⁴⁹, jedoch blieb

³⁴⁵ Engels, in: Arbeiter-Zeitung, 23. Mai 1890: 1.

³⁴⁶ vgl. Klusacek/Stimmer 2005: 130.

³⁴⁷ vgl. Sachslehner 2016: 225.

³⁴⁸ Volkstribüne, 27. April 1893: 3.

³⁴⁹ vgl. Klenner/Pellar 1987: 124.

der Arbeiterschaft diese sozialpolitische Errungenschaft noch bis 1918 vorenthalten. Die tägliche Arbeitszeit betrug weiterhin mindestens elf Stunden.³⁵⁰

2.4.2 Der Versammlungsredner Schuhmeier

So unerreichbar und utopisch die Umsetzung sozialdemokratischer Forderungen den Menschen im alten Kaiserstaat Österreich vorkamen, so energisch setzte Schuhmeier den Kampf fort. Ab 1890 war er als Redner in Erscheinung getreten und wurde durch seine unvergleichliche Art und sein Redetalent zu einem der gefragtesten Agitatoren der österreichischen Sozialdemokratie. Komplexe Sachverhalte konnte er mit Witz, Schlagfertigkeit und Temperament in einer für Arbeiter leicht verständlichen Sprache im Wiener Dialekt formulieren, sodass seine mitreißenden Reden stets einen bleibenden Eindruck hinterließen. Stimmhöhe und Wortwahl konnte er jedoch gut an Situation und Thema anpassen, womit der Humor auch der nötigen Seriosität weichen konnte:

„Am größten war darum Schuhmeier als Redner in der Volksversammlung. Wer ihn als Volksredner einmal gehört, dem blieb ein unauslöschlicher Eindruck. Alle Töne, alle Gewalten der Rede standen in seiner Macht. Es war das Wienertum selbst in seinem liebenswürdigen Humor, in seinem kecken Spaß, in der volkstümlichen Anschaulichkeit des Bildes und Wortes, das in diesem tiefechten Manne des Volkes zum Volke sprach. Das Schwierigste des politischen Gedankens, das Komplizierteste einer Erörterung parlamentarischer oder kommunaler Probleme gewann auf seinen Lippen mit dem Reize der Anmut den Schein der Selbstverständlichkeit und Leichtigkeit, drang mit unmittelbarem Verständnis in die Seele der Hörer. Und doch war ihm wie keinen zugleich die Kraft der zürnenden Rede gegeben. Erschütternd war der Ton seines Grolls. Aus der Tiefe und dem Elend des Volkes in hartem Ringen emporgewachsen, stand er mit seinem Wesen im Fühlen und Denken des Arbeiters. Eine feurige Kampfnatur, für die große Sache des Proletariats stets zu Angriff und Abwehr gerüstet, wusste er, wie kaum ein anderer, die Schändlichkeiten der kapitalistischen Ausbeutung und die Tücken und Gemeinheiten der politischen Feinde

³⁵⁰ vgl. Czeike/Lugsch 1955: 42.

des Proletariats mit der zermalmenden Wucht seiner drohenden Anklagereden zu treffen.“³⁵¹

So hielt er neben den Festansprachen der Gründungsfeste von „Apollo“, ab 1892 auch Vorträge über verschiedene Arten des Eigentums. Mittlerweile über die Grenzen Wiens bekannt geworden, war er auch in anderen Bundesländern als Redner gefragt. Wie zum Beispiel in Wels, als er Adlers am Pariser Sozialistenkongress geäußerte Kritik unterstützte, wonach die Arbeiterschutzgesetzgebung „nur auf dem Papier“ existiere: „Die Arbeiterschutzgesetze sind einem Nudelsieb gleich, wo die Löcher so groß sind, daß der Fabrikant bequem durchspringen kann“.³⁵² Im Jahr 1893 trat er im traditionell stark christlichsozial dominierten Ried im Innkreis auf, wo er einen Vortrag hielt und einen Monat später zum zweiten Mal in seinem Leben unter anderem wegen Schmähung der kaiserlichen Armee und Majestätsbeleidigung angeklagt, dieses Mal jedoch freigesprochen wurde.³⁵³ Ein zweites Mal wegen Majestätsbeleidigung angeklagt wurde Schuhmeier im Jahr 1896, als er eine Rede in der „Bretze“ hielt, in der er die unverhältnismäßige Höhe der Steuern anprangerte. Auch in dieser Causa wurde er jedoch freigesprochen.³⁵⁴

Nicht nur an vielen Orten in Österreich, auch im Ausland wurde die Wiener Sozialdemokratie durch Schuhmeier vertreten – so auch während des Internationalen Sozialistenkongresses 1893 in Zürich, wo er sich lautstark über die deutsche Sozialdemokratie echauffierte, da sich diese dem Beschluss, am 1. Mai die Arbeit niederzulegen, durch ein Verbot der Obrigkeit gebeugt habe.³⁵⁵ Was Schuhmeier bei seiner Kritik scheinbar nicht beachtet hatte, war die Tatsache, dass die Arbeiterschaft in Deutschland bereits 1890 an Reichstagswahlen teilnehmen und mit knapp 20 Prozent der Stimmen einen großen Wahlerfolg feiern konnte.³⁵⁶

Neben der intensiven Tätigkeit in Verein und Versammlung war Schuhmeier mit der sozialdemokratischen Presse auch in der dritten Gruppe der Kommunikationsmöglichkeiten omnipräsent, worauf im nachfolgenden Kapitel eingegangen wird.

³⁵¹ Arbeiter-Zeitung, 12. Februar 1913: 3.

³⁵² vgl. Ascher 1933: 235.

³⁵³ vgl. Akte des Justizministeriums 25657/1893, zitiert in: Czeike/Schmidt 1964: 62.

³⁵⁴ vgl. Czech 2010: 279.

³⁵⁵ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 19.

³⁵⁶ vgl. Maderthaner 2011: 161.

2.5 Das Pressewesen: die Gründung der „Volkstribüne“

2.5.1 Journalistische Anfänge

Nach seiner siebenwöchigen Untersuchungshaft im Zuge der Auflösung des Rauchklubs „Lassalle“, war Schuhmeier nicht mehr zu seinem Arbeitsplatz in die Buntpapierfabrik zurückgekehrt. Zwar hatte er sich dort bis zum Magazineur hinaufgearbeitet und einen verhältnismäßig hohen Wochenlohn von dreizehn Gulden bekommen, jedoch entschied er sich 1891 endgültig für den Weg in die Politik.

Mit dem Redakteur der „Gleichheit“, Franz Bretschneider, pflegte er schon seit 1886 engen Kontakt.³⁵⁷ Nachdem die Zeitung oftmals konfisziert und 1889 endgültig verboten worden war, gründete Viktor Adler mit der „Arbeiter-Zeitung“ noch im selben Jahr das neue Hauptorgan der österreichischen Sozialdemokratie. Schuhmeier wurde Mitarbeiter in der Administration der neuen Zeitung. Wirtschaftlich wirkte sich der Sprung in die Politik für Schuhmeier zunächst unvorteilhaft aus: viel Arbeit in dem noch kleinen und unbedeutenden Wochenblatt stand einem weitaus geringeren Lohn als zuletzt bei Goppold & Schmiedl gegenüber. Dennoch stellte die Tätigkeit in der „Arbeiter-Zeitung“ für Schuhmeier lediglich eine Nebenbeschäftigung dar, da er die meiste Zeit in den Neulerchenfelder Bildungsverein „Apollo“ und in die zahlreichen Versammlungen investierte.

2.5.2 Der „Fanatiker der Parteinheit“ stürzt Hanser und Heimann

Ein Ereignis im Jahr 1891 lieferte die entscheidende Initialzündung für den journalistischen Aufstieg Schuhmeiers. Zu jener Zeit wurde von Rudolf Hanser und Adolf Heimann das sozialdemokratische Blatt, die „Volkspresse“, herausgegeben. Beide kannte Schuhmeier bereits von ihrer gemeinsamen Vereinstätigkeit im „Apollo“ und speziell Hanser schätzte er als „Mann von ungewöhnlichen Fähigkeiten, der populär und mitreißend zu schreiben und zu sprechen verstand, und der, wenn er Vorträge hielt, großen Zulauf hatte“.³⁵⁸ Eines Tages entdeckte Schuhmeier jedoch in dieser Zeitung Ungereimtheiten: ein von Hanser mit seinen

³⁵⁷ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 14.

³⁵⁸ Ascher 1933: 201.

Initialen gezeichneter Artikel in der „Volkspresse“ war wortwörtlich von einem zuvor erschienenen Artikel aus der bürgerlichen Presse übernommen worden. Schuhmeier als „Fanatiker der Parteinheit“³⁵⁹, ging der Sache nach und stellte zudem fest, dass Hanser mit von der Partei ausgeschlossenen Personen zusammenarbeitete, die nun heimlich gegen die Partei kollaborierten. Hanser ließ die ausgeschlossenen Personen Artikel schreiben und druckte diese in der „Volkspresse“ unter seinem Namen ab. Schuhmeier erstattete dem Parteiführer Victor Adler über die vorgenommenen „schweren Pflichtvernachlässigungen“³⁶⁰ Bericht. Dieser stellte sich, um einen offenen Streit zu verhindern, zunächst noch schützend vor den Genossen Hanser, doch als Schuhmeier eine Fülle an gesammeltem Beweismaterial vorlegte, welches darüber hinaus auch „nicht korrekte Geldgebarung“³⁶¹ belegte, wurde in einer Wiener Lokalkonferenz der Ausschluss Hansers aus der Partei und die Einstellung der „Volkspresse“ beschlossen. Hanser, dessen Anhängerschaft vor allem aus dem ländlichen Raum kam, protestierte gegen die zentralistische Entscheidung Wiens und warf Schuhmeier vor, aus „Konkurrenzneid“ nur auf Hansers Posten aus zu sein.

Schuhmeier rechtfertigte sich mit seinem Flugblatt „Warum die Wiener gegen Hanser auftreten“, indem er die Arbeiterschaft über die Causa und über die getätigten Vorwürfe gegen Hanser aufklärte:

„Streng vertraulich. Genossen! Eine von circa 130 Vertrauensmännern der Wiener Genossen besuchte Versammlung hat am 3. September stattgefunden und es war dieselbe in die traurige Notwendigkeit versetzt, sich mit dem Herausgeber und dem Redakteur der Volkspresse, Rudolf Hanser, beschäftigen zu müssen (...)

Man glaubte, die verschiedenen Differenzen in Güte schlichten zu können, doch war diese Absicht durch das unverschämte Auftreten Hansers zunichte gemacht (...)

Es konnte Hanser außer solche gemeinsame literarische Diebstähle der Vorwurf gemacht werden, daß mit den für den Agitationsfonds bestimmten, bei der Administration der „Volkspresse“ eingelangten Unterstützungsbeiträgen in der schamlosesten Weise gewirtschaftet wurde und es wurde dem Hanser nachgewiesen, daß er seine Pflichten gegenüber der Partei in der gröblichsten Weise vernachlässigte ... Nur im Interesse der Ehre der Partei, welche die Pflicht hat, alles Unehrlliche und Gemeine von sich ferne zu halten,

³⁵⁹ Czeike/Schmidt 1964: 15.

³⁶⁰ Arbeiter-Zeitung, 12. Februar 1913: 2.

³⁶¹ Sever 1956: 16.

haben die Vertrauensmänner die obigen Beschlüsse (Parteiausschluß und Einstellung der „Volkspresse“) gefaßt und ihr werdet ersucht, diesen im Interesse der Ehre der Partei gefaßten Beschlüsse zuzustimmen und danach zu handeln.

Mit sozialdemokratischem Grusse“.³⁶²

Am Parteitag 1892 setzte Schuhmeier seinen Angriff auf Hanser fort, indem er sagte, „Dort sitzt Hanser, und wenn er heute nur die Vorwürfe zum Theil widerlegt, dann ist die Debatte erspart. Hanser thut es nicht, er kann es nicht“.³⁶³ Tatsächlich hielt Hanser ein langes Unschuldsplädoyer, doch war er nicht in der Lage, die Vorwürfe gegen seine Person zu entkräften, womit die für diesen Fall zuständige 24er-Kommission auf der Parteikonferenz am 6. Juni 1892 den Beschluss der Wiener Lokalkonferenz bestätigte und diesen wie folgt ausführte:

„Die 24er-Commission hat aus den von ihr vorgenommenen Untersuchungen, aus den beweisenden Thatsachen, welche gegen Hanser vorgebracht wurden, mit Ausnahme eines einzelnen Falles, die Ueberzeugung gewonnen, daß er die Anschuldigungen, welche in dem von Genossen Schuhmeier verfaßten Flugblatte enthalten waren, nicht zu entkräften vermag. Nachdem sich Heimann mit Hanser solidarisch erklärte, beantragt die 24er-Commission, daß Hanser und Heimann jede Vertrauensstelle in der Partei verwirkt haben und deshalb nicht mehr als der socialdemokratischen Partei-Organisation angehörig betrachtet werden können“.³⁶⁴

2.5.3 Die Gründung der „Volkstribüne“

Mit ihrer Einstellung hinterließ die „Volkspresse“ eine Lücke in der bisweilen sperrigen sozialdemokratischen Medienlandschaft. Diese Lücke wurde am 11. Oktober 1891 von der niederösterreichischen Landeskonzferenz in Wiener Neustadt mit der Gründung einer neuen Zeitung geschlossen. Der damals 27-jährige Schuhmeier wurde beauftragt im Namen der Landesorganisation Niederösterreich, der auch die Wiener Organisation angehörte, ein neues Parteiorgan zu schaffen. Auf Vorschlag Schuhmeiers wurde sie „Volkstribüne“ genannt.³⁶⁵ Eigentümer der „Volkstribüne“ wurden Laurenz Widholz und Josef Lischka,

³⁶² Schuhmeier 1891. Verfügbar im Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung (VGA).

³⁶³ Parteitagsprotokoll 1892: 35.

³⁶⁴ Parteitagsprotokoll 1892: 71.

³⁶⁵ vgl. Arbeiter-Zeitung, 12. Februar 1913: 2.

verantwortlicher Redakteur Emil Kralik. Schuhmeier wurde zunächst Herausgeber, später leitender Redakteur.³⁶⁶ Wilhelm Ellenbogen und der Buchdrucker Karl Höger waren seine engsten Mitarbeiter.³⁶⁷

Von nun an bot sich für Schuhmeier die optimale Gelegenheit, seinem Drang nachzukommen, die „Wahrheit“ hinaus in die Welt zu tragen, wie er in seinem Lebenslauf an die Freimaurerloge „Socratis“ im Zuge seiner Bewerbung 1899 betont:

„Erst jetzt konnte ich meinem Grundsatz: „Die Wahrheit bewusst allüberall!“ so recht huldigen. Ich war nun gänzlich unabhängig, um meinen Ideen und einer großen Sache dienen zu können. Bald stand ich auch hier in den ersten Reihen, und bin es geblieben.“³⁶⁸

Finanzielle und logistische Starthilfe bekam die „Volkstribüne“ vom Bildungsverein „Apollo“, welcher der neuen Zeitung einen großen Tisch aus seinem Privatlokal in der Gaullachergasse sowie 50 Gulden zur Verfügung stellte. Die Redaktion befand sich zunächst in einem kleinen Gassenladen an der Ecke Kaiserstraße/Burggasse.³⁶⁹

Da die „Volkstribüne“ lediglich 14-tägig, und später drei Mal im Monat erschien³⁷⁰, oblag der „Arbeiter-Zeitung“ allein die Berichterstattung über aktuelle Geschehnisse. Dennoch entwickelte sich die „Volkstribüne“ als „populäre Ergänzung“³⁷¹ zum zweitwichtigsten Organ der Wiener Sozialdemokratie.³⁷²

2.5.4 „Der Arbeit eine Wehr“: die Ziele der „Volkstribüne“

Schuhmeier hatte genaue Vorstellungen, wie eine Parteizeitung agieren müsse. Sie sollte „das Interesse jener Klasse verfechten, zu der ich gehöre, also *mein* Interesse vertreten“.³⁷³ Demgemäß sollte die „Volkstribüne“, die von Schuhmeier nun als Plattform zur Meinungsäußerung genutzt wurde³⁷⁴, den Interessen des Proletariats dienen, was ihr Motto „Der Arbeit eine Wehr“ bekräftigen sollte.

Der Einführungsartikel der ersten Nummer am 19. Oktober 1891 gab Auskunft über die

³⁶⁶ vgl. Arbeiter-Zeitung, 12. Februar 1913: 2.

³⁶⁷ vgl. Bauer 1979: 112.

³⁶⁸ Knittler 2014: 146.

³⁶⁹ vgl. Sever 1956: 17.

³⁷⁰ vgl. Bauer 1979: 114.

³⁷¹ Stimmer 1988: 19.

³⁷² vgl. Knittler 2014: 54.

³⁷³ Ascher 1933: 339.

³⁷⁴ vgl. Gröller 2008: 104.

zukünftige Ausrichtung und die Ziele des Blatts. So wie ihr Herausgeber Schuhmeier folgte sie strikt der in Hainfeld geschaffenen Parteilinie: „Es ist selbstverständlich, daß die „Volkstribüne“ auf dem Boden des in Hainfeld festgestellten Parteiprogramms fußt, sowie daß sie in jeder Beziehung sich enge mit der Organisation der österreichischen Arbeiterschaft verbunden fühlt“.³⁷⁵ Aufgabe war es, „der Sozialdemokratie neue Kämpfer, neue Anhänger zuzuführen, in diesen unseren Prinzipien zu festigen und sie über die Ziele unserer Bewegung sowie ihre Mittel aufzuklären, zu unterrichten“.³⁷⁶ Dies sollte auf jene Weise geschehen, die Schuhmeier bereits in seinen Reden angewandt hatte: in einer volkstümlichen, der Leserschaft leicht verständlichen Artikulation. Sie soll in jener Sprache sprechen, „die das Volk spricht, die ohne Umschweife jedes Ding bei seinem richtigen Namen nennt“.³⁷⁷ Schuhmeier folgte mit dieser Herangehensweise dem Parteitag von 1892, der die Autoren der „Volkstribüne“ aufforderte, „sich einer populären Schreibweise“ zu bedienen.³⁷⁸ Die „Volkstribüne“ hatte dabei gegenüber der „Arbeiter-Zeitung“ einen entscheidenden Vorteil: wenngleich sie am Parteitag 1892 zum Parteiorgan erklärt wurde³⁷⁹, hatte sie, im Gegensatz zur „Arbeiter-Zeitung“, keineswegs den Anspruch, das offizielle Zentralorgan der Sozialdemokratie zu sein, was sich in ihrer leidenschaftlichen Ausdrucksform und ihrem kompromisslosen Aufzeigen von Missständen ausdrückte³⁸⁰: „Die „Volkstribüne“ wird scharf und derb geschrieben sein, ohne roh zu werden und sie wird sich eindringlich und anfeuernd ausdrücken, ohne in dummes Poltern zu verfallen, das unseren Feinden nur ein Lachen abringt“.³⁸¹ In den politisch-agitatorischen Artikeln, und diese bildeten einen zentralen inhaltlichen Aspekt in jeder Ausgabe, nahmen der „Arbeits“- und der „Wir“-Begriff einen hohen Stellenwert ein, um die Leserschaft direkt anzusprechen und auf diese Weise eine emotionale Beziehung aufzubauen.³⁸²

Auch wenn Schuhmeier nur wenige Artikel mit seinen Initialen signierte, hatte er doch, insbesondere in der Rubrik „Streifichter“, viele Artikel selbst geschrieben. Auch die Inhalte der übrigen Artikel haben sich wohl mit seinen politischen Ansichten gedeckt.³⁸³

³⁷⁵ Volkstribüne, 19. Oktober 1891: 1.

³⁷⁶ Volkstribüne, 19. Oktober 1891: 1.

³⁷⁷ Volkstribüne, 19. Oktober 1891: 1.

³⁷⁸ Parteitagsprotokoll 1892: 161.

³⁷⁹ Parteitagsprotokoll 1892: 161.

³⁸⁰ vgl. Bauer 1979: 117ff.

³⁸¹ Volkstribüne, 19. Oktober 1891: 1.

³⁸² vgl. Bauer 1979: 120.

³⁸³ vgl. Bauer: 121.

Mit dem Ziel einer Machtübernahme durch das Proletariat, die Schaffung eines Arbeiterstaats und der Befreiung der Arbeiterklasse war Schuhmeier ein Vertreter der Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels. Er verstand es jedoch wie nur wenige andere, diese oftmals undurchsichtigen und komplexen Thesen in eine volkstümliche Sprache umzuwandeln, und sie in einer verständlichen Weise innerhalb der Arbeiterschaft zu verbreiten. Er zitierte etwa Marx' „Das Kapital“, verhalf dem Leser bzw. der Leserin mit einer bildhaften Sprache und Metaphern zu einem besseren Überblick, indem er beispielsweise die Ausbeutung des Arbeiters mit einer Zitrone vergleicht, die man „wegwirft, nachdem man sie ausgepreßt“ hat.³⁸⁴

2.5.6 Das Thema Bildung in der „Volkstribüne“

Während die Ansichten Schuhmeiers, und damit auch der österreichischen Sozialdemokratie, mit den Vorstellungen Marx und Engels hinsichtlich der Ziele in Einklang standen, gab es konträre Meinungen bezüglich des „Wie“ der Zielerreichung. Marx sah den einzigen Weg der Machtübernahme in einer Revolution. Schuhmeier und die österreichische Sozialdemokratie dagegen verfolgten das Ziel einer „umfassenden Proletarierbildung“.³⁸⁵ Bildung und Schulwesen waren für Schuhmeier zentrale Schlüsselthemen, wie er im Arbeiterbildungsverein „Apollo“, als auch in seinen Versammlungsreden, und nun auch in der „Volkstribüne“ nicht müde wurde zu betonen. Seiner Ansicht nach, existierte in der bestehenden Gesellschaftsform ein Bildungsmonopol, welches von der herrschenden Klasse bewusst aufrechterhalten werde, um das nun aufstrebende Proletariat politisch unbedeutend bleiben zu lassen. Demzufolge forderte er unter anderem unentgeltliche Lehr- und Lernmittel, eine Verbesserung der Schulhygiene, eine Vermehrung der Schulklassen, eine bessere Besoldung von Lehrerinnen und Lehrern, eine Verlängerung der Schulpflicht und eine Entpolitisierung der Schulen.³⁸⁶

Mit dem Bildungsaspekt ging, wie schon erwähnt, auch die Frage der Arbeitszeit einher, die natürlich auch nach den ersten Maifeiern Thema blieb. So stellte Schuhmeier in einem Artikel der „Volkstribüne“ die rhetorische Frage, wie sich ein Arbeiter bilden oder sich

³⁸⁴ Volkstribüne, 15. Februar 1892: 5.

³⁸⁵ Bauer 1979: 131.

³⁸⁶ vgl. Volkstribüne 12. Jänner 1899: 1.

kunstvoll engagieren soll, wenn er „14 – 16 Stunden des Tages arbeitet, übermüdet und ausgehungert ist, oft einen weiten Weg zu und von der Fabrik zurückzulegen hat, nie etwas Anderes sieht, als Schlote, Maschinen und kahle Fabriksmauern und zu Hause den plumpsten und billigsten Hausrath, und über die allergeringste Volksschulbildung nicht herausgekommen ist“.³⁸⁷

Angesichts der Tatsache, dass der Zugang zu einer Hochschule für die Arbeiterschaft jener Zeit praktisch versperrt blieb, nutzte Schuhmeier die „Volkstribüne“ auch dahingehend, Appelle an seine Leserschaft zu richten, sich mit dem „Studium der Universalgeschichte und der Literatur“³⁸⁸ selbstständig weiterzubilden. In Bezug auf die Forderung der Trennung von Schule und Religion, veröffentlichte er in der „Volkstribüne“ zahlreiche Artikel, die sich gegen den Klerikalismus wandten. Aufgrund seines großen Interesses an Geschichte, und vor allem Religionsgeschichte, hatte er bereits früh einen großen Bestand an entsprechenden Büchern erworben³⁸⁹ und war durch sein Bücherstudium in religionsgeschichtlichen Fragen sehr bewandert, wodurch er entsprechende Aussagen durch Zitate von verschiedenen Kirchenvätern untermauern konnte. Vor allem der Einmischung der Kirche in Schule und Politik war ihm ein Dorn im Auge, wie er in seinem eigens verfassten Lebenslauf im Jahr 1899 festhält:

„Ich wurde als der Sohn christlicher Eltern getauft und in der römisch-katholischen Religion unterrichtet. Heute sind nun aber die meisten Priester weniger Priester als vielmehr Politiker. Ich war schon 1883 mit deren Treiben nicht einverstanden. Stets widerstrebte es mir sehen zu müssen, wie die Religion auch als Geschäft gerade von diesen Leuten benutzt wurde“.³⁹⁰

2.5.7 Landagitation durch die „Sozialistische Bauernstube“

Nachdem die ersten Versuche der Landagitation durch den Radfahrerverein „Biene“ gescheitert waren, nahm Schuhmeier nun die Gelegenheit in Form von Zeitungsartikeln wahr. Er führte mit der „sozialistischen Bauernstube“ ab 17. November 1893 eine neue Rubrik in der „Volkstribüne“ ein, in der er insbesondere Landarbeiter, kleine Bauern und

³⁸⁷ Volkstribüne, 16. Jänner 1893: 3.

³⁸⁸ Volkstribüne, 11. Mai 1905: 4.

³⁸⁹ vgl. Brügel 1923: 82.

³⁹⁰ Knittler 2014: 150.

Kleingewerbetreibende ansprechen, und sie als Anhänger des Sozialismus gewinnen wollte.³⁹¹ Zuvor noch am Einfluss der katholischen Kirche gescheitert, wurde nun die Landbevölkerung darauf aufmerksam gemacht, dass der Klerikalismus am begrenzten Bildungszugang und somit an der schlechten wirtschaftlichen und sozialen Lage der unteren Schichten verantwortlich sei. Dieses Mal gestaltete sich der Kampf um die Gunst der Landbevölkerung erfolgreicher, wenn man dem Bericht des Informators Karl von Kamp, der Schuhmeiers Aufnahmegesuch zur Loge „Socratis“ 1899 unterstützte, Glauben schenkt: „Die von ihm redigierte „Volkstribüne“ liegt in den von Arbeitern besuchten Localen, besonders auch auf dem Lande, auf, und ist auch für die Bauern sehr populär geschrieben“.³⁹²

2.5.8 Schuhmeiers Broschüre „In elfter Stunde“

Angesichts der Vorwürfe vonseiten politischer Gegner, die Sozialdemokraten würden utopische Ziele verfolgen³⁹³, und im Zuge einer spürbar wachsenden Ungeduld der Arbeiterschaft³⁹⁴, verfasste der siegeszuversichtliche Schuhmeister 1892 die Broschüre „In Elfter Stunde. An alle Arbeiter und Arbeiterinnen“, die einen Beitrag zur größeren Verbreitung der sozialdemokratischen Grundprinzipien beitragen sollte. Schuhmeister beschreibt und kommentiert dabei jeden dieser in Hainfeld beschlossenen Grundsätze, und fordert das Proletariat darüber hinaus dazu auf, wenn die Stunde zum zwölften Glockenschlag, also die letzte zeitliche Phase des kapitalistischen Systems, gekommen sei, genügend Wissen angehäuft zu haben, um zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der proletarischen Machtübernahme bereit zu sein:

„Ach was, in elfter Stunde! Es wird noch lange dauern, ehe die Stunde schlägt, höre ich Manchen sagen. Es dauert eben nur noch eine Stunde bis die letzte für die heutige Ordnung schlägt, und in dieser müssen wir uns zusammen- und zurecht gefunden haben. Mit aller Macht suchen die Gegner den Zeiger, und das ist heute der Sozialismus, zurück zu halten. Jedoch die Stunde wird und muß schlagen. Schon ist der Hammer in Bereitschaft, um an die Glocke, die bisher nur Elend verkündete, schlagen zu können. Nur noch einmal geht's herum und dann wird und muß es anders werden. Mit dem zwölften

³⁹¹ vgl. Ascher 1933: 274.

³⁹² Knittler 2014: 100.

³⁹³ vgl. Danneberg 1919: 8.

³⁹⁴ vgl. Bauer 1979: 105.

Schlag müssen die Arbeiter jene Macht sein, und jenes Wissen besitzen, um die Herrschaft ergreifen zu können. Mit dem letzten Schlag wird der Reif zersprungen sein, der uns in Noth und Elend gefangen hält. Es ist unsere Aufgabe, das Volk in allen Dingen aufzuklären. Wir müssen den Wahn, daß alles so sein muß, „weil es immer so war“, zerstören; wir müssen eine culturelle und weltgeschichtliche Frage lösen: die Befreiung der Arbeit aus den Fesseln des sie niederdrückenden Capitals. Und die Befreiung der Arbeiter kann nur ein Werk der Arbeiter selbst sein.

Darum Arbeitsmann heraus! Heraus mit Weib und Kind aus Deiner engen Gedankenwelt. Erhebe Dein niedergebeugtes Haupt, blick' in die Zukunft, die Dir gehört“.³⁹⁵

Flugblätter sowie die Versamlungsreden, die er parallel zur seiner journalistischen Tätigkeit hielt, wurden auch in der „Volkstribüne“ abgedruckt, um eine höhere Reichweite zu erzielen und mehrere potentielle Mitstreiter zu erfassen.

In Artikeln und Reden formulierte Schuhmeier außerdem mit der eingeforderten Trennung zwischen Niederösterreich und der Stadt Wien einen weiteren wichtigen Standpunkt seiner Ansichten. Dies wäre ein für ihn notwendiger Schritt, um den Einfluss der hohen Anzahl an mächtigen niederösterreichischen Agrariern in Wien zu reduzieren. Die tatsächliche Trennung zwischen Niederösterreich und Wien im Jahr 1922 sollte er nicht mehr miterleben.

2.5.9 Konfiskationen und Anklagen gegen die „Volkstribüne“

In Anbetracht der staatlichen Repressionsmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie ist es nicht weiter verwunderlich, dass sich die Neugründung eines Parteiorgans nicht ohne Probleme gestaltete. Einerseits waren durch das Staatsgrundgesetz von 1867 die allgemeinen Rechte der Staatsbürger im Sinne des Liberalismus geschützt, wodurch keine Versuche gestartet werden konnten, die neugegründete Partei zu verbieten. Andererseits ermöglichte das Strafgesetzbuch von 1852 als „Relikt des Neoabsolutismus“³⁹⁶, von zahlreichen gegen einzelne Sozialdemokraten gerichtete repressive Maßnahmen, bis zur völligen Auflösung von Zeitungen oder Versammlungen.

Aufgelöst wurde die „Volkstribüne“ zwar Zeit ihres Bestehens nie, doch hatte sie mit zahlreichen Konfiskationen zu kämpfen, wodurch die Zeitung vor allem finanziellen Schaden

³⁹⁵ Schuhmeier 1892: 31f. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

³⁹⁶ Ardelt 1986: 83.

erlitt.³⁹⁷ Häufig wurden bestimmte Textpassagen von den Behörden gestrichen. An deren Stellen waren nun entweder weiße Flecken, oder eingeschobene Gedichte oder Lieder zu sehen. Oftmals reagierte Schuhmeier auf konfiszierte Artikel auf eigenwillige Art, indem er an die Stelle konfiszierter Artikel den Artikel 13 vom Staatsgrundgesetz 1867 wörtlich zitierte, welches ja eigentlich Meinungs- und Pressefreiheit sowie das Verbot von Zensur und Konfiskation garantieren sollte.³⁹⁸

Neben seinen Reden, wurde Schuhmeier auch häufig wegen seiner „Volkstribüne“-Artikel gerichtlich verurteilt. So wurde er etwa 1896 wegen einem „Streiflichter“-Artikel wegen „Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, Verletzung der Ehrfurcht gegen den Kaiser und wegen Aufreizung zu Haß und Verachtung wider einzelne Organe der Regierung“ angeklagt. Während es sich bei diesem Fall um einen derjenigen Prozesse handelte, bei dem er freigesprochen werden konnte, hatte er bei anderen Verhandlungen weniger Glück: so etwa, als er der Gewerbege nossenschaft Hainfeld Korruption vorwarf und deshalb, entgegen der Ansicht der Geschworenen, mit vierzehn Tage Haft samt zweier Fasttagen bestraft wurde.³⁹⁹ Die Anklagen sowie die Abläufe der anschließenden Gerichtsprozesse wurden in einigen Ausgaben abgedruckt.⁴⁰⁰

Vierzehn Tage Haft setzte es auch 1893, als Schuhmeier mit dem „Rothen Declamator“ eine Sammlung von humoristischen politisch-satirischen Gedichten und Liedern herausbrachte. Der „Declamator“ kann als Kritik an die de facto fehlende Pressefreiheit in Österreich, in dem „Alles, was roth ist, selbst „rothe Gedichte“, verboten sind“⁴⁰¹, verstanden werden. Ziel dieser Sammlung war es, die Arbeiterschaft in die Freiheitsdichtung einzuführen und ihr Kampflieder, wie etwa das „Lied der Arbeit“, näherzubringen. Der „Declamator“ wurde konfisziert, der Herausgeber Schuhmeier wegen der Verbreitung verbotener Druckschriften angeklagt zu einer vierzehntägigen Haftstrafe verurteilt.⁴⁰²

Wenn Schuhmeier im Gefängnis saß, bestand die Möglichkeit in der Zelle an der „Volkstribüne“ weiter zu arbeiten, da politische Häftlinge zu jener Zeit noch besser behandelt wurden als „Kriminelle“. Sever, der infolge der Auflösung von Goppold & Schmiedl

³⁹⁷ vgl. Volkstribüne, 15. Februar 1893: 1.

³⁹⁸ vgl. Bauer 1979: 116.

³⁹⁹ vgl. Ascher 1933: 273f.

⁴⁰⁰ z.B. Volkstribüne, 7. Februar 1896: 2.

⁴⁰¹ Schuhmeier 1893: 7. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

⁴⁰² vgl. Czeike/Schmidt: 62.

1894 arbeitslos war, schildert in seiner Autobiographie etwa jene Monate, in denen Schuhmeier und Adler 1894, zufälligerweise gleichzeitig, im Penzinger Bezirksgericht eine Haftstrafe verbüßen mussten:

„Es war ein gemütliches Bezirksgericht, zum Unterschied von dem in Ottakring. Beide Arrestanten hatten ein schönes großes Zimmer, in der Mitte ein großer Tisch, der zu Mittag von der Hausgehilfin des Gefängniswärters gedeckt wurde. Ich holte mir nun alle Tage in der Früh die Zeitungen aus der Redaktion und brachte sie zwischen Hose und Hemd versteckt, in die Zelle, wo ich bis zum Abend verbleiben durfte. Kam zufällig eine Kontrolle, wurde ich rasch in die Wohnung des Gefängniswärters befördert, Nachmittags hatten die beiden Hofreinigung, „zur Verdauung“. Adler mit der Spritzkanne, Schuhmeier mit dem Besen. Dann wurde gearbeitet. Abends steckte ich die Manuskripte in das Hemd und trug sie in die Redaktion“.⁴⁰³

Durch die Vielzahl an Tätigkeiten in Vereins-, Versammlungs- und Pressewesen waren Arbeiterführer wie Schuhmeier zeitlich verausgabt, sodass ihnen kaum Zeit blieb für jene Aktivitäten, denen sie so große Bedeutung zurechneten: der selbstständigen Weiterbildung durch Bücherstudium. Wie aus einer von Karl Renner in seinem Buch geschilderten Begegnung mit Schuhmeier hervorgeht, konnten sie dieses Defizit während ihrer Haftstrafe nachholen, indem sie Bücher, die sie lesen wollten, sammelten, und ihre nächste Verurteilung abwarteten. Die Zeit im Gefängnis wurde somit als Besuch einer „sozialistischen Hochschule“ angesehen:

„War ich doch erst einige Wochen vorher in der Ledererstraße im achten Bezirk Franz Schuhmeier begegnet, wie er, ein Bündel Bettzeug auf dem Rücken, einen Koffer mit Wäsche und Büchern im Arm, die Marseillaise pfeifend mit lachender Miene daherwanderte. „Hallo“ rief ich ihn an. „Wohin geht es?“ – „Auf die Hochschule! Sechs Wochen Ferialkurs“.⁴⁰⁴

Konfiskationen und auch Kritik aus den eigenen Reihen, wie sie etwa Engelbert Pernerstorfer am niederösterreichischen Parteitag 1898 aufgrund ihrer groben Schreibweise darlegte, konnten den Erfolg der „Volkstribüne“, die ab 1900 noch größere Verbreitung fand⁴⁰⁵, nicht verhindern. Schuhmeier nützte sie als publizistische Waffe, um die Ideen der

⁴⁰³ Sever 1956: 15.

⁴⁰⁴ Renner 1946: 291f.

⁴⁰⁵ vgl. Bauer 1979: 120.

Sozialdemokratie mit einer höheren Reichweite, als er sie bei Reden und Versammlungen zu erfassen vermochte, zu verbreiten. Mit seiner volkstümlichen Schreibweise machte er aus ihr „ein populäres, echt wienerisches Arbeiterblatt“.⁴⁰⁶ Dass man sich am richtigen Weg befand, zeigte die Erhöhung der Auflagenzahl, die im Jahr 1892 noch 4.500 Stück betrug, und bald auf über 60.000 Stück anwuchs⁴⁰⁷, womit sie „zu den sozialdemokratischen Blättern mit den größten Auflagen“ gehörte.⁴⁰⁸

In einer der vielen Anklageschriften gegen das Blatt, wurde die „Volkstribüne“ nach der „Arbeiter-Zeitung“ als die „verbreitetste der hiesigen sozialdemokratischen Organe“, die unter der „Leitung des bekannten Agitators und Versammlungsredners Franz Schuhmeier steht“⁴⁰⁹ bezeichnet, womit der Erfolg des Blatts sogar amtlich bescheinigt wurde.

2.5.10 „Der Volkstribun von Ottakring“

Im zweiten Punkt der Hainfelder Prinzipienerklärung hatte sich die Partei dazu verpflichtet, zur Verbreitung der sozialistischen Ideen „alle Mittel der öffentlichen Presse, Vereine, Versammlungen“ voll auszunützen und „für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmegesetze, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze)“⁴¹⁰ einzutreten.

Diesem Grundsatz kam Schuhmeier in einem hohen Maße nach. Er erarbeitete sich durch seinen seine Artikel und Reden immer mehr Anerkennung und Popularität in der Wiener Bevölkerung. Auch wenn er quer durch Österreich reiste, wirkte er weiterhin überwiegend in Ottakring⁴¹¹, dessen Bevölkerung ihn bald als „Volkstribun“ bezeichnete. Aufgrund der Tatsache, dass er der Mitte der Arbeiterschaft entstammte, ihre Sprache und Überzeugungen bestens kannte, gelang es ihm als Mittelsmann, den Kontakt zwischen Parteileitung und „Basis“ herzustellen. Als Agitator und Redner, als Publizist und Herausgeber der „Volkstribüne“, zahlreicher Broschüren und Maifestschriften sowie als Obmann des Ottakringer Arbeitervereins „Apollo“ entwickelte er sich zu einem zentralen

⁴⁰⁶ Magaziner 1975: 66.

⁴⁰⁷ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 16.

⁴⁰⁸ Arbeiter-Zeitung, 12. Februar 1913: 2.

⁴⁰⁹ Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, Sozialdemokratisches Parteiarchiv, Reichsparteisekretariatskorrespondenz, Karon 99, zitiert in: Bauer 1979: 117.

⁴¹⁰ Parteitagssprotokoll 1892: IV.

⁴¹¹ vgl. Czeike/Schmidt: 19.

Akteur der Wiener Arbeiterbewegung. Wie man einer vertraulichen Mitteilung der Wiener Polizei aus dem Jahr 1894 entnehmen kann, erkannte selbst sie ihn als einen der „tätigsten Führer“ und „radikalsten Agitatoren“ der Partei, der durch seine „maßlosen Angriffe auf die bestehende Gesellschaftsordnung, gegen die Regierung, die Behörden, die besitzenden Klassen und gegen das Unterthum u. dgl.“⁴¹² auffiel.

2.6 Die Wiener Organisationsstruktur

Eng in Verbindung steht die Gründung der „Volkstribüne“ mit der Schaffung eines Organisationssystems für die Wiener Sozialdemokratie. Wie im Kapitel „Die Geburtsstunde der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich: Hainfeld 1888/89“ bereits angedeutet wurde, hatte die neugegründete Partei mit einigen organisatorischen Hürden zu kämpfen. Sie bestand gewissermaßen aus losen Organisationen auf Lokal- beziehungsweise Bezirksebene, die zusammenhangslos und voneinander isoliert arbeiteten. Ausnahmen stellten hierbei lediglich einzelne Institutionen in den stärksten Proletarierbezirken dar, zu denen auch der Ottakringer Arbeiterverein „Apollo“ zählte.⁴¹³ Nicht nur angesichts der behördlichen Kommunikationsbeschränkungen, denen die (un)politischen Vereine und die sozialdemokratische Presse unterlagen, sondern auch die unklare Definition der Parteizugehörigkeit und der Mangel an Vertrauensmännern in einigen Bezirken, verhinderten eine effektive Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung.

Auch da es noch kein allgemeines Wahlrecht gab, war die Anzahl der überzeugten Anhänger der Sozialdemokratie eine für sie „unbekannte Grösse“.⁴¹⁴

Um die Zahl der politisch Organisierten besser erfassen zu können, wurde in der zweiten Hälfte der 1890er Jahre während der Wahlrechtskämpfe ein System eingeführt, bei dem die „Volkstribüne“ eine entscheidende Rolle einnahm. Der Erwerb der „Volkstribüne“ wurde von nun an mit der Parteizugehörigkeit gleichgesetzt, sodass ein Abonnement der Zeitung einer

⁴¹² Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, Altes Parteiarchiv (VGA), Mappe 69, zitiert in: Knittler 2014: 54.

⁴¹³ vgl. Maderthaner 1988: 38.

⁴¹⁴ Volkert 1909: 543.

Mitgliedschaft, und das Blatt selbst einem Parteiausweis gleichkam.⁴¹⁵ Kolporteurs der „Volkstribüne“ bildeten dadurch einen festen Bestand an Kassierern und Vertrauensleuten.⁴¹⁶ Anhand dieses Systems sollte die größte Aufgabe der Organisation, immer neue Anhänger zu gewinnen, sichergestellt werden: „wir machen sie zu Wahlkreissteuerzahlern, geben ihnen jede Woche die „Volkstribüne“ in die Hand und überlassen es dieser, aus ihnen Sozialdemokraten zu machen“.⁴¹⁷

Der Ottakringer Anton David, der von Schuhmeier 1894 in die Administration der „Volkstribüne“ berufen wurde, und später sozialdemokratischer Abgeordneter werden sollte, war ein solcher Kolporteur. Seine Aufgabe als Administrator der „Volkstribüne“ war es, „dem Bezirke Geld zuzuführen“.⁴¹⁸ Der Parteibeitrag für die „Volkstribüne“ wurde erstmals in Ottakring⁴¹⁹, und schließlich im gesamten fünften Wiener Wahlkreis, der die Bezirke 16 bis 19 umfasste, eingehoben.⁴²⁰ Sever gibt Auskunft darüber, wie die vier Kreuzer Mitgliedsbeitrag aufgeteilt wurden: „Zwei Kreuzer erhielt die „Volkstribüne“, einen der Bezirk und einen die Sektion. Wir haben im Wahlkreis rund 3000 Mitglieder geworben, in Ottakring selbstverständlich die meisten“.⁴²¹ Der Jahresbericht der Bezirksorganisation Ottakring gibt Auskunft über Anzahl und Verwendungszweck der „Volkstribüne“-Ausgaben im Jahr 1912: demnach wurden in diesem Jahr 554.039 Exemplare von der Administration übernommen, 487.808 an Parteimitglieder und Wahlkreissteuerzahler abgegeben, und 47.075 für die Agitation verwendet.⁴²²

Nicht nur die „Volkstribüne“, die infolgedessen ihre Räume vergrößern und in ein anderes Haus umsiedeln konnte, profitierte von diesem System, sondern auch die Partei selbst. Sie konnte die Zahl ihrer Mitglieder wesentlich erhöhen und darüber hinaus neue Arbeiterschichten dazugewinnen, die zuvor zur aktiven politischen Organisation oder zum Kauf der täglich erscheinenden „Arbeiter-Zeitung“ nicht überzeugt werden konnten.⁴²³ Aufgrund der immer noch losen Organisation und der hohen Autonomie der Bezirksorganisationen in Wien, waren die Wiener Funktionäre dem Vorwurf konfrontiert,

⁴¹⁵ vgl. Maderthaner 1996: 64.

⁴¹⁶ vgl. Magaziner 1975: 69.

⁴¹⁷ Volkert 1909: 541f.

⁴¹⁸ Sever 1956: 17.

⁴¹⁹ vgl. Stimmer 1988: 19.

⁴²⁰ vgl. Magaziner 1975: 69.

⁴²¹ Sever 1956: 17.

⁴²² vgl. VGA, SD-Parteistellen, Karton 153, zitiert in: Bauer 1979: 121.

⁴²³ vgl. Maderthaner 1988: 37.

wonach organisatorische Kleinarbeit nicht die Sache der Wiener Genossen sei.⁴²⁴

Schuhmeier konterte den Vorwurf mit seinem gewohnten rhetorischen Talent: die Organisationsform der Wiener Partei „entspreche eben den spezifischen örtlichen Verhältnissen und den Bedürfnissen der Wiener Genossen nach Selbstständigkeit, und solange allein Ottakring mehr Parteisteuerzahler stelle als ganz Böhmen sei dies eben wohl zu akzeptieren“.⁴²⁵

2.6.1 Das Sektionssystem

Schließlich war es Albert Sever, der infolge einer desaströsen Niederlage der Sozialdemokratischen Partei in Wien und Niederösterreich bei der Reichsratswahl 1897, mit einem Sektionssystem Ordnung in die Wiener Organisation brachte. Dieses System gliederte jeden Bezirk in einzelne Sektionen, und diese wiederum in Rayons, also in kleine überschaubare Einheiten von Häuserblocks und Straßenzügen.⁴²⁶ Jede Sektion bekam einen Sektionsleiter, der von drei der Sektion angehörigen Vertrauensmännern gewählt wurde. Die Sektionsleiter und Vertrauensmänner jeder Sektion bildeten gemeinsam die Bezirksorganisation.⁴²⁷ Schließlich verfügte die Wiener Organisation bis zum Jahr 1905 über etwa 2.000 Vertrauensleuten, deren Aufgabe es war, in ihrem Gebiet zu agitieren, Flugblätter zu verteilen oder persönlichen Kontakt mit den Bewohnern aufzunehmen.⁴²⁸ In Ottakring befand sich das Privatlokal der Bezirksorganisation, in dem nun die administrative Arbeit für den Bezirk gemacht wurde, in der Lindauergasse 25.⁴²⁹ Sever hatte mit seinem System die Grundlage für die „exzeptionelle Stellung der Partei in den Wiener Arbeiterhochburgen“⁴³⁰ geschaffen, worauf er auch am Parteitag 1909, mit besonderen Blick auf seinen Bezirk Ottakring, hinwies:

„In Ottakring wird die Steuer von 8.500 Personen entrichtet. Hoch gerechnet, können wir davon 200 Beiträge abziehen, die als Abonnements von Wirten oder von Förderern anzusehen sind. Die übrigen 8.300 übernehmen aber die „Volkstribüne“ nur als

⁴²⁴ vgl. Maderthaner 1988: 38.

⁴²⁵ Maderthaner 1988: 38.

⁴²⁶ vgl. Maderthaner 1996: 49.

⁴²⁷ vgl. Maderthaner 1996: 49.

⁴²⁸ vgl. Maderthaner 2000: 200.

⁴²⁹ vgl. Ascher 1933: 263f.

⁴³⁰ Maderthaner 1988: 38.

Quittungsmarke. Es sind die ärmsten Bewohner des Bezirks und die opferwilligsten, die diese Steuer auf sich genommen haben, um der Partei zu nützen. 400 Genossen arbeiten das ganze Jahr ununterbrochen in diesem Bezirk auf Grund der sogenannten „losen Organisation“. Nicht nur in unserem Bezirk ist das so, sondern auch in allen Wiener Bezirken. Ungeheuer ist die Aufopferung der Vertrauensmänner, die sie hier als Austräger hinstellen. Sie kennen sich besser in den Häusern aus als der Hausbesitzer oder der Hausmeister“.⁴³¹

In den Vorstädten war die Organisation in den Sektionen und Rayons tatsächlich von einer solch hohen Dichte gekennzeichnet, dass auf nahezu jedes Haus ein Vertrauensmann kam.⁴³²

Die hohe Lokalautonomie wurde erst nach der Etablierung der Sozialdemokratie als Massenpartei im Sinne einer Zentralisierung reduziert. 1912 wurde an der Rechten Wienzeile mit dem „Vorwärtsgebäude“ eine erste Zentralstelle der Partei errichtet, in welcher die „Arbeiter-Zeitung“, die Druckerei, die Parteivertretung, die Reichsratsfraktion, die Gewerkschaftskommission und der Bildungsausschuss beheimatet waren.⁴³³ Seit 1989 ist in diesem Gebäude der „Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung“ untergebracht.

2.6 Schuhmeier als Obmann der Arbeiter-Krankenkasse

Nachdem Schuhmeier sein erstes Mandat als Delegierter von Ottakring und Hernals zur Generalversammlung der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse bekommen hatte, wurde er am 24. Mai 1894 dessen Obmann. Die Kasse war 1868 vom Gumpendorfer Arbeiterbildungsverein gegründet worden und seitdem, insbesondere im Zuge der in den 1880er Jahren durch die erste Sozialversicherungsgesetze eingeführten Pflichtkassen⁴³⁴, stetig angewachsen.

Schuhmeier übernahm eine reformbedürftige Arbeiterkrankenkasse. Es herrschten

⁴³¹ Parteitageprotokoll 1909: 216, zitiert in: Maderthaner 1988: 38f.

⁴³² vgl. Maderthaner 2000: 200.

⁴³³ vgl. Sandner 2013: 14.

⁴³⁴ vgl. Klenner/Pellar 1987: 70.

„unhaltbare Zustände“⁴³⁵, da sich zur Zeit seiner Übernahme etwa die Bezirksstellen, an denen Versicherungsbeiträge ein- und Krankengeld ausbezahlt wurde, allesamt in Wirtshäusern befanden, sodass kranke und schwerkranke Menschen oft stundenlang in verrauchten und stickigen Gaststätten, die meist nur abends geöffnet hatten, verharren mussten. Schuhmeier bewirkte die Übersiedlung dieser Zahlstellen in Privatlokale, von wo aus die Kassengeschäfte in Ruhe abgewickelt werden konnten.⁴³⁶ Darüber hinaus gelang es ihm während seiner Obmannschaft, das Fachärztewesen auszubauen, die Überwachung von Angestellten durch die Bestellung von Inspektoren zu verbessern, und Voraussetzungen für die Rekonvaleszenzpflege sowie für Kur- und Landaufenthalte zu schaffen.⁴³⁷ Außerdem leistete er als Obmann der Kasse erbitterten Widerstand gegen die Verordnung des Wiener Magistrats, welche verlangte, arbeitslose Arbeiter, für die nicht Wien zuständig ist, und die innerhalb von sechs Wochen keine neue Arbeit fanden, zu melden. Schuhmeier wusste, dass diesen Arbeitern nach damaliger Praxis eine Ausweisung beziehungsweise eine Abschiebung bevorstand, weshalb er öffentlichkeitswirksam gegen das Magistrat vorging.⁴³⁸ Als Schuhmeier 1896 zum Reichsparteisekretär gewählt wurde, legte er das Amt des Obmanns der Arbeiterkrankenkasse nieder und konnte trotz seiner anderwärtigen vielfältigen Aufgaben im politisch-agitatorischen Bereich, auf einen „bedeutsamen Wandel in der Struktur und im Aufgabenbereich“⁴³⁹ sowie einer Reorganisation der Arbeiterkrankenkasse⁴⁴⁰ zurückblicken. Somit konnte Schuhmeier guten Gewissens und „in dem Bewußtsein, unendlich viel Nützliches auch für die hunderttausend Mitglieder der Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse getan zu haben, von der Obmannstelle zurücktreten“.⁴⁴¹ Während seiner Obmannschaft war die Zahl der Versicherten bei der Arbeiterkrankenkasse weiter angewachsen. Am 1. Jänner 1894 hatte sie 88.841⁴⁴², und am 31. Dezember 1896 103.273 Mitglieder zu verzeichnen.⁴⁴³

⁴³⁵ Ascher 1933: 248.

⁴³⁶ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 19.

⁴³⁷ Ascher 1933: 248.

⁴³⁸ vgl. Ascher 1933: 249.

⁴³⁹ vgl. Czeike/Schmidt 1933: 20.

⁴⁴⁰ vgl. Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften 1998: 311.

⁴⁴¹ Arbeiter-Zeitung, 12. Februar 1913: 2.

⁴⁴² vgl. Sedlacek et al 1896: 546.

⁴⁴³ vgl. Sedlacek et al 1898: 642.

2.7 Schuhmeier als Parteisekretär

Am Gesamtparteitag 1896 in Prag wurde Schuhmeier zum Reichsparteisekretär bestimmt, nachdem er zuvor in den niederösterreichischen Landesausschuss berufen worden war, aus dem er jetzt ausschied.⁴⁴⁴ Mit dem Amt des Parteisekretärs wurde er nun endgültig einer der einflussreichsten Männer der Partei.⁴⁴⁵

Kaum eines hohen parteipolitischen Amtes bekleidet, wurde er Ziel von Anfeindungen der Gegenseite. So wurde ihm etwa vom „Deutschen Volksblatt“ vorgeworfen, 300 Gulden monatlich zu verdienen und seine Partei beschuldigt, der Arbeiterschaft ihre hart verdienten „blutigen Arbeiterkreuzer“⁴⁴⁶ wegzunehmen. Die Behauptungen gegen seine Person hinsichtlich seines vermeintlich üppigen Politiker-Gehalts, wurden weniger, als er seinen Wochenlohn von 14 Gulden offiziell nachwies.⁴⁴⁷ Genossen wie Wilhelm Ellenbogen standen Schuhmeier dabei zur Seite und beteuerten, die Partei würde ohne Arbeitergeldern nicht bestehen können.⁴⁴⁸ Auch Dr. Carl Ornstein, der sich in einem Empfehlungsschreiben für die Aufnahme Schuhmeiers an die Loge „Socrates“ 1899 stark machte, nachdem er ihn seit acht Jahren gekannt hatte, berichtete in diesem von „bescheidenen, vollkommen geordneten Verhältnissen“ Schuhmeiers, der das „Einkommen eines gut bezahlten Arbeiters“ verdiene, „womit er sich und seine, aus Frau und drei Kindern bestehende, Familie einfach und bescheiden erhält“.⁴⁴⁹

In seiner Arbeit als Parteisekretär versuchte er den Hainfelder Prinzipien gewissenhaft nachzukommen⁴⁵⁰. Während er als Parteisekretär „seine Pflichten mit großer Genauigkeit“⁴⁵¹ erfüllte, litt Schuhmeier jedoch darunter, dass er zugunsten dieser Tätigkeit weniger Zeit für die politische Agitation und seine „Volkstribüne“ hatte, obwohl er beteuerte, zu zwei Dritteln Redakteur und nur zu einem Drittel Parteisekretär zu sein.⁴⁵² Da die Arbeit als Reichsparteisekretär immer umfangreicher wurde und eine immer größere

⁴⁴⁴ Arbeiter-Zeitung, 12. Februar 1913: 2.

⁴⁴⁵ vgl. Ascher 1933: 274.

⁴⁴⁶ Parteitagsprotokoll 1897: 59.

⁴⁴⁷ vgl. Ascher 1933: 274.

⁴⁴⁸ Parteitagsprotokoll 1897: 60.

⁴⁴⁹ Knittler 2014: 130.

⁴⁵⁰ vgl. Parteitagsprotokoll 1898: 16.

⁴⁵¹ Arbeiter-Zeitung, 12. Februar 1913: 2.

⁴⁵² vgl. Parteitagsprotokoll 1898: 40.

Anzahl an Versammlungen zu organisieren waren⁴⁵³, Schuhmeier sich selbst jedoch mehr mit der öffentlichen Agitation als mit Theorie und Parteitaktik verbunden fühlte⁴⁵⁴, ließ er sich am Linzer Parteitag 1898 nicht mehr zur Wiederwahl aufstellen, blieb aber in der Parteivertretung, der er bis zu seinem Lebensende angehören sollte. Nun konnte er sich wieder voll und ganz seiner journalistischen und agitatorischen Tätigkeit widmen. Schuhmeier war mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung nicht zufrieden. Im Wiener Proletariat herrschte angesichts einer immer noch mangelnden parlamentarischen Vertretung und einer somit trüben Zukunftsaussicht, schlechte Stimmung.⁴⁵⁵ Zurück in seiner praktischen Arbeit bei der „Volkstribüne“, konnte er sich wieder jenem Thema widmen, das, neben dem Kampf um Bildung sowie gegen Klerikalismus und Militarismus, ein wesentliches in seinem Leben darstellte: der Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.

3. Der Wahlrechtskampf der 1890er Jahre

3.1 Das „Wahlunrecht“

Im Februar 1861 schuf Kaiser Franz Josef mit dem Februarpatent den aus zwei Kammern bestehenden Reichsrat. Während die Mitglieder des Herrenhauses vom Kaiser ernannte Geistliche, Bürokraten, Reiche, Künstler waren oder durch eine dynastische Reihenfolge bestimmt wurden, wurden die Mitglieder des Abgeordnetenhauses von den Landtagen entsandt. Neue Gesetze mussten beide Kammern des Reichsrats passieren, und zuletzt vom mit einem Vetorecht ausgestatteten Kaiser sanktioniert werden.

Im Jahr 1873 wurde nicht nur die Zahl der Mitglieder im Abgeordnetenhaus von 203 auf 353 erhöht, sondern sie wurden von nun an auch direkt vom „Volk“ gewählt. Mit der Einführung

⁴⁵³ vgl. Parteitagsprotokoll 1898: 19.

⁴⁵⁴ vgl. Maderthaner 2000: 197.

⁴⁵⁵ vgl. Czeike/Schmidt: 72.

des Kurienwahlrechts wurde die Wahl dieser Abgeordneten jedoch mit dem Stand des Vermögens der Bevölkerung verbunden, wodurch die Wahlberechtigung einer Person vom jeweiligen Einkommen und Bildungsgrad abhängig war: je mehr Steuern man zahlte, desto größer war das politische Gewicht der Stimme. Die 353 Abgeordneten wurden in vier Kurien gewählt: die Großgrundbesitzer wählten in der ersten, die Wähler in den Städten und Märkten in der zweiten, jene in den Landgemeinden in der dritten und die Handelskammern in der vierten Kurie. Die Kurien hatten unterschiedlich hohen politischen Einfluss – so war bei der Reichsratswahl 1885 die Stimme eines Großgrundbesitzers gleich viel „wert“, wie jene von dreihundert Städtern oder achthundert Bauern.⁴⁵⁶

3.2 Die Wahlrechtsbewegung nimmt an Fahrt auf

Durch das Kurienwahlrecht war nicht nur das politische Gewicht der Stimmen innerhalb der vier Kurien ungleich verteilt, sondern es sorgte auch dafür, dass große Teile der Bevölkerung vom Wahlrecht gänzlich ausgeschlossen waren. Neben der ungleichen räumlichen Verteilung des Wahlrechts – im Bezirk des „Kapitals“, der Inneren Stadt, war der Anteil der wahlberechtigten Bevölkerung verhältnismäßig weit höher als in Arbeiterbezirken wie Ottakring.⁴⁵⁷ Betroffen waren hierbei alle Frauen sowie die untersten sozialen Bevölkerungsschichten, so auch jene der Arbeiterschaft.

Diese erkannten ihre Benachteiligung frühzeitig und widmeten sich ab Ende der 1860er Jahre dem Kampf um das allgemeine Wahlrecht. Orientiert an den Grundsätzen Ferdinand Lassalles, wurde bereits im „Manifest an das arbeitende Volk in Österreich“ das allgemeine und direkte Wahlrecht als wesentliches Instrument zur Verbesserung der Lage des Proletariats angeführt, da der Staat auf demokratischer und gesetzlicher Grundlage aufgebaut werden sollte.⁴⁵⁸

Beflügelt durch die Einigung von Hainfeld 1888/89, durch die Aufbruchsstimmung in den

⁴⁵⁶ vgl. Adler 1893: 29.

⁴⁵⁷ vgl. Adler 1893: 38.

⁴⁵⁸ vgl. Horak 1984: 295.

Vereinen, die Mobilisierungen im Rahmen der nun jährlich stattfindenden Maifeiern und nicht zuletzt durch die Aufhebung der Ausnahmeregelungen, wurde das allgemeine Wahlrecht endgültig zum Maßstab und zentralen Prinzip der Bewegung.⁴⁵⁹ Gemäß dem dritten Grundsatz in der Hainfelder Prinzipienerklärung,

„Ohne sich über den Werth des Parlamentarismus, einer Form der modernen Classenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation“⁴⁶⁰,

nahm die Partei Anfang der 1890er Jahre den Wahlrechtskampf auf. Neunzig Prozent der Wiener Bevölkerung, einen wesentlichen Teil davon bildeten die Arbeiter und die seit 1873 vom Wahlrecht ausgeschlossenen Frauen, wollten nun nicht mehr hinnehmen, von der politischen Gestaltung ihrer Stadt ausgeschlossen zu sein.⁴⁶¹

Mit der Eingemeindung der Vororte 1892 änderte sich die soziale Zusammensetzung der Stadt grundlegend. Mit den Massen an Arbeitern der nunmehrigen Außenbezirke wurde ein enormes neues Wählerpotential geschaffen. Noch im selben Jahr erwartete man sich durch das Fallen der Linienwälle eine „mächtige Erweiterung und Ausbreitung der Organisation“.⁴⁶² Solange die Arbeiter jedoch nicht wahlberechtigt waren, konnte dieses Potential freilich nicht ausgeschöpft werden, wie sich etwa anhand der Reichsratswahl 1891 feststellen lässt. Zwar waren sich die Arbeiter ihrer politischen Bedeutungslosigkeit zu diesem Zeitpunkt bewusst und hegten daher keine allzu großen Hoffnungen, doch stellten sie dennoch Zählkandidaten auf. Für den Wahlbezirk Hernals-Ottakring wurde Jakob Reumann, der spätere erste sozialdemokratische und gleichsam erste demokratisch gewählte Bürgermeister Wiens in der Ersten Republik, aufgestellt. Die Ottakringer Sozialdemokraten, die somit ihren ersten Wahlkampf bestritten, mobilisierten eine Kampagne, um Reumann zu unterstützen.⁴⁶³ Erreichte Reumann zwar nur etwas mehr als einhundert Stimmen, die wohl allesamt von Außenstehenden kommen mussten⁴⁶⁴, hatte die Beteiligung an der Wahl andere Gründe: denn jede Wahlveranstaltung wurde als Kundgebung genutzt, um auf diese

⁴⁵⁹ vgl. Maderthaner 1996: 40.

⁴⁶⁰ Parteitagsprotokoll 1892: IV.

⁴⁶¹ vgl. Sachslehner 2016: 222.

⁴⁶² Volkstribüne, 15. Februar 1892: 2.

⁴⁶³ vgl. Schiemer 1999: 124.

⁴⁶⁴ vgl. Sever 1956: 13.

Weise für die Partei zu werben und Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu bekommen.⁴⁶⁵ Hier lag auch schon der große Unterschied zwischen der Agitation der 1870er beziehungsweise 1880er Jahre und jener des letzten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts. War man in den 1870er Jahren noch auf schriftliche Agitation mittels Broschüren und später der ersten Parteizeitung „Volksstimme“ angewiesen⁴⁶⁶, so hatte man sich bis dato neue Rechte erkämpft, wodurch sich Vereine und Versammlungen, neben den immer noch zentralen Parteiorganen „Arbeiter-Zeitung“ und „Volkstribüne“, zu weiteren wichtigen Agitationsfeldern entwickelten.

So folgten der Kundgebung am Rathausplatz im Sommer 1893, welche den Wahlrechtskampf einleitete⁴⁶⁷, mehrere hunderte Versammlungen. Franz Schuhmeier stand in diesem Kampf stets in der ersten Reihe der sich allmählich etablierenden Wahlrechtsbewegung.⁴⁶⁸ Für ihn war Sozialismus gleichbedeutend mit der Verwirklichung menschlicher Gleichheit, welche nur mit einem allgemeinen Wahlrecht sichergestellt werden konnte. Das Wahlrecht als eine Voraussetzung für Freiheit, welche sich am besten in einer klassenlosen Gesellschaft entfalten könne, war für ihn ein zentrales Mittel um politische Gleichheit zu erlangen.⁴⁶⁹ Eine Besserstellung der Arbeiterschaft war für ihn nur durch ein politisches Mitspracherecht und einer damit verbundenen Teilnahme an der staatlichen Gesetzgebung und städtischen Verwaltung möglich.⁴⁷⁰ Zudem verband Schuhmeier mit der Einführung eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts mehr als die Möglichkeit der Installierung einer Interessensvertretung für die Arbeiterschaft im Parlament. Er betrachtete das Wahlrecht als „Agitationswaffe“, mit deren Hilfe eine große Masse von Menschen zum Denken bewegt werden könne und den Ausbau der Organisation vorantreiben würde. Nicht zuletzt würde das Erlangen des allgemeinen Wahlrechts einer Erweiterung der Pressefreiheit gleichkommen, da Reden eines Reichsratsabgeordneten abgedruckt und in der Bevölkerung verteilt werden konnten. Auf diese Weise konnten keine Zeitungen oder Broschüren der Bewegung mehr konfisziert werden.⁴⁷¹ Diese Argumentationen drückte sich in seinen Reden, vor allem aber in seinen Artikeln in der „Volkstribüne“ aus.

⁴⁶⁵ vgl. Magaziner 1975: 46f.

⁴⁶⁶ vgl. Horak 1984: 297.

⁴⁶⁷ vgl. Magaziner 1975: 42.

⁴⁶⁸ vgl. Magaziner 1975: 66.

⁴⁶⁹ vgl. Bauer 1979: 147.

⁴⁷⁰ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 61.

⁴⁷¹ vgl. Volkstribüne, 19. Juni 1896: 3.

In dieser wurde ab Mai 1893 eine Kampagne für das allgemeine Wahlrecht gestartet. Von nun an war auf der Titelseite jeder einzelnen Ausgabe die Überschrift „Genossen! Auf zum Kampfe um das allgemeine Wahlrecht!“⁴⁷² zu lesen. Agitationsartikel zum Wahlrechtsthema wurden nun meist mit Kampfparolen wie „Parteigenossen! Auf zum Wahlkampf!“⁴⁷³ oder wie „Arbeiter Wiens und Niederösterreichs! Rüstet euch zur Wahlschlacht!“⁴⁷⁴ eingeleitet, womit das Proletariat gleichzeitig auf das realpolitisch bisweilen einzig wirksame Instrument⁴⁷⁵ hingewiesen wurde – jenes der Straße. Schuhmeier wirkte im Wahlrechtskampf als Versammlungsredner und Publizist. Während zahlreiche geplante Kundgebungen polizeilich verboten oder aufgelöst wurden, hatte die „Volkstribüne“ mit einigen Konfiskationen zu kämpfen.

3.3 „Wer zahlt, schafft an“

Doch nicht nur mit dem Widerstand der Staatsgewalt, auch mit Gegendruck der bürgerlichen Parteien hatte die Wahlrechtsbewegung zu kämpfen. Für Schuhmeier war es ein wesentliches Anliegen, immer wieder das Argument der in Herren- und Abgeordnetenhaus vertretenen sozialen Schichten zu falsifizieren, wonach es legitim sei, dass Menschen, die mehr Steuerleistung erbringen, auch mehr politisches Mitspracherecht haben sollten. Den entsprechenden Ausspruch „Wer zahlt, schafft an“ entkräftigte Schuhmeier mit dem Argument, dass das rechtlose Volk durch indirekte Steuern einen größeren finanziellen Beitrag leistete, als die privilegierten Schichten, was Schuhmeier in den ersten Wahlrechtsversammlungen dazu veranlasst, in dieser Hinsicht von einer „Blutsteuer“ zu sprechen.⁴⁷⁶

Tatsächlich sollte er mit dieser Argumentation Recht behalten, denn die Steuerlast war in der Monarchie sehr ungleich verteilt. Während die direkten Steuern (Einkommenssteuer,

⁴⁷² Volkstribüne, 15. Mai.1893: 1.

⁴⁷³ Volkstribüne, 5. Februar 1897: 1.

⁴⁷⁴ Volkstribüne, 5. März 1897: 1.

⁴⁷⁵ vgl. Maderthaner 1996: 27.

⁴⁷⁶ vgl. Ascher 1933: 216.

Unternehmenssteuer, Grundsteuer und Hauszinssteuer) lediglich zwanzig Prozent der Staatseinnahmen ausmachten, kamen siebzig Prozent aus den indirekten Steuern (die restlichen zehn Prozent fielen unter sonstige Abgaben und Staatsbetrieben). Diese wurden vor allem auf jene Waren eingehoben, welche die Grundbedürfnisse der Bevölkerung deckten: Fleisch, Zucker, Mineralöl (für die Petroleumlampen) oder Salz. Auch das Wohnen war in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg so teuer, dass ein Viertel der Ausgaben einer durchschnittlichen Arbeiterfamilie für die Miete aufgebracht werden musste. Während quer durch alle Schichten beliebte Güter wie Wein und Bier hoch versteuert waren, waren Luxusgüter wie Schaumwein oder inländische Autos steuerfrei. Durch die hohe Besteuerung der Grundbedürfnisse hatten die Arbeiter eine verhältnismäßig höhere Steuerbelastung als jene gut verdienenden sozialen Schichten, die aufgrund einer vermeintlich „höheren Steuerleistung“, wahlberechtigt waren.⁴⁷⁷

3.4 Die gescheiterte Reformvorlage Taaffes

Ein bedeutendes Ereignis außerhalb der Monarchie gab der Wiener Arbeiterschaft einen zusätzlichen Antrieb: in Belgien wurde im April 1893 mit der Durchführung eines Massenstreiks das allgemeine Wahlrecht errungen. Animiert vom Sieg der belgischen Arbeiter, stand die Maifeier 1893 ganz im Zeichen des allgemeinen Wahlrechts. Durch diesen Erfolg angetrieben, fand am 9. Juli 1893 eine gewaltige Demonstration vor dem Wiener Rathaus statt. Schuhmeier betonte nach diesem Aufmarsch mit etwa 50.000 Beteiligten in der „Volkstribüne“:

„Der 9. Juli war nicht das Ende, sondern erst der Anfang eines Kampfes, den wir auszufechten entschlossen sind. Nicht ruhen und rasten dürfen wir im ganzen Reiche. Allüberall müssen wir das verschlafene und faule Bürgertum aufrütteln und ihm in die Ohren

⁴⁷⁷ vgl. Sandgruber 2013: 186f.

rufen: „Jetzt ist es Zeit!“ und „Vorwärts!“ Der heurige Herbst verspricht im politischen Leben besonders stürmisch zu werden“. ⁴⁷⁸

Am 20. August 1893 wurde bei einer Versammlung im Prater mit Tausenden Beteiligten zum ersten Mal gefordert, „Belgisch zu reden“, und das allgemeine Wahlrecht auch in Österreich mit der Strategie eines Generalstreiks zu erkämpfen. Der Ruf nach einem solchen Generalstreik wurde in weiterer Folge immer lauter.

Nachdem die Sozialdemokratie in Deutschland einen großen Wahlsieg errungen hatte, wurde vom immer selbstbewussteren Wiener Proletariat abermals eine Kundgebung vor dem Rathaus veranstaltet, bei der Schuhmeier als Sprecher fungierte: „Ihr Herren da drüben im Parlament, nun geht vorwärts oder Ihr werdet getrieben werden! Wir sind entschlossen, zu zeigen, daß wir reif sind, zum Zahlrecht das Wahlrecht zu erringen ... Das allgemeine Wahlrecht ist uns nur Mittel zum Zweck und nicht Endziel. Wir müssen weitergehen und wollen einen neuen Stand mit einer neuen Ordnung gründen, wo es gleiches Recht und gleiche Pflicht gibt“. ⁴⁷⁹

Der amtierende Ministerpräsident Graf Taaffe geriet nicht nur aufgrund der sich allmählich zur Massenbewegung entwickelnden Sozialdemokratie unter Druck, sondern auch infolge eines zunehmenden kleinbürgerlich-nationalen Radikalismus, welcher durch eine verstärkte Zuwanderung von Tschechen in deutschsprachige Gebiete weiter vorangetrieben wurde. ⁴⁸⁰ Mit einer Wahlrechtsreformvorlage im Oktober 1893 erhoffte sich Taaffe, seine klerikal-feudale Herrschaft zu schützen, indem der kleinbürgerliche Nationalismus unter dem Eindruck einer aufstrebenden Sozialdemokratie neutralisiert und die nationalen Gegensätze reduziert werden sollten. ⁴⁸¹

Während die Ankündigung einer Reform von den etablierten Parteien und der bürgerlichen Presse abgelehnt wurde, wertete sie die Arbeiterschaft als Erfolg, wie Renner in seinen Memoiren schrieb: „Am 10. Oktober 1892 hatte Taaffe eine Wahlreformvorlage eingebracht, ein Schritt, der die ganze bürgerliche Welt in höchsten Aufruhr und die Arbeitermassen in Jubel versetzte“. ⁴⁸²

Der anfängliche Jubel der Arbeiterschaft wurde rasch im Keim erstickt. Da die Reformvorlage

⁴⁷⁸ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 63.

⁴⁷⁹ Czeike/Schmidt 1964: 64.

⁴⁸⁰ vgl. Klenner/Pellar 1987: 87.

⁴⁸¹ vgl. Maderthaner 1988: 41.

⁴⁸² Renner 1946: 241.

zwar ein allgemeines, jedoch kein gleiches Wahlrecht vorsah, erhielt sie keine Unterstützung der Sozialdemokratie. Schuhmeier betonte am Prager Parteitag 1896, dass man doch nicht „einen Ministerpräsidenten, wie Taaffe einer war, der so viele Sünden am Gewissen hatte, wie vielleicht noch kein Minister in Oesterreich, unterstützen“ könne.⁴⁸³ Schließlich scheiterte die Wahlrechtsreformvorlage und Taaffe wurde vom Kaiser seines Amtes als Ministerpräsident enthoben.

3.5 Die Debatte um einen Generalstreik

Nach Taaffe folgte das Ministerium Windischgrätz-Plener. Damit reduzierten sich die Hoffnungen der Arbeiterschaft auf ein allgemeines und gleiches Wahlrecht, da dieser nicht nur repressive Maßnahmen gegen die Wahlrechtsagitation setzte, sondern seine Aufgabe auch „in der Verschleppung und Verfälschung der Taaffeschen Wahlreform sah“.⁴⁸⁴

Schuhmeier schilderte in einer Gerichtsverhandlung, in der er sich selbst gegen die Anklage wegen Störung der öffentlichen Ruhe, Verletzung der Ehrfurcht gegen den Kaiser sowie Aufreizung zu Hass und Verachtung wider einzelne Organe der Regierung, des Reichsrates und des Herrenhauses verteidigte, den Ablauf des Übergangs von Taaffe auf Windischgrätz. Die Arbeiter hätten es „von allem Anfang an herausgehakt, was dahintersteckt, sie wußten es vom Anfang an, daß die Koalitionsregierung nur die Absicht hatte, das Wahlunrecht so lange als möglich hinauszuziehen“.⁴⁸⁵

In dieser Phase des Wahlrechtskampfes entbrannte innerhalb der Sozialdemokratie endgültig die Debatte um einen Generalstreik. Diese Diskussion wurde insbesondere am Parteitag 1894 geführt. An diesem führte Schuhmeier aus, dass die Arbeiter nicht weiter gesonnen seien, das Wahlunrecht zu dulden, denn ohne Wahlrecht wäre die Arbeiterschaft nicht in der Lage, auf gesetzlichem Wege eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen. Es müsse in den Industriestädten, in Wien, Prag oder Brünn, nötigenfalls zur Volkserhebung

⁴⁸³ Parteitagsprotokoll 1896: 81.

⁴⁸⁴ Renner 1946: 286.

⁴⁸⁵ Volkstribüne, 7. Februar 1896: 2.

kommen.⁴⁸⁶

Die Forderung nach einer „Volkserhebung“ brachte Schuhmeier nicht nur eine Anklage der Staatsanwaltschaft ein⁴⁸⁷, sondern stieß auch innerhalb der eigenen Reihen teilweise auf Ablehnung. Während auch Sozialdemokraten wie Anton Hueber, Wilhelm Ellenbogen, Karl Kautsky⁴⁸⁸ oder Jakob Reumann⁴⁸⁹ einen Generalstreik befürworteten, sprach sich Viktor Adler dezidiert gegen einen solchen aus. Adler sparte am Parteitag auch nicht mit Kritik gegen Schuhmeiers Forderung: „Nun gehöre ich nicht zu Denjenigen, die das Ideal des Generalstreiks recht hoch stecken, damit sie ja nicht dazu kommen, ihn praktisch anzuwenden, aber so viel ist sicher, daß, wenn eine solche Arbeitseinstellung nicht mehr mit einer ungeheuren Wucht, und zwar nicht nur in den Großstädten, sondern weit hinein in die kleinen Fabriksthäler eintritt, dann der Generalstreik von vornherein verloren ist, und umsomehr verloren ist, wenn das damit verknüpft ist, was Schuhmeier und Saska⁴⁹⁰ als Volkserhebung bezeichnen“. ⁴⁹¹ Adler zufolge wäre die Arbeiterschaft nicht dazu gerüstet, eine militärische Konfrontation mit der Staatsgewalt zu überstehen.

Die Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Durchführung eines Generalstreiks stand symptomatisch für die Gegensätzlichkeit zwischen Intellektuellen wie Adler und den „einfachen“ Arbeiterführern wie Schuhmeier innerhalb der Wiener Sozialdemokratie. Auch aufgrund Schuhmeiers Bestrebungen nach einem offensiven Vorgehen bei Straßendemonstrationen, war er oftmals Ziel verbaler Attacken von Viktor Adler, dessen Kritik oftmals mit jenen Orten verbunden war, in denen Schuhmeier die größte Anhängerschaft zu verzeichnen hatte, wie aus einem Brief Adlers an den deutschen Sozialdemokraten Karl Kautsky hervorgeht: „Dann erst Schuhmeier, der sich eine Sorte von Radau-Opportunismus zusammengebraut hat, die außerhalb von Wildwest⁴⁹² unmöglich wäre, ein riesig geschickter Demagoge, dem aber jeder Sinn fehlt, unsere Probleme auch nur zu verstehen“. ⁴⁹³

Infolge eines Generalstreiks fürchtete Adler eine mögliche Eskalation, vor allem wenn die untersten sozialen Schichten aus den Außenbezirken ins Geschehen eingreifen würden, wie

⁴⁸⁶ vgl. Parteitagsprotokoll 1894: 67.

⁴⁸⁷ vgl. Czeike/Schmidt: 18.

⁴⁸⁸ vgl. Magaziner 1975: 32ff.

⁴⁸⁹ vgl. Maderthaner 1996: 31.

⁴⁹⁰ Ein Redakteur der Innsbrucker „Volkszeitung“ (vgl. Maderthaner 2011: 182)

⁴⁹¹ Parteitagsprotokoll 1894: 77.

⁴⁹² Gemeint waren die ehemaligen westlichen Vororte Wiens.

⁴⁹³ Adler 1954: 378.

Adler im Verein „Veritas“ beteuerte: „Glauben Sie, wenn Generalstreik ums Wahlrecht ist, daß dann die Ottakringer Draxler⁴⁹⁴ ruhig zu Haus sitzenbleiben?“⁴⁹⁵

Dem Argument Adlers, der Generalstreik sei der letzte Schuss, den man nicht vorzeitig abgeben dürfe, entgegnete Schuhmeier damit, dass, „wenn wir nicht diesen letzten Schuß thun“, er der Arbeiterschaft „aus der Pistole gezogen werden“ würde.⁴⁹⁶ Schließlich gelang es Adler, sich gegen Schuhmeiers Forderung eines Generalstreiks durchzusetzen. Mit einer Resolution, wonach ein Massenstreik „nur im äußersten Falle anzuwenden“⁴⁹⁷ sei, konnte Adler einen Generalstreik vorerst unterbinden. Schuhmeier als strikter Vertreter der Parteieinheit akzeptierte die Entscheidung, wurde dafür, so wie andere Arbeiterführer, aufgrund der Entscheidung gegen einen Generalstreik von Teilen der Bewegung angefeindet. Viele hatten sich mehr Radikalität für die Erlangung des allgemeinen Wahlrechts erwartet, Schuhmeier als Parteisekretär wurde gar als „Bremser“⁴⁹⁸ und als Mitverantwortlicher für den Umstand bezeichnet, dass es in der Partei nicht „vorwärts“ käme.⁴⁹⁹

3.6 Der Aufstieg zweier Massenbewegungen

3.6.1 Die Christlichsoziale Partei

Maderthaner bezeichnet die letzten beiden Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg als Phase der Transgression⁵⁰⁰: im Zuge des Aufstiegs der Massenbewegungen – die christlichsoziale Partei war in den frühen 1890er Jahren unter Dr. Karl Lueger gegründet worden – zeichnete sich der Niedergang des Liberalismus ab, nachdem er seit den 1850er Jahren an der Macht gewesen war. Nun konnte er der Etablierung der beiden Massenparteien sowie den ebenfalls stärker werdenden nationalistischen Spannungen nicht mehr standhalten⁵⁰¹, da er seine politische Macht stets jener kleinen aber einflussreichen Elite zu verdanken hatte,

⁴⁹⁴ Dialekt für Drechsler.

⁴⁹⁵ Richard Bernstein, in: Lanzer 1968: 49f.

⁴⁹⁶ vgl. Knittler 2014: 126.

⁴⁹⁷ vgl. Parteitagsprotokoll 1894: 102.

⁴⁹⁸ vgl. Ascher 1933: 261.

⁴⁹⁹ vgl. Parteitagsprotokoll 1898: 116.

⁵⁰⁰ vgl. Maderthaner 2000: 202.

⁵⁰¹ vgl. Maderthaner 2000: 185.

welche das Privilegienwahlrecht nutzen konnte.⁵⁰² Einerseits vergrößerte sich daher die Kluft zwischen einkommensschwachem Bürgertum und dem Besitzbürgertum, andererseits spaltete sich die Anhängerschaft des Liberalismus in einzelne Fraktionen, welche unterschiedliche Interessen verfolgten.

In den 1890er Jahren kam es sowohl in räumlicher als auch sozialer Hinsicht zu einer „doppelten Faltung“ Wiens⁵⁰³, die sich in den sozialdemokratischen, vorstädtischen Arbeitermassen auf der einen, und in christlichsoziale Kleinbürger, Beamte und unteren Mittelschichten auf der anderen Seite manifestierte. Während beide Parteien die unbeantworteten Fragen des Liberalismus lösen wollten, waren den Sozialdemokraten aufgrund des vorherrschenden Wahlrechts vorerst die Hände gebunden. Im Gegensatz dazu, konnte im Jahr 1885 das Fünf-Gulden-Männer-Wahlrecht eingeführt werden, wodurch eine jährliche direkte Steuerleistung von fünf Gulden für eine aktive Wahlberechtigung ausreichend war.⁵⁰⁴ Durch diese Reform waren nun größere Teile des Kleinbürgertums wahlberechtigt⁵⁰⁵, wodurch sie vor allem der Christlichsozialen Partei zugutekam, deren Anhängerschaft nun mit einem Wahlrecht ausgestattet war, und die nun von Wahl zu Wahl an politischer Macht gewann. Für personifizierten Erfolg stand damals der Gründer der Partei, Dr. Karl Lueger.

Dieser verstand es wie kein anderer seiner Partei, die Interessen seiner Anhängerschaft zu bedienen beziehungsweise zu beeinflussen, und die untere Mittelschicht, also jene, die sozial über dem Proletariat und unterhalb des Großbürgertums angesiedelt war, mit antikapitalistischen, antimodernistischen sowie fremdenfeindlichen und antisemitischen Ressentiments für sich zu gewinnen.⁵⁰⁶

3.6.2 Der Antisemitismus Karl Luegers

Durch Ausgrenzung und Abwertung des Judentums versuchte Lueger die Massen jener sozialen Schichten zu mobilisieren, die infolge des liberalen Niedergangs nach einer neuen ideologischen Orientierung suchten. Durch das regelmäßige öffentliche Wiederholen

⁵⁰² vgl. Nonn 2014: 140.

⁵⁰³ Maderthaner 2000: 202.

⁵⁰⁴ vgl. Czeike 1962: 19.

⁵⁰⁵ vgl. Maderthaner 2011: 115.

⁵⁰⁶ vgl. Maderthaner 2000: 184f.

antijüdischer Parolen und Vorurteile machte er den politischen Antisemitismus gesellschaftsfähig, und instrumentalisierte Juden als Sündenböcke für soziale Missstände, indem er als gemeinsames Feindbild den profitgierigen Juden inszenierte, der seinen Reichtum auf Kosten des Nichtjuden auszubauen trachtete.⁵⁰⁷ Grundlegendes Konzept seiner Politik war es, „den deutschen Charakter der Stadt Wien zu wahren“⁵⁰⁸, indem etwa nur noch Deutsche als Beamte und Lehrer angestellt⁵⁰⁹ oder gegen die Zweisprachigkeit der Stadt⁵¹⁰ vorgegangen werden sollte. Luegers Politik war dementsprechend nicht nur auf die Anfeindung von Juden, sondern auch gegen sonstige Zuwanderer aus den nichtdeutschsprachigen Kronländern der Monarchie ausgerichtet. Assimilierungsunwillige sah Lueger demnach als Störfaktoren des angestrebten „deutschen Wien“ an.⁵¹¹ Das vom Kapitalismus bedrohte Kleinbürgertum konnte er auch mit einer Verknüpfung von Antisemitismus und Antikapitalismus für sich gewinnen, indem er das jüdische Großkapital als Feindbild festmachte. Die Sorgen des Kleinbürgertums konnte er auf diese Weise ebenso aufgreifen, wie jene der antiliberalen Studenten oder des Klerus, der sich angesichts säkularer Tendenzen in der Gesellschaft um seine Macht gefährdet sah.⁵¹² Unter dem Deckmantel eines vermeintlichen „Wirtschaftsantisemitismus“, welcher lediglich die einflussreichen jüdischen Kapitalgesellschaften und Monopolunternehmen treffen sollte⁵¹³, verfolgte Lueger mit der Entwicklung eines neuen, populistischen Stils eine Politik der Exklusion.⁵¹⁴

3.6.3 Sozialdemokratie und Antisemitismus

Zwar wirkte Luegers antijüdische und antitschechische Politik auf viele Sozialdemokraten abstoßend⁵¹⁵, dennoch existierte innerhalb der Sozialdemokratie keine einheitliche Position zum Antisemitismus. Bereits seit der gescheiterten Revolution 1848 und somit noch vor dem Bruch mit den Liberalen, gab es Demagogen innerhalb der eigenen Reihen, die Juden für die

⁵⁰⁷ vgl. John/Lichtblau 1993: 294.

⁵⁰⁸ Glettler 1972: 292.

⁵⁰⁹ vgl. Glettler 1972: 236.

⁵¹⁰ vgl. Glettler 1972: 319.

⁵¹¹ vgl. John/Lichtblau 1993: 277.

⁵¹² John/Lichtblau 1993: 295.

⁵¹³ vgl. Sachslehner 2016: 230.

⁵¹⁴ vgl. Maderthaner 2000: 207.

⁵¹⁵ vgl. Spitzer 1984: 153.

schlechte Lage des Proletariats verantwortlich machten, und mit dieser Strategie, auch aufgrund der Unerfahrenheit der noch jungen Arbeiterbewegung, zu einem gewissen Grad erfolgreich waren. Trotz der Tatsache, dass einige anerkannte Führungspersönlichkeiten der Sozialdemokraten jüdisch waren – nicht zuletzt der Parteigründer Viktor Adler – musste die Bewegung in den Jahrzehnten nach 1848 gegen Kräfte in den eigenen Reihen ankämpfen, welche die Empörung der misslichen wirtschaftlichen und sozialen Lage in antisemitische Haltungen umzuwandeln versuchten.⁵¹⁶

Viktor Adler oder etwa auch dessen Freund Engelbert Pernerstorfer, der als „wilder“ Abgeordneter sozialdemokratische Standpunkte im Reichsrat vertrat⁵¹⁷, hatten ursprünglich dem linken Flügel der Liberalen angehört, ehe sie der seit den 1870er Jahren zunehmende Antisemitismus, der von vielen Sozialdemokraten als „Marxismus des dummen Kerls“ zurückgewiesen wurde⁵¹⁸, abgeschreckt und sie in weiterer Folge zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung geführt hatte.⁵¹⁹

So wie Adler und Pernerstorfer, war auch Schuhmeier Vertreter einer deutschnationalen Ausrichtung der Sozialdemokratie, was damit erklärt werden könnte, dass die ersten österreichischen Organisationen der Arbeiterschaft einen Bestandteil der deutschen Organisation bildeten, und daher ein gewisses „deutschnationales Element bei den österreichischen Sozialdemokraten stets eine bedeutsame Rolle“ spielte.⁵²⁰ Schuhmeiers demokratische, republikanische und antihabsburgische Gesinnung mischte sich dabei gelegentlich mit der Kombination zwischen Antikapitalismus und eines „vordergründigen Antisemitismus“⁵²¹, was von Wilhelm Ellenbogen mit dem innerlich längst abgeschüttelten „ottakringischen Atavismus“ erklärt wurde. Schuhmeiers „Liebhaber“ seien jedoch „immer die Juden gewesen“.⁵²²

Als Parteisekretär kam Schuhmeier im Rahmen seiner Parteitagsreden immer wieder auf die „Judenfrage“ zu sprechen. Dabei verhehlte er nicht, dass er sich als Teil des deutschen

⁵¹⁶ vgl. Klenner/Pellar 1987: 55.

⁵¹⁷ vgl. Magaziner 1975: 62.

⁵¹⁸ vgl. Stimmer 1988: 19.

⁵¹⁹ vgl. Klenner/Pellar 1987: 82.

⁵²⁰ Hautmann/Kropf 1974: 56.

⁵²¹ Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften 1998: 312.

⁵²² vgl. Ellenbogen, in: Der Kampf, 1. März 1913: 243, zitiert in: Knittler 2014: 60. Besagter Artikel konnte im Online-Archiv der Österreichischen Nationalbibliothek nicht aufgefunden werden.

Volkes sah, sprach sich jedoch dezidiert gegen eine offene deutschnationale Ausrichtung und Agitation aus:

„Ich halte es weder für opportun, noch für nothwendig, daß wir den Arbeitern sagen: Ihr seid Deutsche und sollt auf Euer Deutschthum stolz sein. Ich weiß nicht, ob Sie mein Rezept akzeptiren werden. Ich bin der Ansicht, daß wir den Deutschnationalen gegenüber weniger den deutschen, als vielmehr den proletarischen Standpunkt hervorkehren müssen. (...) Ich gestehe aufrichtig, ich gehöre auch zum deutschen Volke, aber solch eine deutsche Ader, wie der Pernerstorfer, habe ich nicht (*Beifall.*)“.⁵²³

So wie er es auch schon im Richtungsstreit der jungen Arbeiterbewegung getan hatte, übernahm Schuhmeier eine gewisse Mittelstellung in der von der Sozialdemokratie umstritten geführte Debatte um die „Judenfrage“, indem er sowohl gegen Befürworter, als auch Gegner des Antisemitismus agitierte.⁵²⁴ Während Schuhmeier Juden in den unteren sozialen Schichten verteidigte („Dem Capital ist es ferner ganz gleich, ob der schaffende Mensch ein Christ oder ein Jude, ein Gottesleugner oder ein Heide ist“⁵²⁵), bezog er sich bei seinem „Kokettieren“⁵²⁶ mit dem Antisemitismus vor allem auf den Kampf gegen das ausbeuterische Großkapital, das in den Händen sowohl christlicher, als auch jüdischer Unternehmer lag:

„Wir stehen nämlich auf dem Standpunkte, dass man sowohl bei der jüdischen als auch der christlichen Ausbeutung das Handwerk legen und beide aus der Welt schaffen müsse. Wenn es, denken wir uns, kein Vergnügen ist, sich von den reichen Juden die Haut über die Ohren ziehen zu lassen, dann gehört auch die Ausbeutung durch reiche Christen ganz gewiss nicht zu jenen Dingen, die man über sich einzig und allein zur höheren Ehre Gottes ergehen lassen kann (...) Denn die Arbeiter haben bereits erkannt, dass nicht der Gegensatz zwischen Juden und Christen, sondern der zwischen Besitzenden und Besitzlosen die Quelle ihrer Leiden, ihrer Noth sei, sie wissen es, dass der Capitalist, das Capital ihr Feind, dass das Capital nicht getauft und nicht beschnitten, und dass es daher zu bekämpfen sei, gleichgiltig, ob es sich in Christen- oder Judenhänden befindet“.⁵²⁷

⁵²³ Parteitagsprotokoll 1898: 103.

⁵²⁴ vgl. Prokop 2017: 20.

⁵²⁵ Schuhmeier 1892: 6.

⁵²⁶ vgl. Knittler 2014: 60.

⁵²⁷ Schuhmeier 1897: 10f. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

Schuhmeier verband auch auf dem Parteitag 1897 seinen Hass auf das christliche und jüdische Kapital mit seiner Abneigung gegen den Klerikalismus: „Meinetwegen sollen alle Juden nach Palästina gehen (...) Ich habe aber auch nichts dagegen, wenn alle Pfaffen den Juden irgendwohin nachfolgen“.⁵²⁸

Zwei Jahre nachdem Schuhmeier 1899 bei der Freimaurerloge „Socrates“ aufgenommen war, verließ er dieselbe, wohl auch deshalb, weil die meisten Mitglieder der Loge jüdische Unternehmer waren, was den Christlichsozialen, aber auch Gegnern in den eigenen Reihen Angriffsflächen bot.⁵²⁹ Ein solcher innerparteilicher Gegner war etwa Otto Bauer, der nach Schuhmeiers Tod 1913 in einem Brief an Karl Kautsky schrieb: „Schuhmeiers Tod bedeutete für Wien den Verlust einer wertvollen agitatorischen Kraft, nicht mehr. In den innerparteilichen Verhältnissen war er seit Jahren ein reaktionäres Element“.⁵³⁰ Bauers Kritik bezog sich wohl auf den Umstand, dass sich der antiintellektuell eingestellte Schuhmeier, gemeinsam mit Genossen wie Karl Renner oder Engelbert Pernerstorfer, ablehnend gegenüber dem „Übergewicht jüdischer Intellektueller in der Partei“⁵³¹, wie Otto Bauer oder Victor Adler, verhielt.

Hinsichtlich Schuhmeiers Mitgliedschaft bei der Freimaurerloge, erntete er auch in der Zeitschrift „Fackel“ Kritik und Spott, da es ausgerechnet der „wüthendste Classenkämpfer“ Schuhmeier war, der „in Volksversammlungen principiell jeden, der einen anständigen Rock am Leibe hat, für einen Schurken erklärt und mit Vorliebe den Kampf gegen die „Doctoren“ predigt“.⁵³²

In einer Zeit, in der die antisemitische Feindseligkeit bereits tief in der Wiener Gesellschaft und in sämtlichen sozialen Schichten verankert war, entwickelte auch Schuhmeier eine neue politische Kultur des „Popularmodernen“⁵³³, und griff die „Judenfrage“ zur Massenmobilisierung auf. Sein praktizierter Populismus stieß, wie schon erwähnt, auch innerhalb der eigenen Partei auf Gegenwind, was auch Jakob Reumann in der „Arbeiter-Zeitung“ konstatierte: „Nicht immer schöpfte er aus der richtigen Quelle“.⁵³⁴ Doch im Gegensatz zu Lueger, der das Andere und Fremde als Außenseiter stilisierte, um an der

⁵²⁸ Parteitagsprotokoll 1897: 105.

⁵²⁹ vgl. Knittler 2014: 18.

⁵³⁰ Hainisch 2011: 121.

⁵³¹ Hainisch 2011: 47.

⁵³² Kraus, in: Die Fackel, 2. Jg. Nr. 44, 1900: 30.

⁵³³ Maderthaner 2000: 207.

⁵³⁴ Reumann, in: Arbeiter-Zeitung, 14. Februar 1913: 1.

Macht zu bleiben, nutzte Schuhmeier die zunehmenden sozialen Spannungen auf andere Weise, indem er im Sinne einer Inklusion eben jener „Außenseiter“, die Sozialdemokratie als Trägerin eines homogenen Stadtganzen darstellte und eine Politik der Antizipation und Emanzipation verfolgte.⁵³⁵

3.6.4 Jüdische Einwanderung nach Wien und Ottakring

Tatsächlich hatte die jüdische Einwanderung nach Wien sowie die in ganz Niederösterreich vorgenommenen Gründungen jüdischer Gemeinden seit 1848 kontinuierlich zugenommen. Lebten im Jahr der Revolution noch 6.000 bis 7.000 Juden in Wien, so wuchs die Zahl bis 1869 auf rund 40.000.⁵³⁶ Mitveranlasst durch antisemitische Aktionen und Boykottmaßnahmen im Ausland oder dem Streben nach Abwendung von Armut und Hoffnung auf Karrieremöglichkeiten, zog es viele Juden nach der Aufhebung von Zuwanderungsbeschränkungen im Jahr 1848 nach Wien – jener Metropole der Bildung, die mit ihrer liberalen Atmosphäre unter dem Schutz des nach Gleichberechtigung strebenden Kaisers stand⁵³⁷, was viele Gegner dieser Einstellung veranlasste, denselben als „Judenkaiser“ zu bezeichnen.⁵³⁸

Waren die Wiener Juden bis 1848 rechtlich Bürger zweiter Klasse⁵³⁹, so gewannen sie in den nachfolgenden Jahren immer mehr bürgerliche Rechte, ehe sie mit dem Staatsgrundgesetz 1867 völlige Gleichberechtigung erlangten.⁵⁴⁰ Die folgende liberale Ära stellte die Blütezeit für das Wiener Judentum dar.⁵⁴¹ Die vorwiegend der Mittelschicht angehörigen jüdischen Zuwanderer, die insbesondere aus Ungarn, Slowakei, Böhmen, Mähren und ab 1867 verstärkt aus Galizien nach Wien einwanderten, prägten das kulturelle und wirtschaftliche Leben der Habsburgermonarchie und dessen Haupt- und Residenzstadt.⁵⁴²

Mit dem Börsenkrach 1873 und der darauffolgenden Rezession endeten jedoch die Assimilationsbestrebungen der Wiener Juden, die sich nun in verschiedene politische Fraktionen aufspalteten. Diese Entwicklungen gelten als Grundlage für die Etablierung des

⁵³⁵ vgl. Maderthaner 2000: 207.

⁵³⁶ vgl. William O. McCagg 1989: 145.

⁵³⁷ vgl. John/Lichtblau 1993: 114.

⁵³⁸ vgl. Sandgruber 2013: 154.

⁵³⁹ vgl. John/Lichtblau 1993: 145.

⁵⁴⁰ vgl. Adunka/Anderl 2013: 30.

⁵⁴¹ vgl. Maderthaner 2000: 205.

⁵⁴² vgl. Sandgruber 2013: 152.

Antisemitismus in Wien.⁵⁴³ Judenfeindliche Einstellungen verfestigten sich in der Gesellschaft, wenngleich sich eben derartige Ressentiments im Laufe der Geschichte für den wirtschaftlichen Aufstieg des Judentums mitverantwortlich zeichneten: durch jahrhundertelange Vertreibungen verstärkte sich die Bereitschaft der Juden nach erhöhter Mobilität, wodurch ein internationales soziales Netzwerk und grenzüberschreitende Zusammenarbeit ermöglicht wurde. Sondersteuern förderten das Streben nach größerem Gewinn, und nicht zuletzt der Ausschluss aus zahlreichen Berufsfeldern drängten sie in ein eingegengtes Aktionsfeld. Dementsprechend beschränkten sie sich auf Handel, dem Geld- und Bankenwesen sowie der Wissenschaft und Forschung, also jenen Bereichen, die im modernen, kapitalistischen Zeitalter einen großen Aufschwung erfuhren, während sich Adel, Bürger- und Bauerntum aus eben jenen Berufsfeldern größtenteils heraushielten.⁵⁴⁴

Obwohl Ottakring bei der räumlichen Verteilung der Wiener Juden, eine eher geringe Rolle einnahm, wurde 1874 eine Kultusgemeinde für Ottakring, Hernals und Neulerchenfeld eingerichtet, durch die jener Tempelbauverein entstand, der den Bau einer Synagoge in Ottakring ermöglichte. Ignaz Edlen von Kuffner, dessen Familie die einflussreichste und wohlhabendste jüdische Familie in Ottakring war⁵⁴⁵, hatte den entsprechenden Baugrund in der Hubergasse 8 kostenlos zur Verfügung gestellt.⁵⁴⁶ Die Kultusgemeinde Ottakring, Hernals und Neulerchenfeld erfuhr durch die Eingemeindung 1892 ein jähes Ende, da auch diese der israelitischen Kultusgemeinde Wien einverleibt wurde.⁵⁴⁷

Bei der Volkszählung 1910 konnten von 175.318 Mitgliedern der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, 4.558 Personen, also 2,6 Prozent aller Mitglieder, in Ottakring festgestellt werden. Einerseits wurde bei dieser Zählung der hohe Anteil jüdischer Arbeiter in Ottakring hervorgehoben, andererseits wurde auch auf die Villen am Wilhelminenberg hingewiesen, wo sich viele begüterte Familien niedergelassen hatten.⁵⁴⁸ Die Synagoge in der Hubergasse, die Zeit ihres Bestehens Sitz vieler jüdischer Vereine war, wurde während des Novemberpogroms am 10. November 1938 zerstört.

⁵⁴³ vgl. Maderthaner 2000: 205.

⁵⁴⁴ vgl. Sandgruber 2013: 152f.

⁵⁴⁵ vgl. Adunka/Anderl 2013: 63.

⁵⁴⁶ vgl. Schneider 1892: 677f.

⁵⁴⁷ vgl. Schneider 1892: 678.

⁵⁴⁸ vgl. Matrikenamt der IKG 1910, zitiert in: Adunka/Anderl 2013: 32.

3.6.5 Ottakring: Zentrum tschechischer Zuwanderung

Blieb in Ottakring der Anteil der jüdischen Bevölkerung, dessen räumliche Verteilung in Wien sich vor allem auf den ersten, zweiten und neunten Bezirk erstreckte, weitgehend unbedeutend, so entwickelte sich der sechzehnte Bezirk zu einem Zentrum der Zuwanderung vor allem tschechischsprachiger Menschen. Von den 148.652 Einwohnern Ottakrings im Jahr 1900, waren etwa 8.000 im Ausland, und lediglich 82.000 in Wien geboren. Die übrigen Personen stammten aus verschiedenen Teilen der Monarchie.⁵⁴⁹ 11.039 Personen⁵⁵⁰, also sieben Prozent der Ottakringer Bevölkerung, sprach Tschechisch als Muttersprache, womit auf eine Person mit tschechischer Umgangssprache im Jahr 1900 elf deutschsprachige Personen kamen.⁵⁵¹ 95 Prozent der Ottakringer waren römisch-katholisch, 4.118 waren jüdischen und 3.004 evangelischen Glaubens.⁵⁵²

Der Großteil der tschechischsprachigen Zuwanderer kam aus Südböhmen und Südmähren, also jenen Gebieten, die direkt an Niederösterreich angrenzten.⁵⁵³ Während politisch motivierte Migration in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg eine untergeordnete Rolle einnahm⁵⁵⁴, handelte es sich hier primär um Arbeitsmigration, die im Rahmen der beginnenden Industrialisierung eingesetzt hatte.⁵⁵⁵

Die Mechanisierung der Landwirtschaft, der damit einhergehende Verlust der Erwerbsgrundlage vieler Bauern sowie das geringe Lohnniveau ländlicher Arbeitsplätze, veranlassten viele tschechische Landarbeiter Alternativen zu suchen, die sie schließlich in den Fabriken der industriellen Großstadt Wien zu finden erhofften.⁵⁵⁶ Einem Bündel aus weiteren Push-Faktoren, wie personen- und familienbezogene Gründe oder Familiennachzug, standen eine Reihe an Pull-Faktoren gegenüber. Die Anziehungskraft der Metropole Wien als „Stadt der unbegrenzten Möglichkeiten“⁵⁵⁷, reichte bis an die äußersten Grenzen des Vielvölkerstaates, welcher durch fehlende institutionelle oder staatliche Hindernisse eine Binnenmigration über Sprachgrenzen hinweg vereinfachte.⁵⁵⁸ In Wien, das

⁵⁴⁹ vgl. Schiemer 1999: 122.

⁵⁵⁰ vgl. Glettler 1972: 44.

⁵⁵¹ vgl. Glettler 1972: 53.

⁵⁵² vgl. Klusacek/Stimmer 1983: 79.

⁵⁵³ vgl. Glettler 1972: 33.

⁵⁵⁴ vgl. John/Lichtblau 1993: 107.

⁵⁵⁵ vgl. Fleck 1985: 11.

⁵⁵⁶ vgl. John/Lichtblau 1993: 91.

⁵⁵⁷ Glettler 1972: 271.

⁵⁵⁸ vgl. Sandgruber 2013: 168.

sich nach den napoleonischen Kriegen im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs und technologischen Entwicklungen im Verkehrswesen zum Zentrum des Eisenbahnnetzes entwickelt hatte⁵⁵⁹, und so ein verhältnismäßig einfach zu erreichendes Ziel in einer Zeit erhöhter Mobilität darstellte, existierte darüber hinaus bereits tschechischsprachige Infrastruktur, was vielen eingewanderten Tschechen die ersten Lebensphasen in Wien erleichterte.⁵⁶⁰ Durch den Ausbau der Verkehrsmittel, die Neuorganisation des Elektrizitätswesens, der intensiven Bautätigkeit, etwa der Zweiten Wiener Hochquellwasserleitung, und durch das von Lueger unter seiner Bürgermeisterschaft durchgeführte Kommunalprogramm, steigerte sich die Attraktivität Wiens als Ziel vieler Zuwanderer.⁵⁶¹

Diese Umstände förderten die Entwicklung, dass der Anteil tschechischer Zuwanderer in Wien zwischen 1880 und 1900 mit über 109,5 Prozent stieg, wodurch im Jahr 1900 der Höchststand an tschechischen Zuwanderern erreicht, und Wien mit etwa 400.000 bis 600.000 zur größten tschechischen Stadt wurde.⁵⁶² Von den 1,674.957 Einwohnern war demnach etwa ein Viertel der Bevölkerung slawischer Herkunft beziehungsweise tschechischer oder slowakischer Nationalität.⁵⁶³

Bemerkenswert ist dabei der Umstand, dass ein Großteil, nämlich 85,7 Prozent der tschechischen Erwerbstätigen in Wien dem industriell-gewerblichen Sektor und somit der Arbeiterklasse angehörten, und damit mit 10,6 Prozent den zweitgrößten Anteil nach der deutschsprachigen Arbeiterschaft stellten⁵⁶⁴, welche wiederum 80,1 Prozent der Arbeiter ausmachte. Slawische Zuwanderer übernahmen dabei insbesondere jene industriellen und kleingewerblichen Erwerbstätigkeiten mit geringem sozialen Prestige, für die sich zu wenig einheimische Arbeitskräfte fanden⁵⁶⁵, womit sie auf der untersten Stufe der sozialen Hierarchie zuzuordnen waren.⁵⁶⁶

Da sich die meisten Industriebetriebe, welche vielen der zugewanderten Arbeitskräfte Erwerbstätigkeiten boten, am Rand der Stadt ansiedelten, zog es den Großteil der zugewanderten slawischen Arbeiterschaft nun vorwiegend in die dort befindlichen

⁵⁵⁹ vgl. John/Lichtblau 1993: 93.

⁵⁶⁰ vgl. John/Lichtblau 1993: 91.

⁵⁶¹ vgl. Glettler 1972: 60.

⁵⁶² vgl. Glettler 1972: 29.

⁵⁶³ vgl. Glettler 1972: 268.

⁵⁶⁴ vgl. Glettler 1972: 62.

⁵⁶⁵ vgl. John/Lichtblau 1993: 94.

⁵⁶⁶ vgl. Fleck 1985: 11.

proletarischen Bezirke, vor allem nach Favoriten, Brigittenau und Ottakring, wodurch sich das soziale Gefüge dieser Bezirke stark veränderten.⁵⁶⁷

Diese Entwicklung brachte auch problematische Auswirkungen mit sich, da größere Ballungen von Minderheiten die Assimilierungsprozesse verlangsamen⁵⁶⁸ und Arbeiter zusätzlich als assimilierungsfeindlichste Gruppe galten.⁵⁶⁹

Trotz dieser Umstände gestaltete sich das Zusammenleben in Ottakring weit entfernt von nationalen Gegensätzen oder Identifikationsproblemen.⁵⁷⁰ Vielmehr dominierten unter anderem aufgrund der hohen Mortalitätsrate, der geringen Lebenserwartung, der gesundheitlichen Probleme, der niedrigen Einkünfte und die Angehörigkeit einer gemeinsamen Klasse, Berührungspunkte hinsichtlich der unzufriedenstellenden sozialen Lage im Bezirk.⁵⁷¹

Im Bereich Wohnen jedoch gab es sehr wohl Unterschiede zwischen einheimischen und ausländischen Arbeitern, wobei es jenen aus Böhmen, Mähren oder der Slowakei noch schlechter ging als den gebürtigen Wienern. Neben den hohen Mietkosten für alle, waren es vor allem Zugewanderte, die verhältnismäßig oft von Kündigungen oder Wohnungsverlusten betroffen waren.⁵⁷² Viele mussten in weiterer Folge ein einzelnes Bett in einer Privatwohnung mieten, wodurch sich der hohe Anteil tschechischer Bettgeher erklärt: 11,8 Prozent aller in Wien anwesenden Tschechen waren im Jahr 1910 Bettgeher, während nur 3,2 Prozent der deutschsprachigen Bevölkerung auf ein solches Notquartier zurückgreifen musste. Somit war jeder zwanzigste gebürtiger Wiener und jeder neunte Wiener Tscheche im Jahr 1910 Bettgeher.⁵⁷³ Die letzte Möglichkeit für Wohnungslose war die Inanspruchnahme von Massenquartieren⁵⁷⁴ und Obdachlosenunterkünften. So boten in Ottakring etwa die anlässlich des 50. Jahrestags des Regierungsantritts des Kaisers gestifteten „Jubiläumshäuser“, etwa 1.700 Menschen Platz und waren gegenüber den üblichen im Bezirk befindlichen Zinshäusern durchaus fortschrittlich.⁵⁷⁵

Ganz anders gestalteten sich die Verhältnisse im „Negerdörf“, einer Barackenanlage, die

⁵⁶⁷ vgl. John/Lichtblau. 143f.

⁵⁶⁸ vgl. John/Lichtblau 1993: 144.

⁵⁶⁹ vgl. Glettler 1972: 44.

⁵⁷⁰ vgl. Schiemer 1999: 122.

⁵⁷¹ vgl. Schiemer 1999: 122

⁵⁷² vgl. John/Lichtblau 1993: 170.

⁵⁷³ vgl. Glettler 1972: 227.

⁵⁷⁴ vgl. John/Lichtblau 1993: 171.

⁵⁷⁵ vgl. Klusacek/Stimmer 2005: 117f.

1911 im Bereich Pfenninggeldgasse-Herbststraße-Gablenzgasse-Koppstraße-Hettenkofergasse-Zagorskigasse errichtet wurde, Notstandswohnungen in katastrophalen Zuständen bot, und erst im Jahr 1952 abgerissen wurde.⁵⁷⁶

Angesichts der hohen Zahl an Zuwanderern zur Zeit der Jahrhundertwende herrschten zwischen den aufstrebenden Massenparteien der Christlichsozialen und Sozialdemokraten große Auffassungsunterschiede darüber, wie man damit und mit den daraus resultierenden Problemen umgehen sollte. Neben den ideologischen Gegensätzen in der Migrationspolitik wiesen Christlichsoziale und Sozialdemokraten auch inhaltliche Gemeinsamkeiten, wie die Abneigung gegen den modernen Kapitalismus, auf. Diskussionen um eine etwaige Zusammenarbeit beider Lager hielten jedoch nicht lange an, und bald standen sie sich in Feindschaft gegenüber. Schuhmeier lehnte eine Zusammenarbeit mit den Christlichsozialen strikt ab, wie er am Parteitag 1898 erörterte:

„Wir haben den Arbeitern auseinanderzusetzen, daß die Kluft zwischen der Arbeiterklasse und dem Bürgerthum eine tiefe und unüberbrückbare ist, und daß, wer das Bürgerthum vertritt, nie das Interesse der Arbeiter wahren kann. Wir müssen den Arbeitern erklären, daß die Arbeiterklasse das Interesse hat, für eine möglichst kurze Arbeitszeit einen möglichst hohen Lohn zu bekommen.“⁵⁷⁷

3.7 Die Reichsratswahl 1897

3.7.1 Die Schaffung einer fünften Kurie

Nachdem nach Taaffe auch das Ministerium Windischgrätz-Plener an der Wahlrechtsfrage scheiterte, wurde 1895 Kasimir Felix Badeni mit den Regierungsgeschäften für die österreichische Reichshälfte betraut. Dieser schuf unter dem Eindruck einer immer stärker werdenden sozialdemokratischen Bewegung tatsächlich ein neues Wahlrecht, indem er zu den bestehenden vier Kurien eine fünfte Kurie hinzufügte. In dieser neuen, allgemeinen Kurie waren nun alle über 24 Jahre alten Staatsbürger wahlberechtigt, wodurch bei der

⁵⁷⁶ vgl. Klusacek/Stimmer 2005: 118f.

⁵⁷⁷ Parteitagsprotokoll 1898: 103.

Reichsratswahl 1897 etwa fünf Millionen Menschen mehr wählen durften.⁵⁷⁸ Badeni verfolgte dabei das Ziel einer Einigung zwischen deutscher und tschechischer Bourgeoisie unter der dem Eindruck einer möglichen proletarischen Vertretung im Parlament.⁵⁷⁹ Durch die Reform war die Reichsratswahl 1897 die erste Wahl, an der die unteren sozialen Schichten teilnehmen durften. Für Jubelstimmung unter der Arbeiterschaft sorgte diese Entwicklung dennoch nicht, denn ein gleiches Wahlrecht schuf auch diese Reform nicht: Erstens wurden die Wahlkreise bewusst zum Nachteil der Sozialdemokratie konzipiert, indem Industriegebiete getrennt und mit agrarischen oder bürgerlichen Orten vereint wurden.⁵⁸⁰ Ottakring wurde dem Wahlkreis fünf, der auch die Bezirke Hernals, Währing und Döbling umfasste, zugeordnet. Zweitens konnten in der fünften, allgemeinen Wählerkurie zu den bereits vor der Wahlrechtsreform bestehenden 353 Abgeordneten lediglich 72 Mandate gewählt werden⁵⁸¹, womit nur ein kleiner Teil der nunmehrigen 425 Reichsratsabgeordneten von der allgemeinen Wählerklasse bestimmt werden konnte. Die Wählerschaft der Stadt Wien konnte mit dem neuen Wahlrecht nun 19 statt der bisherigen 14 Mandatare in den Reichsrat entsenden, wobei lediglich fünf davon durch die allgemeine Wählerklasse bestimmt werden konnten. Jeder der fünf Wahlkreise der fünften Kurie konnte nun einen Abgeordneten wählen.⁵⁸² Drittens gewährte die Wahlreform den höheren sozialen Schichten ein doppeltes und dreifaches Stimmrecht, da alle in den ersten vier Kurien Wahlberechtigten in der allgemeinen Kurie noch einmal wählen durften: „Das Wahlrecht in einer der vier anderen Wählerclassen schließt die Ausübung des Wahlrechts in der allgemeinen Wählerclassen nicht aus“.⁵⁸³ Viertens blieb ein Teil der Arbeiterschaft weiterhin vom Wahlrecht ausgeschlossen, da in der neuen Kurie die Wahlberechtigung an eine Sesshaftigkeit am Wahlort von mindestens sechs Monaten gebunden war.⁵⁸⁴

⁵⁷⁸ vgl. Klenner/Pellar 1987: 87.

⁵⁷⁹ vgl. Maderthaner 2000: 21.

⁵⁸⁰ vgl. Maderthaner 1996: 50.

⁵⁸¹ vgl. Klenner/Pellar 1987: 87.

⁵⁸² vgl. Sedlaczek et al 1899: 105.

⁵⁸³ Sedlaczek et al 1899: 105.

⁵⁸⁴ vgl. Sedlaczek et al 1899: 105.

Fünftens wurde das neue Wahlrecht als reines Männerwahlrecht konzipiert, sodass Frauen weiterhin nicht an der politischen Gestaltung teilnehmen durften.

Da die Arbeiter zwar erstmals wahlberechtigt waren, das Privilegienrecht jedoch erhalten blieb, herrschte in der Arbeiterpartei Unzufriedenheit mit der Wahlrechtsreform.

Schuhmeier nutzte all seine verfügbaren Kanäle um gegen die geplante und schließlich trotz zahlreicher Arbeiterproteste umgesetzte Reformvorlage zu wettern. Als Berichterstatter der Parteivertretung am Parteitag 1897 sprach er hinsichtlich der vergrößerten Anzahl an Wahlberechtigten zwar von einem Fortschritt des „rückständigen und verknöcherten Oesterreichs“, jedoch betonte er vor allem die Missstände der Reform:

„Aber diesen mehr als fünf Millionen Wählern in der fünften Kurie wurden nur 72 Mandate zugetheilt, so daß im Durchschnitt auf 74.000 dieser minderwerthigen Staatsbürger ein Abgeordneter kommt. Das alte Kuriensystem, das 63 Großgrundbesitzern dasselbe Recht gibt, nämlich auch einen Abgeordneten wählen zu dürfen, blieb bestehen. Nach wie vor sollte der Geldsack im Parlament ausschlaggebend sein. Dazu kam noch, daß nur 15 von diesen 72 Mandaten auf Grund des direkten Wahlrechtes zu erkämpfen waren“.⁵⁸⁵

In der „Volkstribüne“ griff er die Reform in zahlreichen Artikeln und feindseligen Parolen wie „Entweder: Wahlrecht heraus! Oder: Badeni hinaus!“⁵⁸⁶ mehrmals an. Das „Badeni'sche Krüppelwerk“, wie er die Reform nannte, würde fast ausschließlich Verschlechterungen bringen. Vor allem die Bindung der Wahlberechtigung an die Sesshaftigkeit in der Gemeinde war ihm ein Dorn im Auge: „Nein, die Herren wollen blos auf diesem Schleichweg wieder ein paar Proletarier um ihr Wahlrecht betrügen. Alle übrigen schlechten Eigenschaften der Badeni'schen Vorlage, wie große Ausdehnung der Wahlkreise, indirektes Wahlrecht u.s.w. haben die wackeren Herren stehen gelassen“.⁵⁸⁷

Schließlich vernachlässigte er auch während des Wahlrechtskampfes seine Agitationstätigkeit nicht, wie aus dem Bericht einer Versamlungsrede in Hainburg an der Donau hervorgeht:

„Er zeigte die heutige ungerechte Zusammensetzung des österreichischen Parlaments, indem er Zahlen sprechen ließ, und stellte dem gegenüber die fünfte Kurie in das richtige

⁵⁸⁵ Parteitagsprotokoll 1897: 20.

⁵⁸⁶ Volkstribüne, 14. Februar 1896: 1.

⁵⁸⁷ Volkstribüne, 27. März 1896: 1.

Licht, durch welche das Wahlunrecht nur noch größer wird.

Unter lebhafter Zustimmung seitens der Versammlung erklärte Schuhmeier, Badeni möge seine Firma „Zur Gerechtigkeit“ umschreiben lassen, da dieselbe nicht der Wahrheit entspreche. Es ergeht ihm wie jenem Gastwirth, der sein Lokal wohl „Zum großen Knödel“ benannte, dem Publikum aber recht kleine Knödel, um theures Geld, vorsetzte“.⁵⁸⁸

Trotz des weiterhin gewährten Privilegienwahlrechts befürwortete Schuhmeier die Teilnahme an der Reichsratswahl 1897, was auch mit einer am Parteitag 1896 erarbeiteten Resolution beschlossen wurde. Mit dieser Resolution trat die Partei in ihren ersten richtigen Wahlkampf, durch den man sich auch zum ersten Mal reelle Chancen auf eine politische Mitbestimmung auf Reichsebene ausrechnete.

3.7.2 Schuhmeier gegen Mittermayer: der Wahlkampf 1897

Mit seinem hohen Anteil an Arbeitern galt bei der Reichsratswahl am 9. März 1897 der fünfte Wiener Wahlkreis als größte Hoffnung der Sozialdemokraten. Der Kandidat für diesen Wahlkreis war schnell gefunden: es galt als „Selbstverständlichkeit für alle Sozialdemokraten Österreichs, daß Franz Schuhmeier in einem der aussichtsreichsten Wahlkreise Wiens aufgestellt werde“.⁵⁸⁹ Bereits im ersten richtigen Wahlkampf der Sozialdemokraten, in welchem laut Ascher und der „Arbeiter-Zeitung“, die Christlichsozialen mit Terror, Erpressungen und Lügen gegen die Arbeiter vorgingen⁵⁹⁰, wurde mit harten Bandagen gefochten, und auch zu Mitteln gegriffen, die heute unter die Kategorie „Schmutzkübel“ fallen würden. Schuhmeier warf seinem Gegner im fünften Wahlkreis, dem christlichsozialen Kandidaten Karl Mittermayer, Fälschung, Diebstahl und Lügen vor.⁵⁹¹ Auch Sever bezeichnete Mittermayer als „gerichtlich gezeichneten Dieb, der einem Kellnerjungen einen Lotterieriskonto mit einem kleinen Gewinn gestohlen hatte“.⁵⁹² Mittermayer, der die Vorwürfe Schuhmeier nicht widerlegen konnte, ging zum Gegenangriff über, indem er Schuhmeier öffentlich vorwarf, er würde seine Mutter betteln lassen, während er selbst als Parteisekretär „glänzend“ verdiene.⁵⁹³ Schuhmeier, seit jeher in guter Beziehung mit seiner

⁵⁸⁸ Volkstribüne, 27. März 1896: 3.

⁵⁸⁹ Arbeiter-Zeitung, 12. Februar 1913: 2.

⁵⁹⁰ vgl. Ascher 1933: 282 bzw. Arbeiter-Zeitung, 10. März 1897: 3f.

⁵⁹¹ Volkstribüne, 5. März 1897: 2.

⁵⁹² Sever 1956: 15.

⁵⁹³ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 70.

Mutter, legte sein Wochengehalt von lediglich vierzehn Gulden offen und wehrte sich zudem über die „Volkstribüne“ heftig gegen die Anschuldigungen Mittermayers:

„Karl Mittermayer, der Zählkandidat „der vereinigten Antisemiten im V. Wiener Wahlkreis“ wird aufgefordert, den Namen jenes niederträchtigen Buben bekannt zu geben, der ihm schrieb, meine Mutter „lebte vor Jahren nur von dem, was sie sich bei den Kirchenthüren in Reindorf und bei den Geistlichen erbettelte“. Meine Mutter gilt mir als das Höchste auf Erden, und wer diese ohne jeden Grund beleidigt, ist in meinen Augen ein total verkommener Strolch, der verdient, mit der Hundspeitsche gezüchtigt zu werden. Und hier habe ich es mit Solchen zu thun“.⁵⁹⁴

Im Lebenslauf im Zuge seiner Bewerbung für die Loge „Sokrates“ im Jahr 1899, schilderte Schuhmeier die politische Auseinandersetzung mit dem Gegner und beteuerte: „Ich stand gefährlichen Gegnern gegenüber, und wurde auch nur ein kleiner Fleck auf dem Schilde meiner Ehre zu finden sein, sicherlich hätte dieser Gegner ihn gefunden & hervorgekehrt“.⁵⁹⁵ Tatsächlich kam es, wie aus einer Erzählung Albert Severs hervorgeht, beim Wahlkampf durchaus auch zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen Funktionären beider Lager:

„Jeden Samstag wurde beim „Luchsen“ in der Neulerchenfelder Straße (heute Kino) durch die Christlichsozialen eine Versammlung nach § 2 des Versammlungsgesetzes mit der Tagesordnung „Christlicher Sozialismus oder Sozialdemokratie“ abgehalten. Einlaß war nur mit Karten. Wir haben es verstanden, uns die notwendige Anzahl Versammlungskarten zu verschaffen. Die christlichsozialen Redner waren Kunschak, Lueger, Gessmann und Pater Schnabel, wir hatten die Genossen Reumann, Schuhmeier und Karl Riedl. Jeden Samstag endete die Versammlung mit einer Rauferei. Einen Samstag wurde Lueger von seinen Anhängern im Saal herumgetragen, am nächsten Samstag Reumann von uns. Die Anhänger Kunschaks waren die Kellner, Markthelfer und Pflasterer unter Führung Demels. Tische wurden umgeworfen, Gläser zerschlagen. Ich erhielt einmal eine Ohrfeige, daß ich über die Stiege hinuntersauste. Gewöhnlich mußte die Polizei eingreifen“.⁵⁹⁶

⁵⁹⁴ Volkstribüne, 5. März 1897: 4.

⁵⁹⁵ vgl. Knittler 2014: 130.

⁵⁹⁶ Sever 1956: 13.

3.7.3 Wahlergebnis 1897: ein Rückschlag für die Wiener Sozialdemokratie

Bei der Wahl selbst konnte die Gesamtpartei von den 72 Mandaten zwar vierzehn für den Reichsrat gewinnen, doch wurde in der Hauptstadt Wien das Ergebnis dennoch als Wahlniederlage interpretiert. Denn alle der vierzehn Mandate wurden in Böhmen, Galizien, Mähren sowie der Steiermark erobert, keines jedoch in der eigentlichen Hauptbastion Wien und Niederösterreich. Im fünften Wahlkreis unterlag Schuhmeier überraschend seinem christlichsozialen Konkurrenten Mittermayer mit 20.920 zu 24.920 Stimmen.⁵⁹⁷ Von 61.801 Wahlberechtigten im fünften Wahlkreis waren 47.834 Stimmen abgegeben worden. Die übrigen Stimmen erhielten die Kandidaten der Liberalen und der Deutschnationalen.⁵⁹⁸ Lediglich in Ottakring konnte Schuhmeier einen Sieg einfahren: hier standen 11.095 sozialdemokratische Stimmen 7.885 der Christlichsozialen gegenüber.⁵⁹⁹ Die bewusste Zusammenfassung sozial unterschiedlich geprägter Bezirke, etwa der sozialdemokratischen Hochburg Ottakring mit „den beiden antisemitischen Weinhauerbezirken Währing und Döbling“⁶⁰⁰ zu einem Wahlkreis, erwies sich als gewinnbringend für die Christlichsozialen, die unter der Führung des seit 1896 amtierenden Wiener Bürgermeisters Lueger alle Mandate Wiens errangen. Durch die Vermischung von Bezirken mit großem sozialdemokratischem Potential, wie eben Ottakring oder auch Favoriten (das mit Landstraße und Wieden zusammengelegt worden war) und bürgerlichen Bezirken mit vorwiegend christlichsozialer Wählerschaft, blieb der hohe Arbeiteranteil und die dort vorherrschende proletarische Agitation wirkungslos.

Die Manipulation der Wahl durch die Wahlkreisgestaltung, die Sesshaftigkeitsklausel, das Zensuswahlrecht sowie die starke politische Konkurrenz durch das Bündnis von politischem Katholizismus und Kleinbürgertum⁶⁰¹ wurden als Ursachen für die Wahlniederlage in Wien und Niederösterreich angesehen. Die „Arbeiter-Zeitung“ witterte zudem Wahlbetrug, durch den es möglich war, „daß unser tapferer Schuhmeier einem nichtswürdigen Gegner unterlag, der nicht ins Abgeordneten-, der ins Zuchthaus gehört“.⁶⁰²

Auch in der „Volkstribüne“ wollte man die Niederlage nicht hinnehmen, ohne letzte Angriffe auf die christlichsoziale Gegnerschaft vorzunehmen: „Karl Mitter- recte Messermayer. Er

⁵⁹⁷ vgl. Arbeiter-Zeitung, 12. Februar 1913: 2.

⁵⁹⁸ vgl. Arbeiter-Zeitung, 10. März 1897: 4.

⁵⁹⁹ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 70 bzw. Ascher 1933: 288.

⁶⁰⁰ Arbeiter-Zeitung, 10. März 1897: 3.

⁶⁰¹ vgl. Stimmer 1988: 17.

⁶⁰² Arbeiter-Zeitung, 10. März 1897: 4.

wurde von seinem Gegner, dem sozialdemokratischen Kandidaten, arg zugerichtet. Gründlich gerupft zog der Herr in die Wahlschlacht. Und jetzt, nachdem er gewählt ist, sagen wir es rund heraus: Der Mensch wäre sicherlich auch gewählt worden, selbst wenn ihm ein Kasseneinbruch nachgewiesen worden wäre, weil er von Lueger und Liechtenstein empfohlen wurde“.⁶⁰³

Am Parteitag 1897, auf dem Schuhmeier erneut in die Parteivertretung gewählt wurde⁶⁰⁴, führte Parteisekretär Schuhmeier seine Analyse der Wahlniederlage aus, indem er weitere Gründe nannte: seiner Meinung nach lag es daran, dass Wien nicht in erster Linie eine Industriestadt sei („das industrielle Proletariat bildet den geistig rührigsten, aber nicht zahlreichsten Theil der Bevölkerung“⁶⁰⁵), sie in Niederösterreich im Kampf eine erfahrene und organisierte Partei als Gegner hatten und zudem der gesamte Behördenapparat in den Händen der Gegner liege.⁶⁰⁶ Eine Einschätzung, die von der „Arbeiter-Zeitung“ geteilt wurde: „Aber daß Lueger den Verwaltungsapparat in Wien in der Hand hatte, das hat uns geschlagen. Lueger ist der Herr von Wien, und darum ist er der Herr der Wahlurne geworden. Die Christlich-Sozialen haben nicht die Wähler, sondern die Legitimationen auf ihre Seite gebracht“.⁶⁰⁷

Auf diesem Parteitag verteidigte sich Schuhmeier abermals gegen die infolge von Mittermayers Kritik zunehmenden Vorwürfe bezüglich einer Veruntreuung von Parteigeldern⁶⁰⁸, wobei ihm sein Umzug in eine sezzionistische Villa in der Wilhelminenstraße 147 nicht wirklich dabei unterstützte, Vorwürfe gegen seine Person, bezüglich seines vermeintlich privilegierten Lebensstils, zu entkräften.⁶⁰⁹

Neben Schuhmeier waren auch Pernerstorfer, Reumann und Adler (der im zweiten Wiener Wahlkreis angetreten war) gescheitert, womit der Parteiführer in der parlamentarischen Fraktion der Sozialdemokraten fehlte. An ihnen lag es jedoch, die nunmehrige getrübbte Stimmung innerhalb der Wiener Arbeiterschaft erneut in eine Euphorie umzuwandeln. Insbesondere Schuhmeier zeigte sich noch am Wahlabend mit Kampfparolen und in Hinblick

⁶⁰³ Volkstribüne, 12. März 1897: 1. Für viele christlichsoziale Wähler stellte Lueger das Hauptmotiv dar, seine Partei zu wählen: „„Mein Programm“, sagte ein christlichsocialer Candidat, „umfasst drei Worte und zwar: Doctor Karl Lueger.““ (Schuhmeier 1897: 4).

⁶⁰⁴ vgl. Brügel 1924: 317.

⁶⁰⁵ Parteitagsprotokoll 1897: 23.

⁶⁰⁶ vgl. Parteitagsprotokoll 1897: 23.

⁶⁰⁷ Arbeiter-Zeitung, 10. März 1897: 1.

⁶⁰⁸ vgl. Parteitagsprotokoll 1897: 67f.

⁶⁰⁹ vgl. Ziak 1969: 102.

auf die Folgejahre siegessicher. Wie aus den Schilderungen Severs hervorgeht, fuhr er von Bezirk zu Bezirk und ermutigte seine Anhängerschaft. „Alte Männer weinten, andere tobten, da war es Schuhmeier, der die Genossen beruhigte. Von einem Bezirk in den anderen fuhr er, überall die Menschen beruhigend. „Mit einem Hieb hat man keinen Baum um““. ⁶¹⁰ Auch die sozialdemokratische Presse gab sich kampfbereit: „Der Augenblick ist bitter. Aber wir haben keine Zeit zu schmerzlichen Erwägungen: Vorwärts müssen wir! Wir sind geschlagen, aber nicht besiegt, und nicht einen einzigen Augenblick soll schwachmüthige Verzagtheit unserer tapferen Schar den Fuß hemmen. Wir werden vorwärtsgehen, weil wir vorwärts müssen. Hoch die Herzen, die Fahnen hoch! Dreimal hoch! Es lebe die internationale Sozialdemokratie“. ⁶¹¹

4. Schuhmeier im Gemeinde- und Reichsrat

4.1 Die Schaffung eines vierten Wahlkörpers

Die Durchhalteparolen der Parteiführer nach der Wahlniederlage 1897 blieben nicht ohne Wirkung. Der bereits erwähnte Ausbau des sozialdemokratischen Organisationsapparats im Jahr 1897, führte zu einem weiteren Wachstum der Agitationsreichweite, und zu einer Wiederbelebung der Aufbruchsstimmung und Siegeszuversicht. Doch vor der Gemeinderatswahl im Jahr 1900 sah man sich mit ähnlichen Problemen konfrontiert wie noch bei der Wahl drei Jahre zuvor, denn auch der Wiener Gemeinderat wurde mittels Zensuswahlrechts bestimmt. So hatten bei der ersten Gemeinderatswahl im März 1861 in den drei Wahlkörpern von den damals 550.000 Einwohnern mit 18.332 Wahlberechtigten lediglich 3,3 Prozent Wiener wählen gehen dürfen. ⁶¹²

Doch der seit 1896 amtierende Bürgermeister Lueger erkannte die Zeichen seiner Zeit und

⁶¹⁰ Sever 1956: 16.

⁶¹¹ Arbeiter-Zeitung, 10. März 1897: 1.

⁶¹² vgl. Sachslehner 2016: 209.

reformierte das Wahlrecht auf Wiener Gemeindeebene. Er fügte den bestehenden drei Wahlkörpern einen vierten hinzu, sodass bei Wahlen nunmehr 158 Sitze gewählt wurden. Diese waren jedoch ungleich verteilt, da die ersten drei Wahlkörper, in denen Privilegierte mit entsprechend hohen jährlichen Steuerleistungen wählen durften, jeweils 46, der vierte Wahlkörper jedoch nur zwanzig Gemeinderäte entsenden konnte. Waren in den ersten drei Wahlkörpern hoch besteuerte Ehrenbürger, Beamte, Ärzte, Geistliche oder Offiziere wahlberechtigt, so bestand lediglich im vierten Wahlkörper das allgemeine Wahlrecht. In diesem durften nun alle männlichen österreichischen Staatsbürger wählen, die mindestens 24 Jahre alt waren, und einen ununterbrochenen ordentlichen Wohnsitz in Wien seit drei Jahren nachweisen konnten.⁶¹³ Zum ersten Mal durften sich also auch jene Menschen an der Gemeinderatswahl beteiligten, die aufgrund ihres niedrigen Einkommens keine Steuerleistung erbringen konnten.

Wie auch beim Kurienwahlrecht auf Reichsebene wurde die Arbeiterschaft aufgrund des Zensuswahlrechts, dem mehrmaligen Stimmrecht der Privilegierten sowie der dreijährigen Sesshaftigkeit benachteiligt. Schließlich war es für einen großen Teil der Arbeiterschaft üblich, den Wohnort kurzfristig für das Nachgehen einer Erwerbstätigkeit zu ändern. Darüber hinaus hätten selbst bei einem maximal erfolgreichen Ergebnis die zwanzig potentiellen oppositionellen Gemeinderäte keinen bedeutenden Einfluss gegen die übrigen 138 Mandate ausüben können.⁶¹⁴ Unter einer demokratiepolitischen Fassade blieben die Zugeständnisse Luegers im Gemeindewahlrecht demnach für die Sozialdemokratie weitgehend bedeutungslos.

Hintergrund von Luegers Überlegungen waren vielmehr die Erhaltung seiner Macht, bei gleichzeitig vermeintlicher Demokratisierung des Wahlrechts. Sein Ziel war es, den Einfluss der Liberalen beseitigen und gleichzeitig das Anwachsen der sozialdemokratischen Partei durch die angesprochenen Hindernisse zurückzuhalten.⁶¹⁵

⁶¹³ vgl. Sedlacek et al 1902: 102f.

⁶¹⁴ vgl. Czeike 1962: 22.

⁶¹⁵ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 73.

4.2 Der Wahlkampf des Jahres 1900

Der vierte Wahlkörper wählte aus jedem Bezirk einen Gemeinderat, wobei durch das Prinzip der absoluten Mehrheit, die einfache Stimmenmehrheit in jedem Bezirk über den jeweiligen Kandidaten entschied. Als Kandidat für Ottakring wurde Franz Schuhmeier aufgestellt, der während einer dreiwöchigen Haft, die ihm wegen Beleidigung gegen den Gründer des christlich orientierten „Deutschen Volksblatts“, Ernst Vergani, auferlegt worden war⁶¹⁶, einige Broschüren für den Wahlkampf verfasste, die sich allesamt gegen den nunmehrigen politischen Hauptgegner, gegen die Christlichsoziale Partei unter Lueger, wandte. Neben dem „Politischen Guckkasten, Bilder aus dem christlichsozialen Affentheater“ von Emil Kralik⁶¹⁷ und dem von Schuhmeier verfassten „Blütenstrauß christlichsozialer Parteitätigkeit, gepflückt, zierlich gebunden und den christlichsozialen Volksmännern in entsprechender Wertschätzung dargebracht von einem Freunde der Wahrheit“⁶¹⁸ handelte es sich bei der Broschüre „Christlich-sozial oder sozialdemokratisch“ um eine abgedruckte Rede Schuhmeiers, die er 1897 in Brünn im Rahmen einer von tausenden Menschen besuchte Versammlung gehalten hatte. In dieser warf Schuhmeier seinem politischen Gegner vor, „weder christlich noch sozial“⁶¹⁹ zu agieren. Das einstige Prinzip des Christentums, die Nächstenliebe, würde von der christlichsozialen Partei ausgenutzt, um daraus ein „rentables Geschäft“ zu machen.⁶²⁰ Während heute das Prinzip der Nächstenliebe vernachlässigt werde, würde die gegenwärtige Ungleichheit als gottgewollte Ordnung angesehen.⁶²¹ Angesichts des von Lueger praktizierten Antisemitismus, seien die Sozialdemokraten die einzigen, die für die Humanität und Nächstenliebe streiten würden – denn wenn „der Nächste mich liebt wie sich selbst“, würde es keine Ausbeuter und Ausgebeuteten geben.⁶²² Während Christlichsozial zu sein, ein bloßes Werkzeug des Klerikalismus bedeuten würde, würde mit dem Sieg der Sozialdemokraten „auch das wahre Christenthum, die Gleichheit und Freiheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, die Auferstehung feiern“.⁶²³

⁶¹⁶ vgl. Ascher 1933: 299.

⁶¹⁷ vgl. Gröller 2008: 103.

⁶¹⁸ Bauer 1979: 103f. Bauer weist darauf hin, dass das Original nicht mehr vorhanden ist.

⁶¹⁹ Schuhmeier 1897: 9.

⁶²⁰ Schuhmeier 1897: 7.

⁶²¹ vgl. Schuhmeier 1897: 9.

⁶²² vgl. Schuhmeier 1897: 5.

⁶²³ Schuhmeier 1897: 19.

In seiner Funktion als Parteisekretär war Schuhmeier bemüht, gegen Lueger und dessen christlichsoziale Partei, die er unter anderem „die Hasserin aller Vernunft, die Feindin jedweden Fortschritts“ bezeichnete⁶²⁴, vorzugehen. Insbesondere in der Bildungspolitik, wo er etwa die „etwas moderner denkenden Lehrer“⁶²⁵ vor Lueger zu verteidigen versuchte.⁶²⁶ Stellten Korruption und Wahlschwindel in jedem Wahlkampf Vorwürfe der Sozialdemokraten dar, musste Schuhmeier schließlich feststellen, dass man nicht nur auf christlichsozialer, sondern auch auf sozialdemokratischer Seite nicht vor illegalen Methoden und manipulativen Aktionen zurückschreckte, wie aus einem Bericht der Zeitschrift „Fackel“ hervorgeht: „Wenn die Anhänger des Dr. Lueger schwindeln, dann muss man eben auch schwindeln; Schande dem, der sich unterkriegen lässt! Und die Gefahr bestand selbst in den Bezirken, in denen die Socialdemokraten am stärksten sind. Nicht weniger als zehn Wahlschwindler, erzähle Gemeinderath Schuhmeier voll Entrüstung im Kreise der Genossen, seien bloß in Ottakring verhaftet worden. „Schad´ nur“, fügte er hinzu, „dass fünf davon von uns sind“.⁶²⁷

4.3 Die Gemeinderatswahl 1900

Mit der Wahl am 31. Mai 1900 schließlich, wurden nicht nur die ersten Sozialdemokraten in den Wiener Gemeinderat geschickt, sondern wurde Ottakring von Schuhmeier endgültig zur „roten Hochburg“ gemacht. Während Kandidaten wie Karl Seitz, Wilhelm Ellenbogen, Emil Kralik oder Engelbert Pernerstorfer in ihren jeweiligen Bezirken scheiterten, vereinigte Schuhmeier in Ottakring 7.932 Stimmen auf sich, und schlug damit den christlichsozialen Gegenkandidaten Nagorzansky, welcher von 5.209 Personen gewählt worden war.⁶²⁸ Neben Schuhmeier zog auch Jakob Reumann als Favoritner Kandidat in den Gemeinderat ein. Erst 1905 bekamen die beiden mit der Eingemeindung Floridsdorfs mit Anton Schlinger einen

⁶²⁴ Parteitagsprotokoll 1898: 17.

⁶²⁵ Parteitagsprotokoll 1898: 17.

⁶²⁶ vgl. Volkstribüne, 31. Mai 1900: 1.

⁶²⁷ Kraus, in: Die Fackel, 2. Jg., Nr. 43, 1900: 6.

⁶²⁸ vgl. Arbeiter-Zeitung, 1. Juni 1900: 1.

weiteren sozialdemokratischen Kollegen im Gemeinderat.

Dominierte nach der Verkündung des Wahlergebnisses zwar Freude unter der Wiener Arbeiterschaft, so blieb doch ein gewisses Unbehagen, da nach einem tatsächlich gleichen Wahlrecht mehr Sozialdemokraten gewählt worden wären: denn von den insgesamt 133.914 abgegebenen Stimmen hatten 77.608 christlichsozial, und 56.306 sozialdemokratisch gewählt. 43 Prozent der im allgemeinen Wahlkörper abgegebenen Stimmen wählten somit sozialdemokratische Vertreter. Dies hätte sie dazu berechtigt, 68 Gemeinderäte zu entsenden. Aufgrund des vorherrschenden Wahlrechts wurden ihnen jedoch lediglich jene zwei aus Ottakring und Favoriten zugesprochen.⁶²⁹

Neben dem Zorn über das ungleiche Wahlrecht, vergaß die sozialdemokratische Presse aber nicht seine nunmehr auch demokratisch legitimierten „roten Hochburgen“ Ottakring und Favoriten hervorzuheben:

„Die Arbeiter von Ottakring und Favoriten sind die ersten, die sich Sitz und Stimme im Gemeinderathe von Wien erobert haben, die ersten, deren jahrelanges Ringen nach Vertretung der Arbeiter im Wiener Gemeinderathe den Arbeitern nun auch wirklich diese Vertretung gesichert hat. Zwei Vorwerke sind erstürmt, das Beispiel ist gegeben, Darum hoch die ersten proletarischen Sieger in den Wiener Wahlkämpfen, hoch die ersten Eroberer, hoch die Arbeiter von Ottakring und Favoriten“.⁶³⁰

Schuhmeier selbst blieb auch am Abend seines bisher größten politischen Erfolgs sowohl in der „Volkstribüne“, als auch während der Siegesfeier der Sozialdemokraten in der Neulerchenfelder „Roten Bretze“, kampflustig: „Wir können stolz sein auf unsere Arbeit (...) Aber traurig bleibt es doch, (...) daß in Wien ein Mann von der Qualität meines Gegenkandidaten überhaupt 5.000 Stimmen erhalten konnte; das zeigt, wie wir Arbeiter wirklich die Hüter des Fortschrittes und der Kultur sind“.⁶³¹ Im Rahmen der Feierlichkeiten in der „Roten Bretze“ wird seine Rede nach der Wahl von Ascher weitergehend zitiert, „Ich will diese Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, ohne allen jenen zu danken, die zu unserem Erfolg beigetragen haben. Das sind vor allem Sie alle, Parteigenossen, und die Bezirksvertrauensmänner im besonderen. (...) Wir hier in Ottakring sind stolz darauf, daß dieses Arbeiterviertel es war, das die Ehre Wiens und ganz Österreichs heute gerettet

⁶²⁹ Arbeiter-Zeitung, 1. Juni 1900: 1.

⁶³⁰ Arbeiter-Zeitung, 1. Juni 1900: 4.

⁶³¹ Czeike/Schmidt 1964: 74.

hat“.⁶³²

In der „Volkstribüne“ schwört Schuhmeier die Sozialdemokraten zuversichtlich auf die bevorstehende Zukunft ein:

„Die Sozialdemokratie in Wien steht am Anfang ihrer Erfolge, während die Luegerei beim Anfang vom Ende angelangt ist. Wir sind jetzt nur unser zwei, aber nach sechs Jahren, nach den nächsten Wahlen, werden wir unserer mehr sein. Der 31. Mai bleibt für die Sozialdemokraten Wiens ein Ehrentag – die ersten sozialdemokratischen Gemeinderäte wurden gewählt. Beide in Bezirken, in denen die Arbeiterbevölkerung stark überwiegt“.⁶³³

4.4 Der Gemeinderat Franz Schuhmeier

4.4.1 Das ambivalente Verhältnis zwischen Schuhmeier und Lueger

Es war den beiden nunmehrigen sozialdemokratischen Gemeinderäten bewusst, dass sie zu zweit gegen die überwältigende christlichsoziale Mehrheit ungenügend politischen Spielraum hatten, eigene Anträge und Forderungen im Interesse der Tausenden Arbeiter durchzusetzen, weshalb sie gezwungen waren, sich auf Protest und Kritik gegen politische Entscheidungen der Majorität im Gemeinderat zu beschränken:

„Die Erfolge der Christlichsozialen bei den Wahlen machten sie brutal gegen die Opposition und ihre Brutalität wendete sich insbesondere gegen uns, die beiden „Sozi“, die schlechthin als Eindringlinge betrachtet wurden“.⁶³⁴

Prägend waren die teilweise heftig geführten Schreiduelle zwischen den sozialdemokratischen und den christlichsozialen Gemeinderäten. Wenngleich die politischen Weltanschauungen beider Parteien massiv auseinanderklafften, und etwa der „Christliche Sozialismus“ im Sinne des Kollektivismus als Gegenstrategie zum säkularen Sozialismus

⁶³² Ascher 1933: 304.

⁶³³ Volkstribüne, 7. Juni 1900: 1.

⁶³⁴ Reumann, in: Arbeiter-Zeitung, 16. Februar 1913: 3.

installiert worden war⁶³⁵, avancierten insbesondere die „Anführer“ Lueger und Schuhmeier auch aufgrund einer Reihe von Gemeinsamkeiten zu erbitterten Rivalen im Gemeinderat. Beide stammten aus bescheidenen familiären Verhältnissen am Rand der Stadt, und hatten als Symbolfiguren eines durch Ehrgeiz angetriebenen und selbstständig ermöglichten sozialen Aufstiegs große Bekanntheit und Popularität erlangt.⁶³⁶ Als Identifikationsfiguren und Sprachrohre ihres jeweiligen Wählerklientels, verstanden es beide, die Gedanken und Anliegen ihrer Anhängerschaften, zu erfassen, und diese mittels ihrer einzigartigen Redebegabungen und rhetorischen Fähigkeiten, nicht selten mit Witz und Schlagfertigkeit kombiniert, auszuformulieren. Beide wurden als Inbegriff eines „unverfälschten Urwienertums“⁶³⁷ angesehen: Schuhmeier insbesondere als echter „Wiener Arbeiter“, der nicht nur die Empfinden der Arbeiter in einem unverwechselbaren Wiener Dialekt Ausdruck verleihen konnte, sondern sich auch zu Musik, Theater und Leichtlebigkeit hingezogen fühlte.⁶³⁸ Hatte Luegers Populismus die Christlichsoziale Partei, und mit ihr das Wiener Kleinbürgertum infolge des liberalen Niedergangs an die Macht geführt, verfolgte Schuhmeier das Ziel, die Sozialdemokratische Partei und das Proletariat mit ähnlicher Methodik ebenda hinzubringen. Hinsichtlich ihrer rhetorischen Begabungen wurden Lueger und Schuhmeier als ebenbürtige Kontrahenten angesehen, denen keiner ihrer jeweiligen Parteifreunde das Wasser reichen konnte:

„Die Blütezeit Schuhmeiers war damals, als Dr. Lueger in seinem Aufstiege begriffen war. Keiner war dem Führer der Christlichsozialen ein so mächtiger Gegner auf der Tribüne als Schuhmeier, und sonderbar, Lueger hatte, wie man zu sagen pflegt, ein Faible für den Mann, der ihm die bittersten Wunden zufügte, weil er mit ähnlichen rhetorischen Waffen arbeitete wie der Bürgermeister“.⁶³⁹

Tatsächlich war das Verhältnis zwischen Lueger und Schuhmeier, trotz aller politischer Ambivalenz, und trotz ihrer gegenseitigen höhnischen und spöttischen Angriffe auf öffentlicher Bühne, von gewisser Wertschätzung geprägt.⁶⁴⁰ Nach untergriffenen Beleidigungen Luegers, wie: „die Sozialdemokratische Partei hat gar kein Recht, mit ihrer

⁶³⁵ vgl. Maderthaner 2000: 191.

⁶³⁶ vgl. Maderthaner 2000: 186.

⁶³⁷ vgl. Maderthaner 2000: 192.

⁶³⁸ vgl. Knittler 2014: 60.

⁶³⁹ Neues Wiener Tagblatt, 12. Februar 1912: 12f.

⁶⁴⁰ vgl. Maderthaner 2000: 196.

Freiheitsliebe zu flunkern, es gibt keine terroristischere, keine die Freiheit mehr mordende Partei als gerade diese“⁶⁴¹, relativierte er häufig, auch um seine eigenen Parteifreunde zu beruhigen und eine etwaige Eskalation im Sitzungssaal zu verhindern: „Herr Schuhmeier, Sie sind ja ein ganz gemüthlicher Mensch, hie und da geht´s halt durch, das Rad´l. Nur nichts übelnehmen“.⁶⁴² Angesichts der quantitativen Mehrheit und der Abneigung der Christlichsozialen gegenüber den Sozialdemokraten, wurden Reden Schuhmeiers häufig durch Zwischenrufe gestört, was Lueger gar dazu veranlasste, den Redner in Schutz zu nehmen: „Ich würde sehr bitten, (...) wenn ich den Vorsitz führe, solche Zwischenrufe und Ausfälle zu vermeiden. Lassen Sie gefälligst den Herrn Gemeinderat Schuhmeier ruhig reden! Ich bitte Sie flehentlich darum“.⁶⁴³

Ein solcher Parteikollege Luegers, der als weiterer erbitterter Rivale Schuhmeiers im Gemeinderat galt, war Hermann Bielohlawek. Dieser verspielte sich entweder mit bildungsfeindlichen Äußerungen wie „Wenn i a Büchl seh, hab i schon gfressen“, oder antisemitischen Aussagen wie „Wissenschaft is, wenn ein Jud vom andern abschreibt“⁶⁴⁴ jegliche Sympathie Schuhmeiers, der oftmals wegen beleidigender Kommentare zur Ordnung gerufen wurde⁶⁴⁵, und im Gegenzug mit Beschimpfungen der Gegenseite bedacht wurde.⁶⁴⁶ Intensive verbale Dispute zwischen christlichsozialen und sozialdemokratischen Abgeordneten waren häufig die Folge.

Auch mit der Feder wusste sich Schuhmeier zu wehren, und attackierte Bielohlawek mit seiner „Volkstribüne“: „Der Biehlolawek dürfte nach dem Gregorig⁶⁴⁷ ziemlich der dümmste Mensch in „unserem“ Reichsrathe sein“.⁶⁴⁸

Angesichts massiver Anfeindungen hielten Schuhmeier und Reumann zusammen und unterstützten sich im Gemeinderat gegenseitig, wie Reumann erzählt:

„Während meiner Rede reagierte Schuhmeier – wieder durch Zwischenrufe – auf die Zwischenrufer. Wir mußten uns so die Arbeit teilen. Sprach er, mußte ich den

⁶⁴¹ Czeike/Schmidt 1964: 76.

⁶⁴² Czeike/Schmidt 1964:76.

⁶⁴³ Czeike/Schmidt 1964: 76.

⁶⁴⁴ Maderthaner 2000: 196.

⁶⁴⁵ vgl. z.B. Reichsratsprotokoll, 14. Juni 1905: 29803.

⁶⁴⁶ vgl. z.B. Reichsratsprotokoll, 14. Juni 1905: 29806. Schuhmeier wird vom Abgeordneten Graf Sternberg in Anspielung auf eine während seiner Jugend nachgegangenen Erwerbstätigkeit abwertend „Hutschenschleuderer“ genannt.

⁶⁴⁷ Josef Gregorig war zwischen 1889 und 1908 Gemeinderat und zwischen 1897 und 1907 Reichsratsabgeordneter der Christlichsozialen.

⁶⁴⁸ Volkstribüne, 13. Jänner 1898: 1.

Zwischenrufern antworten; sprach ich, so trat an ihn diese Aufgabe heran. Lueger gebot damals wiederholt Ruhe und sagte schließlich: „Ich bitte um Ruhe; der Reumann und der Schuhmeier werden auch nicht ewig sein. Es wird alles gut werden“...“⁶⁴⁹

4.4.2 Schuhmeiers inhaltliche Arbeit im Gemeinderat

Schuhmeier ließ gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode anmerken, dass die Zeit der christlichsozialen Entspanntheit im Gemeinderat vorbei war. So kritisierte er bereits in seiner ersten Rede die Ausgabe von einer Million Kronen für die Festivitäten anlässlich des Geburtstages des Kaisers, während für die ärmsten Bevölkerungsschichten scheinbar kein Geld vorhanden war:

„Gem.-Rath Schuhmeier: Meine sehr verehrten Herren! Ich erkläre zunächst, dass es uns nicht einfällt, Ihnen, wo sie Ihren Patriotismus bekunden wollen, Hindernisse in den Weg zu legen. Doch das eine muss erklärt werden, dass in letzter Zeit diese Kundgebungen sich häufen, dass man wohl endlich auch einmal den Kostenpunkt bei der Gelegenheit bekunden kann.

Bekunden Sie Ihren Patriotismus, wie Sie wollen! Aber, meine Herren, seien Sie sich dessen bewusst, dass dieser Ihr Patriotismus der Wiener Bevölkerung schon sehr viel Geld kostet.

(Widerspruch und Lärm.)

Sie werden sich daran gewöhnen müssen, auch andere Meinungen zu hören. *(Widerspruch und Lärm.)*

Bürgermeister: Ich bitte um Ruhe! Er soll reden, was seine Meinung ist, wir werden sie ruhig anhören.

Gem.-Rath. Schuhmeier: Dazu bin ich hereingewählt worden, um das zu sagen, was meine Meinung und nicht das zu sagen, was Ihre Meinung ist“.⁶⁵⁰

Inhaltlich bezog sich Schuhmeier in seinen Tätigkeiten als Gemeinderat auf seine auch schon vor 1900 dominierenden Themengebiete:

Im Bildungswesen sprach er sich für eine grundlegende Reform der Volksschulen aus: neben der Forderung nach Schulbädern und Schulärzten⁶⁵¹, sollte die maximale Schüleranzahl in den

⁶⁴⁹ Reumann, in: Arbeiter-Zeitung, 16. Februar 1913: 3.

⁶⁵⁰ Stenographisches Gemeinderatsprotokoll, Nr. 54, 3. Juli 1900: 1293f, zitiert in: Gröller 2008: 95.

⁶⁵¹ vgl. Magaziner 1975: 66.

einzelnen Klassen maximal dreißig betragen und ein Mittagessen auf Gemeindekosten sowie unentgeltliche Lernmittel zur Verfügung gestellt werden. Schuhmeiers Forderung nach einer entsprechenden Aufstockung budgetärer Mittel im Schulwesen entgegnete Bürgermeister Lueger mit dem Argument, die Bevölkerung würde ihr „Ehrgefühl“ verlieren, wenn die finanziellen städtischen Zuwendungen für ihre Kinder erhöht, und die Menschen das Gefühl bekämen, mit Almosen bedacht zu werden.⁶⁵² Auf die Interpellation Schuhmeiers, betreffend „die versuchsweise Einführung des ungeteilten Vormittagsunterrichts an den allgemeinen Volks- und Bürgerschulen Wiens“, antwortete Lueger unter anderem damit, dass ein solcher für die Kinder „außerordentlich ermüdend“ sei und lehnte darüber hinaus „Hitzferien“ ab, da die Schule „kein Institut für Verweichlichung, sondern ein Institut für die Erziehung der Kinder führ ihren künftigen Beruf“ sei.⁶⁵³

Schuhmeier verknüpfte den Bereich des Bildungswesens mit einigen anderen Politikfeldern, wie etwa dem Verkehrswesen, indem beispielsweise die „unentgeltliche Beförderung der in den Jubiläums-Stiftungshäusern im XVI., Bezirke wohnenden Schulkinder zu den Schulen durch städtische Straßenbahnen“⁶⁵⁴ sichergestellt werden sollte, oder auch mit einem von Schuhmeiers weiteren politischen Schwerpunkten, dem Antimilitarismus, indem etwa die Schulpflicht auf Kosten der Militärdienstzeit verlängert werden sollte. Allgemein verfolgte Schuhmeier im Bereich der Bildungspolitik das Ziel, Schule zu entpolitisieren.

Neben Interpellationen und Anträgen Schuhmeiers und Reumanns zu den Themenblöcken Preise, Löhne, Gesundheit, Arbeitszeit, Arbeitsschutz sowie verkehrspolitischen Erwägungen, die vor allem Schuhmeiers Bezirk Ottakring betrafen, stellten die sozialdemokratischen Gemeinderäte noch bis zum Jahr 1912, also zu einem Zeitpunkt, an dem das allgemeine und gleiche Wahlrecht auf Reichsebene längst realisiert worden war, Anträge bezüglich einer Demokratisierung des Wahlrechts. So forderten sie etwa die „Einführung eines Proportionalwahlrechts für die Gemeinderatswahlen“ sowie die „Beseitigung der Wahlkörper und Erteilung des aktiven und passiven Wahlrechts auch an die Frauen“.⁶⁵⁵ Als prägend sollte sich auch die Zustimmung Schuhmeiers und Reumanns hinsichtlich des

⁶⁵² vgl. Reumann, in: Arbeiter-Zeitung, 16. Februar 1913: 3.

⁶⁵³ Gemeinderatsprotokoll, Nr. 13, 3. Juli 1906: 251.

⁶⁵⁴ Gemeinderatsprotokoll, Nr. 18, 25. Oktober 1907: 488.

⁶⁵⁵ Gemeinderatsprotokoll, Nr. 14, 18. Juni 1912: 280.

christlichsozialen Gemeindebudgets im Jahr 1900 erweisen, mit der sie das Prinzip der sozialdemokratischen Fundamentalopposition brachen.⁶⁵⁶

4.4.3 Schuhmeiers Kommunalisierungsprogramm

Dieses sah nämlich eine Reihe von Kommunalisierungen diverser stadtbezogener Projekte vor. Nachdem bereits Anfang der 1890er Jahre große Unternehmen, wie die Eisenbahn, die Post oder Fabriken in staatliche Hand gekommen waren⁶⁵⁷, und damit ein Baustein sozialdemokratischer Programmatik zumindest teilweise erfüllt worden war, nahm Lueger als Bürgermeister weitere Kommunalisierungen (etwa Strom- und Gasversorgung, öffentliches Verkehrswesen, Straßen- und Kanalreinigung und Beleuchtung) in Wien vor, womit er den Erwartungen seiner Wählerschaft entsprach, die mit den privaten Versorgungseinrichtungen unzufrieden war.⁶⁵⁸ Zwar übten die Sozialdemokraten angesichts der vorgenommenen Kommunalisierungen Kritik, wonach sich die Stadt Wien maßlos verschulde⁶⁵⁹, dennoch stimmten Schuhmeier und Reumann im Gemeinderat den Kommunalisierungsplänen Luegers zu.

Schließlich war dies ein wesentlicher Teil von Schuhmeiers „Grundsatzprogramm für das Wirken der Sozialdemokraten in der Gemeinde“, welches am Grazer Parteitag 1900 beschlossen wurde, und mit einem 18-Punkte-Programm dafür Sorge tragen sollte, dass mit dem „Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des arbeitenden Volkes (...) das Volk aus den Fesseln des Kapitals, welches dasselbe in einen menschenunwürdigen Zustand gebracht, zu befreien“.⁶⁶⁰ Mit Schuhmeiers Kommunalprogramm sollte die Gemeinde „nicht zur Produktivassoziation für Einzelne werden, sondern [sie] hat für die Allgemeinheit, für das Wohl Aller zu sorgen“.⁶⁶¹ Neben umfangreichen Zielen, welche sämtliche für die Arbeiterschaft relevanten Themenbereiche wie Wahlrecht, Befreiung von der Bevormundung, Heimatrecht, Armenversorgung, Schulwesen, Gesundheitswesen, Besteuerung, Arbeitsvermittlung oder der Einfluss der Kirche in der Gemeinde umfassten, sollte sich insbesondere Punkt zehn,

⁶⁵⁶ vgl. Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften 1998: 311.

⁶⁵⁷ vgl. Spitzer 1984: 149.

⁶⁵⁸ vgl. Spitzer 1984: 150.

⁶⁵⁹ vgl. Spitzer 1984: 152.

⁶⁶⁰ Parteitagsprotokoll 1900: 129.

⁶⁶¹ Parteitagsprotokoll 1900: 129. Das gesamte Kommunalprogramm ist auf den Seiten 129 bis 132 zu lesen.

„Wohnungswesen“, als zentrale Voraussetzung für die Errichtung der Gemeindebauten im „Roten Wien“ ab 1919 erweisen.⁶⁶² In jenem Punkt heißt es unter anderem: „Wo der Zinswucher vorherrscht, läßt die Gemeinde Arbeiterhäuser mit entsprechenden, jedenfalls zweiräumigen Wohnungen bauen und vermietet sie“.⁶⁶³

Im Sinne einer vermeintlich christlichen Nächstenliebe, waren Luegers sozialpolitische Reformen für die christlichsoziale Partei nur solange willkommen, bis sie eine ökonomische Umverteilung bewirkt hätten⁶⁶⁴ – vor diesem Hintergrund kämpfte sie bis zum Ersten Weltkrieg erfolgreich gegen den sozialen Wohnbau an. Für Schuhmeier und die Sozialdemokraten jedoch, war es Aufgabe der Gemeinde, die von den Christlichsozialen weitgehend vernachlässigte Wohnungsfrage mit entsprechenden kommunalen Maßnahmen zu lösen.

4.4.4 Die Causa Neumayer

Im Gemeinderat, dem Schuhmeier bis zu seinem Lebensende angehörte, erzielte er auch seinen letzten großen politischen Erfolg. Nachdem Lueger 1910 verstorben war, folgte ihm sein Parteifreund Josef Neumayer als Bürgermeister ins Rathaus, obwohl sich Lueger vor seinem Tod ausdrücklich für Richard Weiskirchner als Nachfolger ausgesprochen hatte⁶⁶⁵, der jedoch gerade das Amt des Handelsministers bekleidete und zu diesem Zeitpunkt daher nicht für das Bürgermeisteramt zur Verfügung stand. Schuhmeier war nicht bereit, die Ernennung Neumayers zum Bürgermeister zu akzeptieren, da er diesen, ob seines schlechten physischen Zustands und seiner Schwerhörigkeit, nicht in der Verfassung sah, die politischen Geschicke der Stadt Wien zu leiten.⁶⁶⁶ Im Unterschied zu Lueger, dem die Sozialdemokraten im Laufe der Zeit aufgrund seiner durchgeführten Kommunalisierungsprojekte und seines Wesens wohlgesonnen waren, lehnte die Arbeiterpartei Neumayer als Nachfolger auch aufgrund seines Agierens gegen die Opposition strikt ab: „Lueger hatte doch, wenigstens in seiner besseren Zeit, Witz und Humor; aber Herr Neumayer hatte nur Bosheit (...). Verständnis und Gefühl für die Rechte des Arbeiters sind ja bei den Christlichsozialen

⁶⁶² vgl. Das rote Wien.at: Kommunaler Wohnbau.

⁶⁶³ Parteitageprotokoll 1900: 131.

⁶⁶⁴ vgl. Knittler 2014: 37.

⁶⁶⁵ vgl. Volkstribüne, 25. Dezember 1912: 1.

⁶⁶⁶ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 24.

niemals anzutreffen; aber die raffinierte, perverse Bosheit, mit der dieser Neumayer die Straßenbahner verfolgte, mit der er das Organisationsrecht aller städtischen Arbeiter vergewaltigte, die war doch sein besonderes Eigentum“.⁶⁶⁷

Schuhmeier nutzte daher sämtliche für ihn zugängliche Kanäle, um gegen den neuen Bürgermeister zu agitieren. In einer Rede in Ottakring beteuerte er: „Dr. Neumayer als Nachfolger ist unmöglich. Er ist schwerhörig, und es ist doch ausgeschlossen, in Wien eine Ära der Invaliden zu kreieren im Bürgermeisteramt. Als Vorsitzender hat er bisher nur Unheil angerichtet, eine solche Bürgermeisterschaft ist eine Gefahr für Wien! Wir brauchen einen Bürgermeister, der scharf hört und sieht“!⁶⁶⁸

Auch in der „Volkstribüne“ griff Schuhmeier Neumayer persönlich an: „Neumayer ist ein Bürgermeister, der gänzlich unfähig ist, seines Amtes zu walten“.⁶⁶⁹

Konnte Schuhmeier die Ernennung Neumayers zum Bürgermeister zwar nicht verhindern, verfolgte er bestimmt das Ziel, dessen Rücktritt zu erzwingen. So startete Schuhmeier im Jahr 1912 eine neue Angriffswelle, indem er Neumayer etwa als „personifizierte Beleidigung der Stadt Wien“⁶⁷⁰ bezeichnete und ihm, unter anderem in der „Volkstribüne“, weiterhin jegliche Qualifikation absprach, das Bürgermeisteramt auszuüben: „Die kleinliche Bosheit gepaart mit dem Unverstand, bestiegen in Dr. Neumayer den kurulischen Stuhl. Fähigkeiten hat Dr. Neumayer nie entwickeln können, weil er sie nie besaß“.⁶⁷¹

Auch im Gemeinderat attackierte Schuhmeier Neumayer mehrmals. So bezeichnete er ihn am 20. September als „Schandfleck da oben auf dem Bürgermeisterstuhl“, womit er sich Schuhmeier den Ausschluss aus drei Sitzungen einhandelte.⁶⁷² Zudem wurde er von Neumayer angeklagt. Zu einem Gerichtsprozess kam es aber nicht mehr⁶⁷³, da es Schuhmeier bis zu diesem Zeitpunkt tatsächlich gelungen war, Neumayer zu Fall zu bringen. Nachdem Schuhmeier Neumayer bereits 1911 vorgeworfen hatte, ungerechtfertigte Entlassungen aufgrund persönlicher Rachegelüste vorgenommen zu haben, fand Schuhmeier im Zuge umfassender Recherchearbeiten Dokumente, die Neumayer mit Amtsmissbrauchs-Vorwürfen belasteten. Diese belegten, dass der ohnehin vermögende Neumayer seinem

⁶⁶⁷ Arbeiter-Zeitung, 20. Dezember 1912: 1.

⁶⁶⁸ Czeike/Schmidt 1964: 24f.

⁶⁶⁹ Volkstribüne, 20. Juli 1910: 3.

⁶⁷⁰ Czeike/Schmidt 1964: 25.

⁶⁷¹ Volkstribüne, 25. Dezember 1912: 1.

⁶⁷² Volkstribüne, 25. Dezember 1912: 1.

⁶⁷³ vgl. Ascher 1933: 440f.

wirtschaftlich schlechter gestellten Bruder finanzielle Unterstützung aus den Mitteln der „Kehrer-Stiftung“ zukommen ließ, und seine politische Stellung damit ausnützte.⁶⁷⁴

Neumayer versuchte sich in der Gemeinderatssitzung am 9. Dezember 1912 zu verteidigen, hatte aber jegliche Unterstützung seiner Parteifreunde verloren. Sie fürchteten die Blamage, Schuhmeier könnte in seiner Budgetrede, unter dem Vorsitz Neumayers, das Material der Öffentlichkeit preisgeben: bevor Schuhmeier seine Rede halten konnte, trat Neumayer am 19. Dezember 1912 als Bürgermeister zurück – ein Erfolg für die Sozialdemokraten, der einzig Schuhmeier zugesprochen wurde.⁶⁷⁵ Mit der Ära Neumayer und dessen Nachfolger Weiskirchner wurde das Ende der christlichsozialen Stadtverwaltung Wiens eingeleitet, da die sozialdemokratische Opposition die Gunst der Wählerschaft in Zeiten horrender Wohnungsmieten und Lebensmittelpreise immer stärker zu gewinnen vermochte.⁶⁷⁶

Schuhmeiers Wirken im Wiener Gemeinderat, zielte ganz allgemein darauf ab, die Lebensbedingungen der bis dato in demokratischen Institutionen massiv unterrepräsentierten Arbeiterschaft zu verbessern. Der Zugang zu Bildung sollte durch staatliche Zuwendungen nicht nur einer kleinen Elite vorbehalten, sondern für alle soziale Schichten ermöglicht werden.⁶⁷⁷ Politischer Einfluss in der Schule sollte durch Zurückdrängen der Kirche reduziert, und der Militarismus entschärft werden.

Wenngleich Schuhmeier die Umsetzung vieler für jene Zeit progressive Forderungen nicht mehr miterleben konnte, so war es ihm doch gelungen, wichtige Meilensteine zur Erfüllung seines großen Zieles, der sozialen Besserstellung des Proletariats, zu setzen. Insbesondere mit der Bekämpfung des Wohnungselends durch städtischen Wohnungsbau waren bereits Jahre vor dem Ersten Weltkrieg bedeutende sozialpolitische Errungenschaften der Ersten Republik mit der Handschrift Franz Schuhmeiers vorgezeichnet worden.

4.5 Die Reichsratswahl 1901

Nachdem Schuhmeier im Wiener Gemeinderat Erfahrungen als Mandatar gesammelt hatte, wurde er für die Reichsratswahl am 3. Jänner 1901 abermals als Kandidat für den fünften

⁶⁷⁴ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 25.

⁶⁷⁵ vgl. Volkstribüne, 25. Dezember 1912: 1.

⁶⁷⁶ vgl. Sachslehner 2016: 245.

⁶⁷⁷ vgl. Maderthaner 2000: 192.

Wiener Wahlkreis aufgestellt. Es war der zweite und gleichsam letzte Wahlkampf der Sozialdemokraten mit dem Kurienwahlrecht. Am Vortag der Wahl wanderte Schuhmeier von Versammlung zu Versammlung in den Gasthäusern aller vier Bezirke des Wahlkreises. In Ottakring besuchte er vor allem Gasthäuser in der Grundstein- und Brunnengasse, etwa die „Bretze“, die so überfüllt war, dass er, laut Ascher, von zwei Genossen auf den Schultern zur Bühne getragen werden musste.⁶⁷⁸

Schilderungen Aschers, wonach christlichsoziale Agitatoren abermals mit „Terror, Schwindel, Bestechung“ und „wirtschaftlicher Bedrohung“⁶⁷⁹ sozialdemokratische Stimmabgaben zu minimieren versuchten, unterstreichen Darstellungen des Wahltags in der „Arbeiter-Zeitung“: „Am heftigsten tobte der Kampf in Ottakring, wo die Christlich-Sozialen alles aufgeboten hatten, uns zu Schaden zu bringen“.⁶⁸⁰

Das Wahlergebnis zeigte, dass die Bemühungen der Christlichsozialen vergebens waren: das Ergebnis der Gesamtpartei verlief zwar nicht wunschgemäß, da man nach 1897, vor allem aufgrund des schlechten Abschneidens in Böhmen, insgesamt vier Mandate verlor, und somit auf zehn sozialdemokratische Abgeordnete kam. Jedoch konnten endlich Wien und Niederösterreich sozialdemokratische Abgeordnete ins Parlament entsenden. Während Adler in der Stichwahl scheiterte, wurden in Wiener Neustadt Pernerstorfer und im Wahlkreis Korneuburg-Floridsdorf Karl Seitz in das Abgeordnetenhaus gewählt. Die ersten Wiener Abgeordneten der Sozialdemokratie waren Schuhmeier und Ellenbogen: war Schuhmeier im fünften Wahlkreis 1897 noch mit 20.920 zu 24.920 Stimmen unterlegen, siegte er nun gegen seinen christlichsozialen Gegenkandidaten Josef Mender in der allgemeinen Kurie bei insgesamt 46.865 abgegebenen gültigen Stimmen mit 24.236⁶⁸¹ zu 21.116 Stimmen.⁶⁸² Einen entscheidenden Einfluss übte bei diesem Ergebnis einmal mehr Schuhmeiers Stammbezirk Ottakring aus: hier waren 13.928 Stimmen auf Schuhmeier entfallen, während in den anderen Bezirken nur 5.287 (Hernals), 3.495 (Währing) und 1.526 (Döbling) Wahlberechtigte sozialdemokratisch wählten.⁶⁸³ Die für die Sozialdemokratie zentrale Funktion des sechzehnten Bezirks bei der Reichsratswahl 1901 wurde auch bei den

⁶⁷⁸ vgl. Ascher 1933: 345.

⁶⁷⁹ Ascher 1933: 344.

⁶⁸⁰ Arbeiter-Zeitung, 4. Jänner 1901: 4.

⁶⁸¹ vgl. Magistrats-Abteilung XXI für Statistik 1903: 191.

⁶⁸² vgl. Arbeiter-Zeitung, 4. Jänner 1901: 3.

⁶⁸³ vgl. Magistrats-Abteilung XXI für Statistik 1903: 191.

Feierlichkeiten am Wahlabend von den Genossen wahrgenommen, wie aus den Schilderungen der „Arbeiter-Zeitung“ hervorgeht:

„Die Zentrale der sozialdemokratischen Wahlorganisation befand sich in Pesendorfers Saal in Währing. Zum Erdrücken standen die Genossen stundenlang aneinandergedrückt und warteten mit Spannung auf das Wahlergebnis. Um 9 Uhr waren die Resultate aus den Bezirken Hernals, Währing und Döbling eingelaufen, die zwar einen bedeutenden Fortschritt der sozialdemokratischen Stimmen aufwiesen, aber durchwegs noch Majoritäten für Mender ergaben. Mit immer steigender Erregung wurde das Resultat der sozialdemokratischen Hochburg Ottakring erwartet. Um Viertel 10 Uhr lief das Endergebnis ein: Schuhmeier mehr als 7000 Stimmen Vorsprung! Der Bezirk Ottakring hat fast 14.000 sozialdemokratische Stimmen, während die Christlich-Sozialen nur etwas über 6000 aufbrachten. Als Genosse David das Gesamtergebnis (...) der Versammlung bekanntgab, brach dröhnender Jubel aus.

Genosse Schuhmeier dankte den Genossen für die brave, tüchtige Arbeit, und betonte besonders, daß der Sieg ein Hauptverdienst der Genossen aus Ottakring ist. Bei diesem Wahlkampf hat sich die sozialdemokratische Organisation bewährt, und wir ernteten heute die Früchte unserer jahrelangen ernsten und planmäßigen Arbeit“.⁶⁸⁴

Nach seiner Dankesrede in der Wahlzentrale sprach Schuhmeier, wie schon am Abend zuvor, in allen Bezirken des Wahlkreises: die Rede im Hernalser Brauhaus schloß er mit den Worten „So wie Sie sich auf den Vertrauensmann Schuhmeier, so wie Sie sich auf den Gemeinderat Schuhmeier jederzeit verlassen konnten, so können Sie sich auch auf den Abgeordneten Schuhmeier verlassen. Und nun muß ich hinüber nach Ottakring in meine Hochburg, wo sie auch auf mich warten und wo ich den Pionieren unserer herrlichen Partei ebenso Dank sagen muß, wie ich Ihnen gedankt habe“.⁶⁸⁵

In Ottakring, wo sein Zusammentreffen mit den Wählern „besonders herzlich“ ausfiel, sprach er wieder in der „Bretze“ zu den Arbeitern, wie die „Arbeiter-Zeitung“ berichtet: „Stolze Freude glänzte auf allen Gesichtern, und die Ottakringer hatten auch alle Ursache stolz zu

⁶⁸⁴ Arbeiter-Zeitung, 4. Jänner 1901: 4.

⁶⁸⁵ Ascher 1933: 346.

sein. Sie haben Ungeheures geleistet. An der rothen Hochburg Ottakring muß das politische Pfaffenthum immer zerschellen“.⁶⁸⁶

4.6 Der Reichsratsabgeordnete Franz Schuhmeier

So wie im Wiener Gemeinderat, standen die Sozialdemokraten nun auch im Parlament einer überwältigenden Majorität christlichsozialer Abgeordneter gegenüber: „Unsere Genossen hatten es unter den weit über fünfhundert Reichsratsabgeordneten nicht leicht, stellten jedoch ihren Mann und hatten manchen Erfolg aufzuweisen“.⁶⁸⁷ Angesichts dieser scheinbar übermächtigen politischen Konkurrenz im Abgeordnetenhaus, war es insbesondere Schuhmeier, der, bereits mit Erfahrung aus dem Gemeinderat ausgestattet, sein rhetorisches Talent einmal mehr einzusetzen wusste und mit seinen Reden und Zwischenrufen große öffentliche Aufmerksamkeit lukrierte:

„Vom ersten Tage seines parlamentarischen Wirkens an war er wohl der beliebteste und gefürchtetste der sozialdemokratischen Redner: der beliebteste wegen seines wienerischen Humors, wegen seines gutmütigen Spottes, wegen seines beißenden Witzes, der um ihn, so oft er das Wort ergriff, das ganze Haus scharte; der gefürchtetste wegen der wuchtigen Hiebe, die er dem Feinde zu versetzen wußte“.⁶⁸⁸

Dies stellte er bereits zu Beginn der neuen Legislaturperiode unter Beweis, als die sozialdemokratische Fraktion, wie auch schon 1897, den Gang zur Hofburg, und damit die Teilnahme an der üblichen Thronrede des Kaisers am 4. Februar 1901, verweigerte. In Schuhmeiers parlamentarischer Jungfernrede, bei der er gleich die erste Gelegenheit wahrnahm, seine Kampfeslust zu demonstrieren, rechtfertigte er das Fernbleiben der sozialdemokratischen Abgeordneten bei der Thronrede folgendermaßen:

„Abgeordneter Schuhmeier: (...) Meine Herren! Ich begreife wohl, dass die Ansicht über die bürgerlichen Freiheiten in Österreich oben eine andere ist, als die Ansicht unten. Wer da

⁶⁸⁶ Arbeiter-Zeitung, 4. Jänner 1901: 4.

⁶⁸⁷ Sever 1956: 19.

⁶⁸⁸ Arbeiter-Zeitung, 12. Februar 1913: 3.

unten zu leben gezwungen ist, der wird sagen müssen, dass wir in diesem Österreich von bürgerlichen Freiheiten verflucht wenig zu spüren haben, und dass wir dort, wo eine Freiheit vorhanden ist, nicht weniger behaupten können, als dass diese Freiheit „auf fester Grundlage“ beruhe.

Meine Herren! Die Pressfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Redefreiheit und alle Freiheiten, die wir in Österreich haben, finden ihre Ergänzung, ihre Commentare im österreichischen Strafgesetze (*Rufe: Und bei der Polizei!*). Ja, bei der Polizei, denn die ist bei uns zu Lande mit den bürgerlichen Freiheiten so verwandt, wie ich mit meiner Mutter es bin. Das ist selbstverständlich. Diese Freiheiten, von denen in der Thronrede gesagt wird, dass sie „auf fester Grundlage“ beruhen, sind jedem Polizeilehrling – damit meine ich jene Herren, die bei der Polizei erst etwas werden wollen – preisgegeben.

Jeder Polizeilehrling ist imstande, diese feste Stütze und den Grundpfeiler der bürgerlichen Freiheit zu erschüttern, so dass wir nicht imstande sind, diese, wie gesagt wurde, feste Stütze und diesen festen Pfeiler auch wirklich ausnützen zu können (...)

Präsident (*unterbrechend*): Ich möchte den Herrn Redner ersuchen, sich an die Begründung der Dringlichkeit zu halten.

Abgeordneter Schuhmeier: Ich bitte, das gehört zur Dringlichkeit, und ich möchte bitten, Herr Präsident, seien Sie hier im Hause weniger Rittermeister und mehr Präsident; ich werde mir das nicht gefallen lassen.

Präsident: Herr Abgeordneter, ich sehe mich veranlasst, Sie wegen dieser Äußerung zur Ordnung zu rufen.

Abgeordneter Schuhmeier (*fortfahrend*): Ich weise darauf hin, dass das, wovon ich spreche, Angelegenheiten sind, die in ehester Zeit eingehend besprochen werden müssen. Was in letzter Zeit alles in Wien geduldet wird, was sich in Wien alles anlässlich der hiesigen Wahlen zugetragen hat, auch darüber ist zu reden notwendig (...).⁶⁸⁹

Nicht nur konnte sich Schuhmeier von nun an für die Belangen der Arbeiterschaft auf Reichsebene einsetzen, sondern die Entsendung ins Abgeordnetenhaus brachte noch einen weiteren, agitatorischen Aspekt mit sich: denn durch seine Funktion als gewählter Volksvertreter lief er nun nicht mehr Gefahr, aufgrund bestimmter Aussagen gerichtlich angeklagt zu werden.⁶⁹⁰ Einerseits konnte er von nun an im Abgeordnetenhaus getätigte

⁶⁸⁹ Reichsratsprotokoll, 13. Februar 1901: 291f.

⁶⁹⁰ vgl. Bauer 1979: 89.

Reden als Broschüren abdrucken, um seine vorgebrachten Inhalte einer breiteren Masse zukommen zu lassen. Andererseits brachte es die Abgeordnetenimmunität mit sich, dass Artikel der „Volkstribüne“ nicht mehr konfisziert werden konnten, da er fertige Artikel im Plenarsaal als Interpellation vorbrachte, diese dadurch ins Sitzungsprotokoll kamen und somit immun gegen behördliche Konfiskationen waren.⁶⁹¹ Dieser Umstand stieß auch auf Ablehnung, wie Karl Kraus in seiner „Die Fackel“ beteuerte:

„Herr Schuhmeier, der Weltbürger von Ottakring, betreibt nämlich seit zweiundhalb Jahren den Auflösungsprocess des österreichischen Staates sowohl im mündlichen wie im schriftlichen Verfahren; er ist Reichsrathsabgeordneter und gleichzeitig Herausgeber und verantwortlicher Redacteur der „Volkstribüne“. Da er nun von der Befürchtung der „Fackel“, dass künftighin ein immuner Abgeordneter sich der Verantwortung für die Artikel einer von ihm geleiteten Zeitung entziehen könnte, Kenntniss erhielt, gerieth er auf den Gedanken, die Immunität könne auch heute schon und auch zu dem Zwecke benützt werden, die übliche Nichtverantwortung eines verantwortlichen Redacteurs, die Vernachlässigung der pflichtgemässen Obsorge, straflos zu machen“.⁶⁹²

4.6.1 Schuhmeiers inhaltliche Arbeit im Abgeordnetenhaus

Im Parlament verfolgte Schuhmeier dieselbe Linie, die er auch im Gemeinderat vertrat, indem er das Augenmerk insbesondere auf jene Themengebiete richtete, auf die er sich schon sein ganzes politisches Leben lang fokussiert hatte:

4.6.1.1 Sozialpolitik

Im Bereich der Sozialpolitik forderte er etwa eine Pensions- und Invalidenversicherung⁶⁹³, als auch Maßnahmen zur Unterstützung von arbeitslosen Menschen. In diesem Politikfeld, wo er etwa im Rahmen einer Interpellation auf den Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung hinwies, und neue Arbeiterschutzbestimmungen einforderte⁶⁹⁴, hatte Schuhmeier einen seiner größten politischen Erfolge zu verzeichnen: er hatte bedeutenden Anteil an der Reduzierung der täglichen Arbeitszeit für Bergarbeiter von zehn auf neun

⁶⁹¹ vgl. Ascher 1933: 349.

⁶⁹² Kraus, in: Die Fackel, 4. Jg. Nr. 104, 1902: 10f.

⁶⁹³ vgl. Magaziner 1975: 67.

⁶⁹⁴ Reichsratsprotokoll, 19. März 1904: 24079f.

Stunden.⁶⁹⁵

Diese Forderung wurde von Schuhmeier bereits im Rahmen seiner parlamentarischen Jungfernrede zum Programm gemacht:

„Die Thronrede hat meiner Ansicht nach selbst auf eine Sache vergessen, bei welcher die Regierung hunderttausenden ehrlichen und braven Arbeitern, den Bergarbeitern Österreichs, im Worte steht, nämlich das Neunstundengesetz für die Bergarbeiter (*sehr richtig!*)“.⁶⁹⁶

Als Minoritätsberichterstatter des sozialpolitischen Ausschusses hielt er am 22. Mai 1901 eine ausführliche Rede, bei der er die Bergarbeiter als Opfer des Kapitalismus ausmachte und für deren wirtschaftliche und soziale Besserstellung eintrat. Durch eine Reduzierung der täglichen Arbeitszeit, die er mit den Argumenten „Menschlichkeit“ und „Staatsinteresse“ zu erreichen trachtete, würde es zu keinen Produktionseinbußen kommen, die Arbeiter selbst aber angesichts ihrer körperlich anstrengenden Arbeit entlastet werden:

„Meine Herren! In seinem eigenen Interesse muss der Staat diese Waffe und dieses Recht gebrauchen. Der Staat hat das oberste Interesse an der Erhaltung kräftiger Staatsbürger, und um dies dem Capitalismus gegenüber zu erreichen, muss er wohl die Arbeiter schützen, selbst im capitalistischen Staate. Denn gerade das Capital braucht am meisten gesunde und kräftige Arbeiter“.⁶⁹⁷

Die Rede über das Neunstundengesetz für die Bergarbeiter wurde zusätzlich als Broschüre mit dem Titel „Acht oder neun Stunden?“ herausgegeben und erfreute sich insbesondere in den österreichischen Bergbaurevieren großer Beliebtheit.⁶⁹⁸ Den Inhalt der Broschüre ergänzte Schuhmeier im Vorwort mit den Worten „Den Bergarbeitern aber rufen wir neuerlich zu: Hinein in die Organisation! Durch die Organisation allein werden wir die Achtstundenschicht erobern können!“⁶⁹⁹ Außerdem betonte Schuhmeier in dieser Broschüre, dass die Verringerung der Arbeitszeit auf neun Stunden täglich nur ein

⁶⁹⁵ vgl. u.a. Magaziner 1975: 67 bzw. Arbeiter-Zeitung, 12. Februar 1913: 3.

⁶⁹⁶ Reichsratsprotokoll, 13. Februar 1901: 292.

⁶⁹⁷ Reichsratsprotokoll, 22. Mai 1901: 4128.

⁶⁹⁸ vgl. Ascher 1933: 350.

⁶⁹⁹ Schuhmeier 1901: 2. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

erfolgreicher Zwischenschritt gewesen sei, und er in weiterer Folge für den Achtstundentag kämpfen würde.⁷⁰⁰

Schuhmeiers Errungenschaft des Achtstundentages für Bergarbeiter war für die Organisation auch deshalb bedeutend, da sie mit der Bergarbeiterschaft die Gunst einer wichtigen Branche erwarb. Den hohen Stellenwert der Bergarbeiter für Österreich und für die Arbeiterorganisation hatte Viktor Adler bereits am Parteitag 1894 unterstrichen:

„Die Bergarbeiter sind für Oesterreich eine sehr wichtige Branche, sie sind in Oesterreich beinahe ebenso wichtig, als sie es in Belgien sind. Ja, sie sind für Oesterreich, das ist meine Ueberzeugung, noch viel wichtiger, weil die Bergarbeiter, weit mehr als in Deutschland, einen weit höheren Prozentsatz der eigentlichen industriellen Arbeiter einnehmen. Sie bilden eine geschlossene Masse von etwa 110.000 Arbeitern, eine geschlossene, kompakte Masse an wenigen Orten beisammen, die an und für sich eine viel mächtigere Waffe in dem Momente sein werden, wenn sie überhaupt eine Waffe sind“.⁷⁰¹

4.6.1.2 Bildung und Antiklerikalismus

Auch das Bildungs- und Schulwesen versuchte Schuhmeier als Reichsratsabgeordneter zu fördern und brachte mit „Oben Wahrheit! Unten Irrtum!“ eine weitere niedergeschriebene Version einer seiner Parlamentsreden als Broschüre zum Thema Volkserziehung heraus.⁷⁰² Eng in Verbindung mit dem Bereich Bildung stand der Kampf gegen Klerikalismus, dem der 1888 aus der Kirche ausgetretene⁷⁰³ Atheist Schuhmeier am Parteitag 1899 den „Kampf bis aufs Messer seitens der sozialdemokratischen Partei“ angesagt hatte, da er den Klerikalismus als „die größte Gefahr für die österreichische Arbeiterschaft“ betrachtete.⁷⁰⁴ Schuhmeier machte die konservativ-reaktionären Kirche für den Ausschluss des Proletariats aus jeglicher kulturellen Tätigkeit verantwortlich.⁷⁰⁵

In der Broschüre „Aus der Werkstatt des Klerikalismus. Gegen Jesuitismus, Pfäfferei und Aberglauben“, deren Inhalte er zuvor in einer Parlamentssitzung vorgetragen hatte,

⁷⁰⁰ vgl. Schuhmeier 1901: 2. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

⁷⁰¹ Parteitagsprotokoll 1894: 78.

⁷⁰² vgl. Arbeiter-Zeitung, 12. Februar 1913: 3 bzw. Bauer 1979: 96.

⁷⁰³ vgl. Landtagsprotokoll, 27. Februar 1912: 1203.

⁷⁰⁴ Parteitagsprotokoll 1899: 51.

⁷⁰⁵ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 58.

formulierte er ausführlich seine Forderung der Trennung zwischen Kirche und Staat sowie der Trennung zwischen Kirche und Schule. Er bezeichnete Klerikale als „Vergifter des gesunden Menschenverstands“⁷⁰⁶, die von der Kanzel herunter mehr Politik als Religion machen⁷⁰⁷ und Wissenschaft als „Tollheit“ betrachten würden⁷⁰⁸, weshalb ihr Einfluss vor allem in der Volksschule reduziert werden müsse.⁷⁰⁹ Darüber hinaus knüpfte er an seinen bereits erhobenen Vorwurf an, wonach die Klerikalen jener Zeit Religion und Christentum zur Profitgenerierung missbrauchen würden:

„Heute wollen sie auf der einen Seite immer Schutz, verlangen immer einen Vorteil nach dem anderen für sich, geben sich als Vertreter der Religion aus und machen dabei gar nichts anderes, als die Bevölkerung unter sich zu verhetzen, jeden Andersgläubigen zu beschimpfen, und endlich machen sie dabei das beste Geschäft, denn das Geschäft geht ihnen über alles. (*So ist es!*) So ist es seit jeher gewesen und so ist es auch heute noch. Und was ich neulich gesagt habe, wiederhole ich heute wieder: Das Christentum, welches wir heute vor uns haben, ist kein Christentum in dem Sinne, wie es der Zimmermannssohn gelehrt hat; das ist eine Lehre, die, um Geld zu bringen, ausgeheckt und zurechtgelegt wurde“.⁷¹⁰

4.6.1.3 Antimilitarismus

Neben dem sozialpolitischen Ausschuss war Schuhmeier auch Mitglied im Wehrausschuss. Für Schuhmeier, der einerseits als Pazifist⁷¹¹, andererseits als „passionierter Jäger“⁷¹² bezeichnet wird, wobei letztere Darstellung wohl plausibler ist, da Hugo Schulz Schuhmeier in dessen Nachruf „Jagdfreude“ und Naturverbundenheit attestiert⁷¹³, war der Antimilitarismus Schwerpunktthema während seiner Amtszeit als Reichsratsabgeordneter, die schließlich bis an sein Lebensende andauern sollte. Schuhmeier prangerte dabei die hohen Rüstungsausgaben Österreichs bei gleichzeitiger

⁷⁰⁶ Schuhmeier 1901: 21. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

⁷⁰⁷ vgl. Schuhmeier 1901: 18.

⁷⁰⁸ Schuhmeier 1901: 14.

⁷⁰⁹ vgl. Schuhmeier 1901: 26.

⁷¹⁰ Schuhmeier 1901: 32.

⁷¹¹ vgl. Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften 1998 311.

⁷¹² Maderthaner 2000: 196.

⁷¹³ Schulz, in: Arbeiter-Zeitung, 13. Februar 1913: 4.

Vernachlässigung breiter Bevölkerungsschichten an, wodurch der Militarismus schuld an den niedrigen Lebensstandards der Arbeiterschaft wäre⁷¹⁴:

„Geradeso wie man von Deutschland, Frankreich, Russland gesprochen hat, hat man auch von Österreich gesprochen, von Österreichs Stärke, von Österreichs Kriegstüchtigkeit, von Österreichs Kriegsmacht, aber nur nicht von dem, was näher gelegen wäre, von dem Elende der österreichischen Bevölkerung (...)

Die Bevölkerung sieht mit Wehmuth, wie Millionen immer hinausgegeben werden für den Militarismus, während der Bevölkerung das Dringendste fehlt.

In der Mordkultur sind wir also groß, in der wahren und wirklichen Kultur aber winzig klein (...).

Wo es sich um Militärzwecke handelt, ist Österreich immer voran, wo es sich um wirklich culturelle Zwecke handelt, bleibt Österreich sehr gerne zurück. Die Bevölkerung Österreichs ist unter solchen Umständen natürlich riesig belastet“.⁷¹⁵

Diese Entwicklungen würden insbesondere das Proletariat treffen, und zu einer „Degenerierung der Arbeiterschaft“ führen.⁷¹⁶ Die sozialdemokratische Fraktion trat daher entschieden gegen eine von der Regierung geforderte Aufstockung des Rekrutenkontingents für Waffenübungen und gegen die Entsendung von Ersatzreservisten in Konfliktgebiete auf. Schuhmeier stützte sich dabei in seinen ausführlich gestalteten Reden auf das Argument, dass es meist Arbeiter, kleine Gewerbetreibende und kleine Bauern wären, die als Reservisten einberufen werden, und im Nichtwissen darüber gelassen würden, wie lange sie zu dienen hätten, und ob sie nach ihrer Rückkehr wieder ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen konnten:

„Wer sind denn, meine Herren, die Soldaten im Waffenrock? Das sind doch zumeist die Söhne von Arbeitern, Leute, die heute die blaue Bluse anhaben und morgen in den blauen Rock kommen, die in der Fabrik stehen, mit 18 oder 19 Jahren schon sozialdemokratisch denken und handeln gelernt haben. So kommen sie zur Armee“.⁷¹⁷

⁷¹⁴ vgl. Czeike/Schmidt, S. 58.

⁷¹⁵ Reichsratsprotokoll, 28. Jänner 1903: 17601.

⁷¹⁶ Reichsratsprotokoll, 28. Jänner 1903: 17602.

⁷¹⁷ Reichsratsprotokoll, 19. März 1909: 326.

Einerseits trat die sozialdemokratische Fraktion entschieden für die Unterstützung der Familien von zu Waffenübungen berufenen Reservisten ein, da jene Reservisten als „Haushaltsvorstände“ für das Einkommen ihrer Familien sorgen würden, und eine solche Einberufung die wirtschaftliche Existenz der Familie gefährden würde:

„Wie kommt denn eine Familie dazu, nur deswegen, weil der Staat der Meinung ist, der Mann müsse wieder einmal in der Handhabung der Waffe geprüft werden, dafür die Kosten zu bezahlen, solche Kosten, die mitunter den Ruin, die Vernichtung der Familie herbeizuführen im stande sind?“⁷¹⁸

Darüber hinaus stützte er sich auf das Argument, das „Familienoberhaupt“ würde infolge einer Beantragung von Armenunterstützung der Familie in der Zeit seiner Abwesenheit, das Gemeindewahlrecht verlieren.⁷¹⁹

Andererseits trat Schuhmeier, bereits zu jener Zeit, in der die nationalen Spannungen zwischen Österreich und Serbien infolge der Annexion Bosniens ihren Höhepunkt erreichten, für Friedensbestrebungen und, daraus resultierend, gegen eine von der Regierung angestrebte Aufstockung des Rekrutenkontingents ein.

Um seiner Forderung nach nach Friedensbestrebungen größeren Ausdruck zu verleihen, zeichnete Schuhmeier ein düsteres Bild der Zukunft vor, sollte die Regierung nicht von ihrem militärisch offensiven Kurs abgehen und die sozialdemokratischen Appelle der Friedensbemühungen ignorieren:

„Meine Herren! Von unseren Bänken ist die Friedensliebe wohl in der nachdrücklichen Art und Weise betont worden und wer weiß, was ein Krieg der Zukunft bedeuten wird, kann wohl gar nicht anders reden, als es von unseren Bänken aus geschehen ist. Keiner der Kriege der Vergangenheit wird ein Bild, ein Beispiel abgeben können für das, was zukünftige Kriege uns bieten würden (...).

Stellen Sie sich einen Krieg heute vor! Wenn irgendeine Macht alle Kräfte mobil macht, wenn es möglicherweise zu einem Weltkrieg, zu einem europäischen Kriege kommen kann, welche Unmasse von Menschen würden sich da gegenüberstehen! Dazu die ausgezeichnete Technik

⁷¹⁸ Reichsratsprotokoll, 7. Juni 1906: 36676.

⁷¹⁹ Reichsratsprotokoll, 7. Juni 1906, 36676.

unserer Mordinstrumente, die den Heeren zur Verfügung stehen. Die Folgen müßten unabsehbare sein“.⁷²⁰

Schuhmeier und seine Genossen kämpften zudem gegen die Abschaffung des stehenden Heeres, weil dadurch die Kriegsgefahr erhöht werden würde sowie für die Zurückhaltung der Ersatzreservisten nach Bosnien. Schuhmeier brachte einen Antrag ein, der forderte, die Arbeiter, Gewerbetreibenden und Bauern ihren Familien nicht zu entreißen, und ihnen „sofort wieder die Freiheit“ zu geben, damit „sie zu ihrem ehrlichen und anständigen Erwerb zurückkehren“ konnten.⁷²¹

4.6.2 Die Absetzung des Verteidigungsministers Latscher

Neben Schuhmeiers parlamentarischen Erfolgen im Bereich der Antimilitarismus, etwa dem erfolgreichen Kampf für die staatliche Unterstützung der Familien von Reservisten⁷²² oder der Forderung nach einer „Erhöhung der Mannschaftslöhnung“⁷²³, stellte ein Ereignis im Jahr 1907 nicht nur einen Höhepunkt seines parlamentarischen Wirkens, sondern seines ganzen politischen Lebens dar: der Rücktritt des Landesverteidigungsministers Julius Lauendorf von Latscher infolge einiger schwerwiegender Vorwürfe und Anschuldigungen vonseiten Schuhmeiers.

Anlass für den Rücktritt waren zahlreiche Reden Schuhmeiers im Abgeordnetenhaus, in denen er ausführlich die Missstände in den österreichischen Garnisonsspitalern schilderte, welche einer umfassenden kommissionellen Untersuchung unterzogen werden sollten.⁷²⁴

So bezichtigte er in einer Rede am 3. März 1905, den verantwortlichen Militärs der „Herzlosigkeit“ und „Gewissenlosigkeit“⁷²⁵, da sie auch nach entsprechenden journalistischen Artikeln der „Arbeiter-Zeitung“ oder der bereits mit über 50.000 Exemplaren erscheinenden „Volkstribüne“, Warnungen hinsichtlich des Umgangs mit Soldaten im österreichischen Heer ignoriert hätten. Schuhmeier sprach von „hundert Selbstmorden“⁷²⁶

⁷²⁰ Reichsratsprotokoll, 19. März 1909: 323.

⁷²¹ Reichsratsprotokoll, 7. Mai 1909: 991.

⁷²² vgl. Magaziner 1975: 67.

⁷²³ Reichsratsprotokoll, 5. November 1907: 2417.

⁷²⁴ vgl. Reichsratsprotokoll, 3. März 1905: 27737.

⁷²⁵ Reichsratsprotokoll, 3. März 1905: 327726.

⁷²⁶ Reichsratsprotokoll, 3. März 1905: 327726.

und schilderte charakteristisch und äußerst detailgetreu den „skandalösen Fall“⁷²⁷ des Offiziersdieners Hangler, der infolge einer Krankheit im Grazer Garnisonsspital verstarb, nachdem er tagelang vernachlässigt worden war, nackt und in eigenem Kot „verunreinigt liegen gelassen“⁷²⁸, mit Durst, Hunger und ohne medizinischer oder hygienischer Versorgung seine letzten Stunden verbringen musste. Schuhmeier kritisierte, der Staat hätte kein Geld für die Grundausrüstung in Heeresspitälern, während auf der anderen Seite „400 Millionen Kronen“ für Kanonen und anderes Kriegsmaterial ausgegeben würden.⁷²⁹

Die parlamentarischen Auseinandersetzungen und die Reden Schuhmeiers zum Fall Hangler wurden als Broschüre herausgegeben, um einer breiteren Masse die Missstände im österreichischen Heer aufzuzeigen sowie sie über die Soldatenmisshandlungen und die für die Sozialdemokraten unzufriedenstellende Erörterungen der zuständigen Kriegs- und Verteidigungsminister aufzuklären.⁷³⁰

Nachdem bis Ende des Jahres 1907 eine Reihe weiterer Fälle von Soldatenmisshandlungen durch eigene Offiziere publik geworden waren, musste der für diese Missstände von Schuhmeier verantwortlich gemachte Landesverteidigungsminister Latscher Rede und Antwort stehen, und vor allem erklären, wie die ausfindig gemachten Täter zu bestrafen wären. Die Rede Latschers am 18. Oktober lieferte für die sozialdemokratischen Abgeordneten unzufriedenstellende Erklärungen, wodurch die Rede regelmäßig mit „lebhaften Zwischenrufen“ gestört wurde⁷³¹, und der Präsident des Abgeordnetenhauses Weiskirchner mithilfe des Glockenzeichens zur Ruhe bitten musste.⁷³²

Schuhmeier holte in seiner Rede danach zum Rundumschlag gegen den Landesverteidigungsminister aus, indem er Latscher vorwarf, dass er angesichts zahlreicher dokumentierter Selbstmorde im Heer, Männer, die ihre „Untergebenen in den Tod getrieben“⁷³³ hätten, unbestraft lassen würde. Nach Latschers Erklärungsversuchen, in denen für Schuhmeier „kein Bedauern, kein Wort des Tadels und auch kein Wort der Ankündigung einer Sühne“ wahrzunehmen gewesen seien, warf er dem Minister „ärgere

⁷²⁷ Reichsratsprotokoll, 3. März 1905: 327729.

⁷²⁸ Reichsratsprotokoll, 3. März 1905: 327733.

⁷²⁹ Reichsratsprotokoll, 7. Juni 1906: 36677.

⁷³⁰ Schuhmeier 1905: 3. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

⁷³¹ Reichsratsprotokoll, 18. Oktober 1907: 1967f.

⁷³² Reichsratsprotokoll, 18. Oktober 1907: 1968.

⁷³³ Reichsratsprotokoll, 18. Oktober 1907: 1977.

Verhöhnung des Parlamentes“⁷³⁴ vor, und erklärte, dass Latscher „nicht mehr in diesen Saal hineingehört“. ⁷³⁵ Er schloss seine Rede mit der Forderung nach dem Rücktritt des Ministers:

„Meine Herren! Ich kann meine Ausführungen nicht anders schließen, als meine Überzeugung mir den logischen Schluß diktiert und dieser logische Schluß heißt: Abzug Landesverteidigungsminister! *(Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen. – Andauernde lärmende Zwischenrufe.)*“⁷³⁶

Dieser Forderung wurde schließlich tatsächlich nachgegangen. In der Parlamentssitzung am 2. Dezember wurde das „Allerhöchste Handschreiben“ seiner Majestät vorgelesen. In diesem wurde stattgegeben, dem „Herrn Minister für Landesverteidigung Feldzeugmeister Julius Latscher v. Lauendorf über sein Ansuchen in Gnaden vom Amte zu entheben *(Zwischenrufe)*“. ⁷³⁷

5. Schuhmeier im Wahlrechtskampf des Jahres 1905

5.1 Schuhmeiers Wahlrechtsagitation im Reichsrat

Dass Schuhmeier zu dieser Zeit seine Forderungen bereits vor einem nach allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zusammengestellten Parlament und vor einer bereits großen Schar sozialdemokratischer Abgeordneter formulieren konnte, war dem Wahlrechtskampf zu verdanken, der von der Arbeiterschaft im Jahr 1904 erneut Fahrt aufnahm, und im Jahr 1905 mit der Erreichung des seit 1867 definierten Ziels nach einem

⁷³⁴ Reichsratsprotokoll, 18. Oktober 1907: 1976.

⁷³⁵ Reichsratsprotokoll, 18. Oktober 1907: 1976.

⁷³⁶ Reichsratsprotokoll, 18. Oktober 1907: 1980.

⁷³⁷ Reichsratsprotokoll, 2. Dezember 1907: 2851.

allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht seinen Höhepunkt fand.

Diesem Sieg im Wahlrechtskampf lag aber ein langer, steiniger Weg zugrunde, bei dem Schuhmeier einen bedeutenden Beitrag geleistet hatte.⁷³⁸

Nicht zuletzt wurde das Abgeordnetenhaus des Parlaments von Schuhmeier als große politische Bühne genutzt, um die Forderungen der Sozialdemokratie nach einem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht klar und deutlich zu formulieren. Im Rahmen der Debatte über die Erklärung des zu jener Zeit amtierenden Ministerpräsidenten Freiherrn von Gautsch vom 26. September 1905, in welcher derselbe die Wahlrechtsreform als Gefahr für den Staat bezeichnet hatte, warf ihm Schuhmeier in einer Rede ein „Attentat auf unveräußerliche Rechte des Volkes“⁷³⁹ vor und kritisierte den Ministerpräsidenten hinsichtlich dessen ablehnender Haltung bei der Wahlrechtsreform, indem er unter anderem auf die Ungerechtigkeit des vorherrschenden Wahlsystems einging:

„Man kann in der Wahlrechtsfrage verschiedener Meinung sein, man kann auch den Arbeitern heute das Wahlrecht noch verweigern, aber dieses allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht als eine Gefahr, als eine Sache hinzustellen, an die man nicht denken darf, weil sie in Österreich nicht gelöst werden kann, das geht nicht (...).

Ist das ein Wahlrecht, daß man die Vernunft und alles, was Gerechtigkeit heißt, direkt auf den Kopf stellt? 63 Leute aus dem Großgrundbesitze haben dasselbe Recht in Österreich wie ungefähr 3000 Wähler in den Städtebezirken, wie 10.000 Wähler in den Landgemeinden und wie 74.000 Wähler in der V. Kurie. Politisch ist Österreich 63 = 74.000. Politisch ist in Österreich die größte Ungerechtigkeit so recht in der Wahlreform zum Ausdruck gebracht“.⁷⁴⁰

Angesichts der verhältnismäßig hohen Steuerbelastung für die unteren sozialen Schichten, bekundete er, die Bevölkerung wolle „zur Zahlpflicht das Wahlrecht“ und es werde „in Österreich keine Ruhe werden, ins solange diese Forderung nicht für das gesamte Volk errungen sein wird“.⁷⁴¹ Mit einer zu diesem Zeitpunkt bereits großen Zuversicht, endlich das seit jahrzehntelang herbeigesehnte Ziel zu erreichen, schloss er seine Rede mit entsprechenden Kampfparolen:

⁷³⁸ vgl. Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften 1998: 311.

⁷³⁹ Reichsratsprotokoll, 29. September 1905: 31698.

⁷⁴⁰ Reichsratsprotokoll, 29. September 1905: 31693.

⁷⁴¹ Reichsratsprotokoll, 29. September 1905: 31695.

„Wir lassen uns die Zukunft nicht vorschreiben, wir wollen uns den Weg in die Zukunft nicht versperren lassen, weder von der Krone, noch von ihren Vollzugsorganen, noch von der Kamarilla. Wir bedanken uns für jede Vormundschaft, wir wollen diese Vormundschaft nicht mehr, wir wollen unser Geschick selbst gestalten und darum, so lächerlich dies mancher in diesem hohen Hause finden wird, unsere Parole, die wir dem Gautsch gegenüber ausgegeben haben und die da lautet: Fort mit Gautsch! Nieder mit der Kamarilla! Heraus mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht! wird sich in Österreich durchsetzen, weil es kommen muß und weil es in der geschichtlichen Entwicklung begründet ist. Man mag sich heute noch so sehr gegen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht stemmen, unsere innerste Überzeugung aber ist, daß Österreich nur sein wird mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht oder daß es der Vergangenheit, der Geschichte angehören wird. (*Lebhafter Beifall. Händeklatschen.*)“⁷⁴²

5.2 Zugeständnisse in Ungarn und russische Revolution

Wesentlichen Anstoß für eine neuerliche Auseinandersetzung um das Wahlrecht, die jenen Ereignissen des Jahres 1893 ähnelten, als es um die angestrebte Wahlreform Badenis ging, lieferten zwei Entwicklungen außerhalb Cisleithaniens:

Zum Einen erklärte die Krone am 10. August 1905, mit dem Ziel die rebellische magyarische Grundherrenklasse einzuschüchtern, das Wahlrecht in Ungarn als Bestandteil ihres politischen Programms.⁷⁴³ Dieser Umstand wurde von der österreichischen Arbeiterbewegung nun als Vorwand genutzt, um auch in der österreichischen Reichshälfte eben jenes Wahlrecht zu realisieren.⁷⁴⁴

Zum Anderen erhielt man just zur gleichen Zeit die Kunde über den Ausbruch der russischen Revolution, welche ein am 30. Oktober 1905 erlassenes Verfassungsmanifest zur Folge hatte, und somit demokratische Wahlen ermöglichte. Die russische Revolutionsbewegung lieferte der österreichischen Arbeiterbewegung den letzten Funken, den sie benötigte, um aus der

⁷⁴² Reichsratsprotokoll, 29. September 1905: 31699.

⁷⁴³ vgl. Maderthaner 1988: 44f.

⁷⁴⁴ vgl. Glettler 1972: 386.

Wahlrechtsbewegung eine Massenbewegung zu entfachen.⁷⁴⁵ Denn nun konnte man sich auf das Argument stützen, wonach selbst im rückschrittlichen Russland ein höheres Maß an politischer Mitbestimmung vorherrsche als im Habsburgerstaat.⁷⁴⁶

Die Nachricht über die russische Revolution erhielten die österreichischen Sozialdemokraten während des in Wien abgehaltenen Parteitags: laut den Erzählungen Aschers brach der Wortführer Ellenbogen nach dem Eintreffen des russischen Telegramms seine Rede ab, da nun revolutionäre Lieder gesungen wurden, und die Teilnehmer jenen Moment als den entscheidenden betrachteten.⁷⁴⁷

In seiner Rede unterstrich Schuhmeier die vorherrschende Gefühlslage der am Parteitag Anwesenden. Abermals war er es, der die Debatte um die mögliche Durchführung eines Generalstreiks entfachte:

„Der Worte sind genug gewechselt. Nach der Nachricht aus Rußland ist unser Platz nicht mehr hier, sondern auf den Straßen von Wien. (*Stürmischer Beifall.*) (...) In Ungarn ist das allgemeine, gleiche Wahlrecht als Regierungsprogramm verkündet, in Rußland hat die Revolution es errungen (*Stürmische Rufe: Hoch Rußland!*), und da sollen wir noch beraten? Heute abends werden wir vor dem Parlament und vor der Burg demonstrieren. Wir müssen antworten. Morgen beraten wir dann noch über den Generalstreik. Und dann ist's aus mit dem Beraten. Dann gehen wir zum Volke, das uns ruft, das unser harrt und das wir führen wollen zur befreienden Tat. (*Riesiger Jubel.*)“⁷⁴⁸

Ascher erzählt, dass sich die Nachricht der russischen Revolution innerhalb der Wiener Arbeiterschaft rasch ausgebreitet hatte, bevor Hunderttausende Arbeiter zum Parlament geströmt, und die vor dem Parlamentsgebäude befestigten schwarzgelben Fahnen durch rote ersetzt, die erst nächsten Tag von der Feuerwehr abmontiert werden konnten.⁷⁴⁹

Infolge der von Schuhmeier in seiner Parteitagsrede angekündigten Beratungen, die in den Sofiesälen stattfanden, kam es in Wien, genauso wie in Prag, zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Arbeiterschaft.⁷⁵⁰

⁷⁴⁵ vgl. Glettler 1972: 386.

⁷⁴⁶ vgl. Maderthaner 1988: 45.

⁷⁴⁷ vgl. Ascher 1933: 377.

⁷⁴⁸ Parteitagsprotokoll 1905: 122.

⁷⁴⁹ vgl. Ascher 1933: 377f.

⁷⁵⁰ vgl. Maderthaner 1988: 45.

5.3 Die Demonstration am 28. November 1905

Der Ankündigung Schuhmeiers in seiner Parteitage Rede folgte der tatsächliche Höhepunkt der zweiten Phase der Wahlrechtsbewegung – mit der Massendemonstration am 28. November 1905 in der Wiener Innenstadt. Diese machte eine Debatte um einen etwaigen Generalstreik obsolet, da der Eindruck der über 250.000 aus allen Provinzen Österreichs angereisten Arbeiter auf der Straße sowie die 24-stündigen Arbeitsniederlegungen ausreichten, um die führenden politischen Schichten und Reichsratsabgeordneten zu einem Umdenken hinsichtlich des Wahlrechts zu bewegen.⁷⁵¹

Im Wiener Gemeinderat hatten die sozialdemokratischen Vertreter Reumann, Schlinger und Schuhmeier präventiv eine Interpellation „betreffend die am Tage der Eröffnung des Parlaments von der Wiener Arbeiterschaft geplant öffentliche Kundgebung für ihre Forderung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrechte“ eingebracht, welche um eine „Gewährung der vollen Arbeitsruhe an diesem Tage für die Arbeiter und Bediensteten der Gemeinde Wien“ ansuchte. Dem Ansuchen war von Bürgermeister Lueger nicht stattgegeben worden. Er erklärte, „daß er den bei der Gemeinde Wien bediensteten nicht erlaube, sich an diesen Kundgebungen zu beteiligen und daß er für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht arbeiten werde, wie bisher“.⁷⁵²

Angesichts der vorherrschenden Aufbruchsstimmung ließen sich die Wiener Arbeiter von dieser Absage nicht abhalten. Einen Eindruck über die Dimensionen dieser größten Demonstration, die bis zu diesem Zeitpunkt je in Wien stattgefunden hatte⁷⁵³, erhalten wir durch Albert Sever, der in seiner Autobiographie die Geschehnisse aus Ottakringer Perspektive schilderte: „Ein Riesenzug entwickelte sich über die Lastenstraße – Schwarzenbergplatz – Ringstraße – Parlament. Wir Ottakringer sind über zwei Stunden auf der Lastenstraße beim „Grenadier“ gestanden, bis wir auf die Ringstraße marschieren konnten“.⁷⁵⁴

Schuhmeier war bei seiner Ansprache während der Demonstration bemüht, Konfrontationen

⁷⁵¹ vgl. Klenner/Pellar 1987: 212.

⁷⁵² Gemeinderatsprotokoll, 3. November 1905: 404.

⁷⁵³ vgl. Maderthaner 1988: 45.

⁷⁵⁴ Sever 1956: 18.

mit der Staatsgewalt, wie sie Tage zuvor nach den Beratungen in den Sofiesälen geschehen waren, zu verhindern und appellierte daher an die Disziplin der Arbeiterschaft:

„Die Kurienschande muß verschwinden und wird verschwinden. Der heutige Tag wird aller Welt beweisen, daß an der Metzelei am Donnerstag die Arbeiter nicht schuld waren, sondern jene blindwütigen Elemente, die an der Arbeiterschaft ihr Mütchen kühlen wollten. Die Arbeiter werden heute beweisen, daß sie Disziplin halten und auf ihre Vertrauensmänner hören“.⁷⁵⁵

Die Zugeständnisse in Ungarn, der bedrohliche Eindruck der russischen Revolution, die blutigen Zusammenstöße in Wien und Prag sowie letztlich der „Schweigemarsch der 250.000“ lieferten den nötigen Druck, um einen „stillen historischen Kompromiss“ zwischen Krone, Bürokratie und Arbeiterklasse ausverhandeln zu können⁷⁵⁶, der, unter dem Ministerpräsidenten Max Wladimir Beck, als Nachfolger des 1906 zurückgetretenen Gautschs, endlich das allgemeine und gleiche Wahlrecht brachte:

„Durch die Gesetze vom 26. Jänner 1907 (...), wurde eine neue Reichsratswahlordnung erlassen, an Stelle des Kurienwahlrechts trat das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Die Zahl der Abgeordneten für Wien, bisher 14 in der Wählerklasse der Städte und 5 in der allgemeinen Wählerklasse, wurde auf 33, die in je einem Wahlbezirke zu wählen sind, festgesetzt. Wahlberechtigt ist in Wien jede männliche Person, welche am Tage der Ausschreibung der Wahl das 24. Lebensjahr zurückgelegt hat, die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, vom Wahlrecht weder ausgenommen (aktive Militärpersonen) noch ausgeschlossen (Vormundschaft, Kuratel, Armenversorgung, Konkurs, Bestrafung, Polizeiaufsicht, Trunksucht) ist und im Wiener Gemeindegebiete seit wenigstens einem Jahr ihren Wohnsitz hat“.⁷⁵⁷

Wenngleich das neue Wahlrecht durch genannte Ausnahmen wie der Sesshaftigkeitsklausel kein gleiches Wahlrecht im strengen Sinne darstellte⁷⁵⁸, da neben allen Frauen auch insbesondere die von häufigen Arbeits- und demzufolge auch Wohnungswechseln betroffenen slawischen Arbeiter durch die Sesshaftigkeitsklausel vom Wahlrecht

⁷⁵⁵ Ascher 1933: 378f.

⁷⁵⁶ vgl. Maderthaner 1988: 45.

⁷⁵⁷ Magistrats-Abteilung XXI für Statistik 1909: 123.

⁷⁵⁸ vgl. Walter 1972: 252.

ausgeschlossen blieben, wurde die Wahlrechtsreform dennoch als bisher größer politischer Erfolg der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gewertet, bei der auch Schuhmeier als Abgeordneter, Reichsrat, Journalist und Agitator einen bedeutenden Anteil zu verzeichnen hatte.

5.4 Die Reichratswahl 1907

Der Erfolg der Wahlrechtserrungen schied sich in der ersten Reichratswahl mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht am 14. Mai 1907 wider, da sie den bisher größten politischen Sieg der österreichischen Sozialdemokratie sicherstellte. Insgesamt erhielten die Sozialdemokraten 87 von insgesamt 516 Mandaten und wurden dadurch zur stärksten Einzelfraktion.⁷⁵⁹

In Wien wurden einige Gemeindebezirke in Wahlkreise aufgeteilt, sodass hier in 33 Wahlbezirken gewählt wurde. Ottakring stellte die Wahlbezirke 26 und 27, und ging in beiden Wahlbezirken als Sieger hervor:

im Wahlbezirk 26 stand Schuhmeier dem christlichsozialen Gegenkandidaten Haberreiter gegenüber. Mit 14.033 erschienen 89,94 Prozent der Wahlberechtigten, von denen 9.027 sozialdemokratisch, und 4.338 christlichsozial wählten.⁷⁶⁰

Im 27. Wahlbezirk siegte der Sozialdemokrat Anton David mit 8.338 Stimmen gegen den Christlichsozialen Gräf, der 6.802 Stimmen auf sich vereinigen konnte.⁷⁶¹

Insgesamt konnten in Wien und Niederösterreich so viele Sozialdemokraten wie noch nie zuvor in den Reichsrat entsandt werden: neben Schuhmeier und David in den Wahlbezirken Ottakring I und Ottakring II, wurden in Favoriten I Jakob Reumann, in Favoriten II Viktor Adler, in Simmering Laurenz Widholz, in Rudolfsheim Ferdinand Skaret, in der Brigittenau Wilhelm Ellenbogen und in Floridsdorf Karl Seitz gewählt. In den Wahlbezirken Landstraße I, Mariahilf I, Meidling und Fünfhaus kamen die jeweiligen sozialdemokratischen Kandidaten in die Stichwahl.

In Niederösterreich wurden mit Johann Smitka aus Ebreichsdorf, Josef Tomschik aus Liesing,

⁷⁵⁹ vgl. Klenner/Pellar 1987: 89.

⁷⁶⁰ vgl. Magistrats-Abteilung XXI für Statistik 1909: 124f.

⁷⁶¹ vgl. Magistrats-Abteilung XXI für Statistik 1909: 125.

Karl Renner aus Neunkirchen und Ludwig Bretschneider aus Lilienfeld vier weitere Sozialdemokraten in das Abgeordnetenhaus gewählt, wobei weitere vier Kandidaten aus Niederösterreich in die Stichwahl kamen.⁷⁶²

Die „Arbeiter-Zeitung“ als Parteiorgan kam am Tag nach dem Wahlsieg bei den Darstellungen der einzelnen Wahlkreise nicht umhin, neben Lobeshymnen auf die Ottakringer Organisation, einen Seitenhieb auf den christlichsozialen Gegner vorzunehmen:

„Oft haben die Ottakringer Genossen den Christlichsozialen schon Mores gelehrt, aber immer wieder haben die Herrschaften gehofft, mit ihren Fälschungskünsten und Raffinements, mit Terrorismus und Zwang wenigstens einen Teil der sozialdemokratischen Hochburg als umstritten darzustellen. Die erste große Entscheidungsschlacht auf dem Kampfboden des allgemeinen Wahlrechtes hat ihnen das Zwecklose und Vergebliche ihrer Mühe für alle Zeiten dargetan, sie wissen nun, daß sie jenseits der alten Lerchenfelderlinie nicht das geringste mehr zu suchen haben. Sie sind ausgeräuchert und auch kein schwarzes Wölkchen kann mehr das glühend rote Licht verdüstern, das nun über Ottakring lodert. In beiden Ottakringer Wahlkreisen hat die Sozialdemokratie mit riesiger Majorität gesiegt, im Wahlkreis Schuhmeiers mit einer geradezu überwältigenden“.⁷⁶³

Die „Arbeiter-Zeitung“ versuchte weitergehend die Stimmung des Wahltages im Bezirk schriftlich festzuhalten, insbesondere jene der üppig besuchten Wahlversammlungen in der „Bretze“, als auch jene im neuen Zentrum der Arbeiterschaft Ottakrings, im Arbeiterheim, auf dessen Entstehung und Bedeutung im nachfolgenden Kapitel eingegangen wird:

„In dem Moment, als das Resultat zweifellos feststand, flog die Nachricht wie ein Lauffeuer von Mund zu Mund und in wenigen Sekunden hatte sie durch das dichte Menschengewühl den langen Weg vom Saale zur „Bretze“ in der Grundsteingasse bis zum Ottakringer Arbeiterheim zurückgelegt, von dessen hohen Giebel im Moment zwei mächtige rote Fahnen wehten – schwesterlich gepaart, die beiden Wahlkreise symbolisierend (...) Von 4 Uhr nachmittags war ganz Ottakring ein erweitertes Arbeiterheim. Hinter der neutralen Zone des Richard Wagnerplatzes stauten sich Tausende Menschen. Tausende wogten die Thaliastraße auf und nieder, im Saale zur „Bretze“ samt dem Garten sowie in allen Lokalitäten des Rinkeschen Gasthauses, das förmlich mit der „Bretze“ zusammenwuchs, herrschte ein

⁷⁶² vgl. Arbeiter-Zeitung, 15. Mai 1907: 1.

⁷⁶³ Arbeiter-Zeitung, 15. Mai 1907: 4.

dichtes Gedränge. Auf der Straße aber konnten die Wachleute nur mühsam eine Fahrbahn freihalten. Man schwitzte in den geschlossenen Sälen fürchterlich, aber stundenlang hielten die vielen Tausende in dem Dampfbad aus. Kein Teilresultat wollten sie sich entgehen lassen und dröhnend war der Jubel, der bei jeder Verkündigung nicht nur den Bretzensaal, sondern die ganze Umgebung durchdröhnte“.⁷⁶⁴

6. Schuhmeier am Höhepunkt seiner politischen Karriere

6.1 Der Bau des Ottakringer Arbeiterheims

Erlebte die Wiener Sozialdemokratie seit den verloren gegangenen Reichsratswahlen 1897 einen ständigen Aufwind, der durch die Strukturreform im selben Jahr eingeleitet wurde, so stand sie nun am Höhepunkt ihres bisherigen Bestehens. Einen erheblichen Anteil am politischen Aufstieg der Wiener Sozialdemokratie hatten vor allem Arbeiterbezirke wie Ottakring, die nicht nur durch die Generierung vieler Wählerstimmen, sondern auch aufgrund des dort herrschenden hohen Organisationsgrads, der sich in einer regen Agitationstätigkeit der hunderten Sektions- und Vertrauensleuten sowie der hohen Summe an Parteigeldern manifestierte.

Mit dem symbolträchtigen Bau des Arbeiterheims im Jahr 1905 in der Kreitnergasse 29-33/Klausgasse 30-32 wurde der großen Bedeutung der Arbeiterhochburg Ottakring und der hohen Effektivität seiner Arbeiterorganisation Rechnung getragen. Angesichts der Größe der Bezirksorganisation Ottakrings, welche von Ascher als „die größte der Monarchie“

⁷⁶⁴ Arbeiter-Zeitung, 15. Mai 1907: 4f.

bezeichnet wird⁷⁶⁵, erwies es sich bald als untragbar, dass die Versammlungen, Kurse und Vorträge der zahlreichen Vereine zerstreut und in verrauchten Wirtshäusern abgehalten werden mussten und die Organisatoren und Teilnehmer gezwungen waren, die Gunst der Wirte durch Trink- und Konsumzwang aufrechtzuerhalten. Finanziert wurde das große Projekt durch einen Kredit der Ottakringer Brauerei, die im Gegenzug das Monopol auf den Bierausschank in der Gastwirtschaft des Arbeiterheims zugesprochen bekam, und sich mit dieser Investition gute künftige Einnahmen versprach.⁷⁶⁶

6.1.2 Konflikt und Streik auf der Baustelle

Der Bau des Arbeiterheims Ottakring wird als einer der herausragendsten Leistungen Schuhmeiers gesehen, der trotz seiner Funktion als Abgeordneter und Gemeinderat, sein Engagement in seinem Heimatbezirk Ottakring nicht vernachlässigte⁷⁶⁷ und als Vorsitzender des Baukomitees Verantwortung für das Bauprojekt übernahm.⁷⁶⁸

Doch noch bevor das Heim fertiggestellt werden konnte, wurde der Bau jäh überschattet, als es zwischen Schuhmeier und dem Baumeister Johann Böhm, dem späteren Mitgründer und Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und zweiten Nationalratspräsidenten, zu einem Konflikt kam, wie Letzterer in seinem Buch „Erinnerungen aus meinem Leben“ ausführt. Seinen Schilderungen zufolge, war vom Baukomitee der Auftrag gegeben worden, ausschließlich organisierte Arbeiter für den Bau des Arbeiterheims zu beschäftigen. Zwar hatte Böhm große Freude, „an der Erstellung eines Bauwerkes mitwirken zu können, das dazu bestimmt war, ausschließlich der Arbeiterschaft zu dienen“⁷⁶⁹, jedoch war das Projekt Arbeiterheim unter seiner Leitung kurz davor zu kippen und die Ottakringer Organisation in eine Krise zu stürzen. Anlass dafür waren Meinungsverschiedenheiten zwischen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und solchen, die nicht organisiert waren. Dieser Disput endete eines Tages in einer Prügelei auf der Baustelle des Arbeiterheims, woraufhin das Baukomitee fast ein Dutzend der Arbeiter entließ. Der Rest der Arbeiterschaft auf der Baustelle trat daraufhin mit Böhm an der Spitze

⁷⁶⁵ Ascher 1933: 386.

⁷⁶⁶ vgl. Stimmer 1988: 300f.

⁷⁶⁷ vgl. Gröller 2008: 165.

⁷⁶⁸ vgl. Klusacek/Stimmer 2005: 133.

⁷⁶⁹ Böhm 1986: 74.

in einen Streik, um die Entlassungen zu revidieren, was sowohl Böhm, als auch das Baukomitee der Partei „an den Rand des Abgrundes“⁷⁷⁰ bringen sollte. Ohne zu wissen, welcher großer Schaden angerichtet wurde, gaben Böhm und sein Kollege Schwab einem Reporter der bereits damals populären „Kronen-Zeitung“ ein Interview, indem sie ausführlich und mit einer „argen Übertreibung“⁷⁷¹, über die Missstände auf der Baustelle klagten und über ihre Enttäuschung vor allem gegenüber Schuhmeier Bericht erstatteten. Nachdem vor allem in der christlichsozialen Presse der Konflikt breit thematisiert wurde, und diese feststellte, die Partei würde sich gerade mit ihren eigenen Mitteln schlagen, drohte die Ottakringer Brauerei, ihren Kredit für den Bau zurückzuziehen, was das endgültige Ende des Projektes mit sich gebracht hätte. Böhm und Schwab wurden daraufhin zum Baukomitee zitiert, und über das Vorhaben der Brauerei aufgeklärt:

„Eines Tages wurden wir, Schwab und ich, ersucht, zum Abgeordneten Schuhmeier zu kommen. Wir gingen selbstverständlich hin und trafen dort nicht nur ihn, sondern das ganze Baukomitee, David, Sever, Volkert, Vokral und andere (...). Wir beide hörten den Ausführungen Schuhmeiers mit steigendem Staunen und letzten Endes auch mit Bestürzung zu, war es uns doch bisher nie in den Sinn gekommen, daß das Arbeiterheim mit Kredit gebaut würde. Wir hielten die Partei, so wie das bei naiven Gemütern auch heute noch vorkommen mag, für immens reich“.⁷⁷²

Zwar konnten Böhm und Schwab infolgedessen einen Streikabbruch erwirken und den Weiterbau des Heims gewährleisten, jedoch hatten sie jegliche Popularität unter der Arbeiterschaft verspielt. In einer anschließenden Wahlkreiskonferenz bekamen sie die Verachtung hunderter Vertrauensmänner zu spüren und wurden dort auch physisch attackiert.⁷⁷³

6.1.3 „Den Freunden zu Nutz, den Feinden zu Trutz“: Schuhmeiers Eröffnungsrede

Bei seiner Eröffnung am 29. Juli 1906 erklärte Schuhmeier die Bedeutung und Funktion,

⁷⁷⁰ Böhm 1986: 80.

⁷⁷¹ Böhm 1986: 82.

⁷⁷² Böhm 1886: 83.

⁷⁷³ vgl. Böhm 1886: 86f.

welche das Arbeiterheim künftig für die Arbeiterschaft des fünften Wiener Wahlkreises innehaben sollte und zitiert dabei auch einen Grundsatz des für die österreichische Arbeiterschaft so wichtigen Staatsgrundgesetzes:

„Wenn wir heute darangehen, einen Grundstein für ein Arbeiterheim zu legen, so wissen wir, was dieses Arbeiterheim für uns alle bedeutet. Es wird eine gute und verlässliche Zufluchtsstätte der Freiheit sein. Es wird sein ein Haus für die Wissenschaft und für ihre Lehre, die in Österreich frei ist und die man, wahrscheinlich, weil sie frei ist, so selten anzutreffen vermag. Und so wollen wir denn der Wissenschaft und ihrer Lehre ein eigenes Heim bauen, und der Bau, der sich hier erhebt, er wird sein eine Universität, eine Hochschule der sozialdemokratischen Arbeiterschaft des V. Wiener Wahlkreises“.⁷⁷⁴

In einer Festschrift zur Eröffnung des Arbeiterheimes wurden weitere Passagen von Schuhmeiers Eröffnungsrede niedergeschrieben. So betonte er die gewonnene Eigenständigkeit der organisierten Arbeiterschaft, die nunmehr durch den Bau einer eigenen „Burg“, unter anderem durch einen erleichterten Zugang zur Wissenschaft, weiter ausgebaut werden sollte:

„Wir Sozialdemokraten im V. Wiener Wahlkreis aber, der die Bezirke XVI, XVII; XVIII und XIX umfaßt, welche Bezirke die Namen Ottakring, Hernals, Währing und Döbling führen, die wir von uns sagen können, daß wir als Kämpfer stets unsere Pflicht getan haben und sie wahrhaftig jederzeit erfüllen werden, wir sind in diesen so stürmisch bewegten Zeiten auch daran gegangen, uns eine eigene Burg zu bauen. Uns und unseren Nachkommen soll sie das Heim sein, das der Freiheit, der Arbeit und der Wissenschaft geweiht worden ist. Aus eigener Kraft, nur auf sich selbst vertrauend, sorgen so Männer und Frauen der Arbeit, Väter und Mütter aus den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, für die Zukunft“.⁷⁷⁵

Schuhmeier versenkte die Gründungsurkunde in der Baugrube, nachdem er sie mit jener Aufschrift versehen hatte, die sich als bezeichnend für die Existenz des Arbeiterheims in den folgenden Jahrzehnten erweisen sollte: „Der Arbeit zur Ehr’, den Gegnern zur Wehr! Den Freunden zu Nutz, den Feinden zu Trutz!“⁷⁷⁶

⁷⁷⁴ Separatabdruck, Archiv der SPÖ-Ottakring, zitiert in: Bauer 1979: 197f.

⁷⁷⁵ Schuhmeier 1906: 3. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

⁷⁷⁶ Schuhmeier 1906: 4.

6.1.4 „Ein architektonisches Kunststück ersten Ranges“

Im Jahr 1907 konnte der Bau schließlich endgültig fertiggestellt werden. Das Arbeiterheim umfasste nicht nur Büros, Klubzimmer, Räume für Massenversammlungen und Kurse, Gasthausräume, einen großen Saal mit einem Fassungsraum von 1.500 Personen, eine Zentralbibliothek, einen Turnsaal, einen Galeriesaal und einen Theatersaal mit einer vollständig eingerichteten Bühne, einem Orchesterraum und Künstlergarderoben, sondern bot auch vielen Arbeitern mit vierzig Wohnungen eine neue Heimat. Diese stellten Prototypen für künftige Arbeiterwohnungen dar, da sie eine gute Belichtung und Belüftung sowie eine eingebaute Zentralheizung vorweisen konnten⁷⁷⁷, und über Badezimmer und eine Warmwasserleitung verfügten.⁷⁷⁸

Nicht nur konnten nun zahlreiche Arbeiter von ihren tristen Wohnverhältnissen erlöst, und das für die Arbeiterschaft Ottakrings so wichtige Vereinsleben durch neue und eigene Räumlichkeiten entlastet werden, sondern das Arbeiterheim wurde auch zum Symbol für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft, für ihren Kampf um politische und wirtschaftliche Besserstellung.⁷⁷⁹ Die Grundwerte der Partei sollten auch auf der Fassade des „architektonischen Kunststückes ersten Ranges“⁷⁸⁰ ersichtlich sein, weshalb man über die zwei Eingänge Zitate der beiden Schirmherren Marx und Lassalle anbrachte: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“ und „Die Arbeiter sind der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft erbaut werden soll“.⁷⁸¹

6.1.5 Die Eröffnung der ersten Kinderbibliothek 1911

Im Arbeiterheim kam auch Schuhmeiers Drang nach Arbeiter- und Jugendbildung stark zur Geltung. Nicht nur ermöglichte er Räumlichkeiten für Vorträge und Kurse, sondern er schuf, in Zusammenarbeit mit dem Ottakringer Genossen Volkert, und mit einer großzügigen Bücherspende aus seinem privaten Bestand, die Grundlage für die erste Kinderbibliothek Ottakrings, die auch von der sozialdemokratischen Presse wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde:

⁷⁷⁷ vgl. Stimmer 1988: 300.

⁷⁷⁸ vgl. Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 277f.

⁷⁷⁹ vgl. Ziak 1969: 104.

⁷⁸⁰ Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde 1924: 277.

⁷⁸¹ Schiemer 1999: 128.

„Die Ottakringer Genossen haben gestern der Partei ein neues Werk proletarischer Solidarität gegeben, auf das sie noch in vielen Jahren stolz sein werden: in ihrem Arbeiterheim wurde die erste Jugendbibliothek der österreichischen Sozialdemokratie eröffnet. Auch für die geistige Anregung und veredelte Freude der Kinder der Arbeitergenossen sorgt damit die Partei“.⁷⁸²

Die Kinderbibliothek, die „durch die vereinigte Kraft“ der „Ottakringer Organisationen geschaffen worden ist“⁷⁸³, wurde am 23. Jänner 1910 feierlich eröffnet. Nachdem der Ottakringer Kinderchor das „Bundeslied“ zum Besten gegeben hatte, trat der sichtlich gerührte Schuhmeier zur Eröffnungsrede an und erläuterte die große Bedeutung der neu eröffneten Bildungsinstitution:

„Ich habe eigentlich einen Vortrag über Bücher zur Eröffnung der Jugendbibliothek halten wollen. Aber als ich die Kinder sah und den Kinderchor hörte, da durchfluteten ganz andere Gedanken mein Herz. Ich erinnerte mich der eigenen freudlosen Jugend, leer, voll schwerer Arbeit schon vom siebenten Lebensjahr an, und wenn Sie bedenken, daß auch heute noch Tausende Kinder ihre Jugend ebenso freudlos verbringen, dann werden Sie auch die Bedeutung verstehen, die unsere heutige Gründung hat und welche Gefühle mich dabei beseelen. Wie viele Menschen bleiben das, als was sie geboren sind: die Knechte der anderen; nur deshalb, weil es in ihrer Jugend an der Anleitung fehlte, sie geistig vorwärts und geistig aufwärts zu bringen. *(Sehr richtig!)* Wir wissen, wie schwer es dem Arbeiter gemacht wird, sich auf eine höhere geistige Stufe emporzuarbeiten. Ich sage immer, daß das Wissen der Besitzenden mir nicht imponiert und daß es nichts bedeutet gegenüber dem Wissen, das sich der Arbeiter unter harter Mühe aus eigener Kraft erarbeitet. Es ist keine Kunst, gebildet zu werden, wenn der Vater alle möglichen Professoren dafür zahlt und es gehört keine Kunst dazu, ehrlich und charakterfest zu bleiben, wenn man alles hat, was das Leben an Anforderungen stellt. Ehrlich und charaktervoll meine ich, wenn man arm ist und an dem Reichtum der anderen vorübergeht und nie vergißt den Unterschied zwischen Mein und Dein. Wie viele Talente verkümmern, wie viele edle Anlagen verwahrlosen, weil die Armut sie erdrückt und dem Kinde in der Jugend die richtige geistige Leitung fehlte. Ich betrachte den heutigen Tag, an dem wir unsere Jugendbibliothek eröffnen, als einen

⁷⁸² Arbeiter-Zeitung, 24. Jänner 1910: 5.

⁷⁸³ Arbeiter-Zeitung, 24. Jänner 1910: 5.

Gedenktag des Bezirkes, an den sich die Parteigenossen noch nach Jahren mit Freuden erinnern werden“.⁷⁸⁴

6.2 Das Ottakringer Volksheim

Gemäß dem Ausspruch „Wissen macht stark!“ und „Bildung macht frei!“⁷⁸⁵ war noch vor der Fertigstellung des Arbeiterheims im Jahr 1905 mit dem Ottakringer Volksheim ein weitere zukunftssträchtige Bildungsinstitution in Ottakring gegründet worden. Schon in den 1890er Jahren hatte Schuhmeier in enger Zusammenarbeit mit dem Wiener Historiker Ludo Hartmann die Errichtung eines Volksheims vorangetrieben.⁷⁸⁶ Hartmann gilt heute als Initiator der institutionalisierten Erwachsenenbildung⁷⁸⁷ und war zudem Mitbegründer der „Freien Schule“, der Vorgängerorganisation der „Kinderfreunde“, die ihren Sitz ab 1911 in Ottakring hatten.⁷⁸⁸

Da Statthalterei und Polizei den Begriff „Volkshochschule“ untersagten und ihr auch keinen repräsentativen Baugrund am Gürtel zur Verfügung stellten⁷⁸⁹, wurde das neue „Volksheim“ am damaligen Koflerplatz, dem heutigen Ludo-Hartmann-Platz, erbaut.

Ermöglicht wurde die Bildungsinstitution durch Spenden aus dem liberalen Bürgertum, etwa von Baron Rothschild oder der Familie Kuffner.⁷⁹⁰

Die erste Volkshochschule Österreichs und Europas⁷⁹¹ bot ihrem Publikum Kurse zur Allgemeinbildung und Berufsfortbildung sowie Tanz- und Sprachkurse.⁷⁹² Die Hörschaft der Vorträge setzte sich aus dem „Mittelstand ohne Vorbildung“⁷⁹³ und zu 30 bis 40 Prozent aus Arbeitern zusammen⁷⁹⁴, deren Intention es war, wie es die Arbeitsgemeinschaft für

⁷⁸⁴ Arbeiter-Zeitung, 24. Jänner 1910: 5.

⁷⁸⁵ Schuhmeier 1906: 2. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

⁷⁸⁶ vgl. Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften 1998: 311.

⁷⁸⁷ vgl. Das rote Wien.at: Volksbildungsheime.

⁷⁸⁸ vgl. Schiemer 1999: 129.

⁷⁸⁹ vgl. Ziak 1969: 104.

⁷⁹⁰ vgl. Filla 1987: 31.

⁷⁹¹ vgl. Blaumeister/Sturm/Wappelshammer 1988: 479.

⁷⁹² vgl. Maderthaner 2000: 196.

⁷⁹³ Pepper 1988: 86.

⁷⁹⁴ vgl. Blaumeister/Sturm/Wappelshammer 1988: 479.

Heimatkunde in Ottakring schreibt, „sich am Quell der Wissenschaft und der schönen Künste zu laben und das Fehlende an Schulbildung zu ersetzen“. ⁷⁹⁵

Trotz der hohen Dichte und Größe der neuen Räumlichkeiten, waren die Hörsäle häufig überfüllt. ⁷⁹⁶ In der Zwischenkriegszeit, in der sich die Volkshochschule zu ihrem Grundsatz der „politisch-weltanschaulichen Neutralität“ ⁷⁹⁷ bekannte und damit im Gegensatz zur reaktionär dominierten Universität stand, erfuhr das Volksheim mit 20.000 Mitgliedern und namhaften Vortragenden wie Hermann Bahr, Felix Braun, Franz Theodor Csokor, Arthur Schnitzler, Stefan Zweig oder Alfons Petzold seine Blütezeit. ⁷⁹⁸ Vor allem Letztgenannter hatte dem Volksheim viel zu verdanken: nachdem er wegen der Verteilung von Flugblättern für Schuhmeier inhaftiert worden, und nach seiner Freilassung immer wieder arbeits- und obdachlos gewesen war, fand er seine Heimat schließlich im Volksheim ⁷⁹⁹, in dem er viele Vorlesungen besuchte, und später auch mit eigenen Dichterlesungen als „Naturdichter von Ottakring“ ⁸⁰⁰ bekannt wurde und Geld verdienen konnte.

Das „Haus der hundert Fenster“, wie Petzold das Volksheim nannte ⁸⁰¹, wurde am 5. November 1905 eröffnet. Für die Eröffnungsfeier wurde als Vertreter Ottakrings Albert Sever entsandt, da Schuhmeier gerade durch die Wahlrechtsdemonstrationen ausgelastet war, auf die Sever in seiner Eröffnungsrede hinwies: „In derselben Zeit, wo in einem Proletarierbezirk das Haus der freien Wissenschaft eröffnet wird, kämpft die Arbeiterschaft für das Recht auf die Straße“. ⁸⁰²

6.3 Schuhmeier beerbt Lueger in der Leopoldstadt

Mit Luegers Tod im Jahr 1910 wurde dessen Leopoldstädter Landtagsmandat frei, für das nun neu gewählt werden musste. Nachdem sich Schuhmeier an den niederösterreichischen

⁷⁹⁵ Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 277.

⁷⁹⁶ vgl. Ziak 1969: 105.

⁷⁹⁷ Filla 1987: 34.

⁷⁹⁸ vgl. Reich 1926: 22.

⁷⁹⁹ vgl. Stimmer 1988: 313.

⁸⁰⁰ Ziak 1969: 106.

⁸⁰¹ vgl. Pepper 1988: 86.

⁸⁰² Sever 1956: 17.

Landtagswahlen 1908 nicht beteiligt, sondern sich stattdessen, neben seiner Gemeinderats- und Abgeordnetentätigkeit, auf seine „herkömmliche“ Agitationsarbeit in Form von Versammlungen und der Verteilung von Flugblättern beschränkt hatte⁸⁰³, wurde er von den Sozialdemokraten der Leopoldstadt ins Rennen um Luegers Mandat geschickt.

Die Wahl um das Leopoldstädter Landtagsmandat hatte nicht nur wegen dem Nachfolgemandat des Parteigründers Karl Lueger außerordentliche Brisanz, sondern auch aufgrund der Tatsache, dass ein bedeutender Teil der Leopoldstädter Wählerschaft jüdischen Glaubens war. Bei der Stichwahl gegen den christlichsozialen Kandidaten Hans Preyer, wurde von der christlichsozialen Presse gegen den „monarchiefeindlichen“ und „revolutionären“ Schuhmeier mobil gemacht und ein Aufruf des christlichsozialen Wahlkomitees abgedruckt:

„Mitbürger! Könnt Ihr einen Schuhmeier Eure Stimmen zuwenden, der in einer öffentlichen Versammlung erklärte, daß er bereit sei, die Fahne der Revolution zu hissen? (...) Mitbürger! Jeder von euch ist von der Gefährlichkeit der Ideen überzeugt, welche die Sozialdemokratie propagiert. Leopoldstädter Antisemiten! Bietet alles auf, das Erbe, welches der verstorbene Parteiführer hinterlassen hat, euch und euern Kindern zu sichern!“⁸⁰⁴

Jene Wähler wurden dazu aufgefordert, einen leeren Stimmzettel abzugeben, um die Wahl Schuhmeiers zu verhindern. Es ergäbe sich für die Leopoldstädter Juden „aus ihrer Gegnerschaft zur Kandidatur des Christlichsozialen Preyer noch nicht die geringste Nötigung für den Revolutionär Schuhmeier zu stimmen“. Würden sie dies dennoch tun, so würde man „eine solche jüdische Manifestation allenthoben zu würdigen und daraus für die Zukunft die geeigneten Konsequenzen zu ziehen wissen“.⁸⁰⁵

Bei der Stichwahl am 3. November 1910 konnte Schuhmeier, der entgegen den Wahlaufufen des christlichsozialen Wahlkomitees vom Großteil der jüdischen Wahlberechtigten unterstützt wurde⁸⁰⁶, von 24.386 gültig abgegebenen Stimmen, 12.761 für sich gewinnen, während der christlichsoziale Gegenkandidat Hans Preyer nur von 11.625 Wahlberechtigten gewählt wurde.⁸⁰⁷

Sever betonte laut Ascher den Sieg Schuhmeiers in einem „ungewohnten“ Bezirk mit, „wir

⁸⁰³ vgl. Arbeiter-Zeitung, 12. Februar 1913: 2.

⁸⁰⁴ Reichspost, 2. November 1910: 1f.

⁸⁰⁵ Reichspost, 2. November 1910: 1.

⁸⁰⁶ vgl. Volkstribüne, 9. November 1910: 3f.

⁸⁰⁷ vgl. Arbeiter-Zeitung, 4. November 1910: 2.

haben Ihnen unseren besten Mann gegeben und wir danken Ihnen, daß Sie ihm zu einem so glänzenden Siege verholfen haben“.⁸⁰⁸

Für die sozialdemokratische Presse war das Ergebnis angesichts der jahrelangen christlichsozialen Vorherrschaft in der Leopoldstadt nicht hoch genug einzuordnen, woraufhin die „Arbeiter-Zeitung“ für die Sozialdemokratie zuversichtliche Schlüsse zog:

„(...) die Niederlage der Christlichsozialen bezeugt es, daß ihr Siegesmarsch, der sich durch volle fünfzehn Jahre so ungestüm vollzogen, der ihnen die Eroberung aller Machtpositionen verschafft hat, daß dieser Siegesmarsch nun unterbrochen und dauernd zum Stillstand gebracht ist. Daß wir sie besiegt haben in dem Bezirke Luegers, das Mandat ihres großen Häuptlings ihnen abgenommen haben, welches sie doch wahrlich nicht gleichgiltig fahren ließen, diese überwältigende Tatsache, an die vor einem Jahre auch die kühnste Hoffnung nicht geglaubt hätte, offenbart der Welt, daß der christlichsoziale Aufstieg zu Ende und die Periode ihres Nieder- und Untergangs angebrochen ist“.⁸⁰⁹

6.3.1 Schuhmeiers Tätigkeit im niederösterreichischen Landtag

Bei seiner Jungfernrede im Landtag⁸¹⁰ wetterte Schuhmeier gegen die geplante Erhöhung der indirekten Steuern, welche „die Arbeiterschaft in ganz unerhörtem Maße noch mehr belastet als es ohnehin der Fall“⁸¹¹ war, und setzte sich dabei insbesondere „energisch gegen die Einführung der Biersteuer“ ein.⁸¹² Als er gegen Ende der Rede den Christlichsozialen Lügen und Wahlschwindel vorwarf, provozierte er zahlreiche Zwischenrufe und wurde wiederum Ziel von Anfeindungen, wie die seines Nachredners und späteren Bundespräsidenten der Ersten Republik, Wilhelm Miklas:

„Ein merkwürdiger Zufall fügt es, daß ich gerade nach der Jungfernrede des neugewählten Abgeordneten, des Parlamentariers Schuhmeier hier als Proredner zu sprechen komme. Gestatten Sie mir (...) daß ich zunächst gegen die Art und Weise und gegen den Ton protestiere, mit welchem der Herr Generalredner kontra gegen unsere Partei in seiner Rede vorgegangen ist. Wenn er so herumgeworfen hat mit Ausdrücken, daß wir mit der Wahrheit

⁸⁰⁸ Ascher, S. 428.

⁸⁰⁹ Arbeiter-Zeitung, 4. November 1910: 1.

⁸¹⁰ vgl. Landtagsprotokoll, 8. November 1911: 472 bis 478.

⁸¹¹ Landtagsprotokoll, 8. November 1911: 476.

⁸¹² vgl. Landtagsprotokoll, 8. November 1911: 474.

nicht auf die Gasse gehen können, wenn er uns direkt Lüge vorgeworfen hat, (...) muß das auch von der Majorität auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Wenn wir den Spieß umkehren wollten und nicht nobel wären (...) könnten wir heute ganz bescheiden konstatieren, daß seine Jungferrede die von uns gehegten Erwartungen durchaus nicht erfüllt hat und daß wir vermutet hätten, daß der Abgeordnete von Ottakring und neugewählte Landtagsabgeordnete der Leopoldstadt (*Abgeordneter Schuhmeier: An Stelle Dr. Luegers!*) sachlicher und anständiger zu reden versteht als er es heute getan hat. (*Zustimmung.*)“.⁸¹³

Schuhmeier bekam von Anfang an die Ablehnung der christlichsozialen Abgeordneten im niederösterreichischen Landtag zu spüren, etwa als er in seiner Landtagsrede am 11. November 1910 die christlichsoziale Abordnung ob ihrer Niederlage in der Leopoldstadt provozierte und daraufhin vom Abgeordneten Spalowsky auf antisemitischer Weise beschimpft wurde:

„Der Herr Abgeordnete Kunschak war auch so liebenswürdig, auch über meine Wenigkeit (*Abgeordneter Spalowsky: Als Judenknecht!*) ein Urteil abzugeben. Ich kann ihm das nicht verwehren, wenn er es nicht für deplaciert hält – das ist seine Sache – jedenfalls aber kann ich den geehrten Herren die Versicherung geben, daß wir trotz der Unwahrheiten, die Sie vorgebracht haben, und trotz Ihrer Behauptungen, uns herzlich freuen, daß es uns gelungen ist, Ihnen in der Leopoldstadt eine so ungeheure Niederlage beibringen zu können. (*Abgeordneter Spalowsky: Judenfranzl!*) Mögen Sie auch sagen, es gefällt Ihnen der „Ottakringer Franzl“ besser als der „Judenfranzl“: es ist doch immer nur eine und dieselbe Person und diese Person wir in jedem Falle ihre Pflicht und Schuldigkeit im Interesse derjenigen, die sie gewählt haben, erfüllen und Sie werden mir, wie ich schon vor einigen Tagen gesagt habe, mein Mandat nicht verekeln. (*Zwischenrufe*)“⁸¹⁴

Dass aber der durch seine bereits langjährigen politischen Erfahrungen in allen Gebietskörperschaften mit Selbstbewusstsein und immer noch großem Eifer ausgestatte Schuhmeier sich von Zwischenrufen und verbalen Untergriffen umgehen konnte, unterstrich er bereits in der darauffolgenden Landtagssitzung:

⁸¹³ Landtagsprotokoll, 8. November 1910: 478.

⁸¹⁴ Landtagsprotokoll, 10. November 1910: 589.

„Ich bin in den Landtag gewählt worden, hier werde ich meine Pflicht erfüllen und wenn Sie auch jede Gelegenheit benutzen werden, an mir herumzubeißen, so sage ich Ihnen schon heute, daß Sie in jedem Falle an mir eine harte Nuß finden werden. (*Abgeordneter Spalowsky: Wir haben gesunde Zähne!*) Ich bleibe der, der ich immer war, auch gegenüber der christlichsozialen Partei (*Abgeordneter Spalowsky: Der Judenfranzl, der Vertrauensmann der Leopoldstadtjuden! – Abgeordneter Sigl: Immer noch besser als der Spalowsy! – Beifall links.*)“.⁸¹⁵

6.4 Das Arbeiterelend in Ottakring um 1910

Der Wegweiser in die für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung richtige Richtung, hervorgerufen durch die Errungenschaft des allgemeinen und gleichen Wahlrechts und die Wahlerfolge im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, sollten keineswegs über die immer noch triste soziale Lage der Wiener Arbeiterschaft hinwegtäuschen. Denn auch wenn das Proletariat nun eine echte Volksvertretung in sämtlichen politischen Ebenen vorzuweisen hatte, konnte die angesichts einer mächtigen politischen Konkurrenz gegenüberstehende und eines inneren Nationalitätenzwists belastete Sozialdemokratie vorerst höchstens geringfügige Verbesserungen erzielen. Das Gegenteil war der Fall, die Lage um 1910 erwies sich für einen großen Teil des Wiener Proletariats als äußerst prekär.

In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg sah sich die Ottakringer Arbeiterschaft praktisch denselben Missständen gegenübergestellt, wie noch zur Zeit des österreichisch-ungarischen Ausgleichs⁸¹⁶: elende Verhältnisse prägten das Leben großer Teile der Ottakringer Bevölkerung, schlechte Arbeitsverhältnisse mit mangelnden Hygiene- und Schutzvorkehrungen und der in großen Teilen der Arbeiterschaft immer noch vorherrschende Elfstundentag standen viel zu geringen Verdiensten gegenüber. Auch die Wohnverhältnisse hatten keinerlei Besserung erfahren – immer noch galt für Arbeiter die eigene Wohnung, sofern eine vorhanden war und man nicht Bettgeher werden oder in einem Notquartier Unterschlupf finden musste, nicht als Rückzugsort, an dem man

⁸¹⁵ Landtagsprotokoll, 10. November 1910: 590.

⁸¹⁶ vgl. Czeike/Lugsch 1955: 43.

seine Freizeit verbringen und sich individuell entfalten konnte, sondern sie stellte lediglich eine notwendige Schlafstätte dar, in der eine zu hohe Anzahl an Haushaltsteilnehmern einer zu geringen Anzahl an Wohnungsbestandteilen gegenüberstand.⁸¹⁷ Auch aufgrund der Tatsache, dass Arbeiterfamilien ihre kleinen Wohnungen für den Nebenverdienst mit Untermieter teilen mussten, wurde oftmals jegliches Privatleben zunichte gemacht. Im Bereich Wohnen stellte Ottakring somit ein Negativbeispiel für ganz Wien dar.⁸¹⁸ Die schlechten Wohnverhältnisse wirkten sich auch auf die Mortalitätsquote aus: Anfang des 20. Jahrhunderts lag diese in der Inneren Stadt bei 9,35 pro tausend Einwohner und in Ottakring aufgrund der hier dominierenden Berufszweige der Arbeiter bei 21,11 pro tausend Einwohner.⁸¹⁹

Dass auch 1910 Ottakring, das mit seinen 177.687 Einwohnern⁸²⁰ der bevölkerungsreichste Wiener Gemeindebezirk war, der Bezeichnung „Arbeiterbezirk“ gerecht wurde, lässt sich mit einem Blick auf die Berufe der Eltern der Ottakringer Volksschüler belegen: von den 24.954 Volksschülern in Ottakring im Jahr 1910 wurden die Eltern von 15.569 Volksschülern der Kategorie Arbeiter und Tagelöhner zugeordnet⁸²¹, wobei es auch die Vertreter der Berufsgruppe Fabrikarbeiter und industrielle Tagelöhner war, die mit großem Abstand am meisten Kinder hatten.⁸²² Dieser Umstand leitet sich dadurch ab, dass viele Familien mit nur einem einzigen Einkommen nicht in der Lage waren, ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, weshalb Kinder häufig immer noch gezwungen waren, zu arbeiten und somit einen Beitrag für die Familie zu leisten. Demgegenüber stand die traurige Tatsache, dass viele Familien wirtschaftlich nicht in der Lage waren, eine wachsende Zahl an Familienmitglieder finanziell zu erhalten, wodurch die Gründung einer Familie gar nicht erst möglich war, und sich der Umstand erklärt, dass in Ottakring von allen Wiener Bezirken am meisten uneheliche Kinder lebten.⁸²³

⁸¹⁷ vgl. Czeike/Lugsch 1955: 67.

⁸¹⁸ vgl. Schiemer 1999: 113.

⁸¹⁹ vgl. Klusacek/Stimmer 2005: 139.

⁸²⁰ vgl. Magistrats-Abteilung XXI für Statistik 1913: 45.

⁸²¹ vgl. Magistrats-Abteilung XXI für Statistik 1912: 460. Dieser Wert war knapp vor jenem aus Favoriten (15.510) und weit vor dem aus Meidling (8.304) der höchste aller Wiener Gemeindebezirke.

⁸²² vgl. Czeike/Lugsch 1955: 32.

⁸²³ vgl. Czeike/Lugsch 1955: 31.

6.4.1 Die Zelluloidkatastrophe in Ottakring

Zahlreiche Arbeitsunfälle standen symptomatisch für die schlechten Arbeitsverhältnisse und den unzureichenden Arbeiterschutz. Ein trauriger Höhepunkt ereignete sich im Jahr 1908 in Ottakring, als es in der Zelluloidwarenfabrik Gebrüder Sailer zu einer großen Explosion und in weiterer Folge zu einem folgenschweren Brand kam. Sever schildert in seiner Autobiographie den dramatischen Ablauf der Tragödie:

„Am Pfingstsamstag, dem 6. Juni 1908, brach in der Zelluloidfabrik Sailer in Ottakring ein Brand aus. Als ich nachmittags aus der Krankenkasse nach Hause kam und hinaus zu der Brandstätte ging, erfuhr ich, daß es viele Opfer geben soll. Der Brand brach in der Mittagszeit im Saale im ersten Stock aus. Die Mehrzahl der Beschäftigten waren Mädchen. Der Saal wurde durch eine eiserne Tür abgeschlossen, die nach innen aufging. Als der Ruf „Feuer“ ertönte, stürzte alles gegen die Tür. Durch die Angst getrieben, versperren die Menschen selbst den Ausgang, da alles gegen die Tür rannte. Eine Anzahl sprang vom Fenster heraus, zog sich leichtere Verletzungen zu, während die sich an der Tür Klammernden durch die Stichflammen einen elenden Flammentod fanden. 19 Tote, die größte Katastrophe, die sich je in Wien in einem Betrieb ereignet hatte“.⁸²⁴

Für Schuhmeier, der mit dem Bau von Volks- und Arbeiterheim, sowie der Errungenschaft des Wahlrechts und des Triumphes bei der Reichsratswahl 1907 große persönliche und politische Erfolge verzeichnen konnte, war der Brand ein schwerer Rückschlag. Wie aus dem Bericht von Hugo Schulz in der „Arbeiter-Zeitung“ hervorgeht, erschütterte den sonst so abgebrühten Schuhmeier die Brandkatastrophe schwer:

„Da war ich einmal Zeuge, wie es ihm mitten durch die harte Miene rührenden Zornes, der in ihm aufkochte, jählings durchging und der blanke Gemütsmensch zu Tage trat. Bei der schrecklichen Zelluloidkatastrophe in Ottakring war es. Uns beide hatte die Pflicht hinausgetrieben und dann hinein in das Grausigste. Mich als Berichterstatter, ihn als den Vertreter der Arbeiterschaft des Bezirkes. Siebzehn⁸²⁵ halbverkohlte Frauenleichen, aus deren geborstenen Leibern die Eingeweide herausquollen, wurden aus der glimmenden Asche gezogen und an uns vorbeigetragen. Mein Innerstes erbebte, aber meine Miene blieb

⁸²⁴ Sever 1956: 18f.

⁸²⁵ Genauer gesagt waren insgesamt achtzehn Opfer zu beklagen, wie Handelsminister Fiedler in der Beantwortung auf Schuhmeiers Interpellation im Abgeordnetenhaus am 10. Juni 1908 erklärte (vgl. Reichsratsprotokoll, 10. Juni 1908: 5536).

starr und stumpf; ich mußte wahrnehmen, daß der Beruf, der mit so viel Leid und Elend in Verbindung bringt, mich verhärtet hat. Neben mir aber stand Schuhmeier und rauchte wie gleichmütig seine Zigarre. Zwei oder drei Minuten. Doch plötzlich wendete er sich jäh um, die Zigarre fiel zu Boden, die Hände fuhren vor das Gesicht und ein heftiger Schluchzkrampf durchschüttelte den Körper. Der Starke drohte zusammenzubrechen und ich mußte ihn wegführen von der Stätte der Qual“.⁸²⁶

Mit dem Kapitalismus war der Schuldige für die Katastrophe schnell ausfindig gemacht. Profitgierige Unternehmer würden möglichst wenig in teure Schutzmaßnahmen in den Fabriken investieren wollen, und so das Leben unschuldiger Arbeiter bewusst aufs Spiel setzen. In seiner Trauerrede am Begräbnis, das im Arbeiterheim und am Ottakringer Friedhof abgehalten wurde, zögerte Schuhmeier nicht dies zu betonen und die Trauer in Zorn auf das kapitalistische Wirtschaftssystem umzuwandeln:

„Alle, die in harter Fron ihr Leben fristen müssen, wissen, was der Kapitalismus bedeutet. Jeder Tag lehrt uns aufs neue, daß wir für das Unternehmertum nur sind, was die Kohle für die Maschine ist, und jeder neue Tag bringt uns zu Bewußtsein, daß was in den Kassen der Unternehmer ist, Leiden und Entbehrungen der Arbeiterschaft zur Voraussetzung hat. Die Arbeiterschaft ist die Grundlage des Staates in der heutigen Gesellschaft und die uns erzählen, daß wir dulden müssen, während die anderen genießen, weil das die von Gott gewollte Ordnung sei, sind verfluchte Lügner. Ließe man dem Arbeiter die Frucht seiner Arbeit, könnte es nur glückliche Menschen geben. Der Kapitalismus baut sich auf auf Unterdrückung, er schreckt auch vor den scheußlichsten Verbrechen nicht zurück. Dagegen müssen wir unsere Stimme erheben und wie Donnerbrausen soll es hinausgehen in alle Welt: Auch der Arbeiter hat das Recht menschlich behandelt zu werden“.⁸²⁷

6.4.2 Niedrige Löhne, steigende Preise

Nicht nur waren die Arbeitsverhältnisse am Arbeitsort unverändert geblieben, auch der Verdienst der Arbeiterschaft hatte keinerlei Verbesserung vorzuweisen. Wie aus einer Auswertung des „Vereins gegen Verarmung und Bettelei“, dargelegt von Felix Czeikes und

⁸²⁶ Schulz, in: Arbeiter-Zeitung, 13. Februar 1913: 3.

⁸²⁷ Separatabdruck, Archiv der SPÖ-Ottakring, zitiert in: Bauer 1979: 99. Der Separatabdruck konnte auf Nachfrage beim Archiv der SPÖ Ottakring nicht aufgefunden werden.

Walter Lugsch in ihrem Buch „Studien zur Sozialgeschichte von Ottakring und Hernals“, hervorgeht, hatte der Verdienst einer ganzen Familie schon Ende der 1880er Jahre nicht ausgereicht, um das von Genossenschaften und Fachverbänden errechnete Existenzminimum von 600 bis 800 Gulden jährlich zu erreichen. Dieser Mindestbetrag war, der Untersuchung des Vereins zufolge, lediglich in 36 von 158 und somit nicht einmal von einem Viertel der untersuchten Arbeiterfamilien erreicht worden.⁸²⁸

Angesichts der ab der Jahrhundertwende rapide steigenden Preise, mit denen die Löhne der größten Teile der Arbeiterschaft nicht mithalten konnten, erfuhr die wirtschaftliche Lage der Ottakringer Arbeiterschaft keinerlei Besserung. Das Gegenteil war der Fall: steigerte sich der Preis zwischen 1895 und 1910 für Grundnahrungsmittel wie Mehl von 24 bis 36 Heller auf 34 bis 48 Heller pro Kilogramm, gemischtes Brot von 16 bis 36 Heller auf 24 bis 43 Heller pro Kilogramm oder Butter von 130 bis 320 Heller auf 200 bis 432 Heller pro Kilogramm⁸²⁹, so waren es insbesondere Fleischwaren, die Anfang des 20. Jahrhunderts eine Preisexplosion zu verzeichnen hatten. So stieg der Preis für ein Kilogramm Rindfleisch zwischen 1896⁸³⁰ und 1911⁸³¹ von 44 bis 150 auf 48 bis 250 Heller, für ein Kilogramm Kalbfleisch von 40 bis 160 auf 60 bis 240 Heller oder für ein Kilogramm Schweinefleisch von 72 bis 156 auf 108 bis 260 Heller.

Dass in Österreich ein derart starker Preisanstieg erfolgte, war in erster Linie auf die strukturellen und technologischen Rückstände in der österreichischen und ungarischen Landwirtschaft zurückzuführen⁸³², welche zur Folge hatten, dass Städte und Industriegebiete, auch wegen deren rapiden Bevölkerungswachstums, nicht mehr mit ausreichend Lebensmittel versorgt werden konnten, weshalb nunmehr Lebensmittel aus dem Ausland importiert werden mussten. Zu einem Zeitpunkt, an dem die Weltmarktpreise stiegen, setzten sich der mächtige magyarische Großgrundbesitz und die österreichischen Agrarier (die österreichischen und ungarischen Kronländer bildeten ein gemeinsames Zollgebiet) gegen die jeweiligen Regierungen durch, und veranlassten zum Schutz gegen die serbische Konkurrenz hohe Agrarschutzzölle und Einfuhrbeschränkungen⁸³³, wodurch die

⁸²⁸ vgl. Czeike/Lugsch 1955: 35.

⁸²⁹ vgl. Czeike/Lugsch 1955: 35.

⁸³⁰ vgl. Sedlacek et al 1902: 595.

⁸³¹ vgl. Magistrats-Abteilung XXI für Statistik 1913: 635.

⁸³² vgl. Klenner/Pellar 1987: 97.

⁸³³ vgl. Maderthaner/Mattl 1986: 120.

Preise auf Grundnahrungsmittel stiegen, und sich der Unmut vor allem innerhalb der Arbeiterschichten vergrößerte, wie auch die „Arbeiter-Zeitung“ bemerkte:

„So ist, dank den Sünden der Vergangenheit, die österreichische Viehzucht heute nicht mehr imstande, unseren Fleischbedarf zu befriedigen. Soll den arbeitenden Volksmassen die Fleischnahrung nicht gänzlich entzogen werden, dann können wir die Zufuhr ausländischen Fleisches nicht entbehren. Aber die Großagrarier haben nicht nur die heimische Viehzucht zugrunde gerichtet, sie haben es auch durchgesetzt, daß der Staat die Einfuhr ausländischen Viehs und ausländischen Fleisches verboten hat. Unter dem Vorwande, die Einschleppung von Tierseuchen zu verhindern, hat man die österreichische Grenze gesperrt, um die Vieh- und Fleischpreise in die Höhe zu treiben. Vergebens haben wir seit vielen Jahren den Kampf gegen die Politik der Grenzsperre geführt“.⁸³⁴

Tatsächlich brachten die sozialdemokratischen Abgeordneten eine Reihe von Anträgen ein, welche der Teuerung entgegenwirken sollten, jedoch wurden sie alle niedergestimmt.⁸³⁵ So hielt auch Schuhmeier am 27. Juli 1911 eine ausführliche Rede über die Teuerung, in der er eine Öffnung der Zollgrenzen für argentinische Agrarprodukte forderte, und an die parlamentarischen Abgeordneten appellierte, für die sozialdemokratischen Anträge zu stimmen, um einen Schwenk in der Agrarpolitik der Regierung herbeizuführen:

„Ja, auf einmal kann man das Vieh nicht aus dem Boden stampfen. Ja, meine Herren, das wissen wir auch und wir machen Ihnen gar keinen Vorwurf daraus, wenn Sie auch im nächsten Jahre uns noch nicht genügend mit Fleisch versorgen können. Wir machen Ihnen selbst keinen Vorwurf daraus, wenn das noch ein paar Jahre dauern wird – und es wird noch viele Jahre dauern, bis der Viehbestand in Österreich so sein wird, daß er ein befriedigender genannt werden darf. Denn zurück sind Sie einmal, und wenn Sie auch die Produktion heben, so wächst ja doch die Bevölkerung weiter zu. Sie müßten sich da sehr sputen, ich sage sogar, es müßte ein Wunder geschehen, wenn man in absehbarer Zeit sollte sagen können, das Ziel, die Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit einheimischen Fleisch ist erreicht. Weil aber das Wunder nicht geschehen wird, deswegen müssen wir den einzig möglichen Weg betreten, den andere Staaten vor uns schon betreten haben. Was in London möglich ist, muß auch in Wien möglich werden. (*Zustimmung.*) Dafür streiten wir, dafür

⁸³⁴ Arbeiter-Zeitung, 11. September 1910: 1f.

⁸³⁵ Arbeiter-Zeitung, 11. September 1910: 2.

kämpfen wir! Und weil wir das von mir angegebene Ziel erreichen wollen, darum appellieren wir auch an Sie, meine Herren, Sie mögen den Mut aufbringen und für unsere Anträge stimmen, auf daß wir einen Rückhalt gewinnen, die Regierung zu zwingen, mit der einseitigen Agrarpolitik zu brechen (*Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen*)“.⁸³⁶

Auch im Wiener Gemeinderat versuchten die sozialdemokratischen Gemeinderäte Maßnahmen zu setzen, um gegen die Teuerung vorzugehen. So brachten Winarsky, Domes, Schlinger, Wutschel, Skaret und Schuhmeier am 13. September 1910 einen Antrag ein, wonach „die Fleischteuerung und die Forderung nach der Einfuhr des argentinischen Fleisches als besonderer, und zwar erster Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt werde“.⁸³⁷

Neben der Lebensmittelinflation stellte die Wohnungsnot ein weiteres zentrales Problem vor allem in den Außenbezirken Wiens dar. Schlechte Wohnverhältnisse standen steigenden und für viele Arbeiter nicht mehr leistbaren Mietzinsen gegenüber.⁸³⁸ Infolge einer seit 1907 andauernden Krise des Baugewerbes, verringerte sich der Wohnungsbau so stark, dass in wachsenden Proletarierbezirken wie Ottakring bald sämtliche Wohnungsreserven aufgebraucht waren.⁸³⁹

In Schuhmeiers Rede während einer Versammlung, die am 5. September 1911 anlässlich der Teuerung einberufen worden war, merkte man bereits, dass die Stimmung der Arbeitervertreter allmählich kippte und ein schärferer Ton eingeschlagen wurde:

„Wir leben in einer ungeheuer ernsten Zeit und es ist zu befürchten, daß der Herbst oder der Winter eine Explosion bringt, daß die Bevölkerung ihrem Groll über die Teuerung Luft machen wird, wenn nicht durch Reden, so – anders. (*Stürmischer Beifall.*) Die Fleischpreise waren schon bis heute unerhört hoch, und was die Fleischhauer schon vor einem halben Jahre verkündeten, daß im Herbst das Kilogramm Fleisch zwei Gulden kosten wird, scheint nun zur Tatsache werden zu wollen. (*Stürmische Entrüstung.*) Auch die anderen Lebensmittel, darunter die Kartoffeln, die im Haushalt jeden Arbeiters eine so große Rolle spielen, sind unerhört im Preise gestiegen, ebenso die Milch, dieses wichtigste Nahrungsmittel der Kinder. Auch eine Verteuerung der Kohle steht uns bevor, obwohl die

⁸³⁶ Reichsratsprotokoll, 27. Juli 1911: 333.

⁸³⁷ Gemeinderatsprotokoll 1910, 13. September 1910: 279.

⁸³⁸ vgl. Maderthaner 2000: 19.

⁸³⁹ vgl. Feldbauer 1977: 192.

Kohlen heute schon beinahe so teuer sind wie Halbedelsteine. (*Heiterkeit und Zustimmung.*)
Da wird es nun höchste Zeit, daß sich die Bevölkerung aufrafft und erklärt: Bis hieher und nicht weiter. (*Stürmischer Beifall*)“.⁸⁴⁰

6.5 Die Teuerungsunruhen am 17. September 1911

Es war nun nicht mehr zu verkennen, dass sich die Erregung der Arbeiterschaft angesichts der Inflation steigerte und die Atmosphäre vor allem in Arbeiterkreisen der Wiener Außenbezirke angespannter wurde, wie „erregte Szenen“ am Simmeringer Markt⁸⁴¹ oder Auseinandersetzungen mit der Polizei infolge einer Protestaktion vor einem Zinshaus in Meidling⁸⁴² zeigten.

Angesichts der jahrzehntelangen Bemühungen und Kämpfen um das allgemeine und gleiche Wahlrecht war die Hoffnung, auf parlamentarischem Wege zu einer Verbesserung der proletarischen sozialen und wirtschaftlichen Lage zu gelangen, enttäuscht worden. Zudem war mittelfristig keine Besserung in Sicht, da die Partei bei den Reichsratswahlen 1911, trotz eines Wahlsieges in Wien, Mandatsverluste gebracht hatte, und auch der innere nationale Streit, der zu Abspaltungstendenzen der tschechoslawischen Sozialdemokratie von der deutschen führte, zunahm.⁸⁴³ Unter diesem Eindruck beschloss man, zu jenen Tugenden zurückzukehren, mithilfe derer schon in der Anfangszeit der Wiener Arbeiterbewegung bis in die 1890er Jahre die herrschenden Klassen unter Druck gesetzt werden, und die sich schließlich im Jahr 1905 mit der Errungenschaft des allgemeinen und gleichen Wahlrechts auch bewähren konnten: man griff wieder auf die Waffe der Straßendemonstration zurück: „Es gab damals kein andres Mittel, den Herrschenden den Willen des Volkes und seine Not zu zeigen, als die Demonstration“.⁸⁴⁴

Nach weniger wirkungsvollen Demonstrationen im Jahr 1910, bei denen unter anderem die Freigabe des Fleischimportes als Maßnahme gegen die Teuerung gefordert wurde⁸⁴⁵, setzte

⁸⁴⁰ Arbeiter-Zeitung, 6. September 1911: 3.

⁸⁴¹ vgl. Arbeiter-Zeitung, 14. September 1911: 6.

⁸⁴² vgl. Maderthaner 2000: 20.

⁸⁴³ vgl. Maderthaner/Mattl 1986: 122.

⁸⁴⁴ Arbeiter-Zeitung, 13. September 1911: 5.

⁸⁴⁵ vgl. Maderthaner/Mattl 1986: 120.

die Wiener Landespartei für den 17. September 1911 eine Massendemonstration an, mit welcher die Not der Arbeiterschaft eindrücklich zur Schau gestellt werden sollte. Schuhmeier stellte im Rahmen der Sitzung, bei der der Beschluss nach einer Teuerungs demonstration vor dem Rathaus angenommen wurde, einen Zusatzantrag, wonach diese Demonstration ohne Ordner abgehalten werden sollte, um die Masse an Teilnehmern eindrucksvoller aussehen zu lassen – ein folgenschwerer Fehler, wie sich später, nämlich am Tag des 17. Septembers, herausstellten sollte: „Der Antrag, der jubelnd angenommen wurde, war unser Unglück“.⁸⁴⁶ Die „Arbeiter-Zeitung“ warb ab dem 14. September 1911 auf ihrer Titelseite mit folgenden Zeilen für die Massenmanifestation:

„Volk von Wien! Heraus gegen die Lebensmittelteuerung! Weg mit dem Fleischeinfuhrverbot! Fordert die Oeffnung der Grenzen! Sonntag den 17. September auf die Ringstraße! Auf zum Rathause, wo um halb 10 Uhr Vormittags eine Massen-Versammlung stattfindet! Niemand darf und wird fehlen, der die ungeheure Not am eigenen Leibe, im eigenen Haushalt verspürt! Gegen die einseitige Agrarpolitik tut der wuchtige Protest not! Die schändlichen Preistreibereien der Kartelle müssen an den Pranger! Die entsetzliche Wohnungsnot muß gebrandmarkt werden! Auf zum Protest am Sonntag!“⁸⁴⁷

6.5.1 Eskalation in Ottakring

Die Stimmung auf der Massenmanifestation am 17. September 1911 am Rathausplatz war zwar angespannt, verlief jedoch zunächst mit einzelnen Ausnahmen weitgehend friedlich. Schuhmeier als einer von vielen Rednern, die mit ihren scharfen Ansprachen wenig zur Beibehaltung einer friedlichen Demonstration beitrugen, sprach davon, „daß, wenn der Ministerpräsident die Fenster klirren und die Straße von den Rufen der Verzweiflung erdröhnen lassen wolle, er dies durchaus erleben könne“.⁸⁴⁸ Später wurde ihm der Vorwurf gemacht, auf der Demonstration zu emotional agitiert zu haben.⁸⁴⁹ Laut der „Arbeiter-Zeitung“ verwies Schuhmeier darauf, dass man nun bereits jährlich demonstrieren müsse, dass sich jedoch, außer der Person des Ministerpräsidenten, nichts ändere: „Aber wir haben wirklich noch andere Dinge zu tun, als jedesmal auszurücken, um eine Tonne Fleisch

⁸⁴⁶ Sever 1956: 20.

⁸⁴⁷ Arbeiter-Zeitung, 14. September 1911: 1.

⁸⁴⁸ vgl. Maderthaner 2000: 22.

⁸⁴⁹ vgl. Hainisch 2011: 132.

hereinzubekommen. Wir sind uns des Ernstes des Augenblickes bewußt. Zu Kämpfen mit den Polizisten, die selbst so hungern wie wir, lassen wir uns nicht ein. Baron Gautsch ist gewarnt“.⁸⁵⁰

Als die Demonstration am späten Vormittag beendet war, wollten die Arbeiterzüge gerade ihren Heimweg in die einzelnen Bezirke antreten, als vom heutigen Palais Epstein, in dem damals der Sitz des Verwaltungsgerichtshofs und ab 1922 der Stadtschulrat für Wien untergebracht war, ein Revolverschuss fiel und Panik auslöste:

„Die Bezirke verteilten sich nach Schluß der Versammlung nach allen Richtungen. Ottakring ging über den Ring beim heutigen Stadtschulratsgebäude vorbei, als plötzlich jemand schrie, „vom vierten Stock wird geschossen“. Damit war die Panik fertig. Alles stob auseinander“.⁸⁵¹

Ohne zuständigen Ordnerdienst fehlte es an jeglicher organisierter Kommunikation unter den zehntausenden Demonstranten, wodurch die durch den Schuss ausgelöste Panik in eine regelrechte blinde Zerstörungswut ausartete. Einige Demonstranten bewarfen Verwaltungsgerichtshof und Rathaus mit Steinen. Die ersten Fensterscheiben zerbrachen, es kam zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei beziehungsweise berittenem, bosnischem Militär. Die Demonstranten wurden dabei auf die Rathausstraße zurückgedrängt, wo sie sich mit Bierkrügen, Tellern und Sesseln aus den ansässigen Gasthäusern bewaffneten und erste Barrikaden errichteten. Zu diesem Zeitpunkt zeigte sich erstmals, dass die sozialdemokratischen Vertrauensleute die Kontrolle über ihre Gefolgschaft verloren hatten. Der Ottakringer Abgeordnete David etwa, wollte einem in Bedrängnis gekommenen Oberkommissar zu Hilfe eilen, und wurde daraufhin selbst von Demonstranten angegriffen und verletzt.⁸⁵²

Die rigoros einschreitende Exekutive drängte die Demonstranten Richtung siebten und achten Bezirk, wo es zu einzelnen Rudelbildungen kam und die Situation endgültig außer Kontrolle geriet. Im Bereich der Burggasse und Neubaugasse wurden Laternen zerstört, Auslagenscheiben eingeschlagen und Geschäfte geplündert.⁸⁵³ Die Protestierenden, die nun immer weiter Richtung Ottakring getrieben wurden, errichteten in der Lerchenfelderstraße eine weitere Barrikade. Etwa zu diesem Zeitpunkt nahmen die Straßenschlachten eine

⁸⁵⁰ Arbeiter-Zeitung, 18. September 1911: 2.

⁸⁵¹ Sever 1956: 20.

⁸⁵² vgl. Arbeiter-Zeitung, 18. September 1911: 4.

⁸⁵³ vgl. Maderthaner 2000: 28.

gewisse Eigendynamik an, da die Demonstranten nun Unterstützung durch Teile der Ottakringer Bezirksbevölkerung erhielten: das „Lumpenproletariat“ und die Ottakringer „Elendsjugend“⁸⁵⁴ waren jedoch offenbar mehr an schieren Gewaltexzessen interessiert, als an der Durchsetzung konkreter politischer Forderungen. Denn als sich die Kämpfe bereits gänzlich auf Ottakringer Gebiet befanden, nahmen die Zerstörungen noch einmal neue Ausmaße an, wie die „Arbeiter-Zeitung“ am nachfolgenden Tag schilderte: „Die Szenen in der Innern Stadt waren aber noch keineswegs so bedenklich wie die, die sich schon um die Mittagsstunde in Ottakring abspielten. Den ganzen Weg, den die Menge von der Stadt nach Ottakring nahm, bezeichnen Spuren der Zerstörungswut“.⁸⁵⁵

Die Sicherheitsvorkehrungen des Polizeikommissariats Ottakring, welche wichtige Gebäude wie das Magistratische Bezirksamt, die Tabakfabrik oder den Stadtbahnhof besetzen ließ, erwiesen sich als vorausschauend, jedoch als unzureichend: am Gürtel und in der Panikengasse wurden Straßenbahnwaggons umgeworfen und angezündet, an der Kreuzung Thaliastraße/Lerchenfelder Gürtel wurde mit Baumaterial einer Baustelle eine weitere Barrikade errichtet, die jedoch nicht lange standhalten konnte, wodurch sich die Revolte weiter Richtung Westen, durch den Bezirksteil Neu-Ottakring hindurchzog.⁸⁵⁶ Dort wurden öffentliche Gebäude und Fabriken angegriffen, und sogar die Schule am Habsburgplatz, dem heutigen Schuhmeierplatz, gestürmt, verwüstet und das Gebäude samt Bücher und Dokumente in Brand gesetzt.⁸⁵⁷

Die sozialdemokratischen Funktionäre Ottakrings konnten dem anhaltendem Vandalismus nichts mehr entgegenwirken: „Was an Fenstern und Laternen vorhanden war, mußte daran glauben. Als wir in den Bezirk kamen, waren schon die Gastlaternen zerschlagen, das Gas, angezündet, strömte heraus“.⁸⁵⁸

Die Kämpfe in Ottakring, das „längst einem Kriegsschauplatz“⁸⁵⁹ glich, verlagerten sich schließlich zum Arbeiterheim, wo die größten Opfer zu beklagen waren. Nachdem dort, in der Kreitnergasse und der Klausgasse, die Soldaten von einem Steinhagel überrascht wurden, erteilte der Kommandant der bosnischen Infanteriekompanie den Schussbefehl⁸⁶⁰,

⁸⁵⁴ vgl. Maderthaner 2000: 28.

⁸⁵⁵ Arbeiter-Zeitung, 18. September 1911: 6.

⁸⁵⁶ vgl. Maderthaner 2000: 27f.

⁸⁵⁷ Maderthaner/Mattl 1986: 125.

⁸⁵⁸ Sever 1956: 20.

⁸⁵⁹ Prokop 2017: 22.

⁸⁶⁰ vgl. Maderthaner 2000: 30.

woraufhin zum ersten Mal seit 1848 wieder das Feuer auf die eigene Bevölkerung eröffnet wurde.

Erst von diesem Zeitpunkt an, brach der Widerstand allmählich zusammen, ehe in den späten Abendstunden wieder Ruhe im Bezirk einkehrte. Drei Tage lang wurde über Ottakring der Ausnahmezustand verhängt.

Mit Otto Prötzenberger, Franz Wögerbauer und Franz Joachimsthaler (nach dem seit 1928 der Platz beim Wilhelminenspital benannt ist) kamen drei Arbeiter ums Leben. Schuhmeier hielt bei ihrem Begräbnis die Trauerrede am Ottakringer Friedhof, wo den Opfern des 17. Septembers 1911 ein Grab gewidmet wurde.

Über 126 Schwerverletzte sowie ein gewaltiger Sachschaden von 101.163 Kronen, allein in Ottakring, waren weitere Folgen der Teuerungsunruhen. 488 Demonstranten wurden verhaftet.⁸⁶¹ Viele von ihnen bekamen den ganzen Zorn der Staatsgewalt in Form unverhältnismäßig geführter gerichtlicher Prozesse und willkürlicher Verurteilungen zu spüren.⁸⁶²

6.6 Die Reichratswahl 1911

Die Unruhen vom September ereigneten sich zeitlich inmitten der Vorbereitungen für die Nachwahlen der Reichsratswahlen 1911. Diese hatten am 13. Juni 1911 stattgefunden und waren bereits stark von den Gegensätzen des deutschen und slawischen Nationalismus geprägt gewesen. Während die christlichsoziale Partei in Wien und Niederösterreich eine desaströse Wahlniederlage erlitten und insgesamt 22 ihrer Mandate verloren hatte⁸⁶³, konnte die Wiener Sozialdemokratie die infolge der Nationalitätenfrage großen Mandatsverluste in Böhmen durch Zugewinne kompensieren⁸⁶⁴ und schließlich an den Christlichsozialen vorbeiziehen.

Schuhmeier war sowohl vom Bezirk Leopoldstadt, als auch in Ottakring als Spitzenkandidat aufgestellt worden. In seinem Wahlbezirk Ottakring I war er mit 9.567 zu 2.999 Stimmen

⁸⁶¹ vgl. Maderthaner/Mattl 1986: 117.

⁸⁶² vgl. Maderthaner/Mattl 1986: 127ff.

⁸⁶³ vgl. Klenner/Pellar 1987: 89.

⁸⁶⁴ vgl. Parteitagsprotokoll 1911: 20.

gewählt worden⁸⁶⁵, im Wahlkreis Leopoldstadt II war er in die Stichwahl gegen den christlichsozialen Kienböck gekommen, die er am 20. Juni 1911 mit 8.615 zu 7.862 Stimmen für sich entschieden hatte.⁸⁶⁶

Schuhmeier, der nun sowohl im zweiten, als auch im sechzehnten Bezirk gewählt worden war, war nun gezwungen, ein Mandat zurückzulegen. Da das Ottakringer Mandat als das weitaus sicherere galt, hatte er das Mandat in der Leopoldstadt angenommen, wodurch der Abgeordnetensitz aus Ottakring nun anderwärtig vergeben werden musste:

Mit Karl Volkert und Anton David waren bereits zwei mit reichlich politischer Erfahrung ausgestattete Vertraute Schuhmeiers vergeben, da sich Volkert, der mit seiner Tätigkeit im „Apollo“ großen Anteil am Aufbau der sozialdemokratischen Organisation Ottakring geleistet hatte, in der Stichwahl des Wahlbezirks Hernals gegen den christlichsozialen Arbeiterführer Leopold Kunschak durchgesetzt hatte, und David abermals im Wahlbezirk Ottakring II gewählt worden war. Nach dem Ausnahmezustand in Ottakring infolge der Unruhen, fand eine Bezirkskonferenz statt, auf der entschieden werden sollte, wer als Nachfolger Schuhmeiers als Ottakringer Abgeordneter kandidieren sollte. Während Karl Seitz Matthias Eldersch als Kandidaten vorschlug, setzte sich Schuhmeier für seinen langjährigen Begleiter Albert Sever ein, der beim Hauptwahlgang ursprünglich für das Hietzinger Mandat hatte kandidieren wollen, jedoch zugunsten seiner wichtigen Agitationsarbeit in Ottakring darauf verzichtet hatte.⁸⁶⁷ Nachdem sich Schuhmeier schließlich mit seinem Vorschlag durchgesetzt hatte, kam es am 10. Oktober 1911 zur Nachwahl um den Ottakringer Abgeordnetensitz. Sever vereinigte zwei Drittel aller Stimmen auf sich und wurde als Sieger der Nachwahl Schuhmeiers Nachfolger als Ottakringer Reichsratsabgeordneter. Für die „Arbeiter-Zeitung“ war dieser Wahlsieg, angesichts der Unruhen im Bezirk wenige Tage zuvor, und den diesbezüglichen Anfeindungen seitens der christlichsozialen Presse, eine Genugtuung:

„In Ottakring wurde gewählt, in dem Bezirk also, in dem der „Mob“ und der „Pöbel“, wie es in ihrer eigenen Sprache hieß, an dem siebzehnten September so fürchterlich gehaust haben soll. Und wie ist das Verdikt des Volkes ausgefallen? Der sozialdemokratische Kandidat ist glänzend gewählt worden und der christlichsoziale Kandidat hat eine zerschmetternde Niederlage erlitten! (...) Nach den Kräfteverhältnissen in dem Bezirk war es natürlich nie

⁸⁶⁵ vgl. Magistrats-Abteilung XXI für Statistik 1913: 127.

⁸⁶⁶ vgl. Arbeiter-Zeitung, 21. Juni 1911: 3.

⁸⁶⁷ vgl. Sever 1956: 20f.

zweifelhaft, daß unser Kandidat, der Genosse Albert Sever, der treubewährte Bezirksvertrauensmann Ottakrings, gewählt werden wird. Auch kann sich die Partei auf die Ottakringer schon verlassen“.⁸⁶⁸

6.7 Die Gemeinderatswahl 1912

Während das Abgeordnetenhaus 1911 bereits zum zweiten Mal nach einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht gewählt werden konnte, gelang es den Christlichsozialen bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, das Kurienwahlsystem auf Gemeindeebene aufrechtzuerhalten, und auf diese Weise ihre Macht in der Bundeshauptstadt bis auf Weiteres sicherzustellen. Sämtliche Vorschläge der Sozialdemokraten nach einer Wahlrechtsreform auf Gemeindeebene – Schuhmeier erstellte etwa einen Entwurf, der ein allgemeines und gleiches Wahlrecht für alle über 21-jährige Männer und Frauen, samt Aufhebung der Wahlkörper und der Einführung des Proportionalwahlrechts, vorsah – wurden von den Christlichsozialen zwar in Augenschein genommen, jedoch immer wieder zeitlich nach hinten verschoben.⁸⁶⁹ Dennoch konnte der Aufwärtstrend der Wiener Sozialdemokratie nach der Reichsratswahl 1911 fortgesetzt werden: man erreichte bei der Gemeinderatswahl am 23. April 1912 erstmals die absolute Stimmenmehrheit.⁸⁷⁰

In Ottakring war in der allgemeinen Wählerkurie von den insgesamt 33.246 Wahlberechtigten und durch die 24.084 gültig abgegebenen Stimmen im vierten Wahlkörper⁸⁷¹ abermals Schuhmeier zum Gemeinderat gewählt worden. Er hatte sich mit 14.491 zu 7.285 Stimmen gegen den christlichsozialen Gegenkandidat Franz Hötzel durchgesetzt.⁸⁷²

Es waren aber nicht nur die Wahlergebnisse Ottakrings und der anderen Arbeiterhochburgen zu verdanken, dass sich die sozialdemokratische Partei in Wien weiterhin im Auftrieb befand. So wie die Wiener Parteiorganisation sich seit 1897 eine große

⁸⁶⁸ Arbeiter-Zeitung, 4. Oktober 1911: 1.

⁸⁶⁹ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 91.

⁸⁷⁰ vgl. Das rote Wien.at: Wiener Gemeinderat.

⁸⁷¹ vgl. Magistrats-Abteilung XXI für Statistik 1914: 126f.

⁸⁷² vgl. Arbeiter-Zeitung, 24. April 1912: 6.

Bedeutung in der Gesamtpartei erarbeitet hatte, so sehr konnte sie sich 1912 auf den vor allem in den Arbeiterbezirken hohen Organisationsgrad stützen:

„Obwohl in Wien nicht einmal ein Viertel aller deutschen sozialdemokratischen Stimmen abgegeben worden ist, befindet sich in Wien ein Drittel der Parteimitgliedschaft. Und dieses Drittel verteilt sich nur auf einundzwanzig Bezirksorganisationen, während die anderen zwei Drittel in mehr als zweihundert großen Bezirken zerstreut sind. Darum kommt den großen proletarischen Bezirken Wiens besondere Wichtigkeit innerhalb der Partei zu“.⁸⁷³

Innerhalb der Arbeiterbezirke nahm wiederum Ottakring eine Sonderstellung ein: während im Jahr 1912 auf 100 sozialdemokratische Stimmen in der Leopoldstadt 16,3, in Favoriten 30,8 oder in Rudolfsheim 24,5 Parteimitglieder kamen, waren in Ottakring 51,3 aller sozialdemokratischen Wähler auch Parteimitglieder: „Die Ottakringer haben also bereits die Hälfte der sozialdemokratischen Wähler organisiert!“⁸⁷⁴

6.8 Das Attentat auf Schuhmeier

Am 11. Februar 1913 wurde Schuhmeier nach Stockerau entsendet, um dort auf einer Versammlung eine Rede für den Genossen Hackenberg zu halten, der das durch den Tod Anton Schlingers im Oktober 1912 freigewordene Mandat für den Wahlkreis Krems – Stein – Klosterneuburg – Korneuburg – Stockerau übernehmen sollte.⁸⁷⁵

Es sollte Schuhmeiers letzte Rede gewesen sein. Als er in den späten Abendstunden des 11. Februars zurück in Wien war, wurde er nach seiner Ankunft im Nordwestbahnhof erschossen. In den Ausgaben der „Arbeiter-Zeitung“ in den darauffolgenden Tagen wurde der Tathergang ausführlich geschildert und anhand mehrerer Augenzeugenberichte aus verschiedenen Blickwinkeln rekapituliert. Ein Augenzeuge war etwa Kondukteur Stöckl, der erzählte:

„Ich wartete auf dem Perron neben dem Zuge, bis ihm alle Passageier entstiegen waren, wie es meine Vorschrift erfordert. Plötzlich hörte ich eine Detonation aus der Gepäckhalle und

⁸⁷³ Arbeiter-Zeitung, 11. Mai 1913: 3.

⁸⁷⁴ Arbeiter-Zeitung, 11. Mai 1913: 3.

⁸⁷⁵ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 93.

gleich darauf entsetzte Rufe. Ich eilte hinaus in die Revisionshalle, aus der der Schuß gekommen war. In dem großen Raume, hart an der Ecke des für die Gepäckrevision bestimmten Pultes, stand entsetzt eine Gruppe von Menschen um einen im Blute liegenden Mann herum. Ein Blick auf ihn verschaffte mit Gewißheit, daß es der Abgeordnete Schuhmeier war. Der Mann, den ich vorher auf dem Perron hinter dem Abgeordneten bemerkt hatte, hielt einen Revolver in der Hand; er schrie: „Das war meine Rache!“.⁸⁷⁶

Der Mörder hieß Paul Kunschak und war der Bruder des Führers der christlichen Arbeiterbewegung und späteren Nationalratspräsidenten Leopold Kunschak. Er ermordete Schuhmeier mit einem Schuss in den Hinterkopf. Schuhmeier war sofort tot. Kunschak wurde nach seiner Tat von heraneilenden Eisenbahnern festgehalten und sodann widerstandslos festgenommen. Er legte beim Verhör danach ein umfassendes Geständnis ab, und erklärte, er hätte die Tat schon seit längerem geplant. Er gab an, dass es ihm nicht konkret um die Person Schuhmeier gegangen war, vielmehr wollte er einen beliebigen sozialdemokratischen Führer töten, da er der Sozialdemokratie die Schuld an seinem schlechten persönlichen sozialen und wirtschaftlichen Status zusprach. Er gab an, über Jahre hinweg als Angehöriger der christlichsozialen Partei und wegen seiner Weigerung, sich gewerkschaftlich zu organisieren, von seinen Arbeiterkollegen verstoßen und verfolgt worden zu sein, weshalb er immer wieder seinen Arbeitsplatz hatte wechseln müssen. Als er von einem längeren Aufenthalt aus dem Ausland zurückgekommen war und seine Ersparnisse aufgebraucht hatte, wollte er seine Rachegefühle in die Tat umsetzen und einen sozialdemokratischen Führer töten. Er hatte in der Zeitung von Schuhmeiers geplanter Versamlungsrede in Stockerau gelesen, womit Kunschaks Plan Formen annahm und schließlich in die Tat umgesetzt wurde.⁸⁷⁷ Auch wenn Kunschak angab, dass dieser politische Mord jeden Sozialdemokraten hätte treffen können, sagt Gröller, dass Schuhmeier „durch seine aggressive Rhetorik“⁸⁷⁸ mit dazu beigetragen hatte, dass die Auswahl auf seine Person gefallen war. Zudem gibt Ascher an, dass Kunschak seinerzeit im „Apollo“ gewesen war und daher auch genau gewusst hatte, wie Schuhmeier aussah.⁸⁷⁹

⁸⁷⁶ Arbeiter-Zeitung, 13. Februar 1913: 5.

⁸⁷⁷ vgl. Arbeiter-Zeitung, 13. Februar 1913: 4.

⁸⁷⁸ Gröller 2008: 167.

⁸⁷⁹ vgl. Ascher 1933: 450.

Da Schuhmeier unter anderem noch mit Sever verabredet gewesen war, saßen zum Zeitpunkt des Attentats, etwa um halb elf Uhr nachts, noch einige Genossen im Café des Arbeiterheims, als sie vom Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Friedrich Austerlitz, per Telefon von Schuhmeiers Ableben in Kenntnis gesetzt wurden. Auch die darauffolgende Stimmung im Arbeiterheim, die zuerst von Zweifel, ob der Richtigkeit der Nachricht, später von Entrüstung und Verzweiflung geprägt war, wurde in der „Arbeiter-Zeitung“ detailgetreu geschildert.⁸⁸⁰

Sozialdemokratische Abgeordnete wie Sever, Volkert, Seitz und Renner fuhren zum Nordwestbahnhof, und erlangten, als sie Trubel und Polizeibeamte vorfanden und den regungslosen Körper Schuhmeiers am Boden liegen sahen, die traurige Gewissheit, dass ihr langjähriger Freund tatsächlich ermordet worden war.

Der Täter Kunschak wurde zum Tode verurteilt. Cäcilie Schuhmeier als Gegnerin der Todesstrafe, bemühte sich um die Umwandlung der Verurteilung in eine lebenslange Haftstrafe und hatte damit Erfolg. Kunschak wurde jedoch bereits nach den Umstürzen im Jahr 1918 amnestiert.⁸⁸¹

Leopold Kunschak distanzierte sich von der Tat seines Bruders. Aus einem Artikel der „Reichspost“ geht nicht nur hervor, dass auch die christlichsoziale Partei den Mord missbilligte, sondern es wird daraus auch deutlich, dass Schuhmeier selbst im Lager seiner größten politischen Gegnerschaft hohes Ansehen genossen hatte:

„Unter den ersten, die ihren Abscheu über das fluchwürdige Attentat öffentlich bekundet haben, waren die Parteinstanzen der Christlichsozialen, denen der so tragisch ums Leben gekommene sozialdemokratische Führer die ganze Zeit seines öffentlichen Wirkens ein überaus scharfer Gegner und – gestehen wir es nur – der gefährlichsten einer gewesen ist. Alle bürgerlichen Parteien und parlamentarischen Gruppen haben sich beeilt, ihrer Entrüstung über die Mordtat an dem beredten Fahnenträger des Klassenkampfes und unversöhnlichen Gegner der bürgerlichen Gesellschaft, der sich selber stolz als Umsturzmann bekannte, Ausdruck zu verleihen, und auch das Herrenhaus senkte kondolierend den Degen vor der Leiche des Tribünen der Revolutionäre, den die Kugel eines Mörders niedergestreckt hat. Wohl kaum jemals hat ein Mordanschlag auf einen

⁸⁸⁰ vgl. Arbeiter-Zeitung, 13. Februar 1913: 3.

⁸⁸¹ vgl. Gröller 2008: 167.

Parteiführer eine so einmütige, bedingungslose und vorbehaltlose Verurteilung gefunden.“⁸⁸².

Insbesondere in Schuhmeiers Heimatbezirk Ottakring, den er „zum größten sozialdemokratischen Bezirk“⁸⁸³ und zum „Vorbild für alle Bezirke“⁸⁸⁴ gemacht hatte, war die Trauer besonders groß, wie aus der ausführlichen Berichterstattung sämtlicher Tageszeitungen, vor allem aber der „Arbeiter-Zeitung“, in den Folgetagen nach dem 11. Februar hervorgeht:

„Der Schuhmeister ist tot. So trauert Ottakring. Die Greise weinen und die Kinder wissen, was die Väter und Großväter drückt, was ihnen Tränen entlockt. Wie eine einzige große, unendlich große Familie stehen die Proletarier Ottakrings um die Bahre ihres Franz Schuhmeister. Gestern noch lebensfrisch, kampffroh und arbeitsfreudig, heute hingestreckt zum ewigen Schlaf. Sie weinen, sie trauern, sie ballen die Fäuste und dann gewinnt doch ein Gedanke, zu sein wie er, um den sie weinen und trauern, ihm nachzuleben und nachzustreben, der großen Idee, der er so treu gedient hat, neue Kämpfer zuzuführen. Die Saat, die der unermüdliche Werber Schuhmeister ausgestreut, ist herrlich aufgegangen in der Proletarierstadt Ottakring“.⁸⁸⁵

Am 16. Februar 1913 wurde der „Volkstribun von Ottakring“ beigesetzt. Nachdem Schuhmeister mit „kaum zwei Dutzend“ Proletariern Anfang der 1890er Jahre seine Arbeit in Ottakring aufgenommen hatte, hatte er in diesem Bezirk eine Organisation aufgebaut, die nun 2.400 Vertrauensmänner als Ordner für sein Begräbnis stellte: „Zwischen diesen zwei Ziffern liegt Schuhmeiers Leben, Schuhmeiers Arbeit“.⁸⁸⁶ Die Beerdigung war eine „Leichenfeier, wie sie Ottakring noch nie gesehen hatte“.⁸⁸⁷ Während die Kapelle den „Pilgerchor“ aus Richard Wagners „Tannhäuser“ anstimmte, wurde Schuhmeister in sein Grab am Ottakringer Friedhof herabgesenkt.⁸⁸⁸

Neben den Trauerreden zahlreicher sozialdemokratischer Weggefährten, wie Ellenbogen oder Reumann, war es insbesondere die Ansprache von Sever, Schuhmeiers Nachfolger und

⁸⁸² Reichspost, 13. Februar 1913: 1.

⁸⁸³ Arbeiter-Zeitung, 13. Februar 1913: 3.

⁸⁸⁴ Arbeiter-Zeitung, 12. Februar 1913: 1.

⁸⁸⁵ Arbeiter-Zeitung, 13. Februar 1913: 3.

⁸⁸⁶ Arbeiter-Zeitung, 17. Februar 1913: 1.

⁸⁸⁷ Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring 1924: 193.

⁸⁸⁸ vgl. Czeike/Schmidt 1964: 96.

nunmehriger Bezirksobmann, welcher der Ottakringer Arbeiterschaft wohl aus der Seele sprach:

„Lieber guter Freund Schuhmeier! Wir wollen von Dir Abschied nehmen im Namen der Arbeiter Ottakrings, denen Du mit Herz und Seele ganz zugehört hast. Als Du vor fünfundzwanzig Jahren als junger Mann zu uns gekommen und den ersten Spatenstich zur Gründung unserer Organisation gemacht hast, da waren es wohl wenige, die Dir folgten. Was du aus uns und aus diesem Bezirk gemacht, das danken wir Deiner schöpferischen Tatkraft“.⁸⁸⁹

Conclusio

Tatsächlich hatte sich Schuhmeier von seinen ersten politischen Handlungen Ende der 1880er Jahre bis zu seinem Tod im Jahr 1913 zu einem der bekanntesten und populärsten Sozialdemokraten Wiens hochgearbeitet.

Geboren in ärmlichen Verhältnissen, erlebten er und seine Familie das Arbeiterelend, das durch die industriellen Entwicklungen seit den 1850er Jahren verstärkt wurde, am eigenen Leibe. Nachdem sich Schuhmeier nach seiner Volksschulzeit keine weitere Ausbildung leisten konnte, fand er, nach einigen Zwischenstationen, mit der Buntpapierfabrik Goppold & Schmiedl eine Erwerbstätigkeit, welcher er langfristig nachgehen konnte. War er schon zuvor den Ursachen des Arbeiterelends durch umfangreiches Bücherstudium nachgegangen, so entwickelte er sich, beeinflusst durch seine sozialistische Kollegschaft in der Buntpapierfabrik, endgültig zum Sozialdemokraten.

Die bis dato überwiegend rechtlose Arbeiterbewegung, die von den Erträgen der 1848er Revolution nicht profitieren hatte können, und die infolge des Staatsgrundgesetzes 1867 zwar erste Organisationen gründen konnte, befand sich in einer schier aussichtslosen Situation, da man einerseits mit staatlichen Repressionsmaßnahmen, wie den Ausnahmegesetzen ab 1884, und andererseits mit einem inneren Richtungsstreit zwischen gemäßigten und radikalen Flügeln zu kämpfen hatte. In dieser für die junge

⁸⁸⁹ Arbeiter-Zeitung, 17. Februar 1913: 2.

Arbeiterbewegung äußerst schwierigen Zeit übernahm Schuhmeier als Vertrauensmann in der Bewegung Verantwortung.

Durch seinen Arbeitskollegen Albert Sever kam Schuhmeier nach Neulerchenfeld – einer städtisch geprägten Gemeinde mit einer vorwiegend proletarischen Bevölkerung. Mit der Zusammenlegung Neulerchenfelds mit dem benachbarten Ottakring, das durch zahlreiche Fabrikansiedlungen im Laufe des 19. Jahrhunderts den Charakter einer Industriestadt angenommen hatte, wurde im Zuge der Eingemeindung 1892 ein Arbeiterbezirk geschaffen, in dem das Potential für die Bildung einer Arbeiterorganisation, aufgrund der schlechten sozialen Lage des hier ansässigen Proletariats, besonders groß war.

Noch Jahre vor der Eingemeindung nahm Schuhmeier diese Gelegenheit wahr und gründete in Neulerchenfeld den Rauchklub „Lassalle“, in dem er mit weiteren politisch Gleichgesinnten, vor den Behörden getarnt, politisieren und Strategien zur künftigen Agitation diskutieren konnte. Infolge der polizeilichen Auflösung des Rauchklubs im Jahr 1888 und der anschließenden siebenwöchigen Haft Schuhmeiers, konnte der Delegierte aus Ottakring und Neulerchenfeld nicht am Einigungsparteitag der österreichischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Hainfeld teilnehmen. Auch wenn er daher nicht an der Entwicklung des Hainfelder Grundsatzprogramms mitwirken konnte, so sollte er sein ganzes Leben damit verbringen, jene an diesem Parteitag erarbeiteten Inhalte zu verbreiten. Durch das Vereins-, das Versammlungs- und das Pressewesen standen den Sozialdemokraten drei Kommunikationsmöglichkeiten für die Verbreitung ihrer Grundsätze zur Verfügung. Schuhmeier nutzte jede der drei Kanäle:

Im Neulerchenfelder Arbeiterbildungsverein „Apollo“, aus dem später die Ottakringer Bezirksorganisation hervorgehen sollte, übernahm er verschiedene Funktionen und später die Obmannschaft. In einer großen Anzahl an Versammlungen sowie im Rahmen der ab 1890 jährlich abgehaltenen Maifeiern, trat er häufig als Redner auf. Und nicht zuletzt mit seiner im Jahr 1891 gegründeten Zeitung „Volkstribüne“, die zum Organ der niederösterreichischen Landesorganisation wurde, ging er seiner Aufgabe nach, der Organisation „neue Kämpfer zuzuführen“. Die „Volkstribüne“ stellte schließlich auch einen wesentlichen Aspekt für die Strukturreform 1897 dar, welche den Boden für die Wahlerfolge der Wiener Sozialdemokratie im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhundert bereiten sollte.

Aufgrund des Umstandes, dass Schuhmeier als „echter Wiener Arbeiter aus der Vorstadt“, die Probleme und Sorgen des Proletariats bestens kannte, diese wiederum durch seine Selbstbildung und seine rhetorischen Begabungen, seine leicht verständliche Sprache und seinem Wiener Dialekt, auch in witziger und unterhaltsamer Weise in Wort und Feder formulieren konnte, und durch seine Omnipräsenz in Wien und vor allem in Ottakring, wurde er bald als „Volkstribun von Ottakring“ bezeichnet. Nicht nur entwickelte er sich zu einer Identifikationsfigur und zu einem Sprachrohr der Ottakringer und Wiener Arbeiterschaft, sondern er stand auch symbolhaft für die Aufstiegsfähigkeit der Arbeiterschaft, und für den Umstand, dass es nicht nur der Elite vorbehalten blieb, Politik zu machen und gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu setzen, sondern, dass es auch für den „einfachen Arbeiter“ möglich war, in der sozialen Hierarchie aufzusteigen und für die soziale Besserstellung des Proletariats einzutreten.

Nachdem Schuhmeier als Obmann der Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse zwischen 1894 und 1896 sein erstes politisches Amt innegehabt hatte, wurde er am Parteitag 1896 zum Parteisekretär gewählt, womit er zu einem der einflussreichsten Akteure in der Sozialdemokratie avancierte, und unter anderem für die Organisation der Wahlrechtsagitation während der ersten Wahlrechtsbewegung in den 1890er Jahren zuständig war. Diese verfolgte das Ziel, mittels Straßendemonstrationen, Versammlungen und Kundgebungen, das vorherrschende Kuriensystem abzuschaffen, und ein allgemeines und gleiches Wahlrecht einzuführen. Denn das Proletariat in Österreich war, trotz seiner verhältnismäßig hohen Steuerbelastung, an der aktiven politischen Mitgestaltung des Staates ausgeschlossen.

Schuhmeier gehörte innerhalb der Sozialdemokratie zu jenen Exponenten, die sich für ein energischeres Vorgehen auf der Straße, für eine „Volkserhebung“ aussprachen und einen Generalstreik forderten. Sie scheiterten mit ihren Forderungen jedoch genauso wie der langjährige österreichische Ministerpräsident Eduard Taaffe, der seine Reformvorlage, auch durch den Widerstand der Sozialdemokraten, nicht durchbrachte und abdanken musste. Erst unter Kasimir Felix Badeni wurde Ende der 1890er Jahre eine Wahlrechtsreform umgesetzt, die zwar ein allgemeines, jedoch immer noch kein gleiches Wahlrecht beinhaltete.

Jene Wahlrechtsreform kam primär der im Aufwind befindlichen christlichsozialen Partei zugute, die unter ihrem Parteiführer Dr. Karl Lueger einen antimodernistischen und

antisemitischen Kurs fuhr.

Schuhmeier stand in der von der Sozialdemokratie umstritten geführten Debatte über die „Judenfrage“ für einen „vordergründigen Antisemitismus“, indem er das jüdische Kapital für die schlechte soziale Lage des Proletariats mitverantwortlich machte. Die von Lueger praktizierte antitschechische Politik betraf auch die Bevölkerung Ottakrings in hohem Maße, da diese zu einem bedeutenden Teil aus tschechischsprachigen und slawischen Arbeitern bestand.

Die Reichratswahl im Jahr 1897 brachte für die sozialdemokratische Gesamtpartei zwar erste Abgeordnete, doch war sie für Schuhmeier und seinen Genossen in Wien eine schwere Enttäuschung, da alle Sitze der Hauptstadt in christlichsoziale Hand gekommen waren. Erst die Gemeinderatswahl im Jahr 1900, in der Schuhmeier in Ottakring und Jakob Reumann in Favoriten als erste Sozialdemokraten in den Gemeinderat gewählt wurden, leitete einen kontinuierlichen Anstieg von Wähleranteilen in Wien ein.

Im Gemeinderat konnte Schuhmeier nun seine rhetorischen Fähigkeiten und seine Redebegabung entfalten und einer breiteren Öffentlichkeit zur Schau stellen. Hinsichtlich seiner temperamentvollen Reden, konnte sich auf christlichsozialer Seite einzig Lueger mit Schuhmeier messen, wodurch eine erbitterte Rivalität zwischen beiden „Volkstribunen“ entstand, die auch durch einige Gemeinsamkeiten beider Kontrahenten geprägt war. So wussten sie etwa genau, was ihre jeweilige Anhängerschaft von ihnen hören wollte, weshalb sie beide zu populistischer Rhetorik neigten.

Mit dem Sturz des bei den Sozialdemokraten verhassten Neumayer als Bürgermeisternachfolger Luegers im Jahr 1912, konnte Schuhmeier einen seiner größten und zugleich letzten Höhepunkt im Gemeinderat erkämpfen.

Noch im Jahr 1900 gelang es Schuhmeier am Grazer Parteitag, sein „Grundsatzprogramm für das Wirken der Sozialdemokraten in der Gemeinde“ durchzusetzen, welches sich später unter anderem als Grundlage für den sozialen Wohnbau des „Roten Wiens“ erweisen sollte. Bei der Reichratswahl 1901 schließlich, wurden mit Schuhmeier und Wilhelm Ellenbogen die ersten Sozialdemokraten Wiens in das Abgeordnetenhaus des Reichsrates entsandt. Wie auch schon vor seiner Zeit als demokratisch legitimierter Mandatar, widmete er sich auch im Reichsrat insbesondere den Bereichen Sozialpolitik, Bildung, Antiklerikalismus und Antimilitarismus. Einer seiner persönlichen Höhepunkten war dabei die Absetzung des Verteidigungsministers Julius Lauendorf von Latscher, die von Schuhmeier, infolge mehrerer

dokumentierter Soldatenmisshandlungen im österreichischen Heer, initiiert und vorangetrieben wurde.

Schuhmeier nutzte das Abgeordnetenhaus des Reichrats zudem als große politische Bühne, um für die Umsetzung des großen Ziels, des gleichen Wahlrechts für alle Bevölkerungsschichten, zu werben. Nachdem in der ungarischen Reichshälfte diesbezügliche Errungenschaften seitens der Krone angekündigt, und auch in Russland das Wahlrecht durch eine Revolution erreicht worden war, führte die österreichische Arbeiterschaft im November 1905 eine Demonstration von in Wien noch nie dagewesener Dimension durch, um den Druck auf die österreichische Gesetzgebung zu erhöhen.

Dieses Mal war die Wahlrechtsbewegung erfolgreich, und feierte mit der Errungenschaft des gleichen Wahlrechts unter dem Ministerpräsidenten Max Wladimir Freiherr von Beck einen historischen Erfolg, der gleich bei der ersten Reichsratswahl nach gleichem Wahlrecht im Jahr 1907 bestätigt werden konnte: die Sozialdemokratie wurde stärkste Einzelfraktion, in Ottakring wurde Schuhmeier mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. Auch als Gemeinderats- und Reichsratsabgeordneter hatte Schuhmeier zu keinem Zeitpunkt die Agitationstätigkeit in seinem „geliebten Ottakring“⁸⁹⁰ vernachlässigt.

Im Jahr 1906 konnte das Ottakringer Arbeiterheim als Symbol für die Stärke der Ottakringer Organisation eröffnet werden, für dessen Bau Schuhmeier als Vorsitzender des Baukomitees verantwortlich gewesen war. Das Arbeiterheim stellte nicht nur zahlreichen Arbeitern höchst fortschrittliche Wohnungen zur Verfügung, sondern es bot der Arbeiterschaft des fünften Wiener Wahlkreises neue Räumlichkeiten für Vorträge und Kurse, sodass es dem von der Hochschulbildung weitgehend ausgeschlossenen Proletariat ermöglicht wurde, sich selbstständig weiterzubilden. Mit der Realisierung des Arbeiterheims, aber auch mit dem Ottakringer Volksheim, dessen Errichtung Schuhmeier gemeinsam mit weiteren Akteuren, wie vor allem Ludo Hartmann, vorangetrieben hatte, wurde eines von Schuhmeiers größten Zielen Realität: nämlich jenes, dass Bildung nicht nur den wohlhabenden sozialen Schichten, sondern allen ermöglicht werden sollte.

Wie groß Schuhmeiers Popularität in Wien bereits war, zeigte auch die Wahl im zweiten Bezirk, als Schuhmeier 1910 zum Nachfolger des im selben Jahr verstorbenen Luegers in den niederösterreichischen Landtag gewählt wurde. Als Gemeinderats-, Landtags- und

⁸⁹⁰ Arbeiter-Zeitung, 17. Februar 1913: 1.

Reichsratsabgeordneter war Schuhmeier endgültig am Höhepunkt seiner politischen Karriere angekommen.

Auch wenn das Vertrauen der Wählerschaft Ottakrings und nun auch der Leopoldstadt in Schuhmeier mit seinen Siegen bei der Reichsratswahl 1911 und der Gemeinderatswahl 1912 bestätigt wurde, so waren er und seine Genossen bis zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage, die soziale und wirtschaftliche Lage des Wiener und Ottakringer Proletariats zu verbessern. Im Vergleich zur Situation vor Schuhmeiers Einstieg in die Politik Ende der 1880er Jahre, hatte sich die Lage für die Ottakringer Arbeiterschaft gar verschlimmert. Immer noch war der elfstündige Arbeitstag mit geringem Lohn die Regel. Die Wohnungsnot war mehr denn je vorherrschend, was Konsequenzen hinsichtlich der Gesundheit und Lebenserwartung der Arbeiter, insbesondere in den Proletarierbezirken, nach sich zog. Infolge der rapiden Preissteigerung seit der Jahrhundertwende, waren wichtige Grundnahrungsmittel für große Teile der Arbeiter nicht mehr leistbar. Deren Protest gipfelte in den massiven Ausschreitungen in Ottakring infolge der Teuerungs demonstration im September 1911.

Zwar hatte Schuhmeier vor allem im Reichsrat, einzelne Maßnahmen durchsetzen können, die den von diesen Maßnahmen betroffenen Gruppen rasch Verbesserungen brachten – wie etwa die Einführung des Achtstundentages für Bergarbeiter im Bereich der Sozialpolitik, oder die Verbesserung des Beschwerderechts für Soldaten sowie die Einführung einer Unterstützung der Familien von eingerückten Reservisten (die sich laut Karl Renner im Zuge des Kriegsausbruchs als „segensreich“ erwies⁸⁹¹) im Heerwesen.

Schuhmeiers Beitrag für die Arbeiterschaft Wiens und Ottakrings sowie für die sozialdemokratische Arbeiterpartei, muss jedoch vielmehr in einem längerfristigen Kontext betrachtet werden. Insbesondere durch Schuhmeiers mündlicher und schriftlicher Agitationsarbeit konnte das Potential des Arbeiterbezirks Ottakring, einerseits durch Stimmenmaximierung bei den Wahlen, andererseits durch den hohen Organisationsgrad, der Anzahl an Parteimitgliedern und den verhältnismäßig großen Summen an Mitgliedsbeiträgen, in hohem Maße ausgeschöpft, die Parteiorganisation zur stärksten in Wien⁸⁹², und aus dem Bezirk eine bis heute bestehende rote Hochburg gemacht werden. Darüber hinaus erwies sich Schuhmeier in einigen Gebieten als Vordenker, indem er bereits Jahre vor dem Ersten Weltkrieg wichtige Voraussetzungen für den politischen Aufstieg der

⁸⁹¹ vgl. Renner 1914: 487.

⁸⁹² Das rote Wien.at: Albert Sever.

Sozialdemokratie in der Ersten Republik leistete. Mit seinem „Grundsatzprogramm für das Wirken der Sozialdemokraten in der Gemeinde“ schuf er die Grundlage für den sozialen Wohnbau in der Republik. Sowohl mit dem Arbeiter- als auch dem Volksheim Ottakring entstanden erste Einrichtungen für Erwachsenenbildung. Sowohl der soziale Wohnbau als auch die Institutionalisierung von Bildung stellen zentrale Merkmale des späteren „Roten Wiens“ dar.

In Bezug auf die Wahlrechtserrungenschaften muss Schuhmeiers Beitrag bereits während seiner Lebzeit als wesentlich eingestuft werden. Hatte er als Parteisekretär bei der Schaffung der allgemeinen Wählerkurie im Zuge der Badenischen Wahlreform 1896 eine zentrale organisatorische, parteipolitische Funktion inne, so verschaffte er den Wahlrechtsforderungen der Sozialdemokraten im Jahr 1905 durch seine Reden in den dafür verantwortlichen, gesetzgebenden Institutionen, im Gemeinderat und Reichsrat, Gehör. Der Triumph der Wahlrechtsbewegung 1907 konnte jedoch nur als Zwischenschritt betrachtet werden, da durch den Ausschluss der Frauen aus dem Wahlrecht sowie durch die Sesshaftigkeitsklausel immer noch kein tatsächliches allgemeines und gleiches Wahlrecht gegeben war. Schuhmeiers Forderungen nach der Abschaffung der Wahlkörper auf Gemeindeebene, sowie ein allgemeines und gleiches Wahlrecht für beide Geschlechter und die Einführung eines Proportionalwahlrechts, waren einige von vielen Zielen Schuhmeiers, die er durch seinen plötzlichen Tod 1913 nicht mehr miterleben konnte. Nach dem Ersten Weltkrieg, vor dem er bereits im Jahr 1909 gewarnt hatte, wurde die Sesshaftigkeitsklausel aufgehoben sowie das Frauenwahlrecht und das Verhältniswahlrecht eingeführt. Mit der Trennung zwischen Niederösterreich und der Stadt Wien, sowie den in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg vorgenommenen sozialpolitischen Reformen, wie dem gesetzlich verankerten Achtstundentag, der Arbeitslosenversicherung, der Gründung der Arbeiterkammer, dem Betriebsräte- und Arbeiterurlaubsgesetz, dem Verbot der Kinder- und der Regelung der Heimarbeit, der Sonntagsruhe in gewerblichen Betrieben sowie Verbesserungen bei Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung⁸⁹³, wurden einige Maßnahmen umgesetzt, die auch Schuhmeier als Arbeitervertreter und Verfechter eines umfassenden Arbeiterschutzes vorangetrieben hatte.

⁸⁹³ vgl. Czeike/Lugsch 1955: 43.

Die Sozialdemokratie in der Krise

Diesen und weitere Reformen in den Bereichen der Sozial-, Familien-, Gesundheits- oder Bildungspolitik in der Ersten und Zweiten Republik werden heute als historische Errungenschaften, und gleichsam als Ursachen für die gegenwärtig vorherrschende Krise der österreichischen, aber auch der europäischen Sozialdemokratie gesehen. Das 20.

Jahrhundert wird heute oftmals als das „Jahrhundert der Sozialdemokratie“ betrachtet, in dem die Sozialdemokratie ihre Aufgabe gelöst und sich „zu Tode gesiegt“⁸⁹⁴ hätte. Die Forderungen nach Wahlrecht und Demokratie sowie die Besserstellung der Arbeiterschaft seien erfüllt, sodass sich die Sozialdemokratie heute nur noch auf den Status Quo beziehen und auf Errungenschaften der Vergangenheit verweisen könne.

Historiker wie Wolfgang Maderthaner oder Oliver Rathkolb widersprechen dieser These jedoch vehement, indem sie betonen, dass die Hainfelder Grundsätze in Zeiten steigender Ungleichheit mehr denn je aktuell seien – sie müssten nur auf die Herausforderungen der Gegenwart angepasst werden.⁸⁹⁵ Klassische sozialdemokratische Werte wie soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit, geraten derzeit immer mehr in den Hintergrund, während auf die aktuellen politischen Themen wie Klimaschutz und Migration zu spät Bezug genommen wurde beziehungsweise keine einheitliche Linie innerhalb der Sozialdemokratie vorzufinden ist. Dieser gelang es bisweilen nicht, ihre Werte mit den genannten Thematiken zu verknüpfen, indem man etwa bei klimapolitischen Maßnahmen den sozialen Ausgleich und entsprechende staatlich gelenkte Umverteilungen hervorhebt, oder bei der Zuwanderungs- und Integrationspolitik den Aspekt der Solidarität in den Vordergrund stellt. Daraus resultiert der Umstand, dass viele Menschen nicht mehr wissen, wofür die Sozialdemokratie heute noch steht und welche Vision einer künftigen Gesellschaft sie anzubieten hat.

Darüber hinaus hat sich im Zuge eines soziostrukturellen Wandels seit Errichtung der Republik das Industrieproletariat, und mit ihr die Stammwählerschaft der Sozialdemokratie, quantitativ wesentlich verringert, während ein bedeutender Anteil der verbliebenen Arbeiterschaft aus einem migrantisch geprägten Milieu besteht, welches vom heute vorherrschenden Wahlrecht ausgeschlossen ist.

Demgegenüber verkleinerte sich die Arbeiterklasse durch Individualisierung,

⁸⁹⁴ Kratena 2017.

⁸⁹⁵ Zaunbauer 2014.

Deindustrialisierung und Bildungsoffensive zugunsten einer nun angewachsenen Mittelschicht, deren ehemalige sozialdemokratischen Wählerschaft sich etwa seit den 1990er Jahren zunehmend anderen linken, progressiven oder aber auch rechtspopulistischen Parteien zuwendet.

Dabei könnte die Sozialdemokratie gerade in Zeiten der Digitalisierung aus ihrer eigenen Geschichte lernen. Waren es schließlich die Umwälzungen der Industrialisierung, welche die Lohnarbeiterschaft entstehen und das Arbeiterelend vergrößern ließen. Abstiegssorgen und Zukunftsängste trieben die Menschen in die Arme der Sozialdemokratischen Partei. Auch heute stehen wir inmitten eines Prozesses, der unsere Arbeitswelt entscheidend verändern und ganze Berufsfelder vernichten könnte. Während damals die Parteiführung, etwa durch Kolporteure von Parteizeitungen, Agitatoren oder Kassierern, in engem Kontakt mit der Basis stand, und somit die Fragen, Sorgen und Ängste ihrer potentiellen Wählerschaft bestens kannte, wird diese Aufgabe heute zunehmend von Meinungsforschern, teuren Beraterunternehmen oder der Arbeit mit social media übernommen, sodass das persönliche Verhältnis zwischen Basis und Parteileitung mehr und mehr abnimmt und die Partei dementsprechend den Charakter als Vertretung der „kleinen Leute“ verliert.

Neben dem inhaltlichen Aspekt steht heute oftmals die Personalfrage im Mittelpunkt der Debatte, wenn es um Erklärungsansätze für die Krise der Sozialdemokratie geht. Gerhard Zeiler, der ehemalige Pressesprecher der Bundeskanzler Fred Sinowatz und Franz Vranitzky und ehemaliger Funktionär der SPÖ Ottakring, schreibt in seinem Buch „Leidenschaftlich Rot“, dass die Sozialdemokratie immer dann erfolgreich war, wenn starke Führungspersönlichkeiten mit Mut und Charisma an der Spitze der Partei standen, mit denen sich die Wählerschaft identifizieren konnte, welche die „Sprache der Menschen“ beherrschten und Optimismus versprühten. Zeiler stellt dabei infrage, ob die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Österreichs seit der Jahrtausendwende jene genannten Kriterien erfüllt haben.⁸⁹⁶

In der vorliegenden Diplomarbeit konnte festgestellt werden, dass Schuhmeiers Beitrag für die Etablierung der Sozialdemokratie vor allem in seiner mündlichen und schriftlichen Agitationsarbeit in Bezirk und Stadt sowie in seinem inhaltlichen Wirken in den demokratischen Institutionen des Reiches bestand, womit er wesentliche Vorleistungen für

⁸⁹⁶ vgl. Zeiler 2019: 16f.

das erfolgreiche Weiterbestehen der sozialdemokratischen Partei schaffen konnte. Es besteht kein Zweifel darüber, dass der mit viel Charisma und bemerkenswerten rhetorischen Fähigkeiten ausgestattete Schuhmeier einen hohen Grad an Authentizität und Glaubwürdigkeit aufwies, und somit jene Kriterien erfüllte, die Gerhard Zeiler als für einen erfolgreichen sozialdemokratischen Politikertypen wesentlich hält.

Betrachtet man zudem die weiteren Werdegänge einiger seiner politischen Wegbegleiter – Jakob Reumann etwa, wurde im Jahr 1919 erster sozialdemokratischer Bürgermeister Wiens, und Schuhmeiers Nachfolger als Ottakringer Bezirksobmann, Albert Sever, erster demokratisch legitimerter Landeshauptmann Niederösterreichs – kommt eine weitere Frage hervor, welche in der vorliegenden Untersuchung nicht geklärt werden konnte. Nämlich jene, wie weit es Schuhmeier politisch wohl noch gebracht hätte, wäre er nicht ins Visier seines Mörders Paul Kunschak gelangt, und hätte er als einer der populärsten Wiener Sozialdemokraten die Ausrufung der Republik miterleben und seine Arbeit in der von der Sozialdemokratie so stark geprägten Zeit fortsetzen können. Auch wenn diese Frage wohl nur unseriös und rein spekulativ beantworten werden kann, so lässt sich nach dem Studium seiner Biographie und seiner persönlichen Eigenschaften die Behauptung aufstellen, Schuhmeier würde ohne seinem frühen Tod im Jahr 1913 heute eine andere Rolle im kollektiven Gedächtnis Wiens einnehmen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Adler, Friedrich (1954): Victor Adler. Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky – Wien.

Adler, Viktor (1893): Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und das Wahlunrecht in Oesterreich, Heft 4 – Wien.

Adunka, Evelyn und Anderl, Gabriele (2013): Jüdisches Leben in der Wiener Vorstadt – Ottakring und Hernals – Wien.

Arbeiter-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 2, 26. Juli 1889.

Arbeiter-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 3, 9. August 1889.

Arbeiter-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 6, 27. September 1889.

Arbeiter-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 3, 9. August 1889.

Arbeiter-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 8, 18. Oktober 1889.

Arbeiter-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 14, 28. November 1889.

Arbeiter-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 7, 14. Februar 1890.

Arbeiter-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 13, 28. März 1890.

Arbeiter-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 14, 4. April 1890

Arbeiter-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 17, 25. April 1890.

Arbeiter-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 21, 23. Mai 1890.

Arbeiter-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 28, 19. September 1890.

Arbeiter-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 44, 31. Oktober 1890.

Arbeiter-Zeitung, 9. Jahrgang, Nr. 69, 10 März 1897.

Arbeiter-Zeitung, 12. Jahrgang, Nr. 149, 1. Juni 1900.

Arbeiter-Zeitung, 13. Jahrgang, Nr. 4, 4. Jänner 1901.

Arbeiter-Zeitung, 19. Jahrgang, Nr. 132, 15. Mai 1907.

Arbeiter-Zeitung, 22. Jahrgang, Nr. 23, 24. Jänner 1910.

- Arbeiter-Zeitung, 22. Jahrgang, Nr. 249, 11. September 1910.
- Arbeiter-Zeitung, 22. Jahrgang, Nr. 303, 4. November 1910.
- Arbeiter-Zeitung, 23. Jahrgang, Nr. 168, 21. Juni 1911.
- Arbeiterzeitung, 23. Jahrgang, Nr. 245, 6. September 1911.
- Arbeiter-Zeitung, 23. Jahrgang, Nr. 253, 14. September 1911.
- Arbeiter-Zeitung, 23. Jahrgang, Nr. 1257, 18. September 1911.
- Arbeiter-Zeitung, 23. Jahrgang, Nr. 273, 4. Oktober 1911.
- Arbeiter-Zeitung, 24. Jahrgang, Nr. 349, 20. Dezember 1912.
- Arbeiter-Zeitung, 15. Jahrgang, Nr. 42, 12. Februar 1913.
- Arbeiter-Zeitung, 15. Jahrgang, Nr. 43, 13. Februar 1913.
- Arbeiter-Zeitung, 15. Jahrgang, Nr. 44, 14. Februar 1913.
- Arbeiter-Zeitung, 15. Jahrgang, Nr. 46, 16. Februar 1913.
- Arbeiter-Zeitung, 15. Jahrgang, Nr. 47, 17. Februar 1913.
- Arbeiter-Zeitung, 15. Jahrgang, Nr. 128, 11. Mai 1913.
- Arbeiter-Zeitung, 24. Jahrgang, Nr. 111, 24. April 1913. Auf der Online-Plattform Anno nicht zugänglich. Verfügbar als Mikrofilm in der Österreichischen Nationalbibliothek.
- Arbeiter-Zeitung, 44. Jahrgang, Nr. 252, 13. September 1931.
- Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Ottakring (1924): Ottakring. Ein Heimatbuch des 16. Wiener Gemeindebezirkes – Wien.
- Ardelt*, Rudolf G. (1994): Vom Kampf um Bürgerrechte zum „Burgfrieden“. Studien zur Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 1888-1914 – Wien.
- Ardelt*, Rudolf G. (1986): Victor Adler vor Gericht. In: *Stadler*, Karl R. (Hrsg.): Sozialistenprozesse. Politische Justiz in Österreich 1870-1936 – Wien.
- Ascher*, Robert (1933): Der Schuhmeier: Roman – Wien.

Bauer, Ingeborg (1979): Franz Schuhmeier (1864-1913). Ein Beitrag zur Publizistik der österreichischen Arbeiterbewegung. Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades an der Grund- und Integrativwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien – Wien.

Bauer, Stefan (1923): Arbeiterschutzgesetzgebung in Österreich. In: Elster, Weber, Wieser (Hrsg.): Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Band 1, 4. Auflage – Jena: 506 bis 519.
Berchtold, Klaus (1967): Österreichische Parteiprogramme 1868-1966 – Wien. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

Blaumeister, Heinz, Sturm, Margit und Wappelshammer, Elisabeth (1988): Alte Menschen und ihre Erinnerungen. In: Geschichte und Gesellschaft (Vandenhoeck & Ruprecht Online), Heft 14: 472-494.

Böhm, Johann (1986): Erinnerungen aus meinem Leben – Wien.

Brügel, Ludwig (1923): Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. Vierter Band: Festigung der Organisation. Vom Privilegienparlament zum Volkshaus (1889 bis 1907) – Wien.

Burghauser, Hugo und Schuhmeier, August (1926): Leben und Wirken unseres Führers Franz Schuhmeier. Gedenkblätter für die proletarischen Freidenker: Folge 1 – Wien.

Czech, Philip (2010): Der Kaiser ist ein Lump und Spitzbube. Majestätsbeleidigung unter Kaiser Franz Joseph – Wien, Köln, Weimar.

Czeike, Felix (1962): Liberale, christlichsoziale und sozialdemokratische Kommunalpolitik (1861-1934). Dargestellt am Beispiel der Gemeinde Wien – Wien.

Czeike, Felix und Lugsch, Walter (1955): Studien zur Sozialgeschichte von Ottakring und Hernals – Wien.

Danneberg, Robert (1919): Das sozialdemokratische Programm. Eine gemeinverständliche Erläuterung seiner Grundsätze – Wien.

Das rote Wien.at: Albert Sever. Online abrufbar unter:

<http://www.dasrotewien.at/seite/sever-albert>. Zuletzt aufgerufen am 6. Jänner 2020.

Das rote Wien.at: Franz Schuhmeier. Online abrufbar unter:

<http://www.dasrotewien.at/seite/schuhmeier-franz>. Zuletzt aufgerufen am 6. Jänner 2020.

Das rote Wien.at: Kommunalen Wohnbau. Online abrufbar unter:

<http://www.dasrotewien.at/seite/kommunaler-wohnbau>. Zuletzt aufgerufen am 6. Jänner 2020.

Das rote Wien.at: Verein jugendlicher Arbeiter. Online abrufbar unter:

<http://www.dasrotewien.at/seite/verein-jugendlicher-arbeiter>. Zuletzt aufgerufen am 6. Jänner 2020.

Das rote Wien.at: Volksbildungsheime. Online abrufbar unter:

<http://www.dasrotewien.at/seite/volksbildungsheime>. Zuletzt aufgerufen am 6. Jänner 2020.

Das rote wien.at: Wiener Gemeinderat. Online abrufbar unter:

<http://www.dasrotewien.at/seite/gemeinderat-wiener>. Zuletzt aufgerufen am 6. Jänner 2020.

Deutsch, Julius (1908): Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Die sozialistischen Gewerkschaften von ihren Anfängen bis zur Gegenwart – Wien.

Die Fackel, 2. Jahrgang, Nr. 43, 1900. Online abrufbar unter: <https://fackel.oeaw.ac.at/>. Zuletzt aufgerufen am 6. Jänner 2020.

Die Fackel, 2. Jahrgang, Nr. 44, 1900. Online abrufbar unter: <https://fackel.oeaw.ac.at/>. Zuletzt aufgerufen am 6. Jänner 2020.

Die Fackel, 4. Jg. Nr. 104, 1902. Online abrufbar unter: <https://fackel.oeaw.ac.at/>. Zuletzt aufgerufen am 28.12.2019.

Die Neue Zeitung, 6. Jahrgang, Nr. 47, 17. Februar 1913.

Ehmer, Josef (1984): Schuster zwischen Handwerk und Fabrik – Zum Verhältnis von sozialem Profil und politisch-organisatorischem Verhalten einer Berufsgruppe. In: *Konrad, Helmut und Maderthaner, Wolfgang* (Hrsg.), Neuere Studien zur Arbeitergeschichte. Zum fünfundsingzigjährigen Bestehen des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung. Band I – Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte – Wien.

Ehmer, Josef (2011): Bevölkerung und historische Demografie. In: *Cerman, Markus* (Hrsg.), Wirtschaft und Gesellschaft Europa 1000-2000. Wien 2011.

Eigner, Peter (2011): Der Weg in die Industriegesellschaft. In: *Cerman, Markus* (Hrsg.), *Wirtschaft und Gesellschaft Europa 1000-2000* – Wien.

Filla, Wilhelm (1987): Zwischen Arbeiterbewegung und Bürgertum. Die Wiener Volkshochschulen in der Monarchie der Ersten Republik. In: *Knittler-Lux, Ursula* (Hrsg.): *Bildung bewegt. 100 Jahre Wiener Volksbildung* – Wien.

Flanner, Karl (1984): Aus der Geschichte des Kampfes der Arbeiter gegen die Proletarierkrankheit unter Berücksichtigung Wiener Neustädter Aspekte. In: *Konrad, Helmut* und *Maderthaner, Wolfgang* (Hrsg.), *Neuere Studien zur Arbeitergeschichte. Zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung. Band 1– Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte*. Wien.

Fleck, Elfie (1985): Oh, du gastlich Land. Vom Leben der Ausländer/innen in Österreich – Wien.

Glettler, Monika (1972): Die Wiener Tschechen um 1900. Strukturanalyse einer nationalen Minderheit in der Großstadt – München, Wien.

Graudenz, Walter (1904): Ottakring und seine Umgebung sowie seine Bewohner in Wort und Bild – Wien.

Gröller, Harald Dionys (2008): Im Spannungsfeld von Klio und Kalliope – Der Schuhmeier-Roman von Robert Ascher – Wien.

Hahn, Sylvia (1988): Eifrige Demokraten und organisierte Arbeiter. Wiener Neustadt und die Frühphase der österreichischen Arbeiterbewegung. In: *Maderthaner, Wolfgang* (Hrsg.): *Sozialdemokratie und Habsburgerstaat: 7-24.* – Wien.

Hanisch, Ernst (2011): Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938) – Wien, Köln, Weimar.

Hautmann, Hans und *Kropf, Rudolf* (1974): Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik. Band 4 – Linz.

Horak, Roman (1984): Freiheitsgang. Lassalleianische Agitation in den Anfangsjahren der österreichischen Arbeiterbewegung. In: *Konrad, Helmut* und *Maderthaner, Wolfgang* (Hrsg.): *Neuere Studien zur Arbeitergeschichte. Zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung. Band 2: Beiträge zur politischen Geschichte* – Wien.

- John, Michael und Lichtblau, Albert (1993): Schmelztiegel Wien – einst und jetzt. Zur Geschichte und Gegenwart von Zuwanderung und Minderheiten – Wien, Köln, Weimar.*
- Judson, Pieter M. (1998): Wien brennt. Die Revolution von 1848 und ihr liberales Erbe – Wien, Köln, Weimar.*
- Klenner, Fritz (1951): Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Gegenwartsprobleme. Band 1 – Wien.*
- Klenner, Fritz und Pellar, Brigitte (1987): Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis 1999 – Wien.*
- Klusacek, Christine und Stimmer, Kurt (1983): Ottakring. Vom Brunnenmarkt zum Liebhartstal – Wien.*
- Klusacek, Christine und Stimmer, Kurt (2005): Ottakring. Zwischen heute und morgen – Wien.*
- Knittler, Norbert (2014): Wer ist würdig? Franz Schuhmeiers und August Aichhorns Bemühungen um die Freimaurerei – Wien.*
- Komlosy, Andrea (2011): Arbeitsverhältnisse und Gesellschaftsformationen. In: Cerman, Markus (Hrsg.), Wirtschaft und Gesellschaft Europa 1000-2000 – Wien.*
- Kratena, Kurt (2017): Ist das sozialdemokratische Zeitalter am Ende? In: Die Presse Online, 3.7.2017. Online verfügbar unter: <https://www.diepresse.com/5245899/ist-das-sozialdemokratische-zeitalter-am-ende>. Zuletzt aufgerufen am 6.1.2020.*
- Lanzer, Wanda (1968): Victor Adler im Spiegel seiner Zeitgenossen – Wien.*
- Maderthaner, Wolfgang (1988): Die Entwicklung der Organisationsstruktur der deutschen Sozialdemokratie in Österreich 1889 bis 1913. In: Maderthaner, Wolfgang (Hrsg.): Sozialdemokratie und Habsburgerstaat: 25-52. – Wien.*
- Maderthaner, Wolfgang (2011): Victor Adler/Friedrich Engels, Briefwechsel – Berlin.*
- Maderthaner, Wolfgang und Mattl, Siegfried (1986): „... den Straßenexcessen ein Ende machen.“ – Septemberunruhen und Arbeitermassenprozeß 1911. In: Stadler, Karl R. (Hrsg.): Sozialistenprozesse. Politische Justiz in Österreich 1870-1936: – Wien: 119 bis 150.*

Maderthaner, Wolfgang und Müller, Wolfgang C. (1996): Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889-1995 – Wien.

Maderthaner, Wolfgang und Musner, Lutz (2000): Die Anarchie in der Vorstadt. Das andere Wien um 1900 – Frankfurt/Main.

Magaziner, Alfred (1975): Die Wegbereiter. Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung – Wien.

Magistrat der Stadt Wien (2017): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2017 – Wien.

Magistrats-Abteilung XXI für Statistik (1903): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien für das Jahr 1901. 19. Jahrgang – Wien. Verfügbar im Wiener Stadt- und Landesarchiv.

Magistrats-Abteilung XXI für Statistik (1909): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien für das Jahr 1907. 25. Jahrgang – Wien. Verfügbar im Wiener Stadt- und Landesarchiv.

Magistrats-Abteilung XXI für Statistik (1913): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien für das Jahr 1911. 29. Jahrgang – Wien. Verfügbar im Wiener Stadt- und Landesarchiv.

Magistrats-Abteilung XXI für Statistik (1912): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien für das Jahr 1910. 28. Jahrgang – Wien. Verfügbar im Wiener Stadt- und Landesarchiv.

Magistrats-Abteilung XXI für Statistik (1914): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien für das Jahr 1912. 30. Jahrgang – Wien. Verfügbar im Wiener Stadt- und Landesarchiv.

Magistrats-Abteilung XXI für Statistik (1916): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien für das Jahr 1913. 31. Jahrgang – Wien. Verfügbar im Wiener Stadt- und Landesarchiv.

Matis, Herbert (1988): Das Industriesystem. Wirtschaftswachstum und sozialer Wandel im 19. Jahrhundert – Wien.

McCagg, William O. Jr. (1989): A History of Habsburg Jews, 1670-1918 – Bloomington, Indianapolis.

Meißl, Gerhard (1984): Die Anfänge der „Wissenschaftlichen Betriebsführung“ am Beispiel der Wiener Elektroindustrie vor dem Ersten Weltkrieg. In: Konrad, Helmut und Maderthaner, Wolfgang (Hrsg.), Neuere Studien zur Arbeitergeschichte. Zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung. Band I – Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Wien.

Neue Freie Presse, Nr. 9226, 1. Mai 1890.

Neue Freie Presse, Nr. 9227, 2. Mai 1890.

Neue Freie Presse, Nr. 17417, 17. Februar 1913.

Neues Wiener Tagblatt, 47. Jahrgang, Nr. 42, 2. Februar 1913.

Nonn, Christoph (2007): Das 19. und 20. Jahrhundert. Orientierung Geschichte – Paderborn.

Pierenkemper, Toni (1996): Umstrittene Revolutionen. Industrialisierung im 19. Jahrhundert – Frankfurt am Main.

Prokop, Franz (2017): 125 Jahre Ottakring bei Wien: 1892-2017 – Wien.

Protokolle der öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien 1905 – Wien. Verfügbar im Stadt- und Landesarchiv Wien.

Protokolle der öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien 1906 – Wien. Verfügbar im Stadt- und Landesarchiv Wien.

Protokolle der öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien 1907 – Wien. Verfügbar im Stadt- und Landesarchiv Wien.

Protokolle der öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien 1910 – Wien. Verfügbar im Stadt- und Landesarchiv Wien.

Protokolle der öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien 1912 – Wien. Verfügbar im Stadt- und Landesarchiv Wien.

Reich, Emil (1926): 25 Jahre Volksheim. Eine Wiener Hochschul-Chronik – Wien.

Reichspost, 17. Jahrgang, Nr. 302, 2. November 1910.

Renner, Karl (1914): Kriegsfürsorge und Sozialdemokratie. In: Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift, Band 7, Heft 11: 487.

Renner, Karl (1946): An der Wende zweier Zeiten. Lebenserinnerungen – Wien.

Sachslehner, Johannes (2016): Wien. Geschichte einer Stadt – Wien, Graz, Klagenfurt.

Sandgruber, Roman (2013): Traumzeit für Millionäre. Die 929 reichsten Wienerinnen und Wiener im Jahr 1910 – Wien, Graz, Klagenfurt.

Sandner, Günther (2013): Sozialdemokratie in Österreich. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung zur modernen Sozialdemokratie. Online abrufbar: https://www.renner-institut.at/fileadmin/user_upload/images_pdfs/publikationen/pdfs/Sozialdemokratie_Sandner2018_3.erg.Aufl._A4scr.pdf. Zuletzt aufgerufen am 7. Jänner 2020.

Schiemer, Alfred (1999): Auf Ottakrings Spuren. Historische Streifzüge zwischen Gürtel und Gallitzinberg – Wien.

Schimmer, Gustav Adolph (1874): Die Bevölkerung von Wien und seiner Umgebung nach dem Berufe und der Beschäftigung: auf Grundlage der jüngsten Zählung. 1. Teil: Geschlecht, Zivilstand, Wohnverhältnisse, Arbeits- und Dienstverhältnisse. Herausgegeben von der Statistischen Zentral-Kommission. Online verfügbar unter: <http://data.onb.ac.at/rep/1034062C> zuletzt aufgerufen am 6. Jänner 2019.

Schuhmeier, Franz (1891): Warum die Wiener gegen Hanser auftreten. Verfügbar im Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, Karton 99, Mappe 582.

Schuhmeier, Franz (1892) In elfter Stunde. An alle Arbeiter und Arbeiterinnen – Wien. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

Schuhmeier, Franz (1893): Der rothe Declamator nebst einem Anhang von Liedern – Wien. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

Schuhmeier, Franz (1897): Christlichsozial oder socialdemokratisch? Rede des Gen. Franz Schuhmeier in einer Volksversammlung in Brünn – Brünn. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

Schuhmeier, Franz (1901): Acht oder neun Stunden. Der sozialdemokratische Minoritätsbericht über die Regierungsvorlage. Erstattet vom Abgeordneten Schuhmeier – Falkenau a. E. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

Schuhmeier, Franz (1901): Aus der Werkstatt des Klerikalismus. Rede des Reichsratsabgeordneten Franz Schuhmeier gehalten in der 72. Sitzung der XV. Session des österreichischen Abgeordnetenhauses. Gegen Jesuitismus, Pfäfferei und Aberglauben – Wien. Verfügbar in der Universitätsbibliothek Wien.

Schuhmeier, Franz (1905): Aus einem k.u.k. Militärspital. Der Fall Hangler. Nach den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses dargestellt vom

Reichsratsabgeordneten Franz Schuhmeier – Wien. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

Schuhmeier, Franz (1906): Festschrift Zur Erinnerung – Wien. Verfügbar im Archiv der SPÖ Ottakring.

Sedlacek, Stephan et al (1895): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien für das Jahr 1893. 11. Jahrgang – Wien. Verfügbar im Wiener Stadt- und Landesarchiv.

Sedlacek, Stephan et al (1896): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien für das Jahr 1894, 12. Jahrgang – Wien.

Sedlacek, Stephan et al (1899): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien für das Jahr 1897. 15. Jahrgang – Wien. Verfügbar im Wiener Stadt- und Landesarchiv.

Sedlacek, Stephan et al (1902): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien für das Jahr 1900. 18. Jahrgang – Wien. Verfügbar im Wiener Stadt- und Landesarchiv.

Sever, Albert (1956): Albert Sever. Ein Mann aus dem Volk. Selbstbiographie – Wien.

Schmidt, Helga und Czeike, Felix (1964): Franz Schuhmeier – Wien, Köln, Stuttgart, Zürich.

Schneider, Karl (1892): Geschichte der Gemeinde Ottakring. Bearbeitet im Auftrage des Geschichts-Komitees der Gemeinde Ottakring – Wien.

Spitzer, Rudolf (1984): Arbeiterbewegung und Gemeinwirtschaft. In: *Konrad, Helmut und Maderthaner, Wolfgang* (Hrsg.), Neuere Studien zur Arbeitergeschichte. Zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung. Band I – Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Wien.

Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des österreichischen sozialdemokratischen Parteitags 1892 – Wien. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des österreichischen sozialdemokratischen Parteitags 1894 – Wien. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des österreichischen sozialdemokratischen Parteitags 1896 – Wien. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des österreichischen sozialdemokratischen Parteitags 1897 – Wien. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des österreichischen sozialdemokratischen Parteitags 1898 – Wien. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des österreichischen sozialdemokratischen Parteitags 1899 – Wien. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des österreichischen sozialdemokratischen Parteitags 1900 – Wien. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des österreichischen sozialdemokratischen Parteitags 1905 – Wien. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des österreichischen sozialdemokratischen Parteitags 1911 – Wien. Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek.

Stenographisches Protokoll des Niederösterreichischen Landtages (1910), X. Wahlperiode, 18. Sitzung der II. Session am 8. November 1910. Verfügbar auf der Online-Plattform der Österreichischen Nationalbibliothek.

Stenographisches Protokoll des Niederösterreichischen Landtages (1910), X. Wahlperiode, 20. Sitzung der II. Session am 10. November 1910. Verfügbar auf der Online-Plattform der Österreichischen Nationalbibliothek.

Stenographische Protokolle des Niederösterreichischen Landtages (1912), X. Wahlperiode, 31. Sitzung der III. Session am 27. Februar 1912. Verfügbar auf der Online-Plattform der Österreichischen Nationalbibliothek.

Stenographisches Protokoll über die Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses des Reichsrates, 10. Legislaturperiode, 5. Sitzung der XVII. Session am 13. Februar 1901.

Stenographisches Protokoll über die Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses des Reichsrates, 10. Legislaturperiode, 49. (Abend-)Sitzung der XVII. Session am 22. Mai 1901.

Stenographisches Protokoll über die Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses des Reichsrates, 10. Legislaturperiode, 194. Sitzung der XVII. Session am 28. Jänner 1903.

Stenographisches Protokoll über die Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses des Reichsrates, 10. Legislaturperiode, 265. Sitzung der XVII. Session am 19. März 1904.

Stenographisches Protokoll über die Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses des Reichsrates, 10. Legislaturperiode, 312. Sitzung der XVII. Session am 3. März 1905.

Stenographisches Protokoll über die Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses des Reichsrates, 10. Legislaturperiode, 333. Sitzung der XVII. Session am 14. Juni 1905.

Stenographisches Protokoll über die Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses des Reichsrates, 10. Legislaturperiode, 350. Sitzung der XVII. Session am 29. September 1905.

Stenographisches Protokoll über die Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses des Reichsrates, 10. Legislaturperiode, 412. Sitzung der XVII. Session am 7. Juni 1906.

Stenographisches Protokoll über die Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses des Reichsrates, 11. Legislaturperiode, 23. Sitzung der XVIII. Session am 18. Oktober 1907.

Stenographisches Protokoll über die Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses des Reichsrates, 11. Legislaturperiode, 31. Sitzung der XVIII. Session am 5. November 1907.

Stenographisches Protokoll über die Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses des Reichsrates, 11. Legislaturperiode, 28. Sitzung der XVIII. Session am 2. Dezember 1907.

Stenographisches Protokoll über die Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses des Reichsrates, 11. Legislaturperiode, 83. Sitzung der XVIII. Session am 10. Juni 1908.

Stenographisches Protokoll über die Sitzung des Abgeordnetenhauses des Reichsrates, 11. Legislaturperiode, 18. Sitzung der XIX. Session am 7. Mai 1909.

Stenographisches Protokoll über die Sitzung des Abgeordnetenhauses des Reichsrates, XI. Legislaturperiode, 7. Sitzung der XIX. Session am 19. März 1909.

Stenographisches Protokoll über die Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses des Reichsrates, 12. Legislaturperiode, 6. Sitzung der XXI. Session am 27. Juli 1911.

Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften (1998): Österreichisches Biographisches Lexikon 1815-1950 – Wien.

Volkert, Karl (1909): Zur Organisationsfrage. In: Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift, Band 2, Heft 12: 541 bis 544.

Volkstribüne, 1. Jahrgang, Nr. 1, 19. Oktober 1891.

Volkstribüne, 1. Jahrgang, Nr. 9, 15. Februar 1892.

Volkstribüne, 2. Jahrgang, Nr. 7, 16. Jänner 1893.

Volkstribüne, 1. Jahrgang, Nr. 9, 15. Februar 1893.

Volkstribüne, 2. Jahrgang, Nr. 14, 28. April 1893.

Volkstribüne, 2. Jahrgang, Nr. 15, 15. Mai 1893.

Volkstribüne, 5. Jahrgang, Nr. 4, 7. Februar 1896.

Volkstribüne, 5. Jahrgang, Nr. 5, 14. Februar 1896.

Volkstribüne, 5. Jahrgang, Nr. 9, 27. März 1896.

Volkstribüne, 2. Jahrgang, Nr. 17, 19. Juni 1896.

Volkstribüne, 6. Jahrgang, Nr. 4, 5. Februar 1897.

Volkstribüne, 6. Jahrgang, Nr. 7, 5. März 1897.

Volkstribüne, 6. Jahrgang, Nr. 8, 12. März 1897.

Volkstribüne, 7. Jahrgang, Nr. 2, 13. Jänner 1898.

Volkstribüne, 8. Jahrgang, Nr. 2, 12. Jänner 1899.

Volkstribüne, 9. Jahrgang, Nr. 22, 31. Mai 1900.

Volkstribüne, 14. Jahrgang, Nr. 19, 11. Mai 1905.

Volkstribüne, 19. Jahrgang, Nr. 29, 20. Juli 1910.

Volkstribüne, 19. Jahrgang, Nr. 45, 9. November 1910.

Volkstribüne, 21. Jahrgang, Nr. 52, 25. Dezember 1912.

Wagner, Ludwig (1933): Der Volkstribun von Ottakring. Zum zwanzigsten Todestag Franz Schuhmeiers am 11. Februar. In: Der Kuckuck, 7/1933, 12. Februar 1933.

Walter, Friedrich (1972): Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte von 1500-1955. Aus dem Nachlass herausgegeben von Adam Wandruszka – Wien, Köln, Graz.

Waschsalon (o.J.): Franz Schuhmeier. Volkstribun aus Ottakring. Online abrufbar unter: <http://dasrotewien-waschsalon.at/archiv/franz-schuhmeier/>. Zuletzt aufgerufen am 6. Jänner 2020.

Wiener Zeitung, Nr. 109, 13. Mai 1835.

Wimmer, Volker (1996): In der Vorstadt samma z'Haus. Das Ottakringer Heimatbuch – Wien.

Zaunbauer, Wolfgang (2014): „Hainfeld ist aktueller denn je“. 125 Jahre SPÖ. In: Wiener Zeitung Online, 9. Jänner 2014. Online verfügbar unter: <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/599189-Hainfeld-ist-aktueller-denn-je.html>. Zuletzt aufgerufen am 6. Jänner 2020.

Zeiler, Gerhard (2019): Leidenschaftlich Rot. Darum mehr Sozialdemokratie – Wien.

Zentralstelle für das Bildungswesen der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich (1914): Handbuch für Arbeiterbibliothekare – Wien.

Ziak, Karl (1969): Von der Schmelz auf den Gallitzinberg. Gang durch die Gassen meiner Kindheit und durch die Geschichte Ottakrings – Wien, München.

Ziak, Karl (1979): Des heiligen römischen Reiches größtes Wirtshaus. Der Vorort Neulerchenfeld – Wien.

Zusammenfassung

In der vorliegenden Diplomarbeit wird das Leben und politische Wirken des Ottakringer Arbeiterführers Franz Schuhmeier ausführlich dargestellt. Mit der Gegenüberstellung von Primärquellen und Sekundärliteratur, wird parallel zur politischen Biographie Schuhmeiers die allmähliche Etablierung der Sozialdemokratie in der österreichischen Parteienlandschaft sowie die sozioökonomische Situation des Ottakringer Proletariats geschildert.

Im Jahr 1864 in ärmlichen Verhältnissen in Wien geboren, kam Schuhmeier Ende der 1880er Jahre in die Politik. Er wurde Vertrauensmann der noch jungen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und gründete im Ottakringer Bezirksteil Neulerchenfeld den Bildungsverein „Apollo“. Zusätzlich agitierte der rhetorisch talentierte Schuhmeier auf Versammlungen und den ab 1890 jährlich stattfindenden Maifeiern, sowie in seiner 1891 gegründeten Zeitung „Volkstribüne“. In den 1890er Jahren kam ihm zudem, unter anderem in der Funktion als Parteisekretär, eine zentrale Rolle in der Wahlrechtsagitation zu.

Gemeinsam mit Jakob Reumann wurde er im Jahr 1900 von der Ottakringer Wählerschaft zum ersten sozialdemokratischen Wiener Gemeinderat bestimmt. Ein Jahr später wählte ihn diese, zusammen mit Wilhelm Ellenbogen, als ersten Wiener Sozialdemokraten ins Abgeordnetenhaus des Reichsrats. Im Jahr 1910 wurde er zusätzlich niederösterreichischer Landtagsabgeordneter.

In all diesen demokratischen Institutionen, denen er bis zu seinem Lebensende angehörte, verfolgte er insbesondere seine politischen Schwerpunkte Bildung, Arbeiterschutz, Antiklerikalismus und Antimilitarismus. Im Jahr 1905 leistete er einen wesentlichen Beitrag für die Erlangung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts.

Die Untersuchung endet im Jahr 1913, als Schuhmeier vom Christlichsozialen Paul Kunschak erschossen wurde. Vor allem in den Jahren nach seinem Tod wurde deutlich, dass Schuhmeier mit seiner Agitationsarbeit einen großen Beitrag für die hohe Organisationsdichte der Bezirksorganisation Ottakring geleistet, und durch seine Tätigkeit in den demokratischen Institutionen, wesentliche Voraussetzungen für zahlreiche sozialpolitische Errungenschaften in der Zeit des „roten Wien“ mitgeschaffen hatte.